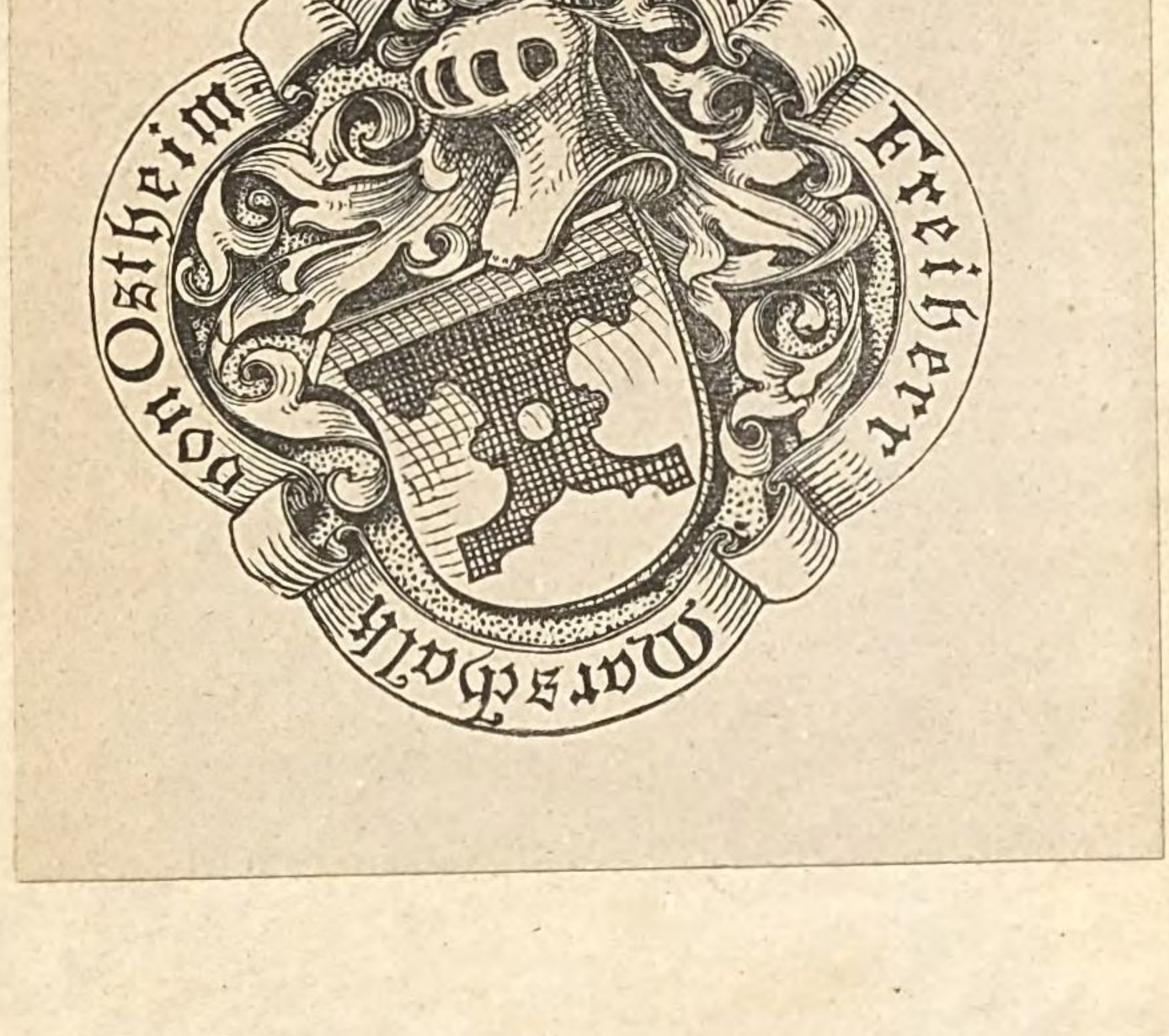

M. v. O.
Revol.
0. 80/2

Revol. o. 524a/2

Die

Staats-Umwälzungen

der

Jahre 1847 und 1848,

dargestellt

von

Adolph Carl.
(Adolph Streckfuß.)

Zweiter Band.

Berlin, 1849.
Verlag von Albert Sacco, Georgenstraße Nr. 25.

Druck von C. Lindow in Berlin.

Die

Staats-Umwälzungen

des

alten und neuen Rechts,

Vorlesung

von

Dr. Julius Stahl.

(Zweite Ausgabe.)

Berlin, 1849.

Verlag von Albert Cocco, Georgenstraße Nr. 25.

Druck von C. Einspon in Berlin.

5.

Schon am Abend des 19. war eine Deputation der in Berlin anwesenden Polen nach dem Schloß gegangen und hatte dem Grafen von Arnim eine Petition an den König überreicht, in welcher sie um eine vollständige Amnestie aller noch in den einsamen Zellen des Staats-Gefängnisses bei Moabit schmachtenden Polen bat. Der Minister hatte die Petition angenommen und versprochen, sie dem Könige zu übergeben. Auch mehrere tüchtige Männer, unter ihnen der Justiz-Commissarius Deyr und der Dr. Wöniger, hatten es sich angelegen sein lassen, für die schnelle Befreiung der so lange in Haft Befindlichen Sorge zu tragen.

Um 1 Uhr des Nachmittags wurden den Gefangenen endlich die Thore ihres Kerkers geöffnet, endlich athmeten sie wieder die Luft der Freiheit, endlich waren sie ihrem Volke zurückgegeben, für welches sie so lange Zeit gelitten hatten.

Der Zug der Polen war ein wahrer Triumphzug, wie man einen solchen in Berlin wohl noch nie gesehen. Eine jubelnde, jauchzende Menge umgab die Befreiten, ihnen die herzlichsten Glückwünsche zurufend.

Mieroslawski und Liebelt, die beiden bedeutendsten Männer unter diesen Polen, waren von den öffentlichen Verhandlungen her allgemein bekannt, und ihnen jauchzte daher das Volk am meisten zu; sie bestiegen mit noch einigen anderen Polen einen Wagen, und der Zug setzte sich jetzt in Bewegung, der Universität und dem Schlosse zu.

Eine unermeßliche Menschenmasse, aus allen Ständen der Bewohner Berlins bestehend, begleiteten diesen Wagen, von welchem man die Pferde ausspannte, um ihn mit den Händen vorwärts zu ziehen. Je weiter man kam, um so lauter, um so enthusiastischer wurde der Jubel, das Entzücken. Aus allen Fenstern winkten, von schönen Händen geschwungen, den Befreiten weiße Tücher entgegen, auf allen Gesichtern las man die Freude über das Ende ihrer langen Haft.

Mieroslawski stand auf dem Wagen und hielt eine schwarz-roth-goldene Fahne in der Hand, welche er schwenkte, und dadurch den begeisterten Jubelruf, der ihm unaufhörlich entgegentönte, erwiederte.

So zogen die Polen im Triumphe in die Stadt, nach der Universität, und hier hielt Mieroslawski mit begeisterten Worten eine Anrede an das Volk von Berlin, dessen hochherziger Gesinnung die Polen ihre Freiheit verdankten.

Er war so innig gerührt, so tief bewegt, daß ihm mitunter die Stimme zu versagen schien. Ein tausendstimmiges Hoch antwortete dieser Rede, und dann zog der Zug weiter dem Schlosse zu.

Der König erschien auf dem Balkon und mit ihm die Minister Graf Arnim, Schwerin und Bornemann. Als der Zug sich ihm nahte, grüßte der König freundlich, indem er

sogar mehrfach seine Mütze abnahm, und dankend erwiederte das Volk den Königlichen Gruß mit unendlichem Jubelruf.

Der Graf Schwerin sprach nun zum Volke einige Worte, worin er sagte: „Der König freue sich darüber, daß man ihm für den großherzigen Akt Königlicher Verzeihung danken wolle und sei auf dem Balkon erschienen, um diesen Dank entgegenzunehmen."

Ein lauter Jubelruf und einige von den Polen gesprochene Worte, welche man aber nicht recht verstehen konnte, unterbrachen den Minister, und erst nach einer längern Pause fuhr dieser etwa folgendermaßen fort: „Der König vertraue darauf, daß die Polen künftighin sich eng an Preußen anschließen würden, da sie sähen, von welchen Gesinnungen man gegen sie beseelt sei.

Wieder ertönte lauter Jubel und dazwischen einige nur halb verständliche Versicherungen der Polen, daß sie diesen Tag nie vergessen würden, und daß sie ihren Dank durch ein festes Zusammenhalten mit Preußen zum Schutze gegen Rußland beweisen würden. Auch Liebelt sprach einige sehr schöne Worte in diesem Sinne, welche aber leider nur einem zu kleinen Zuhörerkreise verständlich waren.

Berlin war allgemein in freudiger Bewegung. Der Abend kam heran, und wieder waren zur Feier der frohen Ereignisse sehr viele, ja die meisten Häuser festlich erleuchtet. Da wurde es Nacht und schon hatten sich die Bewohner der Residenz meistens zur Ruhe begeben, da tönte plötzlich der gellende Ruf: „zu den Waffen! zu den Waffen!" durch alle Straßen. Jener Ruf, der vom 18. her noch in so schrecklicher Erinnerung war.

Man wußte im ersten Augenblicke nicht, was geschehen

sei, aber die Bürger Berlins waren auf ihrer Huth, sie wollten sich die mit so vielem Blute erkämpften Freiheiten nicht ohne Kampf nehmen lassen, und wie ein Mann standen sie auch in jener Stunde da.

Allarmschüsse knallten aus vielen Fenstern, der Ruf: „Zu den Waffen! zu den Waffen!“ wurde lauter und dringender, und schon nach wenigen Minuten sah man aus allen Häusern bewaffnete Bürger hervorkommen, die in aller Eile nur wenige Kleidungsstücke übergeworfen hatten, und nun kampfbereit dastanden.

„Was ist denn eigentlich geschehen? Gegen wen sollen wir uns bewaffnen?“ so hörte man allgemein erstaunt fragen. Die Antwort, welche die mit schnellen Schritten durch die Stadt eilenden Männer gaben, war: „Baut Barrikaden, Bürger! der Prinz von Preußen ist mit der Armee im Anmarsch auf die Stadt, schon ist er den Thoren nahe; aber wir müssen ihn blutig empfangen!“

Da wurden denn in höchster Eile an den verschiedensten Orten der Stadt Barrikaden errichtet, zu deren Vertheidigung immer mehr bewaffnete Bürger hinzuströmten. Man kam im ersten Augenblick gar nicht auf den Gedanken, zu fragen, woher denn eigentlich das Gerücht von diesem fabelhaften Truppenmarsche stamme, welches schon den ganzen Tag über in allen aufgeregten Köpfen gespukt hatte. Die Bürgerwehr kam endlich auf die Idee, nach denjenigen Thoren hin Patrouillen zu schicken, von denen aus man den Ueberfall befürchtete, und zwar waren es die Studenten, welche diese Maßregel zuerst ergriffen und energisch ausführten. Sie schickten Patrouillen zum Potsdamer und Halleschen Thore hinaus, welche bis weit über den Kreuzberg und Schöneberg gingen, und, nach-

dem sie dort natürlich keine Spur von anrückenden Feinden gefunden hatten, nach der Stadt zurückkehrten, um die aufgeregten Gemüther zu beruhigen. Ein junger Student zeichnete sich besonders durch Thätigkeit dabei aus, indem er zu Pferde durch alle Straßen jagte, und den Bewohnern derselben die beruhigende Nachricht brachte, daß sie durch ein leeres Gerücht aus dem Schlummer gestört worden seien.

Auch bis nach dem Schloß war die Nachricht von dem vermeintlichen Ueberfall gedrungen auch dort war Alles in Bewegung und Unruhe gebracht worden, welche aber bald sich legte, weil der König es sich angelegen sein ließ, die unnützen Besorgnisse der Bürgerwehr zu zerstören, indem er persönlich in Begleitung des Prinzen Adalbert in den Wachtzimmern erschien und den Bürgern sein Wort darauf gab, daß von einem Anrücken der Truppen gar nicht die Rede sei, er versprach sogar, auch das letzte Bataillon Infanterie, welches bisher noch im Schlosse zurückgeblieben war, aus der Stadt fortzuschicken, und sich selbst, so wie die Bewachung der Stadt, ganz der Treue der Berliner Bürger anzuvertrauen.

Eine solche Versicherung mußte wohl beruhigen und Friede kehrte daher überall zurück, die Barrikaden wurden verlassen und die Bürger Berlins legten sich zur Ruhe.

Erst am andern Morgen erfuhr man in der Stadt, daß das Gerücht vom Ueberfall des Prinzen von Preußen nicht, wie man anfangs geglaubt hatte, in Folge eines böswilligen Scherzes sich in der Stadt verbreitet habe, sondern daß in der That zwei nach Berlin zurückkehrende Postillone, welche die Nachricht vom Anrücken der Truppen gebracht hatten, von der Wahrheit ihrer Behauptungen völlig überzeugt waren. Es mochte dies Mißverständniß daher rühren, daß die in der

Nähe Berlins auf den Dörfern cantonirende Cavallerie vielleicht noch spät am Abend Signale zum Abfüttern gegeben hatte, welche von den Postillonen für Angriff-Signale gehalten worden waren.

Erst am Morgen des 21. wurde die allgemeine Ruhe wiederhergestellt. Die angefangenen Barrikaden wurden abgebrochen und die ganze Stadt gewann die Ueberzeugung, daß sie unnöthigerweise in Angst gesetzt worden sei.

Man fand an jenem Morgen an vielen Straßenecken Berlins eine Proklamation, welche großes Staunen unter dem Volke erregte, und für den Augenblick noch durchaus räthselhaft erschien, da man nicht wußte, von wem sie ausging. Die Proklamation lautete folgendermaßen:

„Eine neue glorreiche Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für Euch an. Ihr seid fortan wieder eine einige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa! Preußens Friedrich Wilhelm IV. hat Sich, im Vertrauen auf Euren heldenmüthigen Beistand und Eure geistige Wiedergeburt, zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesammt-Vaterlandes gestellt. Ihr werdet ihn mit den alten, ehrwürdigen Farben deutscher Nation noch heute zu Pferde in Eurer Mitte erblicken. Heil und Segen dem constitutionellen Fürsten, dem Führer des gesammten deutschen Volkes, dem neuen Könige der freien wiedergeborenen deutschen Nation!"

Eine Unterschrift fehlte dieser Bekanntmachung, aber dennoch schien dieselbe einen wenigstens halboffiziellen Charakter zu tragen, was dadurch noch wahrscheinlicher wurde,

daß, als die Druckerei, die Deckersche Geheime Oberhofbuchdruckerei genannt war.

Man glaubte dem Plakat, und eine große Menge Menschen zog nach dem Schloßplatz, um daselbst den König zu erwarten.

Hinter der Universität, im Kastanienwäldchen, waren an diesem Morgen die Studenten in großer Anzahl bewaffnet versammelt, um sich zu dem neuen Wachtdienst durch militairische Exercitien vorzubereiten. Da erschien plötzlich der Graf Schwerin in der Universität, und begab sich, begleitet von dem Rector und dem Prorector derselben, den Professoren Müller und Hecker, nach der Aula, wo sich unterdessen die sämmtlichen anwesenden Studenten versammelt hatten. Der Graf Schwerin hielt hier eine Rede an die Studenten, in der er ungefähr Folgendes sagte: „Der König wolle sich an die Spitze des constitutionellen Deutschlands stellen. Er wolle die Freiheit unter dem Schutze der constitutionellen Monarchie nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland; — er schloß mit den Worten: „Die Verantwortlichkeit der Minister lebe hoch!"

Ein lautes jubelndes Hoch war die Antwort der Studenten, dem noch ein Lebehoch auf den Grafen Schwerin, in welches alle Anwesenden aus vollem Herzen einstimmten, folgte.

Nach wenigen Worten des Dankes entfernte sich der Graf Schwerin, begleitet durch den lauten Beifall der Studirenden, von denen sich ein Theil gleich darauf nach dem Schlosse begab, um dort den König zu empfangen.

Auf dem Schloßplatze hatte sich mittlerweile eine große Menschenmenge versammelt, theils herbeigelockt durch die obenerwähnte Bekanntmachung, theils angetrieben durch das Ge-

fühl des Dankes für das edle Benehmen des Königs während der vergangenen Nacht. Die Menge wogte auf dem Schloßplatz bunt durcheinander, und wahrlich, sie bot einen ganz anderen Anblick dar, als vor zwei Tagen, wo vielleicht dieselben Menschen, welche jetzt jubelnd den König zu sehen verlangten, um ihm zu danken, denselben Ruf ausgestoßen hatten, um ihm die blutbefleckten Leichen Derer zu zeigen, welche auf seinen Befehl durch seine Soldaten gemordet worden waren. Aber man hatte sich versöhnt mit dem Könige, und das ist eben der schönste Zug im Charakter des Berliner Volks, daß es nicht lange zürnen kann, daß es vergiebt und vergißt, wo es glaubt, Liebe und Vertrauen zu finden; aber dieser edle Charakterzug ist gerade der Grund, daß das arme Volk stets betrogen worden ist, weil es zu leicht zu vergeben und zu vergessen bereit war, weil es zu leicht vertraute. Noch waren die Opfer des 18. nicht beerdigt, noch lagen die blutigen Leichen in den verschiedenen Kirchen, und schon hatte das Volk von Berlin seinem Könige vergeben.

Mit lautem Jubelschrei verlangte das Volk den König zu sehen, und dieser erschien auch wirklich bald darauf auf dem Balkon und rief den Versammelten zu, daß er bald zu Pferde unter ihnen erscheinen würde. Er bat zu gleicher Zeit, es möge ihm Jemand eine schwarz-roth-goldene Fahne bringen, denn diese sei fortan sein Panier.

Dem Wunsche wurde sofort Genüge gethan. Man legte eine Leiter an ein Haus in der Breiten Straße, an welchem eine stattliche dreifarbige Fahne wehte. Ein junger Mann sprang schnell auf den Sprossen der Leiter in die Höhe, nahm die Fahne ab und brachte sie dem Könige.

Kurze Zeit darauf, es war um 11 Uhr Mittags, bestieg

der König ein Pferd, um den vielbesprochenen Umzug in Berlin zu halten. Er war mit der Uniform und dem Helm des zweiten Garderegiments bekleidet, aber mit den deutschen Farben geschmückt. Die in Berlin anwesenden Prinzen, die Minister, so wie viele Generäle und mehrere tüchtige angesehene Männer begleiteten ihn, ein Mitglied der Schützengilde, Herr Krause, trug die schwarz-roth-goldene Fahne voran. Unter der Umgebung des Königs sah man auch den bekannten Dr. Stieber.

Der Zug bewegte sich mit musterhafter Ordnung und dem lautesten Hurrah- und Jubelgeschrei des Volkes vorwärts. Ueberall wurde der König von dem Jauchzen, von den Lebehochs der Menge empfangen, welche sich auf dem Schloßplatze mit einem wahren Enthusiasmus hören ließen, als fast in dem Augenblick, wo der Zug sich in Bewegung setzte, auf dem Schloß eine prächtige schwarz-roth-goldene Fahne aufgezogen wurde.

Gleich Anfangs richtete der König folgende Worte an das Volk, welche mit einem unermeßlichen Jubel aufgenommen wurden: „Es ist keine Usurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutschen Freiheit und Einigkeit berufen fühle; ich schwöre zu Gott, daß ich keinen Fürsten vom Throne stoßen will, aber Deutschlands Einheit und Freiheit will ich schützen; sie muß geschirmt werden durch deutsche Treue, auf den Grundlagen einer aufrichtigen constitutionellen deutschen Verfassung."

Nur mit Mühe konnte sich Anfangs der Zug Platz machen, da die ungeheure Menge von Menschen, welche auf dem Schloßplatz versammelt waren, sich dem Könige zudrängte, um ihn näher zu sehen, da die ihn Umdrängenden seine Hand

drückten und küßten, da ihm fortwährend auf offener Straße Bittgesuche u. s. w. vorgetragen wurden.

Der König war gegen Alle, welche ihn umgaben, äußerst freundlich. Er sprach mit Vielen, gewährte einige Bitten auf der Stelle und ließ sich während des Zuges von dem Dr. Stieber und dem Stadtverordneten Dr. Gleich, welche seine nächsten Begleiter waren, die Ereignisse der vergangenen Tage umständlich erzählen.

Der Zug ging nun die Schloßfreiheit entlang nach den Linden. Bei der Königswache waren die diensthuenden Bürger ins Gewehr getreten und salutirten. Der König hielt sein Pferd an und sprach folgende Worte zu ihnen:

„Ich sehe Euch hier auf der Wache, ich kann es nicht genugsam in Worte kleiden, was ich Euch danke — glaubt's mir!"

Der König hatte kaum ausgeredet, als sich unter den Versammelten der laute Ruf von einzelnen Stimmen erhob:

„Es lebe der Kaiser von Deutschland!"

„Nicht doch," erwiderte der König scheinbar unwillig, „das will, das mag ich nicht!"

Der Zug setzte sich nun wieder in Bewegung und ging bei der Blücherstatue vorbei über den Opernplatz, wo sich der Polizei-Präsident v. Minutoli anschloß, die Behrenstraße entlang, über die Linden zurück.

Vor der Universität, wo die bewaffneten Studirenden, geführt von den Herren Müller und Hecker, in Reih' und Glied aufgestellt waren, hielt der Zug auf's Neue in der Nähe des Friedrich-Denkmals. Der König reichte den beiden Professoren freundlich die Hand und wendete sich dann mit folgenden Worten an die Studenten:

„Mein Herz schlägt hoch, daß es meine Hauptstadt ist, in der sich eine so kräftige Gesinnung bewährt hat. Der heutige Tag ist ein großer, unvergeßlicher, entscheidender. In Ihnen, meine Herren, steckt eine große Zukunft, und wenn Sie in der Mitte oder am Ziele Ihres Lebens zurückblicken auf dasselbe, so bleiben Sie doch ja des heutigen Tages eingedenk. Die Studirenden machen den größten Eindruck auf das Volk und das Volk auf die Studirenden. Ich trage die Farben, die nicht mein sind, aber ich will damit nichts usurpiren, ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einigkeit, ich will Ordnung, das schwöre ich zu Gott (hier hob der König seine Rechte gen Himmel). Ich habe nur gethan, was in der deutschen Geschichte schon oft geschehen, daß mächtige Fürsten und Herzöge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des ganzen Volkes gestellt haben, und ich glaube, daß die Herzen der Fürsten mir entgegenschlagen, und der Wille des Volkes mich unterstützen werde. Merken Sie sich das, meine Herren, schreiben Sie es auf, daß ich nichts usurpiren, nichts will, als deutsche Freiheit und Einheit. Sagen Sie es der abwesenden studirenden Jugend; es thut mir unendlich leid, daß Sie nicht Alle da sind. Sagen Sie es Allen."

Der Jubel, welcher dieser und den anderen Reden des Königs folgte, ist kaum zu beschreiben. Die Studenten klirrten mit den Waffen aneinander, und ein tausendstimmiges Hurrah und Lebehoch war die Antwort des Volkes auf die beredten Worte seines Fürsten. Auch in die Breite- und Königsstraße ritt der König und sprach daselbst verschiedene Male, so auch am Köllnischen Rathhause zu den Stadtverordneten,

denen er im Wesentlichen das schon in den früheren Reden Erwähnte wiederholte, dann aber mit folgenden schönen Worten schloß:

„Bürger, ich weiß es wohl, daß ich nicht stark bin durch die Waffen meines gewiß starken und tapferen Heeres, daß ich nicht stark bin durch meinen gefüllten Schatz, sondern nur durch die Herzen und die Treue meines Volkes.*) Und nicht wahr, diese Herzen, diese Treue werdet Ihr mir schenken! ich schwöre es Euch, ich will nur das Gute für Euch und Deutschland." An alle Wachen ritt der König heran und dankte für die ihm und der Stadt geleisteten mühevollen Dienste.

Nach dem langen Zuge kehrte der König nach dem Schlosse zurück und sprach hier noch viel mit seinen Begleitern über die Wünsche der Bürgerschaft in Berlin. Auf die Bemerkung, daß viele Bürger darüber unzufrieden seien, daß die Bürgerwehr allerdings die Gewehre, aber keine Munition erhalten habe und sich solche auch nicht verschaffen könne, da zu den großen Pistons die im Handel gangbaren Zündhütchen nicht paßten, erwiederte der König, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden solle, indem an die Bezirksvorsteher vollständige Munition mit passenden Zündhütchen vertheilt werden würde.

Auch die Minister besprachen sich mit den genannten Herren und versicherten diesen, daß der König, um den Bürgern sein Zutrauen zu beweisen, entschlossen sei, nicht eher wieder Militair in die Stadt zu rufen, als bis die Bürger selbst es zur Erleichterung des allerdings schweren Wachtdienstes wünschen würden. Die Truppen sollten dann auch

---

*) Der gütige Leser möge sich später bei der Einsetzung des Ministeriums Brandenburg dieser Worte erinnern! —

nur zu diesem Zwecke dienen, und es würde, wenn die Bürgerschaft eine Vorliebe für bestimmte Regimenter hätte, auch auf die in dieser Hinsicht ausgesprochenen Wünsche die größte Rücksicht genommen werden.

Kurze Zeit darauf mischten sich der König und der Prinz Albrecht noch einmal, und zwar Beide zu Fuß, unter das Volk. Sie wurden mit dem größten Jubel, mit einem wahren Enthusiasmus aufgenommen, und der Friede zwischen dem Könige und den Bewohnern von Berlin schien völlig wiederhergestellt zu sein. Auch die folgende, am Nachmittage des 21. erschienene Proclamation erregte in den meisten Kreisen allgemeine Freude. Es lautet dieselbe, wie folgt:

An mein Volk, an die deutsche Nation.

Wir vertrauen, sprach der König vor 35 Jahren in den Tagen hoher Gefahr zu seinem Volke, und sein Vertrauen ward nicht zu Schanden; der König, mit seinem Volke vereint, rettete Preußen und Deutschland vor Schmach und Erniedrigung.

Mit Vertrauen spreche ich heute, in dem Augenblicke, wo das Vaterland in höchster Gefahr schwebt, zu der deutschen Nation, unter dessen edelste Stämme sich mein Volk mit Stolz rechnen darf. Deutschland ist von innerer Gährung ergriffen und kann durch äußere Gefahr von mehr als einer Seite bedroht werden. Rettung aus dieser doppelten, dringenden Gefahr kann nur aus der innigsten Vereinigung der deutschen Fürsten und Völker unter einer Leitung hervorgehen.

Ich übernehme heute die Leitung für die Tage der Gefahr. Mein Volk, das die Gefahr nicht scheut, wird sich mir mit Vertrauen anschließen. Ich habe heute die alten deutschen

Farben angenommen und Mich und Mein Volk unter das ehrwürdige Banner des deutschen Reichs gestellt. Preußen geht fortan in Deutschland auf.

Als Mittel und gesetzliches Organ, um im Vereine mit Meinem Volke zur Rettung und Beruhigung Deutschlands voranzugehen, bietet sich der auf den 2. April bereits einberufene Landtag dar. Ich beabsichtige, in einer unverzüglich näher zu erwägenden Form, den Fürsten und Ständen Deutschlands die Gelegenheit zu eröffnen, mit Organen dieses Landtages in einer gemeinschaftlichen Versammlung zusammenzutreten.

Die auf diese Weise zeitweilig sich bildende deutsche Ständeversammlung wird in gemeinsamer, freier Berathung das Erforderliche in der gemeinsamen, inneren und äußeren Gefahr ohne Verzug vorkehren.

Was heute vor Allem Noth thut, ist:

1. Aufstellung eines deutschen, volksthümlichen Bundesheeres,
2. bewaffnete Neutralitätserklärung.

Solche vaterländische Rüstung und Erklärung werden Europa Achtung einflößen vor der Heiligkeit und Unverletzbarkeit des Gebietes deutscher Zunge und deutschen Namens. Nur Eintracht und Stärke vermögen heute den Frieden in unserm schönen, durch Handel und Gewerbe blühenden Gesammtvaterlande zu erhalten.

Gleichzeitig mit den Maßregeln zur Abwendung der augenblicklichen Gefahr, wird die deutsche Stände-Versammlung über die Wiedergeburt und Gründung eines neuen Deutschlands berathen, eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, einer Einheit in der Verschiedenheit, einer Einheit mit Freiheit.

Allgemeine Einführung wahrer constitutioneller Verfassungen mit Verantwortlichkeit der Minister in allen Einzelstaaten, öffentliche und mündliche Rechtspflege, in Strafsachen auf Geschwornengerichte gestützt, gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiöse Glaubensbekenntnisse und eine wahrhaft volksthümliche, freisinnige Verwaltung werden allein solche höhere und innere Einheit bewirken und zu befestigen im Stande sein.

Berlin, den 21. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf Arnim. v. Rohr. Graf Schwerin. Bornemann.
v. Arnim. Kühne.

Die Proklamation des Königs, sein Umzug durch die Straßen Berlins mit der deutschen Fahne haben in Deutschland und selbst in Preußen die verschiedenartigste Aufnahme, die widersprechendste Auslegung gefunden. In Berlin, in der im Freudentaumel, im Entzücken versunkenen Residenz erregte des Königs Eingehen in die Wünsche des Volks einen maaßlosen Enthusiasmus, die Berliner waren begeistert für ihren edlen König, sie glaubten damals, daß er nun wirklich mit vollem, glühendem Herzen sich der Sache des Volks anschließen, daß er jede Reaktion bekämpfen, die Revolution mit allen ihren Konsequenzen anerkennen werde.

Wir selbst, wir müssen es gestehen, ließen uns damals täuschen, auch wir träumten mit den entzückten Berlinern jenen schönen, beglückenden Traum von einem einigen Deutschland, von einem Fürsten, der sich ganz dem Volke hingiebt, sich ohne persönlichen Ehrgeiz nur als den ersten Beamten seines Volkes betrachtet, auch wir glaubten, die blutigen Tage des März wären eine ernste Warnung für den König gewesen und die-

ser werde fortan den alten Pfad verlassen, um fortzuschreiten auf dem ruhigen Wege der Reform. Man glaubt ja so gern, was man wünscht.

In Süddeutschland dagegen erregte der Umzug des Königs die maaßloseste Erbitterung. Man war es dort seit Jahren gewohnt, den König von Preußen als den Träger des Absolutismus zu betrachten, und der Kampf am 18. März, in welchem der König sein für die Freiheit kämpfendes Volk niederkartätschen ließ, war nicht geeignet, diese Meinung zu zerstören.

Die Süddeutschen waren nicht befangen von dem Freudentaumel, dem Enthusiasmus des Glücks, der damals in Berlin herrschte, und sie sahen daher sehr wohl ein, daß ein einiges und freies Deutschland unter einem Kaiser gar nicht zu denken war, und daß König Friedrich Wilhelm IV. von allen Fürsten Deutschlands sich vielleicht am wenigsten dazu eignete, die immer lauter werdenden radikalen Wünsche des Volks zu erfüllen; die Süddeutschen wußten sehr wohl, daß des Königs romantischer, an mittelalterliche Formen hängender Sinn, seine Vorliebe für die Aristokratie, es ihm unmöglich machte, ein warmer Anhänger der Demokratie zu sein, und es erhob sich daher im Süden nur eine Stimme der Erbitterung und Entrüstung, als der Umzug des Königs und seine Absicht, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen, bekannt wurde.

Die Redensart: „Preußen geht fortan in Deutschland auf", verstand man ebenfalls im Süden sehr richtig, man wußte, daß sie nichts Anderes bedeuten sollte, als Preußen solle Deutschland beherrschen, oder eigentlich, Deutschland solle preußisch werden. Auch in Berlin hat man dies später ein-

sehen gelernt, und längst ist den durch freudigen Enthusiasmus verblendeten Einwohnern der Residenz der rosige Schleier von den Augen gerissen worden.

6.

Die Opfer des 18. März waren meist gleich, nachdem sie gefallen, von ihren Freunden und Mitkämpfern in Privathäuser gebracht worden, wo sie fast immer, wenn ihre Wunden nicht augenblicklich den Tod mit sich geführt, eine liebe- und theilnahmvolle Aufnahme gefunden hatten. Viele freilich waren nicht so glücklich gewesen; viele waren in dem Augenblick gefallen, wo die Barrikaden geräumt werden mußten und blieben dann der Barmherzigkeit der Soldaten überlassen. Diese Unglücklichen mußten auf dem kalten Straßenpflaster liegen bleiben und sich langsam zu Tode bluten. Ihre Leichen fand man dann am Morgen des 19. auf der Straße und brachte sie, wie wir bereits erzählt haben, nach dem Schlosse.

In den Privathäusern konnten die Leichen nicht liegen bleiben bis zu ihrer Beerdigung und sie wurden von hier aus meistens schon am Montag nach den verschiedenen Kirchen gebracht und dort öffentlich ausgestellt, damit sie von Verwandten und Freunden, welche die Ihrigen vermißten, recognoscirt werden könnten. In den Räumen dieser Kirchen entwickelten sich in jenen Tagen gräßliche herzzerreißende Scenen, welche auch selbst den Gefülloseften zu Thränen rühren mußten.

Männer und Frauen gingen von Kirche zu Kirche, um die Züge der in jenen aufgestellten Leichen zu betrachten. Wer seit dem 18. März einen Freund oder Verwandten vermißte, der trat die traurige Wanderung an, und war

meist sicher den Verschwundenen an einem oder dem andern Orte zu finden.

Am Dienstag Nachmittag erschien an allen Straßenecken eine Bekanntmachung, in welcher der Vorschlag gemacht wurde, man möge die gefallenen Soldaten mit den gefallenen Bürgern zusammen an einem Tage, in einem Zuge, in einem Grabe beerdigen, aber dieser Vorschlag erregte eine allgemeine Entrüstung unter den Bürgern. Man war empört darüber, daß denen, welche durch die scheußliche Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen sich so verhaßt gemacht, welche ihren Tod bei der Vertheidigung der Tyrannei, beim Kampfe gegen ihre für die Freiheit aufstehenden Brüder gefunden hatten, dieselbe Ehre von Seiten der Bürgerschaft erwiesen werden sollte, als denen, deren vergossenes Blut uns den Sieg errungen hatte.

Die Anschläge wurden mit Wuth heruntergerissen und mit Füßen getreten, und hätte nicht an demselben Abende schon ein anderer Anschlag den Bewohnern Berlins verkündet, daß am Nachmittage des folgenden Tages die für die Freiheit gefallenen Kämpfer allein beerdigt werden sollten, so würde wahrscheinlich die schöne Feier des Mittwochs durch blutige Demonstrationen des Volkswillens gestört worden sein; zum Glück aber ging die Commission für die Beerdigung von ihrer ursprünglichen Idee ab, und verkündete dies durch einen Anschlag an allen Straßenecken, welcher die schon sehr erhitzten Gemüther wieder etwas beruhigte.

Es sollte noch manchen Monat dauern, bis die Berliner zu dem Einsehen kamen, daß nicht die Soldaten, die nichts Anderes sind, als die Söhne des Volkes, ihre Feinde waren, daß man nicht auf ihre Häupter Zorn und Haß häufen

dürfe, sondern daß es im Gegentheil die Aufgabe jedes vernünftigen und besonnenen Mannes sei, das Heer aufzuklären über sein Verhältniß zum Volke, es loszureißen von dem traurigen Irrwahn, daß es im Solde des Konigs stehe und diesem gehorchen müsse, selbst wenn er den Bruder- und Vatermord befehle.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag hatte man die Leichen aus den verschiedenen Kirchen zusammengeholt und sie sämmtlich nach der sogenannten Neuen Kirche am Gensdarmenmarkte gebracht, von welcher aus die Beerdigung vor sich gehen sollte. Auch während des ganzen Dienstags wurden noch fortwährend mehr Leichen herbei geschafft, die Leichen derer, welche in den letzten Tagen an ihren im Kampfe des 18. erhaltenen Wunden gestorben waren.

Für die meisten Leichen hatte man am Dienstage schon Särge herbeigeschafft, nur etwa 40 lagen in ihrer ursprünglichen Kleidung auf einem Strohlager in der Nähe des Altars auf einem freien Platze; aber alle waren gewaschen und vom Blut gereinigt.

Am ganzen Dienstage und in der Nacht vom Dienstage zum Mittwoche drängte sich das Volk in großen Massen der Neuen Kirche zu, um in derselben Verwandte und Freunde aufzufinden, welche es seit dem Sonnabend vermißte, und gar Mancher fand diejenigen, welche er suchte.

Scenen des furchtbarsten, herzzerreißendsten Schmerzes folgten an jenen schrecklichen Tagen sich in ununterbrochener Reihe. Hier sah man Wittwen mit ihren weinenden Kindern an den Leichen ihrer Gatten, eine unbarmherzige Kugel hatte den Kindern den Vater und zugleich den Ernährer geraubt; dort kniete in stiller Verzweiflung eine Mutter neben

ihrem einzigen Sohne, der ebenfalls ein Opfer jenes mörderischen Kampfes geworden ist. Vor wenigen Tagen verließ er sie frisch und gesund, heut sah sie ihn zum ersten Male und zwar als Leiche wieder.

Ein junger Geistlicher, welcher sich die schöne Aufgabe gestellt hatte, die Trauernden durch religiösen Zuspruch zu trösten, stand im vollen Priesterornate zwischen den Leichen; er war zuletzt so erschöpft, daß er sich kaum mehr aufrecht erhalten konnte.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch traf man nun endlich die Vorbereitungen zu der am folgenden Mittag angesetzten Teauerfeier. Hunderte von Arbeitern waren beschäftigt, bei dem Scheine von Fackeln auf der großen Freitreppe einen riesenhaften Trauer-Katafalk zu bauen, welcher die Särge unserer gefallenen Brüder aufnehmen sollte.

Die prächtige Säulenhalle vor der Kirche wurde mit Trauerflor verziert, auch mit Blumen und frischem Grün. Ebenso wurden auch die Särge der Gefallenen von ihren Angehörigen mit Blumenkränzen geschmückt, selbst die der 33 Unglücklichen, welche nicht recognoscirt worden waren, und welche man daher beerdigen mußte, ohne nur ihre Namen zu kennen. Auch für sie hatten fromme Hände Blumenkränze gewunden und ihnen so ein Zeichen der Liebe mit ins Grab gegeben, welches ihre fernen Freunde ihnen nicht widmen konnten.

Am Morgen des Mittwoch wurden die Särge, 183 an der Zahl, auf den Trauer-Katafalk gebracht, und dort reihenweise aufgestellt; man bemerkte unter denselben auch 5 Särge, in denen Frauen ruhten, und [illegible]mit Knaben, denn die Soldaten hatten weder die einen noch die anderen geschont.

Die Särge blieben am ganzen Vormittag des 22. März vor der Neuen Kirche öffentlich ausgestellt. Eine endlose Menschenmasse aus allen Ständen der Residenz wogte während dieser Zeit auf dem Gensdarmenmarkte auf und nieder. Fast alle Anwesenden waren in tiefer Trauer, welche sie auch noch 14 Tage lang trugen. Aus vielen Häusern wehten neben der dreifarbigen deutschen, schwarze Trauerfahnen, denn ganz Berlin betrauerte mit tiefem Schmerz den Tod der Helden, mit deren Blut wir uns die Freiheit erkaufen mußten.

So kam der Mittag heran, und der Trauerzug sollte nun eröffnet werden; eine wunderbar feierliche, herzergreifende Scene ging dieser Eröffnung voraus.

Eine tiefe, lautlose Stille herrschte auf dem mit Tausenden von Menschen besetzten Platze, als plötzlich in feierlichen Tönen ein Musikchor den schönen Choral „Jesus meine Zuversicht" zu spielen begann.

Die Musik war verhallt; da trat der Prediger Sydow vor den Altar des Trauerkatafalks und hielt eine tief ergreifende Rede an das Volk.

Der Prediger Sydow, der Mann, welcher später als Abgeordneter des Volkes in der National-Versammlung auf der alleräußersten Rechten saß, welcher alle volksfeindlichen Verlangen der Regierung gewissenlos unterstützte, welcher gegen den Behrend'schen Antrag, die Anerkennung der Revolution betreffend, stimmte, und in seiner Rede gegen denselben die Theilnahme an der Revolution als eine unsittliche Handlung darstellte, derselbe Prediger Sydow hielt am 22. März eine treffliche Grabrede für die Gefallenen des 18. März, in welcher er unter Anderem sagte:

Traget sie hinaus, die Brüder, welche gefallen sind in[illegible]

Kampfe, der so segensreiche Folgen für das Vaterland gehabt hat, und der bestimmt ist, jetzt das Band der Liebe und Einigkeit um das ganze deutsche Vaterland zu schlingen. Lasset in der Ehrfurcht vor den Todten alle Gefühle, welche in der einzelnen Brust verschieden wogen, untergehen.

Das sind Worte des Herrn Sydow. So ändern sich die Menschen mit der Zeit.

Nach Herrn Sydow sprachen noch ein katholischer und ein jüdischer Geistlicher, dann setzte sich unter dem Läuten der Glocken der großartige Zug, an dem alle Gewerke, Deputationen verschiedener Städte, die Universität und sämmtliche Staats-Behörden Theil nahmen, in Bewegung nach dem Friedrichshain, welcher der Ruheplatz für die Freiheitshelden sein sollte.

Der Zug mit der endlosen Reihe von Särgen, 183 an der Zahl, bot einen imposanten Anblick dar; ihm folgten zuletzt mehrere Tausend Arbeiter.

Zwischen diesen Arbeitern schritt einer, der in eine einfache blaue Blouse gekleidet war, vor dem aber die Bürgerwehr ehrfurchtsvoll präsentirte, der fortwährend durch das zahlreich versammelte Volk begrüßt wurde. Wo er erschien, nahm man den Hut vor ihm ab.

„Wer ist der Arbeiter dort in der blauen Blouse, den man mit Blumen bekränzt hat, den Alle so ehrfürchtig grüßen?" — so hörte man wohl Einzelne unter dem Volke fragen.

„Es ist Gustav Hesse, der Held der Barrikaden!" — war die befriedigende Antwort.

Und in der That, es war Gustav Hesse, es war jener Arbeiter, welcher, wie wir dem Leser bereits im ersten Kapitel

erzählt haben, das Volk so tapfer gegen das Landwehrzeughaus in der Lindenstraße geführt hatte, und dessen Heldenmuth die Eroberung jenes wichtigen, die Kämpfer mit Waffen versorgenden Gebäudes ertrotzt hatte!

Etwas nach 2 Uhr begann der Zug sich durch die an beiden Seiten mit Bürgergarden besetzten Straßen zu bewegen, in denen eine ungeheure Volksmasse versammelt war, denn ganz Berlin hatte sich aufgemacht, um die herrliche Feier mit anzusehen; aber obgleich die Zuschauer allen, den niedrigsten wie den höchsten Ständen angehörten, herrschte doch, weil keine despotische Polizei gegenwärtig war, überall der beste Geist. Nirgends ist auch nur der kleinste Unfug, die geringste Unordnung zu rügen gewesen. Fast vier Stunden dauerte der Zug, dessen Spitze bereits im Friedrichshain angelangt war, während das Ende desselben noch auf dem Gensdarmenmarkte stand, und dennoch konnte sich das so oft als scandalsüchtig verläumdete Volk von Berlin so lange bezähmen! Gewiß der beste Beweis, daß nur durch die Polizei selbst die meisten, früher oft gerügten Unordnungen gemacht worden sind.

Als die Spitze des Zuges nach dem Opernhause kam, wurde sie durch das auf der Treppe desselben aufgestellte Dom-Chor mit dem Choral „Jesus meine Zuversicht" begrüßt.

Jetzt näherte sich der Zug dem Schloß. Aller Augen waren auf den Balkon gerichtet, welcher nach den Zimmern des Königs führte: mit der gespanntesten Erwartung harrte man darauf, ob der König erscheinen, ob er die Leichen der im Kampfe gegen ihn Gefallenen begrüßen werde.

Schon war die Spitze des Zuges unter dem Balkon

und der König war noch nicht erschienen, schon murrte man im Volke, schon ließen sich manche Redensarten hören, welche den kaum geschlossenen Frieden wieder zu zerstören drohten, da öffneten sich plötzlich die Flügelthüren und der König erschien auf dem Balkon, als eben die ersten Särge vorübergetragen wurden. Er war in Generalsuniform und grüßend nahm er den Helm ab, als die Särge kamen. Der König sah schmerzlich angegriffen aus. Die Minister und Adjutanten umgaben den König, auch sie blieben natürlich entblößten Hauptes. Zwei große schwarze Trauerfahnen wurden zu beiden Seiten und eine dreifarbige etwa in der Mitte des Balkons grüßend herabgeneigt, als der Zug ankam.

Die Särge wurden, wie wir bereits gesagt haben, in einzelnen Abtheilungen getragen. Jedes Mal, wenn eine derselben vorüber war, trat der König in seine Zimmer zurück, kam aber sogleich wieder auf den Balkon, wenn die nächste Abtheilung der Särge vorübergetragen wurde, er blieb während dieser Zeit fortwährend mit entblößtem Haupte stehen.

Vom Schlosse aus ging der Leichenzug die Königsstraße entlang, über den Alexanderplatz, zum Landsbergerthore hinaus, dem Friedrichshaine zu, wo die ungeheure Gruft für unsere gefallenen Brüder gegraben war.

Die Sonne neigte sich ihrem Untergange zu, als der Zug im Friedrichshaine ankam. Das Grab, an welches kein bezahlter Arbeiter Hand gelegt hatte, da es aus Liebe für die Geschiedenen gegraben worden war, bestand aus vier langen unterirdischen Straßen, in deren Mitte eine viereckige Terrasse stehen geblieben war. In dieser ungeheuren Gruft

wurden die Särge neben einander beigesetzt, und mit Blumen bestreut, auf der Terrasse stellte sich die Geistlichkeit auf.

Der Prediger Sydow hielt eine treffliche Leichenrede, in welcher er auf die schöne Zukunft verwies, welche die Gefallenen durch das Opfer ihres Lebens uns erkauft hätten, freilich sei sie theuer erkauft, denn nicht ein Grab, sondern ein ganzer Kirchhof öffne sich vor unseren Augen; es sei darum aber auch um so mehr unsere Pflicht, mit Ruhe, Mäßigung und Kraft die errungenen Schätze zu wahren.

Der Bischof Neander segnete darauf die Leichen ein, und dann gab die Berliner Schützengilde den Gefallenen die dreimalige Ehrensalve über das Grab; und wahrlich es war eine Ehrensalve, denn die Schüsse krachten aus denselben Büchsen, welche in der Nacht vom 18. so manches tödtliche Geschoß auf die Feinde der Freiheit geschleudert hatten, sie wurden gegeben von den Schützen, welche sich in jener Nacht unverwelkliche Lorbeeren errungen haben.

Nachher hielt der Assessor Jung noch eine treffliche Rede.

Es war schon fast völlig dunkel, als die Versammlung, welche wohl aus beinahe 100,000 Menschen jedes Alters und Geschlechtes, jedes Standes, jeder Religion bestand, aus einander ging.

Zwei Tage später am 24. wurden Morgens 7 Uhr die am 18. März gefallenen Soldaten ebenfalls mit großer Feierlichkeit begraben, jedoch stand die Feier dieses Begräbnisses in gar keinem Verhältniß zu dem der gefallenen Bürger.

Ueber die Anzahl der an jenem Kampftage gefallenen Soldaten blieben die Bewohner Berlins lange in Dunkelheit. Alle Zeugen des Kampfes sagten einstimmig aus, daß im Ganzen bestimmt bei weitem mehr Soldaten als Bürger ge-

fallen sein müßten, wenn sich auch die Zahl der Ersteren nicht genau berechnen ließe, da die Gefallenen und Verwundeten von ihren Kameraden sogleich fortgeschafft worden waren.

Es fand diese Aussage allgemeinen Glauben und sie war auch in der That sehr wahrscheinlich, denn die Soldaten hatten stets auf offener Straße kämpfen müssen, während die Bürger durch Barrikaden geschützt waren und aus den Häusern hatten feuern können. Allerdings waren die Bürger meistens schlecht bewaffnet, nur Wenige hatten Schießgewehre, und diese Wenigen mußten sogar, da es ihnen an Munition fehlte, mit Nägeln, Stecknadeln, Stücken Eisen und ähnlichen improvisirten Geschossen ihre Flinten laden; allerdings hatten die Bürger keine Gefangenen ermordet, während viele gefangene Bürger erst dann ihren Tod gefunden hatten, als sie sich durch ihre Wehrlosigkeit, durch die Banden, mit denen ihre Arme gefesselt waren, sicher wähnten; aber trotzdem glaubte man in Berlin doch allgemein, daß in einem Kampfe, in welchem mehr als 200 Bürger gefallen und gegen 400 verwundet worden waren, wenigstens eine entsprechende Anzahl Soldaten das gleiche Schicksal gehabt habe; man glaubte dies um so mehr, als in der Proklamation des Königs „An meine lieben Berliner", so wie in allen übrigen Bekanntmachungen der Regierung und der Freunde derselben, stets von der heldenmüthigen Tapferkeit die Rede war, welche die Regimenter in dem Straßenkampfe, bei der Erstürmung der Häuser und Barrikaden, bewiesen hatten; man glaubte es um so mehr, weil die maßlose Grausamkeit, die unmenschliche Mordlust der Soldaten gegen ihre waffenlosen Gefangenen stets dadurch entschuldigt wurde, daß die Truppen durch ihren großen Verlust in dem ungleichen Kampfe zu einer Wuth ge-

bracht worden wären, in welcher sie sich selbst nicht gekannt hätten.

Die Regierung zögerte fortwährend, die Zahl der gefallenen Soldaten zu veröffentlichen; endlich am 15. April erschien in den Zeitungen eine Kriegsministerial-Bekanntmachung, welche die Zahl der Gefallenen auf 3 Officiere und 17 Mann, der Verwundeten auf 14 Officiere, 14 Unterofficiere, 225 Gemeine und 1 Chirurg angab.

Diese Bekanntmachung erregte in Berlin eine große Erbitterung und fand gar keinen Glauben; ob sie wahr ist, oder nicht, ist indessen bisher noch in keiner Weise festgestellt. Der allgemeinen Versicherung aller Theilnehmer am Kampfe gemäß, müssen bei weitem mehr Soldaten gefallen sein, auch spricht dafür folgender Artikel der Vossischen Zeitung, welcher von der Regierung niemals widerlegt worden ist.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Kriegs-Ministeriums vom 11. d. M., die Zahl der Todten und Verwundeten Seitens des Militairs aus dem Kampfe vom 18. und 19. c. betreffend, werden die Behörden gebeten, die Wahrheit oder Unwahrheit der in nachstehender Angabe enthaltenen Thatsache erforschen und das Resultat veröffentlichen zu wollen. Am 11. d. M. erklärte der hiesige Schiffer Maaß hier in Gegenwart der Unterzeichneten Folgendes: In der Nacht vom 19. auf den 20. März c. fuhren zwei Schiffe Spree abwärts an meinem Kahne vorüber. Auf meinen Zuruf: „warum sie zur Nachtzeit ihre Kähne in Bewegung setzten und was sie geladen hätten?“ antworteten mir die Schiffer: „„daß sie Militairleichen als Fracht eingenommen und weiter transportirten.““ Die Fahrzeuge hatten einen solchen Tiefgang, daß das eine circa 1200 Centner, das andere circa

800 Centner haben mußte, ein Gewicht, welches ungefähr auf 1200 noch bekleidete Leichen schließen ließe. — Man soll vorher mit dem Schiffer Borchardt wegen desselben Leichentransports zu unterhandeln versucht haben, wozu sich dieser aber nicht verstanden hat. Die beiden Schiffer aus Spandau, welche mir, wie angegeben, begegnet sind, kenne ich persönlich, doch weiß ich ihre Namen nicht, welche zu erfragen indeß mir nicht schwierig sein würde.

Berlin, den 14. April 1848.

Plintzner. Schliewiensky. Julius Müller. C. Th. Popcke. D. Hoffmann. Puls."

7.

Die Leichen der Gefallenen waren begraben, und Berlin begann nach und nach wieder sein altes Aeußeres anzunehmen, nur die unzähligen schwarz-roth-goldenen Fahnen, welche aus beinahe allen Fenstern flatterten, gaben der Stadt noch ein ganz eigenthümliches Aeußere, und erinnerten an die Kämpfe, welche es gekostet hatte, um diese unschuldigen Farben in der Residenz zu zeigen.

Die deutschen Farben kamen, seit der König sie getragen, förmlich in Mode; da sah man fast Niemand auf der Straße, der nicht eine schwarz-roth-goldene Kokarde getragen hätte, selbst die ältesten Büreaukraten wagten es nicht, ohne dies Zeichen der Anerkenntniß der Berliner Revolution auszugehen.

Es entwickelte sich jetzt in den übrigen Tagen des März ein reges, politisches Leben, welches vorzüglich angeregt wurde durch die damals noch sehr kleine, radikal demokratische Par-

tei, und zwar zum Theil wieder durch die Männer, welche den ersten Anstoß zur Revolution durch die Zelten-Versammlungen gegeben hatten.

In der Zeitungs-Halle hatte ein Anschlag die Literaten Berlins aufgefordert, sich im Hotel de Russie zu vereinigen; aus dieser Literaten-Versammlung wurde aber ein offener Klub, der sich anfangs „der politische Klub", dann „der demokratische Klub" nannte, und besonders unter dem letzteren Namen eine historische Bedeutung für Berlin gewonnen hat.

Die Mitgliederzahl des politischen Klubs war anfangs gering; aber mit jedem Tage seines Bestehens wurde sie bedeutender, denn mit jedem Tage gewannen die demokratischen Ideen mehr Eingang im Volke.

Das Volk von Berlin stand durch die lange Unterdrückung, durch die unbarmherzig vernichtete Rede- und Preßfreiheit, unmittelbar nach dem 18. März, noch auf einer sehr niedrigen Stufe der politischen Bildung, es bot daher den Agitatoren beider Parteien, der reactionairen wie der demokratischen, einen sehr fruchtbaren Boden für ihr Wirken dar, und die Reaction, welche unter dem täuschenden Scheinnamen des früheren Liberalismus gleich in den ersten Tagen nach dem 18. wieder auftauchte, benutzte diesen Umstand, um das Volk aufzuhetzen gegen die Demokratie, und besonders gegen die jugendlichen Stimmführer derselben, die Literaten.

Anfangs gelang dies auch; die Demokraten, und besonders das Hauptorgan derselben, der politische Klub, kamen beim Volke, und besonders beim Bürgerstande, ganz und gar in Mißkredit; es wurde ein wirklich lächerlicher Haß gegen

jeden Menschen erzeugt, der das Unglück hatte, ein Literat zu sein — vielleicht gar einen großen Bart zu tragen.

Das wirksamste Mittel zur Verdächtigung der Demokraten war ein am 27. März durch die bekannten Herren Crelinger, Küttge und Furbach unter dem Namen „Constitutioneller Klub" gebildeter Verein.

Die Tendenz des Klubs, wie sie in der ersten constituirenden Versammlung auf dem Potsdamer Bahnhofe durch den Sprecher Herrn L. Crelinger ausgesprochen wurde, ist etwa folgende:

„Kräftige Erhaltung aller am 18. März errungenen Freiheiten und ruhige Fortbildung der Errungenschaften; zu gleicher Zeit aber auch das entschiedenste Auftreten sowohl gegen die Reaction, als gegen das Ueberstürzen der Freiheitsbewegungen."

Eine solche Tendenz war ganz nach dem Sinne der gemäßigt liberalen Partei im Staate, und diese schloß sich daher mit großem Eifer dem Klub an, dessen Wirken gewiß ein höchst segensreiches hätte werden können, wenn nicht leider auch Elemente ihm beigetreten wären, welche den Keim der Zerstörung in seinen Schooß gelegt haben.

Jene bureaukratische Beamten-Partei, welche vor dem 18. März mit dem verächtlichsten Servilismus ein Stützpunkt des Absolutismus war, hatte nach dem Freiheitskampfe die Farbe gewechselt, aus dem Schwarz und Weiß das Schwarz-Roth-Gold gemacht; die Gesinnung dieser Leute blieb natürlich dieselbe, aber sie schämten sich dessen ungeachtet nicht, die vollste Sympathie für die Freiheit zu heucheln, und dabei im Stillen für die Reaction zu wirken.

Auch diese Partei hatte sich dem Constitutionellen Klub

angeschlossen und ihm schon wenige Wochen nach der Revolution eine Richtung gegeben, welche der demokratischen geradezu entgegensteht, und einen starken Beigeschmack von Reaction hat.

Unter den Flügeln dieser Partei, welche sich nach und nach durch ihren geheuchelten Liberalismus das Vertrauen der gutmüthigen Berliner zu gewinnen wußte, gelang es dem Constitutionellen Klub leicht, sich in Ansehen und Einfluß zu setzen, und dadurch der Ausbildung radikaler, demokratischer Ideen im Volke Hindernisse in den Weg zu legen; auch trug der ungezügelte, rohe Enthusiasmus, mit welchem der politische Klub, ohne Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse, der politischen Unbildung des Volkes, stürmisch vorwärts schreiten wollte, viel dazu bei, ihn bei dem Bürgerstande zu verdächtigen und verhaßt zu machen.

Aber dieser Haß sollte nicht von langer Dauer sein, denn lange mochten die alten, versteinten Beamten die liberale Maske nicht vor dem Gesicht zu behalten, lange vermochten die Bürger nicht, ihr Ohr vor den ewigen Wahrheiten der Demokratie zu verschließen, und schon nach wenigen Wochen fand der Politische Klub täglich mehr Anhänger, täglich verbreiteten sich die Lehren der Demokratie mehr im Volke.

Die kleine demokratische Partei wirkte aber auch rastlos und unverdrossen; sie hielt Volks-Versammlungen, wenigstens zweimal in der Woche, meistens auf dem alten Ort, unter den Zelten; dessen ungeachtet sollte sie indessen doch sehr bald bei einer hochwichtigen Frage eine bedeutende Niederlage erleiden, dies war bei der Frage über die Zusammenberufung des Vereinigten Landtages.

Vor der Revolution vom 18. war der Hauptwunsch,

den alle Adressen an den König aussprachen, immer der um Zusammenberufung des Landtages gewesen, und aus allen Städten Preußens waren derartige Adressen an den König eingereicht worden; die Regierung mußte daher glauben, daß eine Einberufung des Landtages allgemeiner Wunsch sei.

Der 18. März hatte indessen viel geändert. Was man vor diesem Tage in Preußen kaum schüchtern zu bitten wagte, das forderte man jetzt mit Ungestüm. Vor dem 18. März wünschte man eine Einberufung des Landtages, nach diesem Tage erklärte sich plötzlich ein großer Theil, und zwar die freisinnige demokratische Partei, gegen diese Einberufung.

Dieser Widerspruch war in der That auch nur natürlich. Der Vereinigte Landtag war ein Produkt des Absolutismus, und in seiner alten Zusammensetzung ein Ueberbleibsel jener durch den 18. März gänzlich vernichteten Regierungsform. Seine ganze Zusammensetzung hatte sich überlebt, sein Hauptprinzip, eine ständische Gliederung, war in den Kämpfen des 18. untergegangen, und man konnte daher dem Vereinigten Landtage, der selbst unter der vorigen Regierung nur eine berathende Stimme gehabt hatte, unmöglich jetzt eine Entscheidung über die heiligsten Interessen der Nation zuerkennen. Diese Entscheidung mußte einer Versammlung von wirklich aus dem Volke hervorgegangenen Männern vorbehalten werden, und man wünschte daher fast allgemein, daß die Regierung nicht durch einen nutzlosen Beirath des Landtages Zeit vergeuden, sondern aus eigener Machtvollkommenheit möglichst schleunig eine constituirende Versammlung zusammenberufen möge.

Dieser Wunsch wurde vertreten durch mannigfaltige Deputationen aus den Provinzen, welche sich deshalb nach Ber-

lin begeben hatten, aber auf ihre Bitten einen abschläglichen Bescheid erhalten hatten, so unter Anderen eine Deputation aus Breslau, welche hierüber Folgendes bekannt machte.

Auf unseren Antrag:

Die zugesagte constitutionelle Verfassung mit den, aus Urwahlen hervorgegangenen Vertretern des gesammten Volkes zu vereinbaren, und das Wahlgesetz über die Urwahlen sofort und ohne vorgängigen Beirath des Vereinigten Landtages zu erlassen,

hat des Königs Majestät unterm gestrigen Tage die Antwort ertheilt:

„Nachdem Ich eine constitutionelle Verfassung auf den breitesten Grundlagen verheißen habe, ist es Mein Wille, ein volksthümliches Wahlgesetz zu erlassen, welches eine auf Urwahlen gegründete, alle Interessen des Glaubens, ohne Unterschied der religiösen Glaubensbekenntnisse, umfassende Vertretung herbeizuführen geeignet ist, und dieses Gesetz dem Vereinigten Landtage zur Begutachtung vorzulegen, dessen schleunige Berufung Ich, nach allen bisher Mir eingegangenen Anträgen, für den allgemeinen Wunsch des Landes halten muß; diesem bisher kundgegebenen Wunsche des Landes würde Ich entschieden zuwiderhandeln, wenn Ich, nach Ihrem Antrage, das neue Wahlgesetz ohne ständischen Beirath erlassen wollte. Sie werden daher, wie Ich zu Ihrer Loyalität vertraue, sich selbst überzeugen und Ihre Committenten davon zu überzeugen wissen, daß Ich auf Ihren gedachten Antrag für jetzt, und so lange nicht der allgemeine Wunsch des Landes sich dem Ihrigen anschließt, nicht eingehen kann."

Wir fordern daher das gesammte Land dringend auf,

durch schleunige, an den Thron niederzulegende Erklärungen ꝛc. sich über den Beitritt zu unserem Antrage auszusprechen.

Es gilt, dem gesammten deutschen Vaterlande zu beweisen, daß die preußische Nation die Aufgabe vollkommen begreift, die ihr der gewaltig fortschreitende Geist der Zeit gestellt hat; es gilt, allen deutschen Stämmen Gewähr zu leisten, daß sie im vollen Vertrauen sich an Preußen anschließen können, ein Vertrauen, welches nur dann zu erwerben ist, wenn die Gesammtheit des preußischen Volkes ihre Stimme zu erheben vermag. Die Augenblicke sind heilig!!

Breslau, den 23. März 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung.

Auch der Rhein hatte zwei Deputationen geschickt, die eine kam von den Stadtverordneten und dem Magistrat der achtzehn rheinischen Städte, und bat um ein Wahlgesetz, welches jedoch dem Vereinigten Landtage vorgelegt werden sollte; die andere kam von der Bürgerschaft Kölns und forderte ganz besonders die Nichtbefragung des Landtages, sondern eine Gewährung der Volkswünsche aus eigener Machtvollkommenheit der Regierung. Die Antwort des Königs war der der Breslauer Deputation entsprechend.

Auch in Berlin war die Zusammenberufung des Landtages die Tagesfrage geworden; sie wurde in den Volks-Versammlungen besprochen und Adressen wurden an den König geschickt, welche die Octroyirung eines volksthümlichen Wahlgesetzes für eine sofort zu berufende National-Versammlung forderten. Aber vergeblich! —

Die constitutionelle Partei wirkte mit aller Macht der demokratischen entgegen und brachte entgegengesetzte Bittschriften um Einberufung des Landtages mit Tausenden von Un-

terschriften zu Stande, indem sie die Adreßbogen in den Bürgerwehr-Wachtstuben auslegte. So blieb es denn bei der alten Bestimmung.

Eine andere Frage, welche unmittelbar nach der Revolution auftauchte und alle Gemüther beschäftigte, war die: — Wie kann der Lohn der Arbeiter erhöht, wie kann für Arbeit der Arbeitslosen gesorgt werden? —

Auch über diese Frage ist viel gesprochen und geschrieben worden, besonders nahm sich die demokratische Partei, welche sich hauptsächlich auf die Arbeiter stützte, derselben an. Es wurden Volks-Versammlungen auf dem Schönhauser Exercierplatz nur für Arbeiter-Interessen gehalten, der Magistrat und die Stadtverordneten ernannten eine gemeinschaftliche Deputation, um sich mit denselben zu beschäftigen; aber dennoch ist im Ganzen wenig geschehen, außer daß eine allerdings ziemlich bedeutende Anzahl brodloser Arbeiter mit Erdarbeiten am neuen Kanal, in den Rehbergen und an anderen Orten beschäftigt wurden; aber diese Arbeiten waren meist so schlecht organisirt, daß sie ein ungeheures Geld kosteten, ohne sich im Geringsten zu verwerthen.

Die Lohnfrage wurde eben so wenig gelöst, denn wenn auch die meisten Fabrikanten und Arbeitgeber sich in der ersten Zeit nach der Revolution aus Furcht wirklich dazu verstanden, einen höheren Lohn zu bewilligen, so haben sie diese Bewilligung später doch meistens wieder zurückgenommen.

Von politisch wichtigen Ereignissen ist bis zur Zusammenkunft des Landtages nur wenig zu erwähnen.

Am 29. März ernannte der König statt des Grafen Arnim den früheren Landtags-Deputirten Camphausen zum

Minister-Präsidenten, und eine andere Größe des Vereinigten Landtages, Herrn Hansemann, zum Finanz-Minister.

Darüber war große Freude in Berlin, und noch erhöht wurde dieselbe, als am 30. März die folgende Bekanntmachung des neuen Ministeriums erschien:

„Ew. Königl. Majestät haben durch die Proclamation vom 21. März dem Volke den Willen zu erkennen gegeben, eine wahre constitutionelle Verfassung, mit Verantwortlichkeit der Minister, einzuführen, und damit ausgesprochen, daß, wie Ew. Majestät seit dem Antritte Allerhöchstihrer Regierung lediglich von dem Wunsche geleitet waren, das Wohl des Volkes zu begründen und zu erhöhen, wie dazu die allmälige Entwickelung der ständischen Verfassung zu freieren Staatsformen als der richtige Weg von Ew. Majestät anerkannt wurde, auch nunmehr derselbe Wunsch Ew. Majestät beseele, hingegen die Ueberzeugung gewonnen sei, daß zu dessen Erfüllung der bisherige Weg verlassen und an die Umgestaltung der Verfassung mit Muth und Kraft die Hand angelegt werden müsse.

Ew. Königl. Majestät, fest entschlossen, mit der dem ganzen Volke bekannten Treue und Standhaftigkeit, der gewonnenen Ueberzeugung entsprechend, zu handeln, haben uns mit der Vorbereitung der nothwendigen Maßregeln beauftragt, und wir glauben den Absichten Ew. Majestät zu begegnen, indem wir uns sofort für alle unsere Maßnahmen der künftigen Volksvertretung verantwortlich und den dieserhalb zu erlassenden Gesetzen unterworfen erklären. Wir sehen es als unsere erste Pflicht an, die Folgen des Rathes, den wir ertheilen werden, allein auf unsere Häupter zu laden, damit Ew. Majestät, über das wogende Treiben des Augen-

blicks erhaben, in unantastbarer Ruhe die Entschließungen fassen können.

Unverweilt werden wir die Ehre haben, Ew. Majestät die zunächst erforderlichen Vorschläge, rücksichtlich der Landes-Verfassung, vorzulegen, und wenn inzwischen weiterhin, wie seither in reichem Maaße geschehen, unmittelbare, die Verfassung betreffende Anträge schriftlich oder mit der Bitte um persönliches Gehör eingehen, so stellen wir Ew. Königl. Majestät gehorsamst anheim, für jetzt uns zu ermächtigen, die Ansuchenden mit Vorbescheid zu versehen, damit auf uns diejenigen Gefühle sich richten, welche entstehen können, wenn den Anträgen nicht, oder nicht unmittelbar willfahrt werden kann.

Berlin, den 30. März 1848.

(gez.) Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. Hansemann. von Reyher.

An

Se. Majestät den König.

Diese Bekanntmachung erregte allgemeine Freude, denn jetzt war man vollkommen überzeugt davon, daß es der Regierung ernst mit einer freisinnigen Constitution sei: die guten Berliner wußten damals noch nicht, daß Minister-Verantwortlichkeit nichts ist, als eine leere Phrase ohne Behörden, welche muthvoll und freiheitsliebend genug sind, strafbare Minister zur Verantwortung zu ziehen, ohne Gesetze, welche die Machtvollkommenheit der Minister bestimmen; erst viel später haben die Berliner dies einsehen gelernt nach manchen traurigen Erfahrungen.

Mit großen Erwartungen schaute das ganze Land auf das Ministerium Camphausen, von welchem es ein kräftiges

Auftreten in der Zeit der Anarchie, in welcher sich Preußen damals noch befand, erwartete, mit Vertrauen blickte es auf die Männer, welche jetzt das Staatsruder in die Hand nahmen, denn diese waren ja die Einzigen, welche befähigt erschienen, in einer so sturmbewegten Zeit zu regieren.

Man glaubte, von dem Ministerium Camphausen um so mehr eine thatkräftige und freisinnige Politik erwarten zu können, als dasselbe aus den Männern bestand, welche auf dem Landtage 1847 sich durch Freisinnigkeit, Redekraft und energisches Auftreten gegen die absolute Regierung ausgezeichnet hatten, aber leider hatte man sich gewaltig getäuscht. Das Ministerium Camphausen hat den Hoffnungen, welche man auf dasselbe gesetzt hat, in keiner Weise entsprochen; es hat sich theils, wo es handeln mußte, reactionair und inconsequent bewiesen, theils aber hat es die kostbare Zeit verstreichen lassen, indem es sich in Grübeleien und unpraktische Gesetz-Entwürfe versenkte, statt in einer Zeit der Thaten mit Energie aufzutreten.

Der liberalen Partei in Preußen ist diese Handlungsweise des Ministeriums Camphausen oft räthselhaft gewesen, und doch ist sie nur zu natürlich; alle jene sogenannten freisinnigen Mitglieder des Ministeriums waren freisinnig, das läßt sich nicht leugnen, nach den Grundsätzen des absoluten Königthums. Aber sie hatten ihre Meinungen, ihre Ansichten treu bewahrt und hineingetragen in unsere jetzige Zeit; das ist ihr großer Fehler.

Am 18. März 1848 hat das preußische Volk einen ungeheuren Sprung gemacht, einen Sprung, welcher in der Geschichte wohl ohne Gleichen sein möchte; das preußische Volk hat an jenem Tage mit einem Male alle die veralteten

Vorurtheile von sich abgeschüttelt, von denen es so lange befangen war, an jenem Tage sind alle die Keime der Freiheitsgedanken, welche im Busen des Volkes schlummerten, plötzlich emporgeschossen, der Blutregen des 18. März hat sie hervorgetrieben, und in den wenigen Wochen, welche seit jenem Tage vergangen sind, haben sich die Blüthen bereits entfaltet und die Früchte angesetzt; wir sind gegenwärtig weit hinausgegangen über die Freiheitsgedanken, welche uns im Jahre 1847 noch so großartig erschienen, wir haben den Liberalismus jener Tage weit hinter uns zurückgelassen, und die Freiheiten, welche der 18. März uns errungen hat, stehen hoch über denen, für welche die freisinnige Partei auf dem Landtage von 1847 kämpfte.

Das hat das Ministerium Camphausen nicht begriffen; es ist stehen geblieben auf dem alten Standpunkt eines längst überflügelten Liberalismus, und sucht diesen wieder einzuführen in das Staatsleben der Jetztzeit, es verkennt die Bewegungen unserer Tage; da es die Freiheiten, in deren Besitz wir bereits sind, die wir mit dem Blute so vieler unserer Brüder theuer genug erkauft haben, fortwährend aufs Neue antastet und zu erschüttern versucht, so ist es im eigentlichsten Sinne des Wortes reactionair. Es hat in der kurzen Zeit seines Bestehens alles Vertrauen, alle Liebe verloren.

Wir gestehen gern ein, daß es schwierig war, unendlich schwierig, in einer Zeit, wie die unsrige, die Zügel der Regierung zu ergreifen, wir gestehen gern ein, daß es eine furchtbare Aufgabe war, aus der vollständigsten Anarchie, aus der vollständigsten Auflösung aller gesetzlichen Ordnung ein neues, alle Forderungen der Zeit umfassendes Staatsgebäude zu schaffen, da diesem selbst die Grundlagen fehlten, auf denen

es zu erbauen gewesen wäre; dennoch können wir nicht umhin, dem Ministerium Camphausen gerade daraus einen Vorwurf zu machen, daß es in einer solchen Zeit die Rettung des Staates übernommen hat, da es doch fühlen mußte, wie wenig es seiner großen Aufgabe gewachsen war. Schwäche und Inconsequenz sind beim Privatmanne bedauerliche Charakterfehler, beim Ministerium aber, welches freiwillig die Verantwortung für alle seine Handlungen übernimmt, werden sie zu Verbrechen gegen den Staat. —

Charakteristisch für die Berliner ist es auch, daß schon nach nicht vierzehn Tagen nach der Revolution immer mehr und mehr der Wunsch in der Bürgerschaft laut wurde, es möchte wieder Militair in die Stadt einziehen, um der Bürgerwehr einen Theil ihres beschwerlichen Dienstes abzunehmen. Auch hiergegen kämpfte die radikale Partei an, aber eben so vergeblich, wie gegen die Einberufung des Landtags. Vergeblich warnten die Demokraten, daß man hierdurch der Regierung eine neue Concession mache, — das Militair wurde einberufen und sogar höchst festlich mit Blumen und Kränzen empfangen.

Am 29. März zog das 24., am 30. das 9. Infanterie-Regiment in Berlin ein.

Die Bürger Berlins waren zu dieser Nachgiebigkeit gegen die Regierung hauptsächlich mit durch eine schöne Rede veranlaßt worden, welche der König in Potsdam zu den Officieren der Garde gehalten hatte und welche in Berlin einen allgemeinen Jubel erregte, denn sie gab nach der Meinung der guten Berliner, welche immer noch Worte für Thaten hielten, den sichersten Beweis ab, daß der König sich ganz

in den Geist der Zeit gefunden habe, daß er fortan in demselben fortschreiten werde.

Diese Rede des Königs paßt so trefflich zu den späteren Handlungen der Regierung, zu der Ernennung des Ministeriums Brandenburg, der Auflösung der Bürgerwehr, der Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin, daß wir nicht umhin können, sie dem gütigen Leser hier mitzutheilen. Wir bitten ihn aber, sie ja recht fest im Gedächtniß zu behalten, es ist oft gut, wenn man sich an dergleichen erinnert.

Der König hat ungefähr folgende Worte zu dem Offizier-Corps gesprochen:

„„Ich bin nach Potsdam gekommen, um Meinen lieben Pots-
„„damern den Frieden zu bringen und ihnen zu zeigen, daß ich in
„„aller Beziehung ein freier König bin, den Berlinern aber auch
„„zu beweisen, daß sie von Potsdam aus keine Reaction zu befürch-
„„ten haben, und daß alle die beunruhigenden Gerüchte darüber
„„durchaus unbegründet sind. — Ich habe den gesunden und edlen
„„Sinn treuer Bürger kennen gelernt, in Berlin ist bei dem
„„Mangel an städtischen Sicherheitsbehörden die
„„tiefste Ruhe. — Ich bin niemals freier und siche-
„„rer gewesen, als unter dem Schutze Meiner Bür-
„„ger. Was ich gegeben und gethan habe, das habe ich aus
„„vollster und freier Ueberzeugung gethan und längst vorbereitet,
„„und die großen Ereignisse haben den Abschluß beschleunigt,
„„und keine Macht kann und wird mich bewegen, das Gegebene
„„zurückzunehmen; auch habe ich die Ueberzeugung gewonnen,
„„daß es zu Deutschlands Heil nothwendig, Mich an die
„„Spitze der Bewegung zu stellen. — In Berlin herrscht
„„ein so ausgezeichneter Geist in der Bürger-
„„schaft, wie er in der Geschichte ohne Beispiel ist.

„„„Ich wünsche daher, daß auch das Officier-Corps den Geist
„„„der Zeit ebenso erfassen möge, wie ich ihn erfaßt habe, und
„„„daß Sie Alle von nun an ebenso als treue Staatsbürger
„„„sich bewähren mögen, wie Sie sich als treue Soldaten be-
„„„währt haben. Sollte in Berlin das Eigenthum gefährdet
„„„oder die Ruhe und Ordnung gestört werden, so wird in
„„„dem Falle, daß die Bürgerschaft Militair-Hülfe ver-
„„„langen sollte, Militair nach Berlin gezogen wer-
„„„den, um mit dem Bürger Hand in Hand gemeinschaftlich für
„„„Ruhe und Ordnung zu wirken; über die weitere Gestaltung im
„„„Militairwesen sind die desfallsigen Anordnungen abzuwarten.""

Unter den erzählten Ereignissen vergingen die letzten Tage des März und die Zeit der Eröffnung des Landtages rückte heran.

Schon am 31. März hatten die bereits in Berlin anwesenden Deputirten im Hotel de Russie eine Vorversammlung, welche gewiß mit zu den eigenthümlichsten Erscheinungen unserer Zeit gehört und aufs Neue zeigt, wie gesinnungsuntüchtig eine große Anzahl selbst der berühmten Mitglieder des Landtags ist. Man beschloß nämlich unter Anderm, daß das vom Ministerium dem Landtag vorzulegende Wahlgesetz womöglich ohne Discussion angenommen werden solle, da es von einem Ministerium komme, dem der Landtag das vollste Vertrauen zu schenken berechtigt sei! —

Ist man nicht bei einem solchen Beschluß geneigt, an das wahre Wort: — Unsinn, du siegst, — zu denken? Die Versammlung kannte das Wahlgesetz noch nicht und beschloß dessenungeachtet, es ohne Weiteres anzunehmen, und diese Versammlung bestand zum größten Theil aus den tüchtigsten Männern des Landtags, von denen wir hier nur die Namen

Beckerath, Lichnowsky, Bardeleben, Mewissen, Dyhren u. s. w. nennen wollen.

Diese Vorberathung giebt uns aufs Neue den deutlichsten Beweis, wie richtig die radikale Partei geurtheilt hatte, als sie sich der Zusammenberufung des Landtags widersetzte, denn was war von einer Versammlung zu erwarten, deren tüchtigste Mitglieder einen Beschluß fassen konnten, wie der erwähnte. Es liegt offenbar auf der Hand, daß jedes Vertrauen, welches man etwa noch zu dem Landtage hätte haben können, durch eine solche, aller Vernunft geradezu widersprechende Handlungsweise, vernichtet wurde, und es war daher leicht vorauszusehen, daß auch die Beschlüsse des Landtages selbst den Wünschen des Volkes nicht entsprechen würden, eine Voraussicht, welche sich bestätigt hat.

Vor der Zusammenkunft des Landtags kamen am 31. März und 1. April noch 3 Kabinetsordern, welche den Fürsten von Solms-Hohen-Solms-Lich zum Marschall der ersten, den Obristlieutenant a. D. von Rochow zum Marschall der zweiten Kurie und den Minister Camphausen zum Kommissarius ernannten, und Oeffentlichkeit der Sitzungen gegen Eintrittskarten gewährten.

8.

Am 2. April, Mittags 12 Uhr, hatten sich im weißen Saale des Königl. Schlosses die Mitglieder des Vereinigten Landtages versammelt, nur wenige derselben fehlten, und zwar in der Herren-Kurie die Prinzen des Königl. Hauses, in der Drei-Stände-Kurie einzelne Abgeordnete.

Die Ministerbank war durch die Staatsminister Camp-

hausen, Graf v. Schwerin, Bornemann, Auerswald, Arnim, Hansemann und Reyher in der angegebenen Reihenfolge besetzt; auf der Zuhörer-Tribüne befand sich ein Publikum, welches meistens aus Zeitungs-Redacteuren und Correspondenten bestand.

Ein Viertel nach zwölf Uhr eröffnete der Ministerpräsident Camphausen die Sitzung mit einer Rede an die Versammlung, in welcher er auf die großartigen Ereignisse der letzten Monate hindeutete und die Versicherung gab, daß auch die Regierung es sich zur Aufgabe gemacht habe, den Weg der Neuzeit einzuschlagen; die Regierung lege indessen auf den Beirath des Landtags ein großes Gewicht.

Unmittelbar nach seiner Rede verlas Herr Camphausen zwei Propositionen der Regierung über ein neues Wahlgesetz und über einige Grundlagen der künftigen Verfassung.

Das Propositionsdekret über das Wahlgesetz ist ein Aktenstück von ganz ungeheurer Wichtigkeit und zwar besonders deshalb, weil die in demselben enthaltenen Ansichten im geradesten Widerspruch stehen mit denen, welche die preußische Regierung in neuster Zeit entfaltet hat. Es lautet dies Dekret folgendermaßen:

Propositions-Dekret.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c., entbieten Unseren zum zweiten Vereinigten Landtage versammelten Ständen Unseren Königlichen Gruß.

Um die Unserem getreuen Volke auf der breitesten Grundlage verheißene constitutionelle Verfassung in das Leben zu rufen, ist die Vereinbarung ihres Inhalts mit einer beschlußfähigen Versammlung freigewählter Volksvertreter erforderlich. Wir haben deshalb ein vorläufiges Wahlgesetz ent-

werfen lassen, welches die Vorschläge enthält, wonach diese Versammlung, welche der Natur ihrer vorübergehenden Aufgabe nach, eine Theilung in Kammern nicht zuläßt, zu wählen und zu bilden sein wird. Indem Wir diesen Entwurf dem in der bisherigen Gestaltung zum letzten Male vereinigten Landtage vorlegen lassen, empfehlen Wir dessen schleunige Erörterung, damit sich durch baldige Herstellung eines festen und volksthümlichen öffentlichen Rechtszustandes alle Segnungen erfüllen mögen, denen Wir Unser treues und edles Volk durch volle und wahrhafte Entwickelung einer freien Verfassung zuzuführen aufrichtig bestrebt sind! Diese Verfassung, deren Entwurf Wir der auf Grund des Wahlgesetzes neu zu bildenden Versammlung werden vorlegen lassen, soll nach Unserer Absicht, und um ihren Zweck vollständig zu erreichen, ihrer Form nach der überwiegenden Mehrzahl der constitutionellen Verfassungen Deutschlands sich anschließen, und mit den bis dahin getroffenen Vereinbarungen über die Bildung einer allgemeinen deutschen Bundes-Verfassung in Einklang stehen.

Gegeben Potsdam, den 2. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Bornemann. von Arnim. Hansemann. von Reyher.

Ueber das Wahlgesetz selbst ist zu bemerken, daß in demselben jeder 24jährige Preuße, der nicht die Bürgerrechte verloren hatte, Armenunterstützung empfing oder in Diensten stand, Urwähler war, daß auf je 500 Seelen einer Gemeinde ein Wahlmann gewählt wurde und daß jeder landräthliche Kreis einen Abgeordneten zu wählen hatte. Bei einer Bevölkerung von 60,000 Seelen waren zwei und bei je 40,000 Seelen

mehr ein Abgeordneter mehr zu wählen. Wählbar zum Abgeordneten war jeder 30jährige Preuße, der nicht die Bürgerrechte verloren hatte oder Armenunterstützung empfing.

Die Proposition über einige Grundlagen der künftigen Verfassung enthielt eine Aufhebung der Zeitungscautionen und der Ausnahme-Gesetze über einen besondern Gerichtsstand, so wie der die Unabhängigkeit des Richterstandes beschränkenden Bestimmungen, die Zusicherung des freien Versammlungsrechtes, der Gleichberechtigung aller Religionen und die Bestimmung, daß der künftigen Volksvertretung die Zustimmung zu allen Gesetzen, die Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen solle.

Die Berathungen des Vereinigten Landtags begannen und es zeigte sich bei denselben sehr bald die merkwürdige Erscheinung, daß auch Leute in das liberale Horn bliesen, von denen man gerade das Gegentheil hätte erwarten sollen, selbst die Herren von Meding und Graf Arnim, Männer, welche unter der vorigen Regierung die Hauptstützen des Absolutismus gewesen waren, welche sich stets im tiefsten Schmutz des höfischen Servilismus bewegt hatten, selbst solche Männer erschienen ergriffen von dem Geiste der neuen Zeit. — Sie schienen es, — denn daß sie es nicht wirklich waren, das haben sie später hier auf das Genügendste gezeigt, sie haben bewiesen, daß, wie sie früher der Regierung schmeichelten und jeden ihrer Vorschläge unterstützten, mochten diese Vorschläge auch noch so freiheitsmörderisch, noch so unvolksthümlich sein, sie gegenwärtig die liberale Maske nur vornahmen, weil die Regierung selbst sie trug, weil ein Ministerium aus dem frühern Liberalismus an der Spitze des Landes stand.

Der Landtag zeigte sich deshalb geneigt, die Vorschläge der Regierung, des Ministeriums Camphausen zu unterstützen, wie diese Vorschläge auch ausfallen mochten; er hat dies deutlich genug durch seine Annahme fast aller Regierungspropositionen mit nur unwesentlichen Aenderungen bewiesen.

Das Wahlgesetz und das Gesetz über einige Grundlagen der künftigen Verfassung gingen in folgender Form, wie es auch von der Regierung bestätigt wurde, aus den Berathungen des Vereinigten Landtags hervor:

1.

Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w., verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. In Erweiterung der Unserem Volke verliehenen Freiheit der Presse werden die im §. 4. Nr. 1. des Gesetzes vom 17. März d. J. (Gesetz-Sammlung S. 69.) enthaltenen Vorschriften über die Cautionsbestellung für die Herausgabe neuer Zeitungen aufgehoben. Die Vorschrift §. 4. Nr. 4. findet auch auf neue Zeitungen Anwendung.

§. 2. Die Untersuchung und Bestrafung aller Staats-Verbrecher erfolgt fortan durch die ordentlichen Gerichte, und es wird jeder durch Ausnahme-Gesetze dafür eingeführte besondere Gerichtsstand hierdurch aufgehoben. In dem Bezirke des Appellations-Gerichtshofes zu Köln tritt auch bei politischen und Preßverbrechen, so wie bei politischen und Preßvergehen, die Zuständigkeit der Geschwornengerichte ein.

§. 3. Die Verordnungen vom 29. März 1844, betreffend das gerichtliche und Disciplinar-Strafverfahren gegen Beamte, so wie das bei Pensionirungen zu beobachtende Verfahren (Gesetzsammlung S. 77. und 90.), treten in Beziehung auf den Richterstand außer Kraft.

§. 4. Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln, ohne daß die Ausübung dieses Rechtes einer vorgängigen polizeilichen Erlaubniß unterworfen wäre. Auch Versammlungen unter freiem Himmel können, insofern sie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefahrbringend sind, von der Obrigkeit gestattet werden.

Ebenso sind alle Preußen berechtigt, zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, sich ohne vorgängige polizeiliche Erlaubniß in Gesellschaften zu vereinigen.

Alle, das freie Vereinigungsrecht beschränkenden, noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben.

§. 5. Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ist fortan von dem religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängig.

§. 6. Den künftigen Vertretern des Volkes soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen, so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts-Etats und das Steuerbewilligungsrecht zustehen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 3. April 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Arnim.

Bornemann. Hansemann. von Reyher.

2.

Wahlgesetz

für die zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung zu berufende Versammlung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc., verordnen, nach Anhörung Unserer zum Vereinigten Landtage versammelten getreuen Stände, auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

§. 1. Jeder Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung bezieht.

§. 2. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von fünfhundert Seelen ihrer Bevölkerung Einen Wahlmann. Erreicht die Bevölkerung einer Gemeinde nicht fünfhundert, übersteigt aber dreihundert Seelen, so ist sie dennoch zur Wahl Eines Wahlmannes berechtigt. Erreicht aber die Bevölkerung einer Gemeinde nicht dreihundert Seelen, so wird die Gemeinde durch den Landrath mit einer oder mehreren zunächst angrenzenden Gemeinden zu einem Wahlbezirke vereinigt. In Gemeinden von mehr als tausend Seelen erfolgt die Wahl nach Bezirken, welche die Gemeindebehörden in der Art zu begrenzen haben, daß in einem Bezirke nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen sind. Bewohnte Besitzungen, welche nicht zu einem Gemeinde-Verbande gehören, und nicht wenigstens 300 Seelen enthalten, werden durch den Landrath behufs der Urwahlen der zunächstgelegenen Stadt- oder Landgemeinde zugewiesen.

§. 3. Jeder ist nur in dem Wahlbezirk zum Wahlmann wählbar, worin er als Urwähler stimmberechtigt ist.

§. 4. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen.

§. 5. Jeder Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet und den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat (§. 1.), ist im ganzen Bereiche des Staats zum Abgeordneten wählbar.

§. 6. Für jeden landräthlichen Kreis, so wie für jede Stadt, welche zu keinem landräthlichen Kreise gehört, soll Ein Abgeordneter und Ein Stellvertreter gewählt werden. — Erreicht die Bevölkerung des Kreises oder der Stadt sechszig Tausend Seelen, so werden Zwei Abgeordnete gewählt, und es tritt für jede fernere Vollzahl von vierzig Tausend Seelen Ein Abgeordneter hinzu, so daß für hundert Tausend Seelen Drei, für hundertvierzig Tausend Seelen Vier Abgeordnete u. s. w. gewählt werden.

§. 7. Die Zahl der Bevölkerung bestimmt sich überall nach der im Jahre 1846 stattgehabten amtlichen Zählung.

§. 8. In den Städten werden die Urwahlen der Wahlmänner durch Beauftragte des Magistrats, und da, wo kein Magistrats-Collegium besteht, des Bürgermeisters geleitet. Ueber die Leitung der Urwahlen auf dem Lande wird mit Rücksicht auf die bestehende Verschiedenartigkeit der ländlichen Gemeinde-Einrichtungen Unser Staats-Ministerium das Erforderliche in dem über die Ausführung des Wahlgesetzes zu erlassenden Reglement (§. 12.) feststellen. Die Wahlen der Abgeordneten und Stellvertreter werden in den Kreisen durch die Landräthe, und in den Städten, welche zu keinem land-

räthlichen Kreise gehören, durch Beauftragte des Magistrats, beziehungsweise des Bürgermeisters geleitet.

§. 9. Die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter erfolgt durch selbstgeschriebene Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit aller Erschienenen, und zwar bei den Kreis-Wahlen in dem Hauptorte des Kreises. Wo mehr als drei Abgeordnete zu wählen sind, soll die Wahl nach Bezirken erfolgen, welche die zur Leitung der Wahl berufenen Behörden abzugrenzen haben.

§. 10. Die gewählten Abgeordneten stimmen in der zu berufenden Versammlung nach ihrer eigenen unabhängigen Ueberzeugung und sind an Aufträge oder Instructionen nicht gebunden.

§. 11. Die Prüfung der Richtigkeit der Wahl ist Sache der künftigen Versammlung.

§. 12. Die zur Ausführung dieses Gesetzes sonst noch erforderlichen Anordnungen hat Unser Staats-Ministerium in einem zu erlassenden Reglement zu treffen.

§. 13. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes zusammentretende Versammlung ist dazu berufen, die künftige Staatsverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen und die seitherigen reichsständischen Befugnisse namentlich in Bezug auf die Bewilligung von Steuern und Staats-Anleihen für die Dauer ihrer Versammlung interimistisch auszuüben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 8. April 1848.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Arnim.

Bornemann. Hansemann. von Reyher.

Außer der Berathung dieser beiden Gesetze kamen noch zwei andere hochwichtige Gegenstände im Vereinigten Landtage zur Debatte.

Zuerst die Wahl der Abgeordneten zu dem in Frankfurt a. M. zusammenkommenden deutschen Parlament, dann die Beschaffung neuer Geldmittel für die außerordentlichen, durch die bewegte Zeit hervorgerufenen Staatsausgaben.

In letzter Beziehung beschloß die Versammlung, die Regierung zu ermächtigen:

1) auf außerordentlichem Wege zum äußern und innern Schutz der Monarchie eine Summe von 15 Millionen Thalern zu beschaffen,
2) zur Herstellung des Kredits im Innern und zur Erhaltung von Handel, Gewerbe und Landwirthschaft Garantieen bis zum Gesammtbetrage von 25 Millionen Thaler unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß möglichst gestrebt werde, Verluste für den Staat, welche diese Garantieen zur Folge haben könnten, zu verhüten,

jedoch unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß das Ministerium der künftig zusammentretenden Volksvertretung sowohl für die Art der Auftreibung, als wie für die Verwendung des gedachten Geldes verantwortlich bleibe.

Am meisten für die Bewilligung des Geldes wirkte der als Haupt der Oppositionspartei auf dem frühern Landtage bekannte Herr von Vincke, der sich in einer brillanten, mit ungeheurem Jubel aufgenommenen Rede für die Bewilligung aussprach.

Die andere wichtige That des letzten Vereinigten Landtags war die auf den Antrag der Regierung vorgenommene

Wahl der Volksvertreter nach Frankfurt a. M., um so wichtiger, weil diese Wahl wieder aufs Deutlichste zeigte, daß der Landtag, trotz seines momentanen und scheinbaren Eingehens in die Bewegungen des März, doch weit davon entfernt war, seine Zeit begriffen zu haben.

Trotz der Vorstellungen einiger freisinnigen Abgeordneten, Zimmermann, Bornemann und Offermann, ging der Landtag auf den Antrag der Regierung ein. Er betrachtete sich als die wahre Volksvertretung und wählte die Abgeordneten nach Frankfurt.

Erst als es sich zeigte, daß die vom Landtag gewählten Abgeordneten im Frankfurter Parlament nicht als Vertreter des preußischen Volkes anerkannt werden würden, erst als die Regierung selbst dies einsah, und deshalb die Wahl annullirt zu sehen wünschte, erst da nahm der Landtag den einmal gefaßten Beschluß zurück und gab sich dadurch ein Zeugniß geistiger Armuth und blinder Folgsamkeit gegen die Regierung, wie dies wohl kaum früher eine Versammlung gethan hat.

Bei der im ganzen preußischen Staate so vielfach aufgestellten Frage: „Soll der Landtag zusammenkommen oder nicht?“ war selbst den eifrigsten Vertheidigern des veralteten und abgestorbenen Instituts kaum eingefallen, demselben eine andere Wirksamkeit, als die der Berathung des Wahlgesetzes für die constituirende Versammlung zuschreiben zu wollen, und dennoch wagte es jetzt das Ministerium, diesem selben Landtag die Wahl der Vertreter des preußischen Volks in Frankfurt zuzutheilen, als ob ein Volk vertreten werden könnte durch Männer, welche nicht aus ihm selbst hervorgegangen, welche nicht von ihm selbst gewählt sind. Nicht einmal der Landtag selbst war ein Organ des Volks, sondern nur ein

Organ der städtischen und ländlichen Grundbesitzer, um wie viel weniger konnten die von dem Landtag für das Volk ohne dessen Befragung gewählten Abgeordneten als Volksvertreter betrachtet werden.

Das Ministerium bewies durch seinen voreiligen Schritt, den es ja auch später zurücknehmen mußte, wieder jene unglückselige Unkenntniß aller bestehenden Verhältnisse, jenes Festhalten an längst veralteten, früher als liberal gerühmten Prinzipien, welche die Zeit längst überflügelt hatte, von dem auch alle seine späteren Maßregeln den klarsten und überzeugendsten Beweis gegeben haben. Durch die Proposition vom 3. April legte das Ministerium Camphausen den Grundstein zu dem Gebäude unzeitgemäßer und reactionairer Regierungs-Erlasse, an welchem es fortan unablässig gearbeitet und durch welches es das Vertrauen, die Liebe und die Achtung der intelligenten Klassen des preußischen Volkes vollständig verloren hat.

Eine ähnliche Tactlosigkeit und Inconsequenz des Ministeriums Camphausen war es, sich durch den von einer Volksvertretung so weit entfernten Landtag Geldmittel bewilligen zu lassen, ein Recht, welches sicherlich der später einzuberufenden wahren Volksvertretung vorbehalten bleiben mußte.

Hätte das Ministerium den Muth und die Energie gehabt, so zu handeln, wie es einem aus der Revolution entsprossenen Ministerium geziemt, so würde es auf eigene Gefahr, unter Verantwortung gegen die künftige Volksvertretung, die dem Staate nöthigen Geldmittel aufgetrieben haben; aber zu einem so kühnen, revolutionairen Schritt war das Ministerium bei weitem nicht thatkräftig genug.

Am 10. April wurde der zweite und letzte Vereinigte Landtag geschlossen, nachdem er im Ganzen vier Sitzungen gehabt hatte, und in denselben allerdings ein bedeutendes Material mit großem Fleiß, aber auch weit über seine Berechtigung hinausgehend, verarbeitet hatte.

9.

Während der Sitzungen des Landtages und nach dem Schlusse derselben herrschte in Berlin ein reges, politisches Leben; auch das Ministerium Camphausen legte einige Thätigkeit an den Tag, aber freilich eine so kraftlose, so wenig einer revolutionairen Zeit würdige Thätigkeit, daß sich täglich das Vertrauen zu diesem Ministerium verminderte.

Am 4. April erschien folgende Bekanntmachung des Ministeriums:

„Ew. Königl. Majestät Aufruf an Preußen und an die deutsche Nation hat von mehreren Seiten eine Deutung gefunden, welche der ihm zu Grunde liegenden Absicht nicht entspricht.

Den Schritt, den Allerhöchstdieselben gethan, als Sie für die Zeiten der Gefahr die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen Sich bereit erklärten, bestand in dem Anerbieten, mit all' der materiellen und moralischen Macht des funfzehn Millionen Deutsche umfassenden Staates die Erreichung der auf deutsche Einheit gerichteten Wünsche aller Bundesstaaten zu fördern. Die gleichzeitige Aufsteckung der deutschen Farben enthielt das unzweideutige Anerkenntniß, daß die Einheit Deutschlands zur Rettung aller zum deutschen Bunde vereinigten Stämme unentbehrlich und daß Preußen bereit sei, seinerseits im vollsten Umfange die allen Bundes-

staaten obliegenden Pflichten anzuerkennen und zur Abwendung der das gesammte Vaterland bedrohenden Gefahren seine ganze Kraft einzusetzen.

Dagegen hat dieser Schritt nicht die ihm mehrseitig zugeschriebene Bedeutung haben können, als wenn mit der augenblicklich angebotenen Leitung irgendwie der freien Entschließung von Deutschlands Fürsten und Völkern vorgegriffen werden solle.

Eben so wenig konnte die Annahme des Symbols, in welchem alle deutschen Staaten ihre Vereinigung finden, das Aufgeben der von Preußen und der von den anderen deutschen Staaten glorreich geführten Farben bedingen. In der einen Hinsicht haben Ew. Königliche Majestät ausdrücklich erklärt, daß sie die Usurpation der oberen Leitung oder irgend eines Rechts nicht beabsichtigen, vielmehr eine solche Absicht auf das Bestimmteste abgelehnt. Zugleich aber wird in Allerhöchstdero Proclamation darauf hingewiesen, daß die Gründung eines einigen, nicht einförmigen Deutschlands, eine Einheit in der Verschiedenheit zu erstreben sei, wie denn in Uebereinstimmung hiermit die an demselben Tage an das Kriegs-Ministerium erlassene und durch die Allg. Preuß. Zeitung veröffentlichte Ordre ausdrücklich bestimmt, daß die Armee neben der preußischen die deutsche Kokarde anzustecken habe.

Wenn Ew. Königliche Majestät hiermit sich einverstanden erklären, werden wir nicht unterlassen, den Mißdeutungen, welche jenem Aufrufe gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten."

Berlin, den 2. April 1848. Das Staats-Ministerium.
Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald.
Bornemann. Arnim. Hansemann. von Reyher.

Mit der Auffassung Meines Aufrufes vom 21. v. Mts., welche sich in dem heute vom Staats-Ministerium erstatteten Berichte ausspricht, bin Ich durchaus einverstanden und ermächtige dasselbe, den Mißdeutungen, welche Meinen Worten gegeben worden sind, in geeigneter Weise entgegenzutreten.

Potsdam, den 2. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

Es sollte mit dieser Bekanntmachung jener voreilige Schritt zurückgethan werden, durch welchen der König sich am 21. März die Liebe des Volkes wieder zu erwerben versucht hatte; das Ministerium wollte durch diese Bekanntmachung den Verdacht vom Könige ableiten, als habe derselbe sich aus ehrgeizigen Absichten an die Spitze Deutschlands stellen wollen, es wollte zugleich den Eindruck des Ausspruchs, daß Preußen in Deutschland aufgehe, verwischen. Durch eine so ungenügende Erklärung konnte dies aber natürlich nicht geschehen.

Daß es dem Könige mit dem Aufgehen Preußens in Deutschland nicht voller Ernst sei, daß dies nur eine jener schönen Redensarten sei, welche das preußische Volk kennen zu lernen genügende Gelegenheit gehabt hatte, das wußte man längst; war doch schon die deutsche Fahne von den meisten königlichen Gebäuden wieder verschwunden, während die schwarz und weiße von denselben wehte; um so unkluger war es, das schon deshalb mißtrauische und erzürnte Volk durch eine solche Erklärung, welche die frühere Uebereilung nicht gut machte und den Süddeutschen nur Gelegenheit zu neuem Spotte gab, befriedigen zu wollen, durch eine Erklä-

rung, welche nichts Anderes als erhöhtes Mißtrauen bewirken konnte.

Die Wahl der Abgeordneten für das Frankfurter Parlament durch den Landtag, die Geldbewilligung durch denselben, welche von dem Ministerium veranlaßt waren, die Maßregeln des Ministeriums bei den polnischen und schleswiger Angelegenheiten, welche wir später in einem besonderen Abschnitt näher beleuchten werden, konnten ebenfalls nur dazu dienen, dem Mißtrauen tiefere Wurzeln zu geben; besonders da vom Ministerium kein Schritt gethan wurde, welcher irgend geeignet war, mit den falschen Maßregeln zu versöhnen.

Allerdings erschien am 15. April ein Gesetz über die Gründung öffentlicher Darlehnskassen zur Hebung des Handels und der Industrie, welches unter den Gewerbetreibenden einiges Vertrauen gegen das Ministerium erwirkte und von denselben freudig begrüßt wurde, aber nur weil man die Folgen dieses Gesetzes nicht frühzeitig genug übersah.

In Folge dieses Gesetzes sollten Darlehnskassen errichtet werden, bei welchen die Gewerbetreibenden Waaren oder Boden-Erzeugnisse niederlegen könnten, um für dieselben ein Darlehn, in sogenannten Darlehnskassen-Scheinen, einem neuen Papiergeld, zu erhalten. Die Menge der auszugebenden Darlehnskassen-Scheine sollte sich bis auf zehn Millionen belaufen *).

Die Begründung der Darlehns-Kassen war allerdings geeignet, der augenblicklichen Noth mancher Gewerbetreibenden abzuhelfen, auch sind bis jetzt noch nicht die üblen Folgen

---

*) Das ganze Gesetz siehe im 15. Stück der Gesetz-Sammlung.

hervorgetreten, welche sich jedenfalls in nicht allzulanger Zeit zeigen werden.

Die Ausgabe eines neuen Papiergeldes ist selbst in der ruhigsten Zeit des Friedens nicht ohne Bedenklichkeiten, denn aus einer Ueberhäufung des Landes mit Papiergeld und aus einer daraus oft folgenden Werthsverminderung desselben, können die unglücklichsten Störungen des Handels, die größten Verluste für das Land hervorgehen; wenn dies aber in ruhigen Zeiten der Fall ist, so wächst die Bedenklichkeit in einer Zeit wie die, in welcher wir leben.

Schon war das Vertrauen in das zur Zeit bestehende Papiergeld erschüttert, schon wurden die Geldscheine nur ungern in dem Handel angenommen, schon wurde das Metallgeld zurückgehalten und theilweise vergraben; dennoch wollte das Ministerium Camphausen das Land mit einer neuen Fluth von Papiergeld überschwemmen. Der Erfolg wird sich zeigen; aber schon jetzt läßt er sich mit Bestimmtheit voraussagen. Diese Maßregel, welche eine Unterstützung des Handels sein sollte, wird im höchsten Grade ungünstig auf denselben einwirken, denn sie wird das Papiergeld entwerthen und dadurch unzählige Verluste herbeiführen, wenn nicht ein nicht zu erwartender Zustand des Friedens das Vertrauen zu dem Papiergeld aufs Neue belebt.

10.

Mit der Zusammenberufung des Landtages gegen die Wünsche des größten Theils der radikalen Partei hatte die Reaction, denn nur so können wir auch den alten Liberalismus nennen, einen glänzenden Sieg gefeiert, und sie trat daher mit jedem Tage kühner, mit jedem Tage offener an das Tageslicht hervor. Eine große Menge jener Bürger,

die in ihrem Geschäfte durch die unruhige Spannung, welche in Berlin und in dem ganzen Lande herrschte, gehemmt wurde, fing an, sich jener Partei zuzuneigen und mit Mißtrauen und Unwillen auf die Radikalen zu blicken, denen sie die Störung ihrer Geschäfte Schuld gaben.

Besonders war es der politische Klub, der von jener Partei, welche Ruhe um jeden Preis wollte, mit dem größten Hasse verfolgt wurde. Man gab ihm Schuld, daß seine Mitglieder aus elendem Egoismus nach einer vollständigen Anarchie strebten, in welcher allein sie zur Geltung gelangen könnten, und daß sie aus diesem Grunde fortwährend Aufregung, besonders unter den Arbeitern, verbreiteten.

Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß sich im politischen Klub viele jugendlich unbesonnene Elemente befanden, welche feurig vorwärts stürzen wollten, ohne sich um die bestehenden Verhältnisse im Geringsten zu bekümmern; es sind deshalb von diesem Klub vielfache Unbesonnenheiten ausgegangen, welche der radikalen Partei gewiß sehr geschadet haben.

Glücklicherweise für die Demokratie trat indessen jetzt die reactionaire Partei auch schon so kräftig und maßlos an das offene Tageslicht, daß durch das ungestüme Treiben derselben viele Freunde für den politischen Klub gewonnen wurden.

Der Haß gegen den politischen Klub machte sich fortwährend in den unwürdigsten Schmähungen gegen denselben Luft; die Bekanntmachungen, welche von ihm ausgingen, wurden von den Straßenecken abgerissen, und als alles dies nichts half, als der Klub, durch solche Mittel aufgereizt, nur noch feuriger und entschiedener vorwärts ging, beschlossen einige jener Anhänger der Tyrannei der Ruhe, Gewalt zu gebrauchen, und den Klub auseinanderzusprengen.

Am Sonnabend, den 1. April, hatte der Club im Mehlhause eine Sitzung gehabt; als dieselbe schon beendet war und die Mitglieder sich entfernt hatten, fand sich ein Haufe von Tumultuanten vor dem Hause ein, welche die Absicht kundgaben, den Club auseinander zu jagen; auch eine Anzahl Bürgerwehrmänner wurde unter jenem Haufen gesehen.

Bei näherer Nachforschung ergab es sich, daß die Tumultuanten, der Mann mit 10 Sgr. erkauft worden waren, um die Mitglieder des Clubs zu insultiren; der Urheber des edlen Planes war ein Herr Liedke, einer der eifrigsten Anhänger des alten Systems.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am Dienstag, den 4. April, als der Club in der Sophienstädtischen Reitbahn versammelt war; und auch später ist der Club noch öfter auf eine gleiche unwürdige Weise angegriffen worden; aber er ist als Sieger aus diesen Kämpfen hervorgegangen und hat gerade durch dieselben außerordentlich viel gewonnen, denn es mußte jedem ruhigen, besonnen nachdenkenden Manne klar werden, daß eine Partei, welche die Gegenpartei durch solche Mittel zu unterdrücken sucht, welche zu bezahlten Ruhestörern ihre Zuflucht zu nehmen gezwungen ist, eine geistesarme und verächtliche sein muß.

Diese Angriffe gegen den politischen Club erregten unter dem intelligenteren, nicht blind dem alten System ergebenen Theil der Berliner Bürgerschaft eine allgemeine Entrüstung, und führten dem politischen Club mehr Anhänger zu, als sich ohne die unwürdigen Störungsversuche der Gegenpartei ihm jemals angeschlossen hätten.

Auch die Arbeiter wußte der politische Club durch ein verständlich geschriebenes, populaires Plakat zu gewinnen, in

dem er ihnen das Unrecht vorstellte, welches sie durch einen bezahlten Angriff sich selbst und der Sache der Freiheit zufügten.

So wuchs denn gerade von der Zeit jener Attentate an und durch diese Attentate die Macht des politischen Clubs mit jedem Tage.

Außer der jetzt geschilderten Partei-Bewegung machte sich auch eine sociale Bewegung in jenen Tagen besonders bemerkbar.

Während der Landtag schläfrig das Wahl-Gesetz berieth, machte sich immer fühlbarer unter den Arbeitern das Bedürfniß nach einer Verbesserung ihrer Lage geltend. Durch die Revolution vom 18. war der Arbeiterstand, welcher unter der absolutistischen Regierung unter dem äußersten Druck gelebt hatte, zu einem Grade der Freiheit erhoben worden, in welchem er sich selbst noch nicht vollständig heimisch fühlte, denn es fehlte den Arbeitern meistens die zu dieser Freiheit nöthige politische Vorbildung.

Es konnte daher nicht fehlen, daß die plötzlich Freigewordenen zu Forderungen übergingen, welche augenblicklich zu erfüllen um so weniger im Bereich der Möglichkeit lag, als die Regierung theils zu schwach und schwankend war, um energische Maßregeln zu ergreifen, theils weil dieselben auch von den egoistischen Bürgern nicht hinreichend unterstützt wurden.

Eine einseitige Erhöhung des Lohnes und Abkürzung der Arbeitsstunden, dies machte den Gegenstand der ungestümen Forderungen aller Arbeiter in allen Gewerbszweigen aus, und zwar zu einer Zeit, wo der Handel gestört, der Gewerbsverkehr gelähmt war, denn mit grellem Egoismus verschlossen

die Wohlhabenden und Reichen ihre Schätze in den Kästen und versagten sich fast die nöthigsten Bedürfnisse, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß sie durch diese unzeitige Sparsamkeit Tausende von Arbeiter-Familien brotlos machten und an den Bettelstab bringen mußten; sie bewirkten durch diese thörichten Maßregeln gerade das, was sie zu verhindern so sehr bestrebt waren, eine allgemeine Mißstimmung der Arbeiter gegen die Besitzenden, eine tägliche Erneuerung der Unruhen im Arbeiterstande.

Nach und nach einigten sich zwar die meisten Gewerke mit den Arbeitern, indem sie den Wünschen derselben so viel als möglich nachkamen, auch wurde vom Staat und von der Stadt für die Beschäftigung sehr vieler Brodloser gesorgt; aber dies Alles konnte nicht lange währen, denn die Mittel der Fabrikbesitzer, welche von ihren Waaren Nichts verkauften, und die der Stadt, welche von den Wohlhabenden nicht im hinreichenden Maaße unterstützt wurde, mußten endlich auf die Neige gehen; so sahen sich denn viele von denen, welche früher höheren Lohn versprochen hatten, genöthigt, dies Versprechen entweder zurückzunehmen oder, was noch schlimmer war, die Arbeit ganz einzustellen.

Es kamen daher täglich unruhige Auftritte vor; bald wendeten sich die Schneidergesellen gegen die Magazine fertiger Kleidungsstücke, von deren billigen Preisen sie eine Erniedrigung ihres Arbeitslohnes befürchteten, bald drohten die Tischler, die Möbel-Magazine zu zerstören, bald lehnten sich die Arbeiter in einzelnen Fabriken gegen ihre Arbeitgeber auf, indem sie dieselben mit Gewalt zur Bewilligung ihrer Forderungen zwingen wollten, wie dies letztere z. B. in der bekannten Goldschmidt'schen Kattun-Fabrik geschah. Die aben-

teuerlichsten Gerüchte verbreiteten sich bei solchen Gelegenheiten in der Stadt, die Bürgerwehr wurde allarmirt, um gegen die Arbeiter zu Felde zu ziehen, und die immer schärfer sich aussprechende Scheidung zwischen Bürger und Arbeiter wurde hierdurch noch schroffer und greller gemacht.

In den Volks-Versammlungen, wo sich die Redner die Aufgabe hätten stellen müssen, die Arbeiter über ihr wahres Wohl, über ihr wahres Beste zu belehren, wurde meistens durch junge, excentrische Köpfe, denen die Fähigkeit, die zerrütteten socialen Verhältnisse zu durchschauen, gänzlich abging, dieser Zwiespalt genährt, die Arbeiter wurden daselbst aufgereizt, aber nur selten belehrt.

Trotzdem zeigte sich der gesunde, kräftige Sinn des Berliner Arbeiterstandes mit jedem Tage deutlicher, er sprach sich in den verschiedenen Arbeiter-Versammlungen auf das Schönste aus, und selbst bei den unruhigen Bewegungen war er nicht zu verkennen; niemals wurde von den Arbeitern das Eigenthum verletzt, bei jeder Gelegenheit zeigten dieselben die höchste Achtung vor demselben, eine durchaus ehrenwerthe Gesinnung.

Am meisten leuchtete dies bei den am 17. und 18. April stattgefundenen Bäcker-Unruhen hervor, wo die Arbeiter ihr Gerechtigkeitsgefühl, unter Achtung vor dem Eigenthum, auf das Schönste bewährt haben.

Diese Unruhen wurden durch eine Volks-Versammlung, welche am Sonntag, den 16., unter den Zelten stattfand, veranlaßt, es wurde dort über den nicht zu rechtfertigenden Preis des Brodes, trotz der billigen Getreide-Preise, viel und aufregend gesprochen.

In Folge dessen zog am folgenden Tage eine Arbeiter-

Deputation, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet, durch die Straßen von einem Bäckerladen zum andern. Bei jedem Bäcker wurde das Brod gewogen, und wenn dasselbe für den Preis von 5 Sgr. nicht wenigstens 6 Pfund wog, wurde es unter allgemeinem Jubelgeschrei an die Thüre genagelt und das Gewicht dazugeschrieben; denjenigen Bäckern, deren Brod sich durch ein besonderes großes Gewicht auszeichnete, wurde von dem Volke ein donnerndes Hoch gebracht.

Gegen 8 Uhr zerstreute sich die Menge, nachdem bei diesem ganzen Geschäft nicht die geringste Unordnung vorgekommen.

Während so die Arbeiter im Allgemeinen einen sehr guten Geist zeigten, war nicht dasselbe der Fall bei der Bürgerwehr, welche sich merkwürdiger Weise mit jedem Tage schroffer und unangenehmer dem Volke gegenüberstellte.

Der Polizeipräsident von Minutoli, welcher anfangs die Organisation der Bürgerwehr übernommen und sehr tüchtig durchgeführt hatte, mußte seiner Amtsverhältnisse wegen sein Amt als Bürgergeneral niederlegen, welches interimistisch dem noch im Königlichen Dienste befindlichen General-Major von Aschoff übertragen wurde.

War es schon an und für sich falsch, einen noch im Staatsdienste befindlichen Offizier zum Commandeur der Bürgerwehr zu erwählen, so zeigte sich der General-Major von Aschoff vor allen Uebrigen als besonders am ungeeignetsten zu dieser Stellung, indem er vorzüglich darauf hinwirkte, daß der preußische Kamaschendienst auch unter der Bürgerwehr zur Geltung kam; so hielt er schon unmittelbar nach seiner Wahl eine Parade der Bürgerwehr ab.

Die Bürgerwehr, welche zum Schutze der errungenen

Freiheiten, der Sicherung derselben gegen etwaige Uebergriffe der Regierung dienen sollte, wurde nach und nach immer mehr herabgewürdigt, indem ihre Offiziere sie nur betrachteten als einen Ersatz für die aus Berlin entfernten Soldaten und für die außer Wirksamkeit gekommene Polizei. Auch unter den Mitgliedern der Bürgerwehr selbst faßte nach und nach leider der Gedanke Raum, daß sie in der That nichts Anderes seien, als eben nicht uniformirte Gensd'armen, und die vielen in den Reihen der Bürgerwehr stehenden Königlichen Beamten bemühten sich angelegentlichst, diese falsche Ansicht zu entwickeln und dadurch das schöne Institut der Volksbewaffnung herabzuwürdigen.

So kamen denn täglich Fälle vor, in welchen die Männer der Bürgerwehr sich als bloße Vertreter der Gensd'armen zeigten, nur daß sie oft noch gröber, noch ungesitteter wie diese verfuhren; es konnte nicht fehlen, daß hierdurch die Achtung, welche das Volk anfangs vor der Bürgerwehr hatte, bedeutend verringert werden mußte, denn die Männer, welche es am 19. März als die Vertheidiger seiner errungenen Freiheit ansah, erschienen ihm jetzt als die servilen Diener der Regierung, als die Stellvertreter einer verachteten Polizei.

11.

Das neue Wahlgesetz war vom Landtage berathen und von der Regierung proklamirt worden; es fand aber bei der demokratischen Partei wenig Anklang, denn diese verlangte durchaus direkte Wahlen. Es standen sich bei dieser Frage zwei Parteien schroff gegenüber, die Partei der Demokraten, welche ganz entschieden für die direkten Wahlen war, und die

Partei derjenigen Leute, welche sich selbst liberal nannten und die indirekten Wahlen nach dem Vorbilde des Ministeriums und des Landtags vertheidigten.

In allen Volksversammlungen bildete die Wahlfrage den Hauptgegenstand der Debatte, und zwar entschieden sich die Redner fast alle für direkte Wahl, welche um jeden Preis durchzusetzen sie zur Aufgabe des Volkes machten.

In dieser Weise hatte sich auch eine Volksversammlung unter den Zelten, am 10. April, entschieden und ein Volkswahlcomitee ernannt, das über die Mittel berathen sollte, welche man zur Durchführung der direkten Wahlen ergreifen könne; dies Comitee bestand aus folgenden Mitgliedern: Jung, Stadtverordneter Mertens, Constant, Schmidt, Krause, Stadtverordneter Behrens, Eichler, Nauwerk, Runge, Wiss, Born, Bisky, Professor Ermann, Siegmund, Salis, Mohneke, Blessing, Förster, Heramer, Türke, Bergenroth, Hoppe, Diesterweg, Thümmel, Prutz, Bader, Köppe, Schaßler, Held, Schlöffel, Fähndrich, Börner, Schomburg, Englin.

Von den Gewählten traten indessen später mehrere wieder aus, weil sie sich über die Mittel nicht vereinigen konnten, welche die Majorität des Comitee's zur Durchführung der direkten Wahlen anzuwenden für gut fand.

Am 13. April machte das Volks-Wahlcomitee den Erfolg seiner Bemühungen bekannt:

„Das unterzeichnete Comitee, gewählt von der Volksversammlung unter den Zelten am 10. d. Mts., behufs Erwirkung des direkten Wahlrechts zunächst für das deutsche Parlament, hatte eine Deputation ernannt, welche sich in diesem Sinne bei dem Minister-Präsidenten Herrn Camphausen

verwenden sollte. Die Deputation hat heute Morgen ihren Auftrag ausgerichtet. Sie machte dem Herrn Minister-Präsidenten bemerklich, daß das direkte Wahlsystem das einfachste sei und den Volkswillen am treuesten offenbare, daß aller Wahrscheinlichkeit nach in den meisten deutschen Staaten auf direkte Weise gewählt werden, demnach die preußische Vertretung eine ungleichartige sein und im Nachtheile stehen werde. — Der Herr Minister-Präsident erwiderte im Wesentlichen, daß ein direktes Wahlrecht, wie in Nordamerika, nicht ohne Census ausführbar sei, daß die aus direkten Urwahlen hervorgehende Vertretung zur Republik führen werde, und daß der Bestand der gegenwärtigen Regierung aufs Engste mit dem bereits erlassenen Wahlgesetze verknüpft sei, gegen welches übrigens aus den Provinzen auch noch kein Protest eingegangen. Die Deputation erwiderte hierauf unter Anderem, daß, nachdem am 19. März dem Volke als Friedensbedingung eine Verfassung auf den breitesten Grundlagen zugesagt worden, das gegenwärtige Wahlgesetz doch nicht den dadurch erregten Erwartungen entspreche, da eine direkte Vertretung des Volkes bei der National-Versammlung sowohl mit der constitutionellen Monarchie vereinbar, als auch allein im Stande sei, jene breiteste Grundlage zu gewähren.

Berlin, den 13. April 1848.

Das Berliner Volks-Wahlcomitee."

Am 17. April war eine zweite Volks-Versammlung dieser Angelegenheit wegen. Eichler erstattete Bericht über das Resultat der Deputation, welche zur Bewirkung der direkten Wahlen beim Minister-Präsidenten Audienz gehabt hatte; er machte darauf den Vorschlag, am grünen Donnerstag (den 20. April) durch einen großartigen Zug, dem sich

alle diejenigen anschließen sollten, welche für die direkten Wahlen wären, dem Minister-Präsidenten zu zeigen, welche ungeheure Verbreitung der Wunsch nach demselben habe.

Der Vorschlag wurde mit Jubel aufgenommen, und die Versammlung beschloß fast einstimmig, am Donnerstag Mittags um 2 Uhr sich auf dem Alexander-Platz mit den Gewerksfahnen und mit solchen, auf denen die Worte: „Direkte Wahlen, keine Wahlmänner, breiteste Grundlage, Ordnung, aber Freiheit", stehen sollen, zu versammeln; dann solle sich ein Zug ordnen, der friedlich, die Fahnen und die Musik vornweg, zum Minister-Präsidenten ziehen würde, um ihm aufs Neue den Wunsch der Bevölkerung Berlins, so großartig unterstützt, vorzustellen.

Die Kunde von dem beabsichtigten Zuge durchlief Berlin mit Blitzesschnelle, mit gespannter Erwartung sah Jedermann dem grünen Donnerstage entgegen, weil es schien, als müsse dieser Tag ein entscheidender für die sich schon mehr oder weniger feindlich gegenüberstehenden Parteien sein. Die ministerielle Partei, zu welcher der größte Theil der Bürgerschaft gehörte, war, während die Demokraten sich zu dem Zuge vorbereiteten, ebenfalls nicht müßig; auch sie gab Adressen für die Beibehaltung der indirekten Wahlen in den Häusern herum, zu denen sie die Unterschriften förmlich erpreßte; Proteste von der Bürgerwehr, der Bürgergesellschaft, den Stadtverordneten, dem Magistrat erschienen in großer Menge, und bald betheiligten sich auch die Provinzialstädte bei dieser Frage, indem sie durch Adressen und Petitionen an das Ministerium ihre Stimmen für oder gegen die direkten Wahlen erhoben.

Das Ministerium, welches schon früher erklärt hatte, daß es mit den indirekten Wahlen stehen und fallen werde, glaubte durch die Demonstration seine Existenz gefährdet, denn die abenteuerlichsten Gerüchte über die Absicht, in welcher der Zug unternommen würde, kreuzten sich und drangen bis in die Minister-Conseils; eins der verbreitesten derselben war, daß am grünen Donnerstage die Republik proklamirt werden würde, sobald der Zug vollkommen beisammen sei, die Minister sollten dann gefangen genommen oder ermordet werden, und jedenfalls müßte ein furchtbarer Kampf statt haben zwischen der constitutionellen und der republikanischen Partei.

So albern ein solches Gerücht war, denn die republikanische Partei, so sehr sie durch alle möglichen, thörichten Streiche der Regierung seit jenem Tage gewachsen ist, bestand damals kaum aus einigen Tausenden, so fand es dennoch Glauben, und setzte die furchtsame Menge in Angst und Schrecken; auch die Regierung ließ sich durch solche Gerüchte hinreißen, die friedliche Demonstration zu verbieten und alle ihre Kräfte aufzuwenden, um sie mit Waffengewalt zu verhindern; sie ertheilte daher an den General der Bürgerwehr und an den Polizei-Präsidenten Befehle, in welchen sie dieselben aufforderte, die Demonstration zu verhindern. Das Ministerium begründete dies Verbot der Demonstration in seinem Schreiben an den General Aschoff mit folgenden Worten:

„Wir sind jederzeit bereit, Petitionen, mögen sie von Einzelnen ausgehen oder mit zahlreichen Unterschriften bedeckt sein, anzunehmen und mit Sorgfalt zu prüfen. Wir können es aber nicht für gesetzlich zulässig halten, daß das Petitionsrecht in einer Weise ausgeübt werde, die auf die Absicht der

Einschüchterung der Behörden schließen läßt, und dazu geeignet ist, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören.

Um nun aber der Bürgerwehr die volle Macht an die Hand zu geben, daß sie nöthigenfalls auch durch Waffengewalt die Demonstration verhindere, wurden durch eine Verordnung vom 19. April der Bürgerwehr alle Befugnisse der bewaffneten Macht und das Recht gegeben, bei Aufläufen nach zweimaliger Aufforderung des Befehlshabers an die Menge, auseinander zu gehen, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

So nahte sich in angstvoller Spannung für die guten Bürger Berlins der grüne Donnerstag. Schon Mittwoch, der 19., war ein unruhiger Tag.

Gegen Mittag durchlief plötzlich das Gerücht die Stadt, die Arbeiter vor dem Oranienburger Thore, von den Rehbergen und dem Plötzensee, wären im Begriff, raubend und plündernd in die Stadt einzuziehen.

Die Bürgerwehr der umliegenden Stadtviertel wurde sofort allarmirt und besetzte das Thor, vor welchem in der That einige Tausend Erdarbeiter mit ihren Hacken und Spaten bewaffnet standen; aber die Leute dachten gar nicht an Rauben und Plündern, sie wollten nur, wo möglich auf friedlichem Wege, drei ihrer Kameraden befreien, welche in der Nacht vorher gefangen genommen worden waren, wie es hieß, weil sie einer Deputation der Arbeiter an das Polizei-Präsidium beigewohnt, und bei der Besprechung mit der Behörde nicht die nöthigen Formen der Höflichkeit beobachtet hatten.

Es wurden einige Deputationen an das Polizeipräsidium gesendet, welche denn auch eine Freilassung der gedachten drei

Arbeiter bewirkten *). Sobald das Resultat der Deputation bekannt war, entfernte sich der Haufen ruhig und willig, ohne irgend einen Exceß zu begehen, obgleich es in der Zwischenzeit zu einigen harten Worten zwischen den Arbeitern und der Bürgerwehr gekommen war, und obgleich ein unvorsichtiges Benehmen der Bürgerwehrmänner in der That beinahe einen Kampf herbeigeführt hätte.

Donnerstag früh bot die Stadt ein Bild des bunteſten Lebens dar. Große Menschenmassen bewegten sich besonders durch die Linden und die an das Schloß und den Alexanderplatz grenzenden Straßen.

Der Beginn des Zuges war auf Mittag um 2 Uhr festgesetzt; große Mengen von der Bürgerwehr waren am Schloß, bei der Königsstraße und auf dem Alexanderplatz zusammengezogen, um nöthigenfalls mit Waffengewalt den Zug zu verhindern.

An verschiedenen Punkten der Stadt hatten die Arbeiter sich versammelt, um in geordneten Reihen nach dem Alexanderplatz zu marschiren und dort sich dem Zuge anzuschließen; aber die meisten wurden zweifelhaft, als sie erfuhren, daß die Bürger sich mit Waffengewalt ihrem Vorhaben entgegensetzen würden, und blieben deshalb an ihren Stellen stehen, um abzuwarten, was geschehen würde.

Auch das unter den Zelten gewählte Volks-Wahlcomitee (von dem sich übrigens außer den früher Genannten auch Jung und einige andere Mitglieder bereits zurückgezogen hatten) war unschlüssig geworden, und hatte endlich beschlossen, die Demonstration zu unterlassen, da ein durch dieselbe her-

---

*) Einer derselben wurde erst am folgenden Tage freigelassen.

beigeführter Kampf nur einen im höchsten Grade Verderben bringenden Zwiespalt zwischen Bürgern und Arbeitern hätte bewirken müssen, ohne daß aus dem Blutvergießen auch nur der geringste Nutzen für die Sache der Demokratie entsprungen wäre.

Aus diesem Grunde hatten sich die Mitglieder des Comitee's nach den einzelnen Sammelplätzen begeben, um dort die Arbeiter aufzufordern, von dem früheren Vorsatze abzustehen, dagegen aber nach dem Exercierplatze vor dem Schönhauser Thore zu ziehen, und dort einer schnell improvisirten Volksversammlung beizuwohnen.

Diese Aufforderung fand ein williges Gehör. Die versammelten Arbeiter zogen entweder vor das Schönhauser Thor oder verfügten sich ruhig nach Hause.

Auf dem Schönhauser Exercierplatze hatten sich ungefähr 1500 bis 2000 Menschen versammelt, um zu hören, was man ihnen vortragen würde.

In dieser Volksversammlung vertheidigte sich dann das Volks-Wahlcomitee besonders gegen den ihm gemachten Vorwurf der Feigheit, indem es darauf aufmerksam machte, daß das Volk von Berlin eine friedliche Demonstration hätte machen wollen, durch die Maßregeln der Regierung sei diese aber unmöglich geworden; die Demonstration hätte entweder eine gewaltsame werden müssen, welche sehr wahrscheinlich die Veranlassung zu sehr blutigen Ereignissen gegeben haben würde, oder sie hätte gar nicht stattfinden dürfen. Das Comitee hätte sich für das Letztere entschieden, weil es zum Ersteren durch den Beschluß der Volksversammlung vom 17. April sich nicht ermächtigt geglaubt hätte.

Damit war denn auch die Sache beendet, die Zuhörer

der Volksversammlung gingen, nachdem diese geschlossen, still nach Hause, und die allgemeine Ruhe wäre an jenem Abende in Berlin sicherlich nicht weiter gestört worden, wenn nicht die Bürgerwehr selbst, wüthend darüber, daß sie einen ganzen Tag sich nutzlos von ihren Geschäften hatte entfernen und im Dienst herumtreiben müssen, sich traurige Excesse gegen die von der Volksversammlung Zurückkehrenden erlaubt hätte.

Solche Vorfälle, deren sich an jenem Tage, trotz der würdigen Ruhe, welche die Arbeiter überall bewiesen, in den verschiedenen Theilen der Stadt mehrere ereigneten, mußten die Kluft zwischen Bürger und Arbeiter fortwährend vergrößern, und sie hätten vielleicht zu den traurigsten Conflicten geführt, wenn nicht glücklicherweise die Regierung es sich hätte angelegen sein lassen, durch alle möglichen thörichten, dem Willen des ganzen Volkes widerstrebenden Maßregeln die beiden Klassen des Berliner Volkes stets wieder zu vereinigen, ja sie beide zwang, stets auf ihrer Hut gegen einen gemeinschaftlichen Feind, und daher selbst einig zu sein; wir werden dies in der Folge noch näher beleuchten.

Was die Demonstration selbst anbetrifft, so wollen wir darüber nur wenige Worte fallen lassen.

Wir waren von Anfang an gegen dieselbe, denn sie mußte nutzlos sein, da das Ministerium Camphausen, nachdem es einmal eine Kabinetsfrage aus den indirekten Wahlen gemacht hatte, die direkten nicht mehr gestatten konnte; sollte ja ein Erfolg durch die Demonstration bewirkt werden, so wäre dies nur die Abdankung des Ministeriums Camphausen gewesen, welche damals sicher nicht wünschenswerth sein konnte, da ein Ministerwechsel in einer Zeit des Provisoriums, ja, der Anar-

chie, von den nachtheiligsten Folgen sein mußte. Eben so wenig billigen wir aber auch die Maßregeln, welche das Ministerium ergriff, um sich gegen die drohende Demonstration zu schützen, Maßregeln, welche, wie wir schon früher bemerkten, ohne den gesunden Sinn des Volkes und die später allgemeine Entrüstung erweckenden Erlasse des Ministeriums leicht die traurigsten Conflicte zwischen Bürgern und Arbeitern, leicht einen blutigen Kampf von unberechenbaren Folgen hätten herbeiführen können.

Es war gewiß eine kleinliche Furcht, eine jämmerliche Anerkennung eigener Muthlosigkeit, welche das Ministerium veranlaßte zu erklären, es dürfe eine friedliche Demonstration, welche auf eine Einschüchterung berechnet sei, nicht zulassen.

Die vereitelte Demonstration gab der conservativen und reactionären Partei wieder einen außerordentlichen Muth, denn zum zweiten Male hatte sie, wie damals beim Landtage, einen glänzenden Sieg über die Radikalen gefeiert, zum zweiten Male hatte die radikale Partei durch ihr zu stürmisches und daher unzeitgemäßes Fortschreiten sich eine gewaltige Blöße gegeben.

Die Straßenecken, jene politischen Thermometer Berlins, zeigten an den Tagen nach der Demonstration eine Menge Anschläge reactionären Inhalts, voll Warnungen gegen die Wühler und Aufwiegler, welche das Volk zu Rebellion und Unfug verleiten wollten; die reactionäre Partei erhob mit jeder Stunde kühner ihr Haupt, aber doch scheiterten die meisten Versuche an dem gesunden Sinn des Berliner Volks, und nur in einzelnen wenigen vermochte die reactionäre Partei unbedeutende Siege zu erkämpfen.

So wurden mehrere Polen, welche von Krakau nach Berlin gekommen waren, schonungslos ausgewiesen, so wurde

auch die deutsche Freizügigkeit rücksichtslos verletzt, indem man die fremden Arbeiter aus Berlin zu vertreiben trachtete.

Gegen die Volksversammlungen und gegen den politischen Klub setzte die Reaction ebenfalls ihre unwürdigen Angriffe fort, indem sie durch bezahlte Ruhestörer Unordnung in die Debatten zu bringen suchte; aber vergeblich, denn das Publikum verschaffte sich selbst Recht, indem es diese lärmmachenden Subjecte aus seiner Mitte entfernte.

Auch die Preßfreiheit, welche seit dem 18. März im ausgedehntesten Maaße ausgeübt worden war, konnte der reactionairen Partei nur ein Dorn im Auge sein, denn schonungslos griff die freigewordene Presse alle alten Uebelstände des Absolutismus, alle Bestrebungen der Büreaukratie, den alten Zustand wieder herzustellen, mit kühner Feder an, und schaffte dem Volke Licht und Aufklärung über seinen wahren Vortheil.

Am kühnsten und energischsten trat der junge Schlöffel, der Redakteur eines neu herausgekommenen Blattes, des Volksfreundes, auf. Schlöffel, ein junger, feuriger Brausekopf, aber ein geistreicher, trefflicher junger Mann, hatte sich schon in den Volksversammlungen durch seine glühenden, enthusiastischen Reden einen gewaltigen Anhang unter den Arbeitern verschafft und wurde von diesen, trotz seiner Jugend, wie ein Orakel verehrt; deshalb aber war er der reactionairen Partei verhaßt, welche ihre ganze Einwirkung auf den Arbeiterstand durch den feurigen, jungen Redner vernichtet sah.

Plötzlich wurde Schlöffel, eines Aufsatzes in Nr. 5. des Volksfreundes wegen, heimlich verhaftet. Eine allgemeine Entrüstung zeigte sich unter den Arbeitern, man sprach davon, die Hausvoigtei, das Gefängniß Schlöffels, solle gestürmt

und dieser befreit werden, und nur mit Mühe gelang es den übrigen Volksrednern, die wüthenden Arbeiter von einem solchen Schritte zurückzuhalten.

Auch die Bürgerschaft Berlins glaubte mit Bestimmtheit, daß ein Aufstand Schlöffels wegen stattfinden werde, und als am 12. Mai der Prozeß des jungen Mannes im Kammergerichtsbäude öffentlich verhandelt wurde, war eine bedeutende Masse Bürgerwehr um das Kammergerichtsgebäude concentrirt, um die gewaltsame Befreiung des Gefangenen zu verhindern.

Bei einem großen Zudrang von Publikum fand das Verhör statt, und Schlöffel wurde wegen Verleitung zum Aufruhr zu einer sechsmonatlichen Freiheitsstrafe verurtheilt.

Gegen die Erwartung von ganz Berlin blieb trotz der Verurtheilung Schlöffels Alles ruhig. Da wir einmal Schlöffel erwähnt haben, wollen wir auch sein ferneres Schicksal dem Leser mit einigen Worten mittheilen. Schlöffel trat seine Festungshaft in Magdeburg an, während derselben wurde aber eine Voruntersuchung gegen ihn wegen Hochverraths eingeleitet, welche wahrscheinlich ihm eine noch weit härtere Strafe erwirkt hätte. Schlöffel benutzte daher eine sich ihm darbietende günstige Gelegenheit, um von der Festung zu entfliehen, als er nur noch wenige Wochen zu sitzen hatte. Er soll sich nach Wien gewendet und dort tapfer an den Oktoberkämpfen Theil genommen haben. Wahrscheinlich ist er eins der vielen Opfer jener Kämpfe geworden, denn man hat bis jetzt nichts weiter von ihm gehört *).

Der Schlöffel'sche Prozeß, den wir hier mit nur we-

---

*) Geschrieben am 19. Januar 1849.

nigen Worten berühren konnten, hat als erster politischer Prozeß eine nicht geringe Wichtigkeit, denn er giebt zum ersten Male den Beweis, daß die Regierung beabsichtigte, die durch die Revolution vom 18. März zur Unvernunft gewordenen gesetzlichen Bestimmungen des alten Landrechts in die Neuzeit überzuführen; die Verurtheilung Schlöffels nach den alten Gesetzen ist der erste Beleg hierzu, später freilich sind viele andere Beweise nachgefolgt, bis zu dem Tage hin, wo das Ministerium Camphausen es wagen konnte, zu behaupten, die Revolution vom 18. März habe für Preußen keinen neuen Rechtsboden begründet.

Während dieser Zeit waren die Wahlen der Wahlmänner sowohl als der Abgeordneten der Hauptgegenstand aller Gespräche in Berlin.

Am ersten Mai sollte die Wahl der Wahlmänner stattfinden, es war diese Wahl keine leichte Aufgabe, denn die Bewohner der Residenz kannten einander wenig oder gar nicht; es wurden aus diesem Grunde Vorversammlungen in fast allen Stadtvierteln gehalten, in welchen sich die Urwähler gegenseitig aussprachen über die Anforderungen, welche sie an ihre Wahlmänner sowohl, als an ihre Abgeordneten, zu machen beabsichtigten.

Da zeigte sich denn eine merkwürdige Erscheinung.

Aus allen Winkeln der Stadt krochen plötzlich jene Geheimen-Räthe, jene starren Bureaukraten hervor, welche sich bisher in stolzer Absonderung vom Volke gehalten hatten, jetzt aber mit einem Male unter dasselbe traten, um mit heuchlerischen Redensarten von der göttlichen Freiheit, von den Errungenschaften unserer glorreichen Revolution und anderen schönen Dingen zu sprechen, und sich dadurch bei den uner-

fahrenen Urwählern in Gunst zu setzen, damit diese die Wölfe in den Schafskleidern zu ihren Wahlmännern, respective Abgeordneten wählen möchten.

Vergeblich traten in verschiedenen Bezirken freisinnige Männer auf und warnten vor den Heuchlern, mit Zischen und Trommeln wurden ihre Warnungen empfangen und die bethörten Wähler glaubten, daß den armen Bureaukraten ein schreiend Unrecht geschehe.

Unter solchen Auspizien ließen sich von der Wahl freilich keine befriedigenden Resultate erwarten, zumal da die reactionaire Partei eine geschlossene Phalanx bildete, welche unablässig arbeitete, um, mit heuchlerischen Redensarten und Verdächtigungen der Radikalen, Proselyten für ihre Candidaten zu gewinnen.

So kam der erste Mai und die Wahl der Wahlmänner fand statt, aber wie wurde sie ausgeführt? Nicht zufrieden mit dem, was bereits geschehen, nahm die bureaukratische Partei auch hier zu den schamlosesten Wahlumtrieben ihre Zuflucht, während die demokratische Partei, im Bewußtsein ihrer guten Sache, mit einer zu großen Offenheit und Unbedachtsamkeit zu Werke ging.

Unter solchen Umständen war es denn auch kaum anders möglich, als daß die Wahlen nicht zu Gunsten der demokratischen Partei ausfallen, daß Männer wie die Herren Sydow, Bauer, Jonas und Dunker gewählt werden konnten, und es zeigt von einer sehr großen Verbreitung der Demokratie im Volk, daß die Wahlen von Waldeck, Berends, Jung und Jakoby möglich zu machen waren.

12.

Die Wahlen waren beendet, und schon neigte sich die Bevölkerung Berlins dem Glauben zu, es werde nun endlich Ruhe zurückkehren in die Stadt, denn man schaute ja hoffend auf die Nationalversammlung, deren baldiger Eröffnung man freudig entgegensah; selbst die in dem vorigen Kapitel erzählten kleinlichen Anstrengungen der reactionären Partei übersah man mehr oder weniger, in der Hoffnung, daß dieselben nicht von der Regierung, sondern nur von einer Partei ausgegangen seien, welche nichts zu lernen im Stande ist.

Da erschien plötzlich am Abend des 11. Mai im Preuß. Staats-Anzeiger folgender Erlaß des Ministeriums, welcher, wie ein Blitzschlag aus heiterm Himmel, das kaum zur Ruhe gekommene Volk Berlins traf.

Aufforderung an den Prinzen von Preußen zur Rückkehr nach Berlin.

Ew. Königliche Majestät haben vor der Bildung des gegenwärtigen Ministeriums Se. Königliche Hoheit den Prinzen von Preußen mit einem Allerhöchsten Auftrage nach England zu entsenden geruht. Allerhöchstdieselben wollen uns gestatten, die Gründe ehrerbietigst vorzutragen, aus denen, nach unserer Ansicht, die baldige Rückkehr Sr. Königlichen Hoheit in Ew. Königlichen Majestät Staaten dringend zu wünschen ist.

Seitdem der Prinz von Preußen am 18. März als erstes Mitglied des damaligen Staats-Ministeriums das Allerhöchste Patent mitunterzeichnete, in welchem die Nothwendigkeit einer constitutionellen Verfassung für alle deutschen Länder von Ew. Majestät anerkannt wurde, ist unter Zustimmung des Vereinigten Landtags ein Wahlgesetz für die zur

Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung erlassen worden, die Abgeordneten sind erwählt und die Einberufung der Versammlung steht nahe bevor. Für den Zeitpunkt nun, wo die Vereinbarung der Staatsverfassung zu Stande gekommen sein wird, erachten wir es für unerläßlich, daß Se. Königliche Hoheit, als der Nächste am Throne, zu deren feierlicher Anerkennung anwesend sei. Aber auch während ihrer Berathung durch die Versammlung ist es erforderlich, jedem Zweifel, jeder Deutung zu begegnen, wozu die Abwesenheit Sr. Königlichen Hoheit Veranlassung geben könnte; es ist nöthig, daß die Versammlung ihre Berathung mit der vollsten Gewißheit beginne und fortsetze, in Ew. Majestät erstem Unterthan einen Mitbürgen der Rechte zu finden, welche Ew. Majestät der Volksvertretung einzuräumen entschlossen sind; es ist nöthig, daß die in ihre Heimath zurückkehrenden Abgeordneten in dem ganzen Lande Zeugniß von den Gesinnungen ablegen, welche klar zu erkennen ihnen die Gelegenheit nicht fehlen wird, wie sie uns seither nicht gefehlt hat.

Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Ueberzeugung sich verschließen, daß die Ritterlichkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige männliche Beharren auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfniß für das Wohl des Volks erkannt hat, und diese Ueberzeugung, hervorgerufen und gekräftigt durch den freimüthigen Anschluß an die neuen Zustände, durch das Leben in und mit ihnen, wird von den gemischten Gefühlen eines eben so muthigen als treuen Volksstammes bald nur die edelsten Bestandtheile zurücklassen.

Wir stellen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, Sr. Königlichen Hoheit den Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthalts in England zu empfehlen.

Berlin, den 10. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen, Graf v. Schwerin, v. Auerswald, Bornemann, v. Arnim, Hansemann, Graf v. Canitz, v. Patow.

An des Königs Majestät.

Ich bin mit den in dem Berichte des Staats-Ministeriums vom gestrigen Tage vorgetragenen Ansichten um so mehr einverstanden, als Mein Bruder, der Prinz von Preußen Königliche Hoheit, wiederholentlich Seine volle Zustimmung zu der von Meiner Regierung betretenen neuen Bahn gegen Mich ausgesprochen hat. Ich habe deshalb Se. Königl. Hoheit, nach dem Antrage des Staats-Ministeriums, zur baldigen Rückkehr in das Vaterland veranlaßt. Zugleich habe Ich, nachdem der bisherige erste Adjutant des Prinzen, Major Graf von Königsmark, schon vor einiger Zeit aus dieser Stellung ausgeschieden ist und der Sr. Königl. Hoheit attachirte Generalstabs-Offizier Major Delrichs eine andere Bestimmung erhalten hat, den Major Laue zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen mit dem Auftrage ernannt, Sr. Königlichen Hoheit Meine Aufforderung zur Rückkehr zu überbringen.

Potsdam, 11. Mai 1848.

Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

Die Aufregung, welche in Folge dieses Erlasses sich über Berlin verbreitete, ist kaum zu beschreiben. Noch am selben Abend sammelten sich in den verschiedenen öffentlichen Localen, auf den Straßen und Plätzen, und besonders unter den Linden, große Volksmengen an, welche sich mit der tiefsten Entrüstung besprachen über die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, über diese Maßregel der Regierung, welche fast erschien, wie ein herber Spott gegen alle Wünsche, alle Sympathieen des Volks.

Zum ersten Male trat das Ministerium offen und ohne Zurückhaltung mit seinen Ansichten und Absichten hervor, augenscheinlich zeigte es, wie wenig es im Geiste des Volkes Wurzeln geschlagen hatte.

Das Ministerium verlangte die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, jenes Prinzen, auf den mit Recht oder Unrecht das Volk von Berlin die Schuld schob von den Blutscenen der Nacht des 18. März; jenes Prinzen, der in Folge der Revolution Berlin eiligst verlassen und sich nach England flüchten mußte, um vor der Rache des wüthenden Volkes gesichert zu sein; jenes Prinzen, dessen Palast am 19. März nur dadurch gesichert werden konnte, daß die Regierung sich einen Betrug gegen das Volk erlaubte, indem sie die Erklärung des Palais zum National-Eigenthum zuließ, ohne die geringste Einsprache dagegen zu erheben.

Unmittelbar nach der Revolution waren alle Parteien darüber einig, daß es für den Prinzen von Preußen eine vollkommene Unmöglichkeit sei, nach den Vorfällen der Nacht vom 18. jemals den Preußischen Königsthron zu besteigen, selbst in den höchsten aristokratischen Kreisen wurde diese Ansicht unverholen ausgesprochen.

Aber so sehr hatte sich binnen wenigen Wochen schon die Furcht der reactionären Partei gelegt, so sicher glaubte sie jetzt schon ihres Sieges zu sein, daß sie, kaum zwei Monate nach der Revolution, es wagen durfte, offen heraus zu treten, und offen den Kampf zu beginnen gegen die Sympathieen des Volks; und das Ministerium Camphausen, das sogenannte Ministerium der Revolution, stand an der Spitze dieser Partei.

Mit servilen Lobeserhebungen gegen die sogenannten Tugenden des Prinzen von Preußen, wie die Ritterlichkeit des Charakters und dergleichen mehr, Tugenden, welche der Prinz nur bei den Paraden seiner Garden, nie auf dem Schlachtfelde, zu zeigen im Stande gewesen war, motivirte das Ministerium Camphausen seinen Wunsch für die Zurückberufung des Prinzen von Preußen; ja, es ging noch weiter, es sprach offen aus (acht Wochen nach der Revolution), die Gegenwart des Prinzen sei nöthig bei der Berathung der Rechte, welche der König dem Volke einzuräumen entschlossen wäre. —

Der König sollte dem Volk Rechte einräumen! Das war ein Wort, welches allgemeine Wuth, allgemeine Entrüstung erregte, und in ganz Berlin zeigte sich hierüber, so wie über die Zurückberufung des Prinzen von Preußen überhaupt, eine maßlose Wuth. Alle Straßenecken füllten sich mit Plakaten gegen den Prinzen von Preußen; am meisten Aufsehen aber erregte eine Proclamation des politischen Klubs, welche mit folgenden, ganz aus der Stimmung des Volks hervorgehenden Worten schloß:

„Wir klagen das Ministerium an, daß es nach dem 18. März die Schuld des Prinzen nicht officiell constatirt hat; wir klagen das Ministerium an, daß es ein Recht, das nur der constituirenden Versammlung zukommt, willkürlich

an sich gerissen hat; wir klagen das Ministerium an, daß es durch diese Verletzung des Volksgefühls den Bürgerkrieg provozirt. — Es ist dies ein Frevel an der öffentlichen Meinung, ein Frevel an der unbeugsamen Stimmung des Volkes, welcher ein Ministerium, das sich als volksthümlich proklamirt hat, unmöglich macht.

Berlin, den 12. Mai 1848.

Der politische Club."

Aber nicht in Plakaten allein machte die Stimmung der Berliner Bevölkerung sich Luft. Schon vom Mittage des 12. an waren alle Straßen voll von Menschen, welche sich zusammengedrängt hatten und sich gegenseitig aussprachen über die Maßregeln des Ministeriums.

Auch die Studenten hatten in der Aula eine große Versammlung, in welcher sie mit großer Majorität beschlossen, eine Deputation an den Minister-Präsidenten Camphausen zu senden, und denselben um die Zurücknahme der angekündigten Maßregel zu ersuchen. Zu gleicher Zeit sollte die Deputation den Minister benachrichtigen, daß die Studentenschaft im Falle ausbrechender Unruhen nicht mit Waffengewalt werde einschreiten können.

Am 13. veröffentlichte die Studentenschaft in Folge dieser Deputation einen Protest; einen gleichen Schritt thaten auch viele Mitglieder der Bürgerwehr.

Schon am Nachmittage hatten sich in der Wilhelms-Straße vor den Minister-Hotels der Herren Camphausen und Schwerin große Menschenmassen gesammelt, eine Deputation, um die Rücknahme der Berufung des Prinzen von Preußen zu bewirken, zu den Ministern geschickt, aber natürlich ausweichende Antworten erhalten.

Am Abende fand eine Versammlung unter den Zelten statt, zu der sich wohl über 10,000 Männer eingefunden hatten, welche von Jung auf den Wunsch der Versammlung geleitet und mit einer glänzenden Rede eröffnet wurde, in welcher er die Unfähigkeit des Ministeriums Camphausen, die Rath- und Thatlosigkeit desselben, welche sich in jedem Schritte offenbare, darstellte und nachwies, daß das Ministerium nur da Kraft bewiesen habe, wo es sich um die Unterdrückung der Volksfreiheit, um reactionaire Bestrebungen handle; die letzte Maßregel des Ministeriums, die Zurückberufung des Prinzen von Preußen, gebe davon den deutlichsten Beweis.

Auf den Vorschlag Jung's wurde dann eine Deputation ernannt, welche eine von Schaßler schnell entworfene Adresse dem Ministerium überbringen sollte, und die Versammlung beschloß, sich dieser Deputation in geordnetem Zuge anzuschließen, um ihr einen größeren Nachdruck zu geben; also eine Demonstration auszuführen ganz in derselben Weise, wie die gegen die indirekten Wahlen, welche am grünen Donnerstag gewaltsam verhindert worden war.

Der Vorschlag wurde sofort ausgeführt. Die Deputation brach auf, und die Versammlung folgte ihr in einem geordneten Zuge, indem je sechs und sechs Männer sich unterfaßten und eine Reihe bildeten.

Durch die Linden ging der Zug nach der Wilhelms-Straße und stellte sich dort vor dem Hause des Minister-Präsidenten auf; die Menschenmasse war während des Zuges von den Zelten her wohl um das Doppelte gewachsen, denn es hatten sich derselben noch viele neu Hinzukommende angeschlossen.

Vor dem Hotel des Minister-Präsidenten standen als Wache zwei Reihen Bürgerwehr, deren Gegenwart aber völlig unnöthig erschien, denn wohl Niemand aus der ganzen, großen Versammlung dachte daran, hier einen Unfug zu begehen, Alle wollten nur eine Demonstration, eine friedliche, aber gewaltige Demonstration machen; sie warteten daher ruhig auf das Resultat, welches die Unterredung ihrer Deputation mit dem Minister haben würde.

Die Deputation wurde sogleich bei dem Minister vorgelassen; auf dem Hausflur traf sie mit einer Deputation der Bürgerwehr zusammen, welche derselben Angelegenheit wegen dort war.

Die Deputation traf den Minister Camphausen und den Minister Grafen Schwerin, welcher sich zufällig bei dem Minister-Präsidenten befand. Beide Minister versicherten der Deputation, daß sie allerdings wüßten, wie die Stimmung Berlins sich sehr entschieden gegen den Prinzen von Preußen ausspräche, Berlin wäre aber nicht das ganze Land, und auf dieses müßten sie Rücksicht nehmen. Herr Camphausen versprach indessen mit der ihm eigenthümlichen milden Art, am nächsten Morgen im Minister-Rath die Sache noch einmal in Vortrag zu bringen, da er nicht allein eine Angelegenheit bestimmen könne, welche das ganze Ministerium angehe. Ueberhaupt benahm sich Herr Camphausen der Deputation gegenüber mit jener milden Bescheidenheit, welche ihm, trotz seiner vielfachen Fehler, eine gewisse Liebe im Volke bewahrt hat; Herr von Schwerin aber zeigte auch bei dieser Gelegenheit seine gewöhnliche aristokratische Arroganz.

Die Unterredung der Deputation mit dem Minister hatte natürlicherweise etwas lange gedauert, so daß zuletzt die vor

dem Palais Versammelten anfingen ungeduldig zu werden; es zeigte sich in der zahllosen Menge einige Unruhe, welche sich durch Murren kund gab, keineswegs aber, wie später behauptet worden ist, durch unanständiges Geschrei.

Der Dr. Lövinson sprang auf die Rampe, um durch einige Worte die Ungeduld des Volkes zu beruhigen; aber es gelang ihm nicht, denn er ist kein Volksmann.

Endlich kehrte die Deputation zurück. Jung trat auf und theilte den Versammelten in kurzen Worten den Bescheid des Minister-Präsidenten mit, daß derselbe sich erst mit dem gesammten Ministerium berathen müsse, ehe er eine bestimmte Antwort geben könne, da die Versammlung nicht Berlin und Berlin nicht Preußen sei.

Diese Antwort genügte der Volksmenge keineswegs; eine große Unruhe gab sich unter den Versammelten kund, Jeder flüsterte mit seinem Nachbar, und ab und zu ließ sich auch wohl ein wilder, lauter Ausdruck des Mißvergnügens hören, selbst der Ruf: Abdanken! ertönte einige Male.

Da sprang Eichler auf die Rampe; trotz seiner Riesenstimme vermochte er sich anfangs kein Gehör zu verschaffen; das Mittel, welches er anwendete, um gehört zu werden, so wie überhaupt seine ganze Art, zu sprechen, welche ihn so volksthümlich gemacht hat, ist höchst charakteristisch für den harmlosen und gutmüthigen Sinn der Berliner Bevölkerung.

Als es anfing ruhiger zu werden, rief Eichler mit einer Sentor-Stimme:

„Eichler hat's Wort! Hab' ich's?" —

„Ja!" war die einmüthige Antwort.

„Na, dann haltet Ihr die Schnauze! Es kann nur Einer auf einmal sprechen."

Allgemeines, schallendes Gelächter und gleich darauf die größte Ruhe.

Eichler ermahnte nun die Versammlung, wieder nach den Zelten hinauszuziehen, und nicht in der Stadt Scandal zu machen, dadurch würde sie nur ihre Deputation, welche dem Minister Ruhe versprochen hätte, blamiren, und das wolle sie doch ganz gewiß nicht.

Er schloß mit den Worten: „Na, ich gehe, und ein Hundsfott, wer nicht mitkommt!"

Wieder erscholl ein lautes Gelächter, und Eichler's Zweck wurde erreicht, denn die Menge zerstreute sich augenblicklich, indem ein Theil durch die Leipziger Straße, ein anderer Theil durch die Linden nach den Zelten zurückzog.

Unter den Zelten hatte sich wieder eine ungeheure Volks-Versammlung gebildet. Verschiedene Redner ergriffen das Wort, um nochmals wegen der Zurückberufung des Prinzen von Preußen zu sprechen, und die Versammlung entschloß sich, bis morgen zu warten, ohne etwas Weiteres zu thun, ehe das Ministerium sich bestimmter ausgesprochen habe.

Auch die Verhöhnung, welche das Volk durch die Regierung erfahren, indem diese das Wort „National-Eigenthum" am Palais des Prinzen von Preußen erst hätte anschreiben, dann aber vor wenigen Tagen wieder auslöschen lassen, kam zur Sprache, und bewirkte den Entschluß der Volksmassen, vor das Palais zu ziehen und das Wort National-Eigenthum wieder anzuschreiben.

Dies geschah denn auch. Es gab dabei unruhige Auftritte und kleine Conflicte mit der Bürgerwehr. Erst spät in der Nacht verlief sich das Volk auf Zureden von Held und Eichler.

Schon am Sonnabend Morgen waren die Straßen Berlins wieder angefüllt mit Menschen, besonders stark wogten die Massen die Linden auf und nieder; man hörte fast kein anderes Wort sprechen, als von dem Prinzen von Preußen, von der Abdankung der Minister, von den großartigen Demonstrationen, welche man vorzunehmen gedachte, um das Ministerium zur Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen zu zwingen.

Folgende Proclamation des Ministeriums erschien am Nachmittage an allen Straßenecken, auch die Bäume der Linden und die im Thiergarten waren mit den mächtigen Anschlägen bedeckt:

„Die vom Staats-Ministerium Sr. Majestät dem Könige vorgeschlagene Zurückberufung Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen hat bei einem Theile der Bevölkerung der Hauptstadt Widerspruch gefunden. Unser von des Königs Majestät genehmigter Vorschlag beruht auf der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, daß der Nächste am Throne nicht außerhalb der Grenzen des Vaterlandes weilen darf, zu der Zeit, wo das neue Verfassungs-Werk zwischen dem Könige und seinem Volke vereinbart werden soll. Wir erblicken hierin eine Bürgschaft für die Zukunft des Vaterlandes, für die Einigkeit zwischen Thron und Volk, für die Kraft des Staates, doppelt wichtig in einem Augenblicke, wo Preußen mit den Waffen an den deutschen Grenzen, mit dem Worte in zwei großen Versammlungen seinen alten Ruhm der Tapferkeit und Intelligenz zu bewähren berufen ist. Wir zweifeln auch nicht, daß die Verhandlungen in der Versammlung, die wir allein als die wahre Vertretung des gesammten preußischen Volkes anzuerkennen vermögen, Gelegenheit darbieten

werden, den Zweck des Aufenthaltes des Prinzen von Preußen in dem freien England und des seine Heimkehr verzögernden Rückweges über das durch seine Institutionen sich bewährende Belgien in das wahre Licht zu stellen. Das ganze Land wird dann die Ueberzeung gewinnen, daß der Prinz mit freudiger Zuversicht die von der Regierung Sr. Majestät des Königs betretene neue Bahn zu verfolgen fest entschlossen ist, und daß die Regierung von ihm eine kräftige Unterstützung bei Ausführung der Vorschläge zu erwarten hat, welche sie im Interesse der Befestigung der Freiheit an die zu berufende Versammlung zu bringen beabsichtigt. Damit werden dann alle Besorgnisse von reactionairen Tendenzen schwinden, und es wird das leider noch immer gestörte Vertrauen zu Gesetz und Ordnung, zum Heile aller Klassen des Volkes, zurückkehren!

„Berlins Bewohner werden mit uns die Ueberzeugung theilen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn, wie es am gestrigen Tage geschehen ist, auch ferner Versuche gemacht werden sollten, durch Deputationen, in Begleitung großer Massen, auf die Entschließung der Regierung einzuwirken. Jede geordnete Regierungs-Gewalt, und mit ihr die Herrschaft der Gesetze, worauf allein die wahre Freiheit beruht, ist gefährdet, wenn durch solche Demonstrationen die Abänderung von Regierungs-Beschlüssen gefordert wird. So sehr es den Wünschen der Regierung entspricht, daß die öffentliche Stimmung sowohl aus der Hauptstadt, als allen Theilen des Landes sich kund giebt, so darf sie doch verlangen, daß dies nur auf geordnetem Wege geschehe. Die schließliche Entscheidung über ihre Maßregeln wird sie von der Volks-Vertretung erwarten. In dieser, ihrer Ansicht nach

allein würdigen Stellung baut die Regierung auf die gute, oft bewährte Gesinnung und auf die Anerkennung der Bewohner Berlins.

Berlin, den 13. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald.
Bornemann. von Arnim. Hansemann.
Graf von Kanitz. von Patow."

Diese Bekanntmachung stellte das Volk im Geringsten nicht zufrieden; dies sprach sich auch in der am Abend unter den Zelten stattfindenden Volks-Versammlung aus, in welcher auch ein Mitglied der Bürgerwehr versicherte, daß die Bürgerwehr Berlins mit dem Volke vollständig Hand in Hand gehen werde. Auf Held's Antrag ernannte die Versammlung eine Commission von dreißig Mitgliedern, welche sich mit den verschiedenen Clubs und Corporationen Berlins in Verbindung setzen sollte, um mit diesen gemeinschaftlich eine gewaltige Demonstration des Volkswillens gegen das Ministerium zu bewirken.

Diese Commission erließ am Sonntag Morgen folgendes Plakat an allen Straßen-Ecken:

„An sämmtliche Einwohner Berlins!

„Das Ministerium hat eigenmächtig die Rückberufung des Prinzen von Preußen beschlossen.

„Nur das Volk, und in seinem Namen die National-Versammlung, hat das Recht, die Zurückberufung zu decretiren.

„Trotz der fast einmüthig ausgesprochenen Protestation Berlins gegen diese Zurückberufung erklärt das Ministerium, diese Maßregel aufrecht erhalten zu wollen.

„Wir fordern daher sämmtliche Einwohner Berlins, welche

gegen die jetzige Zurückberufung des Prinzen von Preußen sind, auf, sich am Sonntag, den 14. Mai, Nachmittags 5 Uhr, unter den Zelten einzufinden.

„Alle Diejenigen, denen das Recht, Waffen zu tragen, zusteht, werden ersucht, in geschlossenen Zügen, zur Sicherung der Ordnung, bewaffnet zu erscheinen.

„Berlin, den 13. Mai 1848.

„Die von der Volks-Versammlung unter den Zelten ernannte Commission."

Dieses Plakat zeigte deutlich, daß es auf nichts mehr und nichts weniger abgesehen war, als auf eine neue Revolution, um ein nicht volksthümliches Ministerium zu stürzen. — Welche großartigen Pläne, welcher jämmerliche Ausgang! —

Die Behörden bereiteten sich natürlich ebenfalls auf einen gewaltsamen Ausgang des Tages vor. Die Bürgerwehr wurde unter Waffen gerufen und durch den Polizei-Präsidenten Minutoli darauf aufmerksam gemacht, daß eine bewaffnete Volks-Versammlung unerlaubt sei; auch das Ministerium fühlte sich gedrungen, dem Volkswillen abermals eine Concession zu machen, um sich den Beistand der leicht zu befriedigenden Bürgerschaft zu sichern; es veröffentlichte gegen Mittag einen Brief des Herrn Camphausen, worin dieser dem General Aschoff auf seine Anfrage mittheilte, daß der Prinz von Preußen sich noch in England befände und frühestens in vierzehn Tagen wiederkommen werde.

Zur Sicherung des Ministeriums waren wenige Maßregeln getroffen. Herr von Minutoli hatte ein Bataillon Bürgerwehr in den Garten des Ministerpräsidenten in Hinterhalt legen wollen, die Bürgerwehr hatte sich dieses Dienstes

geweigert; der Professor Magnus jedoch, der Führer des Studentenkorps, war mit einer Abtheilung desselben dem Minutoli'schen Vorschlage gemäß an der Stadtmauer entlang von hinten in den Garten des Ministerhotels einmarschirt und hatte sich daselbst aufgestellt. Wahrlich eine schwache Besatzung im Falle eines vielleicht bevorstehenden Kampfes.

Vor den Zelten hatte sich mittler Weile wieder eine Volksversammlung gebildet, so großartig, wie noch keine frühere; aber trotz der Einladung der Commission sah man nur wenige Bewaffnete. Die meisten Anwesenden hatten ihre Waffen in der Stadt gelassen; aber freilich nahe genug, um sie bald zur Hand zu haben.

Held theilte nun der Versammlung mit, daß die Commission einen abermaligen Zug nach dem Ministerhotel beschlossen habe, eine aus Held, Eichler, Schramm, Braß, Lehmann, Prutz und Salis bestehende Deputation solle die Minister zum letzten Male und energisch auffordern, die Berufung des Prinzen von Preußen zurückzunehmen, bis die Nationalversammlung, der allein das Recht der Entscheidung zustehe, dieselbe verlange. Es sei dies der Wille der gesammten Berliner Bevölkerung, wie sich die Commission gewissenhaft überzeugt habe.

Es war dies auch in der That so, einen deutlichen Beweis liefert die Theilnahme des Dr. Prutz, eines sehr gemäßigten Mitgliedes des sehr gemäßigten constitutionellen Clubs, an der Deputation.

Eichler forderte darauf die Versammlung auf, sich wieder je sechs und sechs in einer Reihe zu einem Zuge zu schaaren, welcher die Deputation begleiten sollte; ersuchte zu gleicher Zeit aber auch die Waffentragenden, draußen vor den Zelten

zu bleiben, um nicht Aufsehen in der Stadt zu erregen; — es ist indeß hierbei zu bemerken, daß diese Aufforderung ziemlich unnöthig war, denn in der ganzen großen Versammlung bemerkte man nur wenige Waffen.

Während die verschiedenen Redner sprachen, wurden in der Versammlung von unbekannter Hand Zettel ausgestreut, auf denen ein neu zu bildendes Ministerium verzeichnet war. Die Ministerliste war ungefähr folgende:

Minister des Innern: Nauwerk.
„ der Justiz: Jung.
„ der geistlichen Angelegenheiten: Diesterweg.
„ des Auswärtigen: Graf Reichenbach.
„ der Finanzen: Hansemann.
„ der Arbeit: Berends und Biski.

Diese Liste bietet den besten Beweis davon dar, was eigentlich die Demonstration zu sagen hatte, aber auch davon, wie jämmerlich der Erfolg eines so großartig begonnenen Staatsstreiches war.

Der Zug setzte sich nun in Bewegung, und er bot wirklich einen großartigen Anblick dar, denn als die vordersten Reihen schon beim Thore waren, hatten die hintersten noch kaum die Zelte verlassen.

Je weiter er von den Zelten nach der Stadt zuschritt, um so mehr vergrößerte er sich; denn fortwährend schlossen sich neue Reihen ihm an. Als er vor dem Minister-Hotel angekommen war, mochte er wohl aus 40 bis 50,000 Menschen bestehen; denn die ganze Wilhelmsstraße vom Wilhelmsplatz bis zu den Linden stand Kopf an Kopf.

Während des ganzen Zuges hatte die Versammlung die musterhafteste Ordnung, die größte Ruhe beobachtet; sie that

dies auch ferner, als die Deputation in das Minister-Hotel gegangen war, und erst nachdem sie über eine Stunde auf der Straße in tiefster Stille gewartet hatte, wurden einige Rufe der Ungeduld laut.

Die Ruhe wäre jedoch beinahe durch einen unangenehmen Zufall gestört worden. Wie es heißt, durch einen Befehl des Herrn von Minutoli, vielleicht jedoch auch durch ihren eigenen jugendlichen Ungestüm verleitet, drangen plötzlich die im Minister-Hotel aufgestellten Studenten durch die Einfahrten desselben hervor; als sie indessen das ruhig harrende Volk bemerkten, zogen sie sich schnell wieder zurück, gerade noch zur rechten Zeit, denn schon brach das Volk in ein Wuthgeschrei über diesen hinterlistigen Angriff aus.

Nach etwa fünf Viertelstunden traten der Graf Schwerin und die Mitglieder der Deputation auf den Balkon. Schwerin benachrichtigte die Versammlung, daß der Minister Camphausen nach Potsdam sei, daß er nichts bestimmen könne, daß aber bis zum Montag Nachmittag 4 Uhr die Stadt über die definitive Beschließung des Ministerraths in Kenntniß gesetzt werden solle. Die Worte Schwerins waren erzwungen freundlich, sie hatten eine gewisse unverschämte Herablassung, welche dem Volke sehr mißfiel. Ehe daher der Minister geendet hatte, wurde er durch den tausendstimmigen Ruf: „Fort, fort! abdanken, abdanken!“ unterbrochen und mußte zurücktreten.

Jetzt trat Held auf. Mit seiner furchtbaren Stimme verschaffte er sich Ruhe und erklärte, die Deputation habe beschlossen, bis morgen zu warten; wäre dann der Wille des Volkes nicht erfüllt, so würde sie ihre Mission in die Hände des Volkes zurückgeben. Alle gesetzlichen Mittel wären dann

vergebens versucht worden. Held wies dabei nicht undeutlich darauf hin, daß von morgen Nachmittag an jede Unterhandlung aufhören und die Gewalt beginnen würde. Die Versammlung trennte sich darauf und zog zum größten Theile nach den Zelten zurück, wo sie beschloß, bis zum Montage ruhig zu warten, das aber wäre der äußerste Termin.

So war denn auch der Sonntag ganz ruhig dahin gegangen, so große Befürchtungen man auch für die Ruhe der Stadt gehegt hatte.

Am Montag Morgen erschien die Antwort des Ministeriums auf die Demonstration vom Sonntag, sie lautete folgendermaßen:

„Der unterzeichnete Vorsitzende des Staats-Ministeriums hat schon gestern — in einer Antwort an den Commandanten der Bürgerwehr — die irrigen Gerüchte über den Zeitpunkt der Rückkehr des Prinzen von Preußen Königliche Hoheit widerlegt. Dessenungeachtet ist am gestrigen Abende durch eine Deputation einer Volksversammlung eine neue Erklärung begehrt worden: —

Zur allgemeinen Beruhigung erklären wir demnach:

Se. Königl. Hoheit kann und wird frühestens in vierzehn Tagen, also jedenfalls nach der am 22sten d. Mts. unwiderruflich festgesetzten Eröffnung der Versammlung der Volksvertreter in das Vaterland zurückkehren. Vorher wird der Prinz — wie es nie anders die Absicht war — seine volle Zustimmung zu der betretenen neuen constitutionellen Bahn öffentlich kund geben. — Jene Deputation hat gleichzeitig einen Mangel an Vertrauen zu den Mitgliedern des Staats-Ministeriums ausgesprochen. — Wenngleich wir dies bedauern,

so können wir doch darum unsere Stellung nicht verlassen, am wenigsten jetzt wenige Tage vor dem Zusammentritt der neuen Volksvertretung. — Wir sind dies dem ganzen Volke — auch mit Rücksicht auf die aus der Hauptstadt, wie aus den Provinzen uns zugegangenen zahlreichen Adressen in entgegengesetztem Sinne — schuldig. Wir sind es der Versammlung der Volksvertreter selbst schuldig, welcher wir Rechenschaft über unsere Amtshandlungen abzulegen haben. —

Nach dieser nochmaligen öffentlichen Erklärung erwarten wir mit Zuversicht, daß nicht durch wiederholte Demonstrationen die Vorbereitung der Vorlagen für die Volksvertretung, insbesondere des Verfassungs-Entwurfes, ferner gehemmt werde.

Berlin, den 15. Mai 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Gr. v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. Gr. v. Kanitz. v. Patow.

Also um diesen Bescheid zu erhalten, hatten die beiden großartigen Demonstrationen stattfinden müssen, war ganz Berlin in die größte Aufregung gesetzt worden.

In einer Volksversammlung, welche am Abend des Montags stattfand, wurde der Bescheid des Ministeriums mitgetheilt, welcher eine große Aufregung bewirkte; Herr Held bemühte sich indessen, diese zu besänftigen, und es gelang ihm auch, obgleich mit einiger Mühe, denn manche Stimmen gaben sich unter dem Volke kund, welche den früher so beliebten Volksredner der Feigheit beschuldigten, seine Autorität hatte dadurch bedeutend gelitten, daß er die günstige Stimmung am Sonntag nicht besser zu benutzen gewußt.

Auch in dieser Volksversammlung (am Montag) sprachen noch einige Brauseköpfe von gewaltsamer Absetzung des Ministeriums; aber vergeblich, denn es war Allen klar, daß von einem günstigen Erfolge nicht mehr die Rede sein könne, da die Bürgerwehr durch die Erklärung des Ministeriums befriedigt worden war; der richtige Zeitpunkt war verpaßt durch die Rath- und Thatlosigkeit der Volksführer, am Sonntag stand es in ihrer Macht, das Ministerium Camphausen zu stürzen, aber sie benutzten den günstigen Augenblick nicht, weil sie fürchteten, sich zu compromittiren.

So ging denn auch die Volksversammlung am Montag auseinander, ohne Etwas gethan zu haben; die verschiedenen Redner hatten sich ereifert gegen das Ministerium, gegen die Demonstration, gegen Herrn Held, gegen die bisher noch immer nicht vollständig gewährte Volksbewaffnung; sie hatten, wie gewöhnlich, geschrieen, und geschehen war, wie gewöhnlich, Nichts.

Die Zeit bis zur Eröffnung der National-Versammlung ging sehr ruhig hin, es geschah eine ganze Zeit in Berlin eigentlich wenig oder gar nichts, die Stadt war so vollständig ruhig, wie dies so wenige Wochen nach der Revolution nur irgend möglich war. Zu bemerken ist nur, daß während dieser Zeit der Magistrat eine Einkommensteuer von Einem Prozent erließ, um durch dieselbe in den Stand gesetzt zu sein, die brodlosen Arbeiter ferner beschäftigen zu können, und daß eine neue Stadtverordneten-Versammlung nach dem alten Modus der Städte-Ordnung erwählt wurde.

13.

Schon am Sonnabend, den 21. Mai, hatten sich die meisten Deputirten in Berlin angefunden, und ein Theil derselben war im Saale des Hôtel de Russie zu einer vorläufigen Berathung zusammen gekommen. Der Gegenstand der Berathung war scheinbar eine reine Formsache.

Es war nämlich zu den Sitzungen der constituirenden Versammlung die frühere Sing-Akademie eingerichtet worden, aber die erste, die Eröffnungs-Sitzung, sollte nicht in diesem Lokale stattfinden. Die Regierung hatte bestimmt, daß die Deputirten im weißen Saale des Königlichen Schlosses die Thronrede des Königs entgegennehmen sollten, indem sie die noch nicht vollendete Einrichtung des Sitzungs-Saales der Sing-Akademie als Grund für diese auffallende Maßregel vorschützte.

Daß dies eine reine Entschuldigung, keinesweges aber ein genügender Grund war, mußte Jedem augenscheinlich werden, welcher mit den Verhältnissen Berlins und der großen Leichtigkeit und Schnelligkeit bekannt ist, in der solche Einrichtung hätte getroffen werden können, wenn es nur wirklich der ernste Wille der Regierung gewesen wäre, sie zu treffen; es mußte daher wohl ein anderer Grund zu der auffallenden Maßregel vorhanden sein, und dieser lag ziemlich offen am Tage, es war der alte Stolz des absoluten Königthums, welcher sich entwürdigt glaubte, wenn der Monarch zu den Vertretern des Volkes kommen müßte, um diese zu bewillkommnen.

Von diesem Grundsatze gingen die im Hôtel de Russie

versammelten Deputirten aus, indem von sechszig Anwesenden neununddreißig gegen Abhaltung der Eröffnungs-Sitzung im weißen Saale des Königlichen Schlosses, als gegen eine mit der Würde der Volks-Vertretung nicht zu vereinigende Anordnung, protestirten.

Aber trotz dieses Protestes wurde die Anordnung nicht zurückgenommen, die meisten der Protestirenden begingen sogar die Inconsequenz, sich zu fügen, nur wenige gesinnungstüchtige Männer, unter ihnen die Herren: Jung, Berends, v. Kirchmann, v Potworowski, v. Cieszkowski, Brill, Arnold u. s. w., blieben ihrem Vorsatz getreu, und schlossen sich von der Eröffnungs-Sitzung aus.

Am Mittag gegen 12 Uhr des 22. Mai waren etwa dreihundert Abgeordnete im weißen Saale versammelt, und die Minister in voller Uniform. Der König erschien, von den Prinzen Carl, Albrecht, Wilhelm, Friedrich, begleitet, und wurde mit einem dreimaligen Lebehoch der Versammlung empfangen; er setzte sich dann auf den Thronsessel und las mit bedecktem Haupte folgende Thron-Rede:

„Meine Herren Abgeordneten! Mit freudigem Ernste begrüße Ich eine Versammlung, welche, aus allgemeiner Volks-Wahl hervorgegangen, berufen ist, mit Mir die Verfassung zu vereinbaren, die einen neuen Abschnitt in der Geschichte Preußens und Deutschlands bezeichnen wird. Sie werden, davon bin ich überzeugt, indem Sie das Werk beginnen, die doppelte Aufgabe sich stellen, dem Volke eine ausgedehnte Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates zu sichern und zugleich die Bande enger zu schließen, welche seit mehr als vier Jahrhunderten Mein Haus mit den Geschicken dieses Landes unzertrennlich verwoben haben.

„Den Entwurf der Verfassung wird Meine Regierung Ihnen vorlegen.

„Mit Ihnen zugleich haben sich in Frankfurt am Main die Vertreter des ganzen deutschen Volkes versammelt. — Gern hätte Ich das Ergebniß dieser Versammlung abgewartet, bevor Ich die Vertreter Meines getreuen Volkes zusammenberief. — Das dringende Bedürfniß baldiger Feststellung des öffentlichen Rechtszustandes in unserem engeren Vaterlande hat dies nicht gestattet. — Die Einheit Deutschlands ist Mein unverrückbares Ziel, zu dessen Erreichung Ich Ihrer Mitwirkung Mich versichert halte. —

„Die innere Ruhe des Landes beginnt sich zu befestigen. —

„Die völlige Wiederherstellung des Vertrauens, mit ihr die Belebung des Verkehrs und der gewerblichen Thätigkeit, ist wesentlich von dem Erfolge Ihrer Wirksamkeit abhängig. — Mehrseitige Anstrengungen sind gemacht worden, um während der Stockung in vielen Gewerben Gelegenheit zur Arbeit zu verschaffen. — Sie müssen fortgesetzt und ausgedehnt werden. — Bis jetzt hat der gestiegene Geldbedarf die Ersparnisse der Vergangenheit noch nicht erschöpft.

„Meinen Bemühungen, den Wünschen der polnischen Bevölkerung der Provinz Posen durch organische Einrichtungen zu entsprechen, ist es nicht gelungen, eine Auflehnung zu verhindern, die, so tief Ich sie beklage, Mich nicht abgehalten hat, den eingeschlagenen Weg, unter nothwendiger Berücksichtigung der Ansprüche der deutschen Nationalität, zu verfolgen.

„Ungeachtet der großen Erschütterungen der letzten Monate sind die friedlichen Beziehungen Meiner Regierung zu den fremden Mächten nur an einem Punkte gestört worden. — Ich darf Mich der Hoffnung überlassen, daß eine gern an-

genommene freundliche Vermittelung wesentlich dazu beitragen werde, die Beendigung eines Kampfes zu beschleunigen, zu dem Preußen nicht herausgefordert hat, den Ich aber als deutscher Bundesfürst aufzunehmen nicht anstehen durfte, als die Marken des gemeinsamen Vaterlandes bedroht erschienen und der Ruf zur Wahrung eines anerkannten Rechtes vom deutschen Bunde an Mich erging.

„Meine Politik wird sich auch in diesem Falle als eine uneigennützige und friedliche bewähren, eine Politik, der Ich, im innigen Vereine mit Deutschland, treu zu bleiben entschlossen bin."

Nach Beendigung dieser Rede entfernte sich der König unter einem dreimaligen Lebehoch der Versammlung. Es wurde dann noch der Alters-Präsident Herr von Schön erwählt, und eine Commission zur Prüfung der Wahlen ernannt, worauf die Versammlung geschlossen war.

Am Abend erschien der in der Thron-Rede angekündigte Verfassungs-Entwurf im Staats-Anzeiger.

Alle Restaurationen und öffentlichen Lokale waren an jenem Abende von Besuchern gefüllt, welche mit der größten Spannung auf den Verfassungs-Entwurf warteten, der so lange ersehnt war, der endlich ein volles und genügendes Zeichen abgeben sollte darüber, ob es der Regierung in der That Ernst sei mit den Versprechungen, welche sie am 18. und 19. März dem Volke gegeben hatte. Der Staats-Anzeiger wurde von einer Hand in die andere gerissen, Jeder wollte ihn zuerst lesen, Jeder sich überzeugen, ob es wahr, ob es möglich sei, daß die Regierung es wagen könne, dem Volke einen solchen Verfassungs-Entwurf vorzulegen.

Mit Staunen und Unwillen wurden Alle erfüllt, welche

mit kritischem Geiste dies jämmerliche Machwerk durchlasen, diesen Entwurf, der auf dem Princip des alten, längst überflügelten Liberalismus fußend, aus den verschiedenen Constitutionen Europa's zusammengebettelt, alle vom Volke errungenen Freiheiten theils in Frage stellte, theils sogar vernichtete.

Der Verfassungs-Entwurf blieb in der That weit hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, welche das Volk hegen zu können glaubte.

Ueberall, wo dem Volke Freiheiten gelassen waren, wurden dieselben illusorisch gemacht durch Hinterthüren, welche der Regierung offen gelassen waren, indem die früheren, dem Absolutismus angehörigen Gesetze in Kraft blieben.

Besonderes Mißvergnügen erregten die folgenden Paragraphen:

§. 36. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt.

Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich.

§. 37. Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

§. 38. Die erste Kammer besteht:

1. aus den Prinzen des Königlichen Hauses, sobald sie das achtzehnte Lebensjahr zurückgelegt haben;
2. aus höchstens sechszig vom Könige ernannten Mitgliedern. Dieselben werden aus der Zahl derjenigen Staatsbürger ernannt, welche ein reines Einkommen von mindestens 8000 Thalern jährlich beziehen. Sie vererben das ihnen verliehene Recht auf ihre männlichen Descendenten nach den Regeln der Erstgeburt. Das Recht erlischt aber, wenn der Erbe ein reines

Einkommen von 8000 Thalern jährlich nicht nachzuweisen vermag;

3. aus 180 Mitgliedern, die durch dieselben Wahlmänner gewählt werden, welche die Mitglieder der zweiten Kammer zu wählen haben.

§. 39. Wählbar für die erste Kammer (§. 38. 3.) sind nur solche Staatsbürger, welche das vierzigste Lebensjahr zurückgelegt haben und ein reines Einkommen von mindestens 2500 Thalern jährlich beziehen, oder an direkten Staats-Steuern mindestens 300 Thaler jährlich entrichten. Die Mitglieder der höhern Gerichtshöfe, die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und die Ober-Bürgermeister der Städte von mehr als 25,000 Einwohnern, sofern sie ihr Amt mindestens sechs Jahre verwaltet haben, sind auch dann für die erste Kammer wählbar, wenn sie ein geringeres Einkommen beziehen oder eine geringere direkte Staats-Steuer entrichten.

Durch diese Paragraphen wurde dem König ein absolutes Veto beigelegt, es wurde durch dieselben in der ersten Kammer neben der schon bestehenden Aristokratie des Adels noch eine Aristokratie des Geldes geschaffen, welche im Volke wo möglich noch verhaßter war, als die erstere.

Diese erste Kammer war um so gefährlicher, als sie zugleich den Gerichtshof bildete für die in der zweiten Kammer etwa in Anklagezustand versetzten Minister.

Daß ein solcher Verfassungs-Entwurf allgemeines Mißvergnügen erregen mußte, war wohl natürlich.

Ueberall, wohin man an jenem Abende in Berlin auch kam, hörte man Worte des Zornes und der Entrüstung, überall Schmähungen und Verwünschungen auf die Regierung, überall hörte man auch den Ausdruck der Verwunderung, des

Staunens, denn so wenig man auch in der letzten Zeit dem Ministerium Camphausen getraut hatte, so war es doch Niemandem eingefallen, einen solchen Verfassungs-Entwurf auch nur für möglich zu halten.

Im demokratischen Club, dem früheren politischen Club, der seinen Namen verändert hatte, wurde der Verfassungs-Entwurf vorgelesen und fast bei jedem Paragraphen mit stürmischen Zeichen des Mißfallens begrüßt. Beim §. 38 und 39 (von der ersten Kammer) wollte des Zischens und Tobens gar kein Ende werden.

Aehnlich war der Empfang, welchen der Entwurf bei einer in der Villa Colonna versammelten Gesellschaft, dem Central-Verein demokratischer Wahlmänner, welchem sich auch eine große Anzahl von anderen Bürgern angeschlossen hatte, erhielt. Auch hier waren die Zeichen der Mißbilligung, welche sich nach beinah jedem Paragraphen erhoben, kaum zu bewältigen, und oft mußte in der Vorlesung inne gehalten werden, weil die allgemeine Entrüstung sich in lauten Worten Luft machte.

Als die Vorlesung des Entwurfs beendet war, dauerte das Pfeifen, Zischen und Toben wohl fünf Minuten, und erst dann beruhigten sich die Gemüther wenigstens so weit, daß eine Diskussion möglich wurde.

Ein Redner sprang auf die Tribüne und machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß am folgenden Tage eine großartige Parade der gesammten Bürgerwehr vor dem Könige stattfinden solle, er fragte, ob nach einem solchem Verfassungs-Entwurf es möglich sei, daß man noch dem Könige vertrauen könne.

Nein, nein! riefen alle Stimmen wild durch einander,

und wieder dauerte es mehrere Minuten, ehe die Anwesenden sich so weit beruhigten, daß der Redner fortfahren konnte.

Eine Parade der Bürgerwehr vor dem Könige sei ein Zeichen des Vertrauens, fuhr der Redner fort; dies könne und wolle man doch jetzt nicht mehr geben, und aus diesem Grunde müsse man auf Mittel denken, die auf den folgenden Morgen festgesetzte Parade zu hintertreiben.

Dieser Vorschlag fand allgemein Anklang, und nach kurzen Debatten beschloß die Versammlung, sofort ein Plakat an die Straßenecken Berlins anschlagen zu lassen, in welchem die Wehrmänner der Stadt aufgefordert würden, sich nicht bei der Parade zu betheiligen. Ein in der Versammlung anwesender Drucker erbot sich, dies Plakat sogleich zu setzen und abzuziehen, und ein vom Professor Benary vorgeschlagener Entwurf wurde genehmigt.

Die Mitglieder der Versammlung blieben noch einige Stunden zusammen, und als das Plakat aus der Druckerei kam, wurde es sofort von ihnen selbst an den Straßenecken angeschlagen.

Auch an anderen Orten waren ähnliche Scenen vorgefallen. Unter den Linden hatten sich große Menschenmassen versammelt, und in den einzelnen Volkshaufen waren Reden gehalten worden über den Verfassungs-Entwurf und über die Schamlosigkeit des Ministeriums, den Vertretern des preußischen Volkes ein solches Machwerk zur Berathung vorzulegen. Auch die Thronrede des Königs wurde scharf kritisirt und erfuhr die heftigsten Angriffe. Da kam Jemand auf die Idee, ein eigenthümliches Volks-Gericht über den Entwurf auszuüben. Unter allgemeinem Jubel der Umstehenden wurde der Verfassungs-Entwurf auf einen Haufen Vossischer Zeitungen

gelegt und mit diesen auf offener Straße verbrannt; dann zogen die Versammelten vor die Hotels der Minister Camphausen und Schwerin und brachten diesen eine solenne Katzenmusik, um ihnen ein Zeichen ihrer Achtung und Verehrung zu geben.

Am folgenden Tage, am Dienstag den 23. Mai, wurde die einmal angekündigte Parade trotz der Anschlagezettel dennoch abgehalten.

Schon oft war diese Parade angesagt worden, aber immer hatten sich Verzögerungen von Seiten der Regierung ihr entgegengestellt, sie wurde verschoben und erst am 23. Mai fest bestellt.

Auch an diesem Tage hätte sie wohl kaum, oder wenigstens nur höchst unvollständig, statt gefunden, wenn der Verfassungs-Entwurf, der unter allen Klassen der Berliner Gesellschaft die tiefste Entrüstung erregte, hinlänglich bekannt gewesen wäre.

Dies war indessen leider nicht der Fall.

Der Preußische Staatsanzeiger, welcher den Verfassungs-Entwurf zuerst mittheilte, war am Montag Abend sehr spät erschienen, zu einer Zeit, wo ein großer Theil der Berliner Bürger sich bereits zur Ruhe niedergelegt hatte, am Dienstag Morgen war das Zusammentreten der Compagnieen zur Parade meistens schon um 6 Uhr angesagt und der größte Theil der Wehrmänner kannte daher jenen unübertrefflichen Entwurf noch gar nicht.

So kam es denn, daß sich doch fast zwei Dritttheile der Berliner Bürgerwehr bei der Parade betheiligten und dadurch der Regierung, oder vielmehr dem Könige ein Vertrauensvotum gaben, vor welchem sie sich gewiß gehütet hätten, wenn

nicht durch die schlaue Maßregel der Regierung die Kenntniß des Verfassungs-Entwurfs vor der Parade ihnen vorenthalten worden wäre.

Der Empfang des Königs sowohl von den Bürgerwehrbataillonen selbst, als besonders von dem zahlreich versammelten Publikum war, als der König die Linden entlang bei den Bataillonen vorbei ritt, ein mindestens sehr zweifelhafter. Wenn ihm auch aus manchen Bataillonen ein lautes Hurrah und Lebehoch entgegentönte, so waren andere wieder sehr schweigsam, und aus dem Publikum tönte sogar hier und dort ein recht vernehmbares Pfeifen und Zischen, vor der Universität sah man sogar eine schwarze Fahne wehen.

Es zeigte sich schon bei der Parade, daß die Sympathien im Volke für den König sich sehr vermindert hätten, und dies geschah mit jedem Tage mehr, als der Verfassungs-Entwurf, den man besonders dem Einfluß der Hofparthei zuschrieb, im Volke bekannter wurde.

So hob sich denn die Aufregung von Tag zu Tag und zwar gleichmäßig in fast allen Klassen der Berliner Bevölkerung. Das Volk von Berlin war endlich wieder einmal einig, die Bürger und Arbeiter standen zusammen der Regierung gegenüber, welche durch den Verfassungs-Entwurf ihnen gezeigt hatte, von welchem Gesichtspunkte sie die durch die Revolution vom 18. März errungenen Freiheiten auffaßte.

Diese Einigkeit sollte indessen leider nicht lange dauern und jene im Finstern schleichende Partei, welche stets von dem Grundsatze „theile und herrsche" ausgeht, wußte bald wieder den Apfel der Zwietracht zu schleudern zwischen das unbewaffnete Volk und die Bürgerwehr.

Die Veranlassung zu neuen Zwistigkeiten war eine sehr

unbedeutende, sehr triviale, welche aber doch nicht ohne Bedeutung blieb, weil die Rückschrittspartei sie zu benutzen wußte, um den alten Zwiespalt zwischen der Bürgerwehr und der übrigen Bevölkerung Berlins wieder hervorzurufen.

Es hatte sich nämlich seit dem Sonntag, dem 21., in Berlin nach dem Vorbilde von Wien und Breslau ein Katzenmusikcorps gebildet, welches allabendlich bis in die tiefe Nacht hinein durch die Straßen der Residenz zog, um mißliebigen Personen ein Ständchen zu bringen. Es waren diese Katzenmusiken ohne alle politische Bedeutung, denn die Musiker waren mit ihrer Ertheilung so verschwenderisch, daß sie dieselben sowohl einem beim Volk in Ungnade gefallenen Minister, als einem Kaufmann brachten, der seinen Laden nicht zu der Zeit schloß, wo seine Ladendiener es wünschten. Jeden Abend wurden sechs bis acht Katzenmusiken gebracht, und zwar den verschiedensten Personen, am reichlichsten begabt wurden Herr Aschoff, die Minister Camphausen, Schwerin und Hansemann, die Redaction der Vossischen Zeitung, der Polizeipräsident Minutoli und der Schauspieler Louis Schneider, welcher letztere ganz besonders den Haß des Volkes auf sich geladen hatte, weil er seinen Einfluß als Unteroffizier der Landwehr bei vielen Landwehrmänner aufgeboten, um dieselben gegen die übrige Bevölkerung Berlins zu erregen.

Mehrere Tage gingen die Katzenmusiken ihren ruhigen Gang fort und hatten ihrer Natur nach fast nur einen komischen Charakter, von dieser Seite faßte sie auch der Polizei-Präsident sehr vernünftiger Weise Anfangs auf, indem er bei einem ihm gebrachten derartigen Ständchen sich höflich für die gemachte Mühe der Herren bedankte.

Nach und nach nahm indessen durch dabei entstehende Prügeleien die Sache doch einen ernstern Charakter an und führte zu Unruhen, welche besorglich zu werden schienen, zumal, da jetzt die Musikchöre sich vollständig organisirten und geschriebene Anschlagezettel an den Ecken förmlich zu Katzenmusiken aufforderten.

Die Bürgerwehr schritt deshalb zur Auseinandertreibung der Tumultanten ein und fast allabendlich ertönte das Signalhorn durch die Straßen, um die ruheliebenden Bürger aus ihren süßen Träumen zu erwecken und sie aufzufordern, das Gewehr zu nehmen, um anstatt im Bette die Nacht auf der Straße zu campiren.

Wie bei allen ähnlichen Gelegenheiten wurden auch hier wieder die Bürger im höchsten Grade aufgebracht gegen den sogenannten Pöbel, welcher sie aus ihrer Ruhe störte, und in ihrer blinden Wuth erlaubten sie sich die bedauerlichsten Uebergriffe, oft gegen ganz unschuldige Personen, und erregten dadurch auf's Neue die kaum vergessene Aufregung gegen das Institut der Bürgerwehr.

Klagen gegen die Bürgerwehr wurden daher im reichlichsten Maaße laut, und die gegenseitige Erbitterung zwischen dem bewaffneten und dem unbewaffneten Theil der Berliner Bevölkerung wuchs mit jedem Tage.

Schon schien es, als sollte der alte unselige Zwiespalt wieder einreißen, da legten sich die einsichtsvolleren Männer der demokratischen Partei in's Mittel und bemühten sich überall, wo Volkshaufen versammelt waren, durch beredte Worte darauf hinzuweisen, von welchem nachtheiligen Einfluß eine Spaltung innerhalb des Volks sein müsse zu einer Zeit, wo

dasselbe einmüthig, wie ein Mann, der Regierung gegenüber stehen sollte, um dieser kräftig bei ihren reactionären Bestrebungen gegenüberzutreten.

Solche Reden fanden denn auch Anklang, indessen konnten sie das aufgebrachte Volk nicht gleich vollständig beruhigen, und am 26. Mai fanden noch einige höchst unruhige Auftritte statt, indem vor dem Hause des General Aschoff sich in Folge einer auseinandergetriebenen Katzenmusik sehr viele Menschen einfanden, welche lärmten und schrieen, den General Aschoff zum Abdanken zwingen wollten, aber von der Bürgerwehr auseinandergebracht wurde, ohne daß es zu ernsten Conflikten gekommen wäre.

Die Katzenmusiken hörten nach diesem letzten unangenehmen Vorfall auf, indem die Führer der Demokratie das Volk zu bewegen wußten, diese kindische Lust aufzugeben.

14.

Die letzten Tage des Mai, sowie die ersten des Juni waren wieder eine Zeit der Spannung für Berlin. Täglich ereigneten sich Auftritte, welche die Ruhe der Stadt störten und immer auf's Neue darauf hinwiesen, daß der Residenz noch Ereignisse bevorständen, welche eine Wiederkehr der alten Ruhe und Ordnung für den Augenblick unmöglich machten.

Es herrschte in Berlin eine allgemeine Unbehaglichkeit und Mißstimmung, zum großen Theil hervorgebracht durch die Rückberufung des Prinzen von Preußen und die Vorlegung des Verfassungsentwurfs in der Nationalversammlung, denn beide Schritte des Ministeriums Camphausen hatten das Vertrauen der Bevölkerung Berlins ganz entschieden vernichtet. Die Regierung stand in jenen Tagen dem Volke fast wieder

als eine feindliche Macht gegenüber, von der es in jedem Augenblicke einen Angriff, eine Verletzung seiner durch die Revolution gewonnenen Rechte erwarten durfte.

Nur eine sehr kleine Partei, die der Bürger, welche um jeden Preis Ruhe und Ordnung erbaten, hielt noch fest an dem Ministerium. Aber diese Partei schmolz mit jedem Tage mehr und mehr, während die demokratische sich fortwährend vergrößerte.

Zwei Fragen beschäftigten in jenen Tagen die Berliner Bevölkerung hauptsächlich; die eine, war die Frage der allgemeinen Volksbewaffnung, die andere, die immer wiederkehrende über die Arbeiter.

Wie wir bereits früher erzählt haben, hatte der Magistrat eine große Menge von Arbeitern durch Erdarbeiten gegen einen nicht unbedeutenden Tagelohn zu beschäftigen gesucht. Er hatte ihnen Arbeiten übertragen, welche von einem verhältnißmäßig geringen Nutzen für die Stadt sein konnten, und er betrachtete in der That diese Arbeiten kaum anders, als ein Mittel, die unbeschäftigten Arbeiter von Ruhestörungen abzuhalten.

Auch die Arbeiter selbst faßten die ihnen gewährte Arbeit von diesem Gesichtspunkte auf und bemühten sich eben nicht zu sehr, durch Fleiß den gewährten hohen Tagelohn zu verdienen.

Allerlei Unfug kam auf den Arbeitsplätzen vor. Die Beamten wurden verhöhnt und die meisten Arbeiter dachten kaum daran, etwas zu thun, sondern brachten die Zeit mit Spiel und Trunk hin, so daß sie sich trotz des hohen Tagelohns doch in einer übeln Lage befanden. Diesem Unfug mußte endlich ein Ende gemacht werden.

Der Magistrat beschloß daher, anstatt des bisherigen Tagelohns eine Accordarbeit einzuführen, um wenigstens für das viele aufgeopferte Geld eine Entschädigung zu erhalten.

Viele Arbeiter, welche früher anderen Gewerken angehört hatten und an Erdarbeiten noch nicht gewöhnt waren, konnten bei der Arbeit auf Accord nicht bestehen, sie weigerten sich, dieselbe vorzunehmen und wurden deshalb entlassen, so daß sich zu jener Zeit in Berlin eine große Menge brodloser Arbeiter befanden, welche mit Gewalt Arbeit verlangten, aber dieselbe nicht erhalten konnten; denn außer den Entlassenen gab es noch eine bedeutende Anzahl solcher außer Brod gekommenen Arbeiter, welche bei den Erdarbeiten bisher noch nicht hatten beschäftigt werden können.

Es konnte nicht fehlen, daß der Magistrat mit Bitten um Arbeit bestürmt wurde; aber immer waren seine Antworten entweder ausweichend oder abschläglich.

Auch am 30. Mai hatten sich mehrere hundert Arbeiter vor dem städtischen Rathhaus versammelt, um kategorisch Arbeit zu fordern, wenn sie nicht verhungern oder zum Aeußersten getrieben werden sollten. Es war ihnen wieder ausweichend geantwortet worden und sie zogen nun in einem langen Zuge mit Fahnen am Nachmittag gegen 5 Uhr vor die Wohnung des Arbeits-Ministers Herrn v. Patow, um bei diesem ihre Forderungen zu erneuern und sie, wenn dies nöthig wäre, mit Gewalt durchzusetzen. Vor dem Hause des Herrn v. Patow in der Wilhelmsstraße hatten sich etwa 7—800 Arbeiter versammelt, welche bald durch hinzuströmende Neugierige zu einem Haufen von mehreren tausend Menschen verstärkt wurden. Sie schickten einige Abgeordnete zu Herrn v. Patow, welche die Zusicherung einer sofortigen Arbeit

verlangen sollten. Diese zu bewilligen, war dem Minister natürlich nicht möglich, so sehr er auch durch die drohend um seine Wohnung stehenden Haufen in Angst und Schrecken gesetzt war. Er suchte den Zorn der Arbeiter zu beschwichtigen, indem er ihnen ein Almosen von 20 Thlr. anbot, aber ohne seinen Zweck zu erreichen, denn höhnisch wurde dies Almosen zurückgewiesen.

„Wir sind keine Bettler, wir sind freie Arbeiter, wir wollen keine Almosen, sondern Arbeit," so riefen die Versammelten, welche durch das Anerbieten des Ministers beleidigt waren.

Je länger die Verhandlungen dauerten, um so drohender wurden die Reden der vor dem Hause stehenden Arbeiter.

Herr v. Patow sah sich veranlaßt, seine Hausthür zu schließen, um die Massen vor dem Eindringen in's Haus abzuhalten. Aber dies war ein sehr unrichtiges Mittel, denn kaum waren die Thüren verschlossen, so ergriffen einige kräftige Arbeiter eine auf der Straße liegende Bohle, um das Thor einzurennen, welches ihnen gleich darauf wieder geöffnet wurde.

Einige Abtheilungen Bürgerwehr marschirten an. Die Führer suchten die aufgeregte Menge zu beruhigen, aber vergeblich, und schon schien es, als sollten bald gewaltsame Angriffe auf die Person des Ministers gemacht werden, als Braß, ein bekannter Volksmann, aus den Fenstern des Ministers die Arbeiter anredete.

Eine tiefe Stille entstand und jedes Wort des Redners war deutlich trotz der großen Menschenmasse zu hören.

Braß sagte den Versammelten; Der Minister verspreche

ihnen Arbeit, aber er könne dieselbe nicht sogleich geben, sondern erst in drei Tagen.

„Aber wir können nicht drei Tage warten, unter der Zeit verhungern wir!" war die von vielen Stimmen gerufene Antwort.

Das sollt Ihr auch nicht, erwiederte Braß, der Minister bietet Euch zu diesem Zwecke Jedem ein Darlehn von 10 Sgr. an, welches Ihr ihm, denn Ihr seid ehrliche Leute, wenn Ihr Arbeit habt, wiedergeben werdet. Bis dahin aber müßt Ihr Euch ruhig verhalten.

Der Vorschlag wurde mit Jubel aufgenommen; die Arbeiter stellten sich auf dem Wilhelmsplatz in Reihe und Glied auf und erhielten von Braß, Jeder gegen Vorzeigung seiner Karte, das versprochene Darlehn. Dann zogen sie fort und zerstreuten sich.

An demselben Tage hatte noch ein anderer Vorfall Aufsehen gemacht, der nicht ohne Bedeutung bleiben sollte.

Ein Wagen hatte, wenn wir nicht irren, in der Jäger-Straße ein Rad verloren. Zugleich versammelten sich, wie dies immer in Berlin geschieht, eine Menge Menschen um denselben, und es fand sich, daß der ganze Wagen mit Gewehren beladen war, welche von der Regierung aus Berlin geschafft werden sollten, um, wie es hieß, in einer benachbarten kleinen Stadt die Bürgerwehr damit zu bewaffnen.

Das erregte allgemeine Entrüstung, denn Jedermann glaubte, daß die Regierung nur deshalb die Waffen heimlich aus Berlin fortschaffen ließe, um sie nicht dem Volke, welches immer dringender die viel versprochene allgemeine Volks-Bewaffnung forderte, übergeben zu müssen.

Unter den Linden sammelten sich am Abende große Volks-

mengen an, um dort, wie dies seit der Revolution vom 18. März stets Sitte gewesen war, Besprechungen über die Tagesereignisse zu halten.

In allen den verschiedenen Gruppen hörte man kaum etwas Anderes, als Beschuldigungen der Regierung wegen ihrer nichterfüllten Versprechungen und Anklagen darüber, daß dieselbe das Zeughaus heimlich von Waffen entleeren lasse.

Redner traten auf und benachrichtigten das Volk, daß allnächtlich Kähne, mit Gewehren und Munition beladen, heimlich aus dem Zeughause fortgefahren würden, welches noch immer voll Waffen sei, obgleich die Regierung als Entschuldigung für die nichterfüllte Volks-Bewaffnung den Mangel an denselben vorgebe.

Schon an jenem Abende wurden manche Stimmen laut, welche zu einer Erstürmung des Zeughauses aufforderten. Aber die Vernünftigeren in der versammelten Menge wiesen diese Rathschläge zurück.

Am folgenden Morgen verbreitete sich in Berlin plötzlich die Kunde, der Verdacht, den man bisher gegen die Regierung wegen heimlicher Waffen-Ausführung gehegt habe, sei endlich zur Gewißheit geworden. Die Studenten hätten mehrere beladene Kähne aufgehalten.

Augenblicklich strömten unendlich viele Neugierige nach dem Zeughause, und das Gerücht bewies sich in der That als wahr, denn zwei, theils mit Gewehren, theils mit Munition beladene Kähne waren aufgehalten und wieder nach dem Zeughaus zurückgebracht worden. Hier entlud sie das Volk und brachte die Kisten unter dem allgemeinen Jubel von vielen Tausend Umstehenden in das Zeughaus zurück.

Den ganzen Tag blieben Tausende von Menschen vor

dem Zeughaus versammelt, theils um sich gegenseitig die Stellen zu zeigen, wo die Kähne ausgeladen worden waren, theils um sich allerhand abenteuerliche Gerüchte von einem bevorstehenden Schlage der Reaction zu erzählen.

Es war allgemein verbreitet, daß rings um Berlin bedeutende Truppen-Massen zusammengezogen wären. Der Prinz von Preußen, so hieß es, sei heimlich zurückgekehrt und stehe an der Spitze derselben; er beabsichtige, in der Nacht, vielleicht schon in der folgenden, über Berlin herzufallen, um die National-Versammlung auseinander zu sprengen und alle jene durch den 18. März errungenen Freiheiten wieder zu vernichten.

Wo solche Gerüchte erzählt wurden und Glauben fanden, da mußte jeder, auch der geringfügigste Umstand zu ihrer Bestätigung beitragen. Die Menschenmengen wogten über die Linden und den Lustgarten, überall Verrath witternd. Plötzlich hieß es, ein Signal, von der reactionairen Partei auf dem Schlosse und auf dem Zellen-Gefängniß gegeben, solle für die Truppen das Zeichen des Einrückens sein. Augenblicklich zogen große Menschenmengen nach dem Schlosse zu, um sich dasselbe zu beschauen und nach demjenigen Punkte zu suchen, von welchem aus ein Signal wohl möglich wäre.

Ein unschuldiger Blitzableiter auf der Kuppel des Schlosses erregte sogleich die Aufmerksamkeit der Menge, und erst als mehrere Abgeordnete derselben durch eigenen Augenschein sich von der Unschädlichkeit des Dinges, welches sie für eine ärmstange gehalten, überzeugt hatten, kehrte die Ruhe wieder einigermaßen zurück; aber ein anderer Umstand sollte sie bald genug wieder stören. Es verbreitete sich nämlich plötzlich das Gerücht, der Ueberfall Berlins, den die Truppen

beabsichtigten, solle schon in der nächsten Nacht stattfinden. Die Regierung werde daher Vorkehrungen treffen, um den Barrikadenbau möglichst zu verhindern, und besonders die Brücken, welche die verschiedenen Stadttheile in Verbindung setzten, und welche bei der ersten Revolution vom Volke aufgezogen worden waren, in ihre Gewalt bringen.

Dies Gerücht durchlief mit Blitzesschnelle die ganze Stadt; es wurde vermehrt durch das thörichte und brutale Benehmen einiger Soldaten des 24. Regiments, welche die bei ihrer Kaserne vorübergehenden Bürger gröblich insultirten.

In allen Straßen sammelten sich große Menschenmassen, und diese hielten sich vorzüglich bei den verschiedenen Brücken auf. Plötzlich kamen einige Arbeiter auf die Idee, daß möglicherweise schon jetzt Vorkehrungen getroffen wären, um das Aufziehen der Brücken zu verhindern, damit der Ueberfall in der Nacht desto sicherer gelinge.

Augenblicklich suchten sie sich von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit ihrer Besorgniß zu überzeugen und riefen die Brückenofficianten mit ihren Werkzeugen herbei, um sofort die Brücken aufzuziehen und, siehe da! das Resultat war ein höchst merkwürdiges, denn die Brücken gingen nicht in die Höh'.

Das erregte denn ein allgemeines Wuthgeschrei. Sogleich wurden Untersuchungen angestellt, woran es denn eigentlich wohl läge, daß das Aufziehen der Klappen nicht möglich wäre, da fanden sich denn die Riegel an den meisten Hauptbrücken Berlins mit sehr großen und starken eisernen Bolzen vernagelt. Die Nägel wurden herausgezogen und sofort ließen sich die Brücken aufziehen. Mochte nun das vorherige Zubleiben der Brücken an einer Ungeschicklichkeit des Aufziehens gelegen haben, oder waren die Brücken wirklich verna-

gelt, wir wissen es nicht, jedenfalls glaubte das Volk an die Vernagelung, auch nachdem am folgenden Tage ein Plakat des Polizei-Präsidenten v. Minutoli das Dasein der Nägel auf eine sehr natürliche Weise erklärt hatte.

Dieser Umstand machte in den Gemüthern des Volkes den Verdacht eines reactionairen Handstreiches vollkommen zur Gewißheit, aber die Kämpfer des 18. März waren fest entschlossen, sich wenigstens nicht ohne heftigen Widerstand zu ergeben. Sie blieben, in Gruppen zertheilt, fast überall in allen Stadtgegenden auf der Straße und jeden Augenblick bereit, das Geschrei: Zu den Waffen, zu den Barricaden! auszustoßen und in Folge eines Angriffs einen Kampf zu beginnen, der gewiß mörderisch gewesen wäre, denn die meisten Bewohner zu Berlin hatten sich, belehrt durch den 18. März, mehr oder weniger mit Waffen und Munition versehen. Die Arbeiter besaßen, wenn auch keine Gewehre, da die versprochene allgemeine Volksbewaffnung auf sie noch nicht ausgedehnt war, doch selbst geschmiedete Piken, auch Messer und Aexte, welche sie mit aller Kraft zu gebrauchen fest entschlossen waren.

Die Nacht ging ruhig vorüber. Die aufgeregten Arbeiter sahen endlich, daß ihre Besorgnisse ungegründet gewesen und legten sich zur Ruhe; aber schon am folgenden Morgen waren sie in aller Frühe wieder zu Tausenden um das Zeughaus versammelt, um dringend den Wunsch nach allgemeiner Volksbewaffnung auszusprechen.

Die Haufen Menschenmassen vor dem Zeughause wurden mit jeder Stunde größer und der von ihnen ausgesprochene Wunsch einer wahren allgemeinen Volksbewaffnung immer lauter und dringender.

Deputationen über Deputationen wurden an das Commando der Bürgerwehr, an den Kriegs-Minister, und an den Minister Camphausen gesendet, aber alle brachten eine abschlägliche Antwort zurück, auch eine Deputation der sechs zur damaligen Zeit in Berlin bestehenden demokratischen Clubs erhielt nur eine ausweichende Antwort. Endlich nach langem Hin- und Herschicken wurde eine wenigstens theilweise Bewaffnung der Maschinen-Arbeiter versprochen, da die Waffenvorräthe vor der Hand zu einer größeren Ausdehnung der Volksbewaffnung nicht hinreichen sollten. Mit diesem Zugeständnisse beruhigte sich das Volk fürs Erste und um so mehr als es erfuhr, daß der allgemein verhaßte General Aschoff seinen Posten als Commandeur der Bürgerwehr niedergelegt habe.

Die Aufregung der letzten Tage hatte indessen auch auf die Thätigkeit der Behörden einige Einwirkung, indem dieselben nämlich von sich aus den sogenannten Sicherheitsausschuß organisirten, eine Verbindung der verschiedenartigsten Behörden, wie der Bürgerwehr, der Polizei, des Magistrats. Dieser Sicherheitsausschuß sollte, wie ein Straßenplakat besagte, die Maßregeln für die Ruhe Berlins in die Hand nehmen, daß er im Volke kein Vertrauen finden konnte, liegt wohl auf der Hand, wenn man die Namen Puttkammer, Aschoff, Minutoli, Naunyn, Fournier und Blessen unter den Mitgliedern des Sicherheitsausschusses lies't. Eine öffentliche und dieser Namen würdige Wirksamkeit hat der Sicherheitsausschuß erst bei einer viel spätern Gelegenheit an den Tag gelegt.

In den ersten Tagen des Juni ist hier noch eine schöne Feierlichkeit zu erwähnen, welche am Sonntag den 4. auf Veranlassung der Studentenschaft begangen wurde und an der

auch der größte Theil der Berliner Bürgerschaft Theil nahm, es war dies nämlich ein großartiger Zug nach dem Friedrichshain, um das Andenken der Märzkämpfer zu ehren.

130 Abgeordnete der Nationalversammlung hatten sich diesem Zuge angeschlossen, ebenso auch alle Clubs (selbst der politische Club aus Potsdam), die verschiedenen Gewerke und Bürgerwehrbataillone, obwohl die letztern ohne Waffen.

Alle diese verschiedenen Körperschaften zogen mit Musik und Fahnen in einem aus etwa 50000 Menschen bestehenden, 3 Stunden langen Zuge nach dem Friedrichshain, dort sprachen verschiedene Redner, unter ihnen Born, Jung, Müller, v. Berg, Wander, Reichenbach, Reich, Börner, Salis, Pitsch, Benary und Held, dann zerstreute sich die Versammlung, ohne daß auch nur die geringste Unordnung das schöne Fest getrübt hätte.

15.

Wir müssen, ehe wir weiter vorschreiten, zu der Geschichte der neuesten Ereignisse in Berlin mit wenigen Worten zurückkehren zur Nationalversammlung, welche mittlerweile fortgetagt hatte.

Die Augen des ganzen preußischen Volkes ruhten auf dieser Versammlung; aber wie es immer geht, wo man zu viel erwartet, werden die Erwartungen getäuscht, so auch bei der Nationalversammlung.

Diese zeigte in den ersten Tagen ihres Bestehens bei der Wahlprüfung ein Bild der wildesten Unordnung. Der Alterspräsident hatte durchaus weder die Kraft, noch den parlamentarischen Tact, sie zu leiten, auch der später gewählte Prä-

sident Milde vermochte kaum die nöthige Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Versammlung, besonders die rechte Seite derselben zeichnete sich durch unparlamentarisches Wesen aus, die meisten Reden wurden unterbrochen durch Zischen und Pochen oder Füßetrampeln und bald wurde diese Unordnung der rechten Seite sprichwörtlich in Berlin.

Schon hierdurch verlor die Versammlung viel von ihrem Ansehen und ihrer Liebe beim Volke, welchem diese wüsten, regellosen Debatten keine Achtung einflößen konnten, aber noch mehr trug der Gang der ferneren Debatten dazu bei, in denen es sich zeigte, daß die Majorität der Versammlung aus blinden Anhängern des Ministeriums Camphausen bestand, dessen Volksthümlichkeit längst dahin war.

Auch daraus, daß die Versammlung sich in der ersten Zeit ihres Bestehens fast nur mit Verwaltungsfragen und unfruchtbaren Interpellationen beschäftigte, machte man ihr einen Vorwurf, aber freilich sehr mit Unrecht. Wie war es überhaupt möglich, daß eine so bunt durcheinander gewürfelte Versammlung, in welcher noch kein Mitglied das andere kannte, wichtige Gesetze von vornherein vornehmen und berathen konnte, ohne dazu die geringsten Vorlagen zu haben, denn der allgemein verhaßte Verfassungsentwurf war ja die einzige Vorlage, welche das Ministerium der Versammlung gegeben hatte.

Die erste Frage von hoher Wichtigkeit und allgemeinem Interesse, welche in der Versammlung vorkam und entschieden wurde, war der Behrends'sche Antrag wegen Anerkenntniß der Revolution vom 18. März in der 13ten Sitzung am 8. Juni. Dieselbe Sitzung war auch noch interessant durch den

Eintritt des Prinzen von Preußen als Abgeordneter von Wirsitz*) in die Versammlung.

Ueber die Art, wie die Rückkehr des Prinzen am besten und mit der geringsten Aufregung des Volks begleitet, geschehen könne, war außerhalb der Kammer von den einflußreicheren Kammermitgliedern mit dem Ministerium viel verhandelt worden, so hatte Unruh (s. dessen Skizzen) vorgeschlagen, der Prinz möge von der Nationalversammlung als Abgeordneter von Wirsitz einberufen werden, das Ministerium ging hierauf indessen nicht ein. Er kehrte ohne weitere Vorbereitungen nach Preußen zurück.

Am 4. Juni veröffentlichte das Ministerium folgenden Brief des Prinzen an den König als die Erfüllung des in seine Proclamation vom 15. Mai gegebenen Versprechens. s. pag. 689).

„Ew. Majestät zeige ich unterthänigst an, daß ich, dem mir ertheilten Befehl gemäß, London verlassen und den Continent wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine Ew. Majestät schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimath zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren festerer Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwickelung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte wid-

---

*) Anmerk. In Wirsitz hatte sich nämlich eine servile Majorität von Wahlmännern gefunden, welche den Prinzen von Preußen zum Abgeordneten gewählt hatte.

men und sehe dem Augenblick entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit Ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe stehen, — die Anerkennung ertheilen werde, welche die Verfassungsurkunde für den Thronfolger festsetzen wird.

„Brüssel, den 30. Mai 1848.

„Prinz von Preußen."

Dieses Aktenstück schließt die einzige Erklärung in sich, welche der Prinz von Preußen dem Berliner Volke gegenüber gab, jenem Volke, welches mit solcher Wuth die Nachricht von der Rückkehr des Prinzen empfangen hatte.

Unmittelbar nach Veröffentlichung dieses Briefes war der Prinz von Preußen in sein Vaterland zurückgekehrt und hatte, fast in allen Städten festlich empfangen, die Reise vom Rhein nach Potsdam gemacht.

In Berlin selbst wußte fast Niemand, daß der Prinz beabsichtigte, am 8. in der Nationalversammlung aufzutreten, nur wenigen sehr royalistisch gesinnten Einwohnern war dies bekannt geworden, diese empfingen ihn mit einer kleinen Festlichkeit auf dem Bahnhofe, wäre seine Ankunft allgemeiner bekannt geworden, so möchte sein Empfang ein großartigerer, wenn auch vielleicht weniger angenehmer gewesen sein, denn der Haß des Volkes von Berlin gegen den Prinzen bestand noch in ungeschwächtem Maße.

Von dem Bahnhof fuhr der Prinz direkt nach der Singakademie, um dort die Nationalversammlung zu begrüßen.

Es war eben eine ziemlich uninteressante Debatte im Gange, als die Aufmerksamkeit der Versammelten plötzlich durch ein lärmendes Geschrei außerhalb des Saales von den Verhandlungen abgezogen wurde. Gleich darauf tritt der

Prinz von Preußen in voller Generalsuniform in den Sitzungssaal und nimmt auf der vordersten Reihe der Rechten Platz.

Der Empfang des Prinzen von Seiten der Versammlung war ein ganz eigenthümlicher. Einige Mitglieder der Rechten erhoben sich in pflichtschuldiger Devotion; aber nur für einen Augenblick, denn sogleich ertönte von der Linken und aus dem Balkone der laute Ruf „Sitzen bleiben!“ und schnell setzten sich die unterthänigen Diener ihres gnädigen Herrn wieder nieder, ein bekannter Abgeordneter der Rechten mit einem dunkelrothen Gesicht, — er mochte sich wohl schämen — der gute Mann.

Eine allgemeine Spannung herrschte im Saal, aller Augen waren auf den Prinzen von Preußen gerichtet, und mit Ungeduld wartete man auf das, was er der Versammlung sagen würde; wahrlich, man hätte der wenig bedeutenden Worte wegen, nicht so gespannt zu sein brauchen! —

Der Abgeordnete Temme befand sich gerade auf der Tribüne, als der Prinz in den Saal trat, er ließ sich nicht stören, sondern sprach weiter; aber es hat wohl Niemand auf seine Worte viel gehört.

Herr Temme hatte geendet, da nahm der Präsident das Wort und sagte: — Es hätte eigentlich der Abgeordnete d'Ester das Wort, aber der Abgeordnete des Wirsitzer Kreises hat in einer persönlichen Angelegenheit das Wort verlangt.

Prinz von Preußen als Abgeordneter für den Wirsitze Kreis: Vermöge der auf mich gefallenen Wahl bin ich berechtigt, in Ihrer Mitte zu erscheinen. Ich würde bereits gestern hierher geeilt sein, wenn es nicht der Jahrestag unauslöschlicher Trauer gewesen wäre, der mich im Schoße meiner Fa-

milie zurückgehalten hätte; heute aber ergreife ich die Gelegenheit, um zuvörderst meinen Dank für das Vertrauen auszusprechen, welches mich in Ihre Mitte berief, und wodurch es möglich wird, Sie, meine Herren, welche aus allen Provinzen des Landes und allen Ständen hier versammelt sind, herzlich willkommen zu heißen. Nicht nur die Blicke Preußens, die Blicke der Welt sind auf unsere Versammlung gerichtet, da durch Sie eine Vereinbarung mit unserm Könige herbeigeführt werden soll, welche für lange Zeit die Schicksale des preußischen Volks und seiner Könige feststellen soll. Welch ein hoher Beruf! Je heiliger dieser Beruf, je heiliger muß der Geist und die Gesinnung sein, welche unsere Berathungen leiten. Die constitutionelle Monarchie ist die Regierungsform, welche unser König zu geben uns vorgezeichnet hat. Ich werde ihr mit der Treue und Gewissenhaftigkeit meine Kräfte weihen, wie das Vaterland sie von meinem ihm offen vorliegenden Charakter zu erwarten berechtigt ist. Dies ist die Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes, vor allem also die meinige, als des ersten Unterthanen des Königs. So stehe ich jetzt wieder in Ihrer Mitte, um mitzuwirken, daß die Aufgabe, welche uns gestellt, zu einem glücklichen Ziele geleitet werde. Möge die Gesinnung, welche ich ausgesprochen habe, von uns allen getheilt und festgehalten werden, dann wird unser Werk gelingen und zum Wohl und Heil des geliebten Vaterlandes gereichen. Möge mein Erscheinen unter Ihnen in dieser Beziehung ein günstiges sein; mögen wir vereint die Thätigkeit entwickeln, welche von uns erwartet und gehofft wird. Meine übrigen Geschäfte werden mir nicht erlauben, regelmäßig an Ihren Sitzungen Theil zu nehmen; ich ersuche daher den Herrn Präsidenten, meinen Stellver-

treter einberufen zu lassen. Uns alle aber, meine Herren, leite der Ruf und Wahlspruch der Preußen, der sich so oft bewährt hat:

Mit Gott für König und Vaterland!

(Bravo von der Rechten.)

Ein Bravo von der Rechten! — erzählten die stenographischen Berichte, folgte der Rede des Prinzen von Preußen, ein sehr vernehmbares Zischen von der Linken, haben sie zu erwähnen vergessen.

Trotzdem der Prinz die Rednerbühne verlassen hatte, wurden die unterbrochenen Verhandlungen fortgesetzt.

Gleich nach seiner Rede verließ der Prinz die Singakademie wieder. Er fand den Eingang derselben mit einer doppelten Reihe von Männern besetzt, welche ihn, als er aus der Thüre trat, mit einem donnernden Lebehoch empfingen, so donnernd, als ein von etwa 50 Männern aus voller Kehle geschrieenes Lebehoch sein kann. Die guten Leute! Sie haben sich die wenigen Groschen sauer verdient, denn sie schrieen furchtbar! Als die Stimmführer dieser schreienden Gesellschaft machten sich einige feine Herren in Civil mit militärisch verschnittenen Bärten bemerklich. —

Aber das Lebehoch der begeisterten Schreier sollte nicht ohne Störung bleiben, denn so wenig auch die Ankunft des Prinzen bekannt worden war, einige Männer des Volks hatten sie doch erfahren, diese hatten sich unter die an der Thür der Singakademie stehenden Schreier gemischt und zischten und pfiffen während des Hurrah- und Lebehochrufs auf das Vernehmlichste.

Das verdroß eines der Subjecte der prinzlichen Partei, einen hochadligen Secondelieutenant des zweiten Garderegi-

ments, einen Mann von riesiger Figur und kleinem Geist. Er schaute sich erst wüthend nach den Zischenden um, dann aber vergaß er sich in seinem edlen Unmuth so weit, einem jungen Manne, der neben ihm stand, und sehr kräftig und melodisch pfiff, mit der Faust ins Gesicht zu schlagen, daß das Blut aus Mund und Nase drang.

Ein allgemeines Wuthgeschrei erhob sich, und während der Prinz in seinen Wagen stieg, um möglich schnell sich der in jedem Augenblicke wachsenden Volksmenge zu entziehen, aus der manches wilde Gesicht ihn mit zornfunkelnden Augen anschaute, mußte auch sein eifriger, hochadlicher Anhänger sich schleunigst flüchten, um nicht mit den plebejischen Fäusten der wüthenden Menge eine nähere Bekanntschaft zu machen.

Es gab eine lustige Jagd! — Voran das hochadlige Wild, Herr Lieutenant von S. (wir wollen den Namen des Herrn, den wir sehr gut kennen, nicht bekannt machen, weil wir die öffentlichen Prangerstellungen, besonders bei solchen Vergehen, nicht lieben, welche mehr aus angeborner Dummheit, als aus Schlechtigkeit entsprießen) — Herr von S. lief mit seinen langen Beinen vortrefflich; aber das Volk noch besser. Am Schloß wurde der ritterliche Anhänger des ritterlichen Prinzen eingeholt und in die Schloßwache gebracht.

Hier sollte er seinen Namen nennen; anfangs wollte er nicht, (schämte er sich vielleicht? das wäre bei einem Gardelieutenant doch sonderbar! —) er nannte sogar einen falschen Namen; aber das nützte ihm Alles nichts, er wurde endlich gezwungen, die Wahrheit zu sagen, denn ein mit in die Wachstube gekommener Herr erkannte den edlen Ritter.

So endete der Empfang des Prinzen von Preußen in Berlin. Der Prinz selbst fuhr möglichst schnell nach Char-

lottenburg, wo sich der König befand; sein voll- und heiß-blütiger Anhänger aber hatte Gelegenheit, sich in der Wach-stube etwas abzukühlen, in welcher er seiner Sicherheit wegen bleiben mußte, bis sich das vor derselben versammelte Volk einigermaßen verlaufen hatte.

Bestraft ist Herr von S. für seine Brutalität nicht wor-den, wenigstens hat man nie etwas davon erfahren. Viel-leicht gingen die Behörden von dem gerechten Grundsatz aus, den unser guter und geistreicher König einst bei einer andern Gelegenheit ausgesprochen hat, nämlich den:

— Die ritterliche Anhänglichkeit an einen Fürsten ist selbst in ihrer Uebertreibung schön und herzerhebend. —

Nachdem der Prinz von Preußen die Nationalversamm-lung verlassen hatte, wurde die augenblicklich unterbrochene Debatte fortgesetzt, und bald darauf kam ein Antrag des Ab-geordneten Berends zur Besprechung, welcher von großer Wichtigkeit für die Geschichte unserer Nationalversammlung ist, weil er klar und offen die Parteien sich gegenüberstellte, weil er dem preußischen Volke jetzt die Augen vollständig öff-nete über die Gesinnungen, von welchen seine Vertreter beseelt waren.

Der Berends'sche Antrag lautet folgendermaßen: —

„Die hohe Nationalversammlung wolle in Anerkennung der Revolution sich zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl verdient um das Vaterland gemacht haben."

Schon längst hatte sich in Berlin, ja in ganz Preußen, nicht nur in der radikalen, sondern auch in der liberalen Partei der Wunsch geltend gemacht, daß die Nationalversamm-

lung die Revolution vom 18. März und die Verdienste der im Freiheitskampfe Gefallenen anerkenne, dieser Wunsch war noch erhöht worden, als bei dem Festzug nach dem Friedrichshain nicht die ganze Nationalversammlung sich officiell betheiligt hatte, sondern nur die Deputirten der Linken und des linken Centrums im Zuge mitgegangen waren, der Berend's-sche Antrag war daher durchaus zeitgemäß, ja dringend nothwendig. Er war es um so mehr, als schon bei einer früheren Debatte der Ministerpräsident Camphausen geäußert hatte, er erkenne die hohe Bedeutung der Märzereignisse wohl an, könne aber nicht zugeben, daß durch dieselben eine vollständige Umwälzung im preußischen Staatsleben bedingt sei. Man müsse im Gegentheil auf den alten Verhältnissen weiter bauen. — Dadurch war die Revolution überhaupt geleugnet und jetzt sollte es sich zeigen, ob die Nationalversammlung derselben Ansicht, wie das Ministerium, ob sie im Stande sei, ihre eigne Mutter, die Revolution zu verleugnen.

Die Debatte über den wichtigen Berends'schen Antrag wurde indessen auf den Wunsch des Ministers Hansemann bis zum 4. Juni vertagt, indem dieser erklärte, das Ministerium müsse sich erst berathen, ob die Formen des Antrags mit der staatlichen Basis vereinbar seien, auf welcher es stehe.

Es konnte nicht fehlen, daß der Berends'sche Antrag in ganz Berlin eine große Aufregung hervorrief. Mit ungeheurer Spannung erwartete das Volk den Ausgang der Debatten, am Abend des 8. und am Morgen des 9. Juni hörte man in den öffentlichen Lokalen und im Lindenklub, welcher an jenen Tagen stets besonders zahlreich besucht war, fast von nichts Anderem sprechen, als von dem Berends'schen Antrage, selbst die Rückkehr des Prinzen von Preußen und seine Rede

in der Nationalversammlung trat gegen diese, alle Gemüther beschäftigende, Frage in den Hintergrund.

Schon am frühen Morgen des 9. hatte sich eine große Menge von Leuten vor der Singakademie versammelt, um hier sofort von den etwa aus der Versammlung kommenden Abgeordneten zu erfahren, welches das Resultat der Berathung sei. Gegen Mittag vergrößerten sich die Menschenhaufen immer mehr und mehr, und als die Nachricht sich verbreitete, der Berends'sche Antrag werde wahrscheinlich nicht angenommen werden, da entstand eine allgemeine Entrüstung.

Die Versammelten standen in einzelnen Haufen von 50 bis 60 Mann im Kastanienwäldchen zusammen und beriethen sich, was wohl zu thun sei, wenn der Antrag verworfen werde. Da hörte man denn allerlei furchtbar drohende Worte und hier und dort fiel sogar die Aeußerung, man müsse diejenigen Abgeordneten von Berlin, welche etwa wagen sollten, gegen den Antrag zu stimmen, ohne Weiteres aufhängen oder todt schlagen; auch mit dem Ministerium müsse man es so machen! Selbst von einer gewaltsamen Erstürmung der Kammer war die Rede.

So vergingen mehrere lange und langweilige Stunden in gespannter Erwartung. Endlich wurde die Ungeduld der Versammlung zu groß, sie entschloß sich gegen Mittag, eine Deputation an den Kammerpräsidenten zu schicken, um von diesem sich Nachricht zu erbitten.

Die vor der Singakademie als Wache stehenden Bürgerwehrmänner wollten die Deputirten nicht in das Gebäude lassen; und erst, als ein Bürgerwehrmann den Kammerpräsidenten Milde gesprochen und von diesem die Erklärung erhalten hatte, der Präsident könne die Deputation natürlich

nicht in der Kammer empfangen, wolle dies aber im Vorraum thun, wurde die Deputation in die Singakademie gelassen und erhielt hier von dem Herrn Milde die Antwort, daß die Nationalversammlung soeben in der Abstimmung über den Berends'schen Antrag begriffen sei, daß sich aber bis jetzt noch nichts über das Resultat sagen lasse. Mit diesem ungenügenden Bescheide mußten sich die Deputirten begnügen und sich zu dem draußen versammelten Volke zurückziehen.

Während das Volk vor der Singakademie mit gespannter Erwartung stand, hatte sich im Innern des Gebäudes, nachdem einige Formalien abgemacht worden waren, eine interessante und stürmische Debatte entwickelt.

Wieder war der Antrag zur Tagesordnung überzugehen gestellt, wieder abgelehnt worden, da trat der Abgeordnete Zachariä, einer der bereitwilligsten Diener des Ministeriums, auf, und stellte folgenden Antrag auf die motivirte Tagesordnung:

„Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der Königlichen Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselben unbestritten ist und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urtheile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über."

Dieser Antrag war der schlauste Streich, den die rechte Seite in diesem Augenblick machen konnte. Noch wagte sie es nicht, die Revolution vom 18. März geradezu zu verleugnen; aber sie wollte dieselbe noch viel weniger anerkennen und nahm deshalb zu dem jesuitischen Hülfsmittel der moti-

virten Tagesordnung ihre Zuflucht, indem sie nun einerseits in der Motivirung dem Volke zu schmeicheln versuchte; andererseits aber auch wieder aussprach, daß Preußen seine Freiheit der Zustimmung des Königs, also keinenfalls einer Revolution verdanke.

Die motivirte Tagesordnung war so schlau gestellt, daß sie zahlreiche Unterstützung fand, und zwar ganz besonders von denen, welche bisher noch unentschieden gewesen waren, welche es nicht wagten, die Revolution zu verleugnen, welche aber doch nicht gern dem Ministerium schroff gegenüber treten wollten.

Unter den Rednern, welche für das Amendement sprachen, zeichnete sich auch der Abgeordnete Prediger Sydow aus Berlin aus. Derselbe Mann, welcher bei der Begräbnißfeier der Märzhelden die Leichenrede gehalten und damals in schönen, erhabenen Worten die Thaten der Gefallenen erhoben hatte, stellte jetzt die Revolution allerdings als eine Thatsache hin, bemerkte aber auch zu gleicher Zeit andeutungsweise, daß die Art der Theilnahme an der Revolution eine unsittliche gewesen sei. Er bemerkte ferner, daß die Versammlung sich nicht auf den Boden der Revolution stellen dürfe! —

Das Resultat der Abstimmung ließ sich bei dem Charakter, welchen die Nationalversammlung damals noch trug, voraussehen, die Zachariäsche Tagesordnung wurde mit 196 gegen 177 Stimmen angenommen.

Wie wir bereits erzählt haben, kam die in die Singakademie geschickte Volks-Deputation mit dem Bescheide zu ihren Absendern zurück, daß man in der Nationalversammlung

eben mit der Abstimmung über das Zachariäsche Amendement beschäftigt sei.

Die Spannung der Versammelten wurde dadurch natürlich nur noch erhöht, sie erwarteten mit Ungeduld das Resultat der Abstimmung. Endlich kamen einige Herren aus der Singakademie, sie wurden befragt und erzählten, daß der Berends'sche Antrag mit 19 Stimmen Majorität verworfen worden sei.

Das erregte eine furchtbare Entrüstung unter dem Volke. Konnte es aber auch wohl anders sein? Konnten diejenigen, welche am 18. und 19. März so ruhmvoll gekämpft hatten, deren Väter und Brüder, deren liebste Freunde nnd Verwandte die Opfer jener furchtbaren Nacht geworden waren, es ruhig mit anhören, daß durch den Beschluß der erst in Folge jenes Kampfes ins Leben getretenen Nationalversammlung die Revolution vom 18. zu einem elenden Straßenscandal, zu einer Emeute herabgewürdigt wurde? — Dies und nichts Anderes lag in dem Zachariäschen Amendement, mit so gleisnerischen Worten es auch gestellt worden war. Der gesunde Sinn des Volkes durchschaute sogleich die heuchlerische Hülle und wußte den richtigen Kern herauszufinden.

Besonders als das Volk erfuhr, daß auch von seinen Abgeordneten die Herren Bauer und Sydow gegen Berends gestimmt hatten, da erreichte sein Zorn den höchsten Grad, und immer wilder und ungestümer wurde der Ruf nach Rache.

Noch wollte man indessen immer kaum glauben, daß die Abstimmung so ungünstig ausgefallen sei, wie dies in der That der Fall war. Die Menschenmassen verdichteten sich vor dem Eingang zur Singakademie und hielten hier jeden aus dem Gebäude Kommenden an, um neuere Berichte über

die Berathung in der Nationalversammlung zu erhalten; aber alle jene Berichte lauteten ganz gleichmäßig, es blieb keinem Zweifel unterworfen, daß sie wahr seien.

So wurde denn auch ein ältlicher Herr von aristokratischem Aeußern, der, seine Cigarre rauchend, aus der Singakademie kam, höflich von den Versammelten gefragt, wie die Abstimmung ausgefallen sei.

Der Herr schaute mit verächtlichen Blicken auf das Volk, und sagte dann kurz und hochmüthig, als habe er die an ihn gerichtete Frage nicht verstanden: — „Was wollt Ihr hier? Was habt Ihr hier zu schaffen? Geht zu Hause an Eure Arbeit, es ist nicht Sonntag!"

Diese unartige, mit einem widerwärtig hochmüthigen und stolzen Tone ausgesprochene Antwort mußte das schon aufgeregte Volk erbittern; aber noch hielt es mit Aeußerungen seines Zornes an sich und die Nächststehenden erwiderten auf die ungezogenen Fragen des Herrn sehr ruhig: —

— Wir wünschen etwas Genaueres über die Abstimmung in der Nationalversammlung zu wissen und bitten Sie, uns darüber Auskunft zu ertheilen. —

— Das werdet Ihr morgen früh genng erfahren; geht zu Haus an Eure Arbeit! — entgegnete der Herr ebenso stolz und grob, als vorher, und wollte eben seinen Weg fortsetzen, ohne sich weiter um die versammelte Menge zu kümmern, als plötzlich mitten aus dem Haufen eine laute Stimme rief: — Das ist der Minister von Arnim! —

Ein allgemeines Wuthgeschrei erhob sich. — Hängt den Kerl auf! — Schlagt ihn todt! — und andere ähnliche Redensarten tönten deutlich und vernehmbar genug durch das wirre Geschrei und erfüllten den Minister, der leichenblaß

geworden war, mit Schrecken. Ein dichter Menschenknäuel ballte sich augenblicklich um Herrn von Arnim, es entstand ein furchtbares Gedränge, so arg, daß einem Anwesenden die Uhr in der Tasche zerdrückt wurde.

Langsam wälzte sich der Menschenknäuel, in dessen Mitte der Minister so eingepreßt stand, daß er kaum ein Glied zu rühren vermochte, ohne Plan hin und her. Ein allgemeines, wirres Geschrei machte jede Verständigung unmöglich. Jeden Augenblick erschien das Leben des Ministers in der dringendsten Gefahr, denn dicke Knittel wurden in die Luft geschwenkt und es war zn erwarten, daß dieselben bald gebraucht werden würden; aber noch wurden alle diejenigen, welche sich um Herrn von Arnim gedrängt hatten, von einem gewissen Furchtgefühl abgehalten, ihm etwas zn thun. Keiner wollte gern den ersten Streich fällen, denn jeder fühlte, daß dieser ein entscheidender sein könnte, daß ihm eine Reihe von Mißhandlungen folgen würden, deren Ende wahrscheinlich der Tod des Ministers gewesen wäre, und die Schuld von einem Todschlag wollte Niemand gern auf sich nehmen.

Die Zeit der Unentschiedenheit benutzten einige entschlossene junge Männer, unter ihnen auch mehrere Studenten, um den Minister zu retten. Sie drängten sich durch den dichten Menschenhaufen und schaarten sich um Herrn von Arnim, indem sie fortwährend riefen: — Thut ihm nichts! — Bringt ihn nach der Universität! —

— Nach der Universität! — Nach der Universität! — so ertönte nnn sogleich der Ruf des folgsamen Haufens, die schon in die Luft gehobenen Stöcke sanken langsam zu Boden, der Minister war gerettet; denn alle diejenigen, welche vor-

her: — Schlagt ihn todt! — gerufen hatten, riefen jetzt: Thut ihm nichts! Bringt ihn in die Universität! —

Langsam drängte sich der Haufen, in dessen Mitte Herr von Arnim sich befand, der Universität zu. An der eisernen Barriere, welche das Kastanienwäldchen einschließt, wurde einen Augenblick Halt gemacht. Es hätte zu lange gedauert, wenn man den Durchgang gesucht hätte, der Minister wurde daher so ziemlich ohne Umstände über das Geländer fortgehoben und nun weiter nach der Universität geschleppt.

Hier in der Aula hatte gerade eine große Studentenversammlung wegen des Wartburgfestes statt gefunden, welche natürlich durch die unruhigen Auftritte vor der Singakademie unterbrochen worden war. Die meisten Studenten waren dorthin geeilt und hatten sich denjenigen Männern angeschlossen, welche sich bemühten den Herrn von Arnim vor Mißhandlungen zu beschützen. Sie bildeten vor dem Hinterthor der Universität ein Spalier, durch welches der Minister in die Universität geführt wurde, dann schlossen sie hinter demselben die Thüren, ohne indessen einen Theil des Volks an dem Eindringen hindern zu können.

Herr von Arnim wurde nun, von einigen hundert Leuten aus allen Ständen begleitet, in die Aula geführt, wo er auf einen Sessel halb ohnmächtig niedersank. Die überstandene Angst, so wie auch das furchtbare Gedränge hatten ihn sehr angegriffen, obwohl es nicht zu verkennen ist, daß er in der Zeit der Gefahr sich mit großer Ruhe uud Kaltblütigkeit benahm; er ließ nicht einmal die Cigarre, welche er beim Austritt aus der Singakademie im Munde hatte, ausgehen.

Nachdem Herr von Arnim in der Aula sich einige Zeit erholt hatte, fuhr er ungefährdet nach Hause. Er bezeigte

den Studenten, welche ihm offenbar das Leben gerettet hatten, dadurch seine Dankbarkeit, daß er sie einlud, ihn zu seinen Dienstagsgesellschaften zu besuchen. Die Einladung wurde von einem Theil der Musensöhne mit Beifallklatschen, von einem größern mit durchdringendem Zischen aufgenommen.

Während Herr von Arnim schon in der Universität in Sicherheit war, drängte sich das Volk noch immer vor der Singakademie hin und her und wartete unter Toben und Schreien auf die Deputirten.

Es dauerte nicht lange, so kam ein großer hagerer Mann aus der Singakademie und schritt langsam und würdevoll durch die Menge; aber er sollte nicht lange ungehindert weiter gehen, denn sehr bald erkannten einige unter den Anwesenden den Prediger Sydow, und theilten dies dem Volke mit.

Augenblicklich erhob sich wieder ein wildes Geschrei, in einem Moment war Herr Sydow von einem dichten Menschenhaufen umringt und eng zusammengepreßt; aber nicht, wie bei dem Minister von Arnim, erhob sich anfangs der Ruf „Schlagt ihn todt!“ u. s. w. Das Volk war schon durch den vorhergegangenen Auftritt von seinen ursprünglichen blutigen Rachegedanken abgekommen, es rief diesmal gleich von Anfang an: Schlagt ihn nicht! Thut ihm nichts! Nach der Universität mit ihm! —

Herr Sydow benahm sich bei dieser ganzen Scene, trotz der geringen Gefahr, welche er lief, ebenso feige, als Herr von Arnim sich muthig benommen hatte; freilich das Gewissen mochte dem ehrenwerthen Abgeordneten von Berlin wohl sagen, daß er für seine Reden nun seine Abstimmungen von dem Volke, welches er verrathen hatte, wohl eine härtere Strafe, als ein wenig Drängen verdiene! — Herr Sydow

mußte dies wohl fühlen, denn er bat während seines ganzen Transportes nach der Universität fortwährend, man möge ihm doch nichts thun, er wolle auch gar nicht mehr in die Nationalversammlung gehen.

Auch Herr Sydow wurde sicher in der Universität untergebracht, sein Versprechen, aus der Nationalversammlung auszutreten, hat er freilich nicht gehalten. Das Volk blieb vor der Singakademie noch zusammen und brachte den Deputirten der Linken, den Volksmännern Berends, Jung, Temme, Reichenbach, Brill u. A. stürmische Lebehochs.

In Folge der Beleidigungen, welche der Deputirte Sydow beim Hinausgehen aus der Nationalversammlung erleiden mußte, fand sich der an die Stelle des General Aschoff getretene Major Blesson veranlaßt, die Singakademie durch aufgestellte Bürgerwehr zu schützen.

Auch in der Nationalversammlung wurden von Seiten der Rechten verschiedene Anträge gemacht, welche einen wirksamen Schutz der Abgeordneten gegen Angriffe des Volks bezwecken sollten; aber die Versammlung nahm den Antrag Uhlichs an: „die Versammlung möge erklären, daß sie keines Schutzes Bewaffneter bedürfe, sondern sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle.“

16.

Eine dumpfe gewitterschwüle Ruhe herrschte unmittelbar nach dem 9. Juni in Berlin, eine Ruhe, wie sie stets einem Kampfe vorgeht, das Volk war überzeugt, daß es bald zu einem Ausbruch kommen müsse, denn die übertriebensten und seltsamsten Gerüchte von einem bevorstehenden Schlage der Reaction zogen durch die Stadt.

Diese Gerüchte wurden merkwürdig bestätigt durch einen Tagesbefehl, den der Commandant der Bürgerwehr, Major Blesson schon am 13. Juni erließ; wo noch Berlin durchaus ruhig war. Er gab in diesem Befehl eine Ordre zur Vertheilung der Bürgerwehrbataillone, wie er sagt um den Anstand in der Umgegend der Nationalversammlung aufrecht zu erhalten und diese sicher zu stellen. In diesem Befehl wird unter Anderem das erste Bataillon zur Besatzung des sehr entfernten Potsdamer Thores bestimmt, und es heißt ferner:

„Ich mache im Voraus darauf aufmerksam, daß der Patrouillendienst wahrscheinlich in den nächsten Tagen lebhaft wird unterhalten werden müssen, worüber ich mir nach der Erfahrung des ersten Tages das Nähere vorbehalte, halte mich aber verpflichtet, die Herren Bataillonskommandeure zu bitten, ihre Aufmerksamkeit auf dergleichen Versammlungen*), nicht auf die bloße Dauer der Sitzung der Repräsentanten zu beschränken."

Herr Blesson scheint also von den bevorstehenden Ereignissen sehr genau unterrichtet gewesen zu sein.

Aber auch die demokratische Parthei bereitete sich nach solchen von dem der Reactionsparthei angehörigen Bürgerwehrcommandanten gegebenen Andeutungen auf unruhige Auftritte vor, die Führer der Parthei hielten fortwährend Sitzungen, um wo möglich die Ereignisse in ihrer Hand zu behalten.

Schon am Morgen des 14. zeigte sich die ganze Stadt Berlin in der lebhaftesten Bewegung. Auf allen Straßen sah man die Bevölkerung sich ruhig hin und her bewegen, ganz

---

*) Die Clubs auf den Straßen, besonders vor der Sing-Akademie.

wie das in den Märztagen vor dem Ausbruch der Revolution der Fall gewesen war.

Hier und dort bildeten sich Gruppen, in denen leise flüsternd die Tagesereignisse besprochen wurden, und überall hörte man Andeutungen darauf, daß es am heutigen Tage zu einem gewaltsamen Umsturz der Dinge kommen werde. Niemand aber wußte etwas Bestimmtes, Niemand wußte, von wem eigentlich die Bewegung ausgeben sollte; nur daß eine Bewegung stattfinden würde, darüber war man allgemein einig.

Besonders unter den Linden und in der Nähe des Schlosses hatten sich im Vorgefühl der kommenden unruhigen Auftritte große Menschenmassen zusammengezogen, welche sich vor der Singakademie massenweis aufstellten.

Auch eine bedeutende Menge Bürgerwehr war dort zum Schutze der Nationalversammlung aufgestellt, verhielt sich aber ruhig, störte das Volk nicht und gab zu Tumulten keine Veranlassung.

Die Abgeordneten fanden sich ein, um in das Sitzungslocal zu gehen. Sie wurden, besonders die bekannten Volksmänner, wie Reichenbach, mit stürmischen Lebehochs empfangen, welche sie bis in den Sitzungssaal hinein begleiteten.

Nach war alles ruhig in der Stadt, noch war kein Exceß vorgekommen, da wurde die Aufmerksamkeit der Menschenmassen plötzlich auf einen bestimmten Punkt hingeleitet. Es waren nämlich im Schloß, an demjenigen Portal, welches zur Wohnung des Königs führte, zur Sicherung derselben große eiserne Gitter abgebracht worden.

Schon längst war diese Maßregel beabsichtigt, schon längst hatte aber auch das Berliner Volk sein Mißfallen über

dieſelbe zu erkennen gegeben, denn es ſah ein beleidigendes Mißtrauen in der Verſperrung der früher ſtets offenen Paſſage. Die Regierung hatte darauf keine Rückſicht genommen, aber gerade den ungünſtigſten Zeitpunkt zur Einhängung der Gitter gewählt und dem Volke ſo einen Punkt gegeben, nach welchem hin, ſich die allgemein herrſchende Aufregung einen Ausweg ſuchen konnte.

Des Mittags gegen 1 Uhr hieß es plötzlich unter den Volksmaſſen: Wir wollen nach dem Schloß, die eiſernen Gitter müſſen fort!

Wer den erſten Anſtoß zu dieſen Ruf gegeben, das iſt nicht zu ermitteln geweſen, kaum war er aber ausgeſtoßen, als er augenblicklich allgemeinen Anklang fand und tauſendfältig wiederholt wurde. Die Volksmaſſen drängten ſich dem Schloſſe zu, trieben die Bürgerwehr, welche ſich ihnen entgegenſetzen wollte, ohne beſondere Mühe zurück und drangen nun ins Schloß ein.

Die Gitter wurden abgeriſſen und unter ungeheurem Jubel nach der Aula getragen, wo man ſie den Studenten zur Aufbewahrung übergab. Gleich darnach verließen die Volksmengen das Schloß wieder, ohne irgend einen Unfug zu treiben und widerſetzten ſich in keiner Weiſe der Bürgerwehr, welche die Portale einnahm.

Auch der Platz vor der Singakademie wurde, als ſich eine Abtheilung Bürgerwehr daſelbſt verſammelte, vom Volke willig geräumt, ſo daß, als Nachmittags um 4 Uhr die Nationalverſammlung geſchloſſen wurde, die Abgeordneten ruhig nach Hauſe gehen konnten. Auch während dieſes Wegs empfing beſonders wieder der Graf Reichenbach von den unter

en Lin den noch immer dicht gedrängten Volksmassen ein donnerndes Lebehoch.

Bald erneuerten sich aber wieder die unruhigen Auftritte. Eine kleine Abtheilung von Arbeitern, etwa dreißig bis vierzig Mann stark, zog vor das Kroll'sche Etablissement nnd forderte dort von den Besitzern unter stürmischen Drohungen die Leihung einiger Fahnen. Sie wurden ihnen gegeben, und zwar eine dreifarbige deutsche und eine rothe, auf welcher die Arbeiter ein weißes Feld mit der Inschrift: „Brod- und obdachslose Arbeiter," befestigten. Mit diesen Fahnen zogen sie dem Brandenburger Thore zu, um einen Umzug durch die Stadt zu machen, als eine Demonstration gegen einen Festzug, der am Tage vorher von den am Schiffbauerdamme beschäftigten Arbeitern mit Fahnen und Musik gemacht worden war.

Das Brandenburger Thor war mit Bürgerwehr besetzt und die heranziehenden Arbeiter wurden zurückgewiesen, ihnen sogar der Befehl ertheilt, die Fahnen abzuliefern.

Sie wollten keines von Beiden und machten einen Angriff auf die Bürgerwehr, um den Durchgang zu erzwingen, wurden aber bald, indem nicht unbedeutende Verwundungen auf beiden Seiten vorkamen, zurückgeworfen und einige von ihnen arretirt; sie mußten sich daher unverrichteter Sache zurückziehen.

Während der Zeit, daß dieser kurze, aber blutige Kampf am Brandenburger Thore stattfand, hatten sich die Menschenmassen vor der Singakademie und dem Zeughause mit jedem Augenblick mehr und mehr verdichtet, denn das Gerücht, daß für den Abend ein Kampf bevorstehe, hatte sich bereits durch

die ganze Stadt verbreitet und Neugierige sowohl als Kampflustige nach dem Zeughause hingelockt.

In dem dicht gedrängten Volkshaufen wurde jetzt wieder der rege Wunsch nach einer allgemeinen Volksbewaffnung laut, die Arbeiter wollten durchaus Waffen haben und äußerten ungescheut, daß sie dieselben sich nehmen würden, wenn die Regierung sie ihnen nicht gutwillig gäbe.

Redner traten auf und hielten donnernde Vorträge über das Recht des Volks auf eine allgemeine Bewaffnung, welche ihnen am 19. März vom Könige versprochen, aber noch nicht gehalten worden sei, da die Bürgerwehr in keiner Weise als die Erfüllung dieses Versprechens angesehen werden könne.

Einige Redner forderten mit ungestümen Worten, daß das Volk, wenn man ihm nicht freiwillig Waffen gebe, in das Zeughaus dringen müsse, um sich dieselben mit Gewalt zu holen, andere wieder ermahnten zur Ruhe, zum Frieden und baten das Volk, einen Deputirten zum Major Blesson zu senden, um durch diesen eine Bewaffnung des Arbeiters ins Werk zu setzen.

Die schon durch die Zeltenversammlungen bekannten Volksredner Urban, Korn, Löwinson, Siegrist und Andere befanden sich unter den Rednern.

Noch fand der gemäßigte Vorschlag, die Gewalt wo möglich zu vermeiden, Anklang in der Versammlung. Es wurde eine Deputation beschlossen, welche vom Kommandeur der Bürgerwehr eine allgemeine Volksbewaffnung, und die Zurückziehung des Militairs aus dem Zeughause, welches von einer Compagnie des 24. Regiments besetzt war, fordern sollte.

Die Deputation wurde abgesendet, ging, von einer großen Volksmenge begleitet, nach dem Centralbureau der Bür-

gerwehr und überbrachte hier dem Major Blesson die Wünsche des Volkes. An der Spitze der Deputation befand sich ein junger Mann, Namens Feenburg, der im demokratischen Club sich bekannt gemacht hatte, obwohl er erst seit kurzer Zeit aus Holstein zurückgekehrt war, wo er als Offizier eines Freicorps sehr tapfer gegen die Dänen gekämpft hatte.

Herr Blesson erwiederte, als ihm die Wünsche des Volkes mitgetheilt wurden, daß er zur Erfüllnng derselben nichts thun könne, und daß nur dem Kriegsminister das Recht zustehe, die vorgebrachten Forderungen zu bewilligen.

Mit diesem Bescheide mußte die Deputation sich zurückziehen, beschloß aber sogleich, zum Kriegsminister zu ziehen, und führte diesen Entschluß unter dem Bravo-Geschrei der Volksmassen, welche nachfolgten, aus.

Als die Deputation beim Kriegsministerium ankamen, fanden sie dasselbe geschlossen. Es wurde heftig an der Klingel gerissen und Einlaß gefordert. Der Portier weigerte sich indessen, denselben zu gewähren, und erst als er sah, daß die Thür gestürmt werden würde, wenn er nicht aufmachte, öffnete er die Thür uud ließ 10—12 Personen, unter denen sich auch Feenburg befand, in das Ministerium, obgleich er fortwährend versicherte, der Kriegsminister sei nicht zu Haus.

„Dann werden wir warten", war die vom Volke mit Jubel aufgenommene Antwort.

Mittlerweile hatte indessen die Bügerwehr am Potsdamer Thore durch einen Boten des Portiers Nachricht von den Angriffen auf das Kriegsministerium empfangen und eine Compagnie derselben rückte mit gefälltem Bajonett die Leipziger Straße herunter, der Volksmenge entgegen. Diese floh auseinander und auch die im Kriegsministerium befindlichen De-

putirten schlossen sich der Flucht an, nur Feenburg blieb mit zwei Begleitern, welche mit ihm verhaftet, aber auch bald wieder freigelassen wurden.

Die fliehende Volksmenge sammelte sich bald wieder, es kam zu Conflicten mit der Bürgerwehr, welche, nachdem sie durch dreimaligen Trommelwirbel das übliche Zeichen zum Auseinandergehen gegeben hatte, einen Bajonetangriff machte, aber mit Steinwürfen empfangen wurde. Die Menge riß die Rinnsteinbrücken auf, warf sie den Wehrmännern vor die Füße und widersetzte sich dermaßen, daß dieselben stille stehen mußten.

Dadurch gewann das Volk Zeit, einen Möbelwagen umzuwerfen, mehrere Brückenbohlen aufzureißen und aus diesen Materialien eine schwache Barrikade zu bauen, hinter welcher vor es auf die Bürgerwehr schimpfte und mit Steinen warf. Erst als noch eine Compagnie Bürgerwehr zur Hilfe heraneilte, wurd die Barrikade genommen und die Menge zerstreut.

Während dieser Zeit hatten sich vor dem Zeughause immer neue, immer größere Menschenmengen angesammelt, der Ruf nach Volksbewaffnung wurde immer lauter und die Idee rege, das Zeughaus zu erstürmen, um sich mit Gewalt die Waffen aus demselben herauszuholen.

Noch verhielt sich die im Verhältniß zu der ungeheuren Volksmenge schwache Bürgerwehr ruhig, aber plötzlich verbreitete sich unter dem Volke die Nachricht, die Bürgerwehr habe scharf geladen und wolle schießen, da erhob sich ein furchtbarer Sturm und erst als einer der Volksführer, Korn, sich an den Bürgerwehr-Major Benda wandte und von diesem die Erlaubniß empfing, die Gewehre der Bürgerwehr zu untersuchen, erst als er sie sämmtlich ungeladen fand, beschwichtigte sich die Menge wieder, brach jedoch in kurzer Zeit aufs Neue

in Lärmen und Toben aus, als die Nachricht sich verbreitete, wenn auch die Gewehre der Bürgerwehr im Augenblick nicht geladen wären, so hätten die Wehrmänner doch alle scharfe Patronen bei sich und wären bereit, dieselben gegen die Arbeiter, zu gebrauchen.

Dies erregte neue Erbitterung, welche erst da sich legte, als die Wehrmänner bereitwillig ihre Patrontaschen öffneten, um zu zeigen, daß auch dies Gerücht ungegründet sei.

Schon schien es fast, als solle das Vertrauen zwischen Volk und Bürgerwehr wieder hergestellt werden, schon schien es, als wurde vielleicht alles ruhig vorübergehen, da fielen plötzlich aus der engen Gasse zwischen dem Zeughause und dem Gießhause einige Schüsse auf das andrängende Volk, durch welche zwei Männer todt zu Boden gestreckt, mehrere verwundet wurden.

Für den Augenblick wich die Menge entsetzt zurück, dann aber brach sie in ein lautes furchtbares Wuthgeschrei aus, stürzte sich über die Todten. tauchte die weißen Taschentücher in das über das Steinpflaster hinfließende Blut derselben und befestigte sie als rothe Fahnen an Stöcke, dann zerstreute sie sich und durch alle Straßen Berlins liefen Männer, welche mit lauter, furchtbarer Stimme: „Verrath! zu den Waffen! zu den Waffen! die Soldaten schießen auf das Volk!“ riefen.

Die schon bedenkliche Aufregung des Volkes wuchs durch dieses unglückliche Ereigniß, welches, je mehr die Nachricht davon in die entfernteren Stadttheile drang, auch um so mehr entstellt wurde.

Der factische Hergang der Sache war kein anderer, als daß einige nicht einmal zur Bürgerwehr gehörige Männer, welche sich derselben nur für den heutigen Abend angeschlossen,

ohne Commando von ihren Waffen Gebrauch gemacht hatten, aber dieser Hergang wurde auf das Furchtbarste übertrieben, in den entfernten Stadttheilen hieß es sogar, das Militair schösse mit Kartätschen auf das Volk und eine Aufregung verbreitete sich in Folge dieser Nachricht durch die ganze Stadt, welche fast der des 18. März glich.

Ueberall wurde Generalmarsch geschlagen, die Bürgerwehr-Bataillone sammelten sich, aber sie konnten nichts thun, denn sie erhielten keine Verhaltungsbefehle von dem Commando der Bürgerwehr, welches entweder vollkommen rath- und thatlos war, oder nicht beabsichtigte, etwas Ernsthaftes gegen den unglückseligen plan- und zwecklosen Aufstand zu thun.

Schon der merkwürdige, von uns mitgetheilte Tagesbefehl des Major Blesson hatte einen schweren Verdacht gegen denselben rege gemacht, als ob er, einer der Hauptfeinde der demokratischen Partei, einen solchen verunglückten Aufstand, von dem man die Schuld jedenfalls auf diese Partei wälzen mußte, wohl vorausgesehen und gewünscht habe. Noch dringender wird aber der Verdacht dadurch, daß er die Bürgerwehr ganz ohne alle Befehle in jener furchtbaren Nacht ließ. Die einzelnen Bataillone standen auf ihren Sammelplätzen, wußten nicht, was sie thun sollten und zogen daher theils wieder nach Haus, theils blieben sie, in allen Stadttheilen zerstreut, unschlüssig stehen und machten nur dadurch es möglich, daß der Sturm auf das Zeughaus, den wir sogleich beschreiben werden, gelingen konnte.

Während so der Generalmarsch durch die Straßen Berlins wirbelte und die Bürgerwehr sich versammelte, aber vollkommen unthätig blieb, war das Volk nicht müßig. Von allen Theilen der Stadt her strömten neue Schaaren den Linden und

dem Zeughause zu. In einigen Straßen wurden Barrikaden gebaut, so in der Behren-, Leipziger- und Landsberger Straße, auch rothe Fahnen wurden aufgepflanzt, sogar von einzelnen Brauseköpfen die Republik ausgerufen, wenn auch ohne Folgen. Ueberall, wo Waffenläden waren, versammelten sich Volkshaufen und mehrere derselben brachen mit Gewalt in die Läden ein, um sich der Waffen zu bemächtigen, auch die Magazine des Opernhauses und des Königsstädter Theaters wurden vom Volke erstürmt und die darin befindlichen Waffen herausgeholt.

Außerdem wurde bald nach jenen beiden Schüssen ein Act der Volksjustiz geübt. Es hieß nämlich, der Major Benda, der eben nicht im Rufe allzugroßer Volksfreundlichkeit stand, habe das Commando zum Feuern gegeben, durch welches jene zwei Opfer gefallen seien. Ein großer Volkshaufen stürmte sogleich nach der Wohnung des Majors Benda hin, erbrach dieselbe und ruinirte mit vandalischer Lust Alles, was sich ihm an werthvollen Gegenständen darbot, wodurch dem Herrn Benda ein Schade von mehreren tausend Thalern bereitet worden sein soll. Dies Ereigniß ist um so bedauernswerther, als es einen, wenigstens bei diesem Ereigniß, vollständig Unschuldigen betraf. Wie sich durch spätere Untersuchung herausgestellt hat, sind nämlich die unglückseligen Schüsse ohne alles Commando gefallen und zwar nicht einmal aus der Abtheilung des Majors Benda, sondern aus der Compagnie des Hauptmann Bender.

Erst als eine Abtheilung Bürgerwehr sich zum Schutze der Wohnung des Majors Benda näherte, ließ die Zerstörungswuth nach, und die Tumultuanten zerstreuten sich. Einige blieben zurück und wurden verhaftet, aber wie dies gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, wurden gerade diejenigen gefangen genommen, welche als Neugierige bei dem Scan-

dal zugegen gewesen waren, und sich im Gefühl ihrer Unschuld nicht geflüchtet hatten. Die gerichtliche Verhandlung hat dies ergeben, bei welcher die Verhafteten vollständig freigesprochen worden sind.

Vor dem Zeughause hatte sich indessen die durch die gefallenen Schüsse wuthentbrannte Menge, welche nur vom Schreck auf einige Augenblicke auseinander getrieben war, wieder versammelt, vermehrt durch Tausende, welche das Gerücht von der beabsichtigten Erstürmung des Zeughauses aus andern Stadttheilen herbeigezogen hatte.

Auch der Handwerkerverein war mittlerweile heranmarschirt und hatte das Zeughaus besetzt, er versuchte es zu schützen, aber vergeblich, denn die ungeheuren Volksmassen drängten immer heftiger, immer stürmischer an, so daß bei der isolirten Stellung des Handwerkervereins dieser an einen Widerstand kaum zu denken vermochte, ohne einen blutigen Kampf herbeizuführen, dessen Erfolg kaum abzusehen war; so mußte er es denn geschehen lassen, daß ein Thor des Zeughauses an der Ecke, dem Kastanienwalde gegenüber, erstürmt wurde, und daß durch dasselbe, so wie durch die zerschlagenen Fenster die wüthende Menge in das Haus eindrang.

Außer dem Handwerkerverein war zum Schutze des Zeughauses noch eine Compagnie des 24. Regiments da, welche im Innern des Zeughauses aufgestellt war. Auch diese Compagnie hätte wohl hier eine kurze Zeit das Volk zurück drängen, aber nicht für die Länge das Zeughaus halten können, weil die eindringende Masse ihr an Zahl vielleicht mehr als das Zwanzigfache überlegen war.

Die Compagnie wurde befehligt durch den Hauptmann v. Natzmer, einen würdigen Mann, der mit richtigem Blick

seine Lage zu durchschauen wußte. Er sah ein, daß jeder Widerstand fruchtlos und nur dazu geeignet sein konnte, ein furchtbares Blutbad zu veranlassen. Es wäre wahrscheinlich aus dem freilich bedauerlichen, aber an und für sich unbedeutenden Sturme des Zeughauses am 14. Juni ein Kampf entstanden, dessen Folgen gar nicht zu berechnen waren, wenn Herr von Natzmer sich der unendlich überlegenen Menge gegenüber zu einem gewaltsamen Widerstande durch ein falsches Ehrgefühl hätte verleiten lassen.

Ein Theil der Bürgerwehr hätte in diesem Falle mit dem Volke Partei genommen gegen die Soldaten, ein anderer mit den Soldaten gegen das Volk, es wäre bei der furchtbaren Erbitterung, welche zwischen den verschiedenen Parteien herrschte, zu einem Bürgerkriege gekommen, zu einem blutigen, furchtbaren Bürgerkriege.

Herr v. Natzmer war vom Kriegsminister ohne alle Instruction gelassen worden, obgleich ein hoher Officier sich nach authentischen Nachrichten in Civilkleidern während des Zeughaussturmes unter den Volksmassen befand. Herr von Natzmer stand daher gewissermaßen auf einem verlornen Posten, in seine Hand war es gelegt, einen blutigen, aber vergeblichen Kampf, der von den furchtbarsten Folgen begleitet sein mußte, zu beginnen, oder aber der überlegenen Macht zu weichen und dadurch Bürgerblut zu schonen.

Der brave Mann wählte das Letztere, er zog sich mit seiner Compagnie in die obere Etage des Zeughauses zurück, die zu derselben führende Treppe hinter sich abbrechend.

Aber dadurch war dem Volke noch nicht genügt; stürmisch verlangte es, das Militair solle sich gänzlich zurückziehen, und solle das Zeughaus ganz verlassen.

Anfangs weigerte sich Herr v. Natzmer, dessen Stellung

in der obern Etage des Zeughauses eine so günstige war, daß er aus derselben erst nach furchtbarem Kampfe (vielleicht gar nicht) hätte vertrieben werden können. Aber die Forderungen des Volkes wurden immer ungestümer, immer tobender; schon bereitete es sich vor, den Kampf zu beginnen, da gelang es der Ueberredungskraft mehrerer Volksmänner, unter denen sich auch ein Officier, der Lieutenant Techow, befand, den Hauptmann v. Natzmer zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Derselbe verließ mit seiner Compagnie das Zeughaus und das Volk blieb nun ungestört im Besitze desselben.

Die Nachgiebigkeit des Herrn von Natzmer ist diesem von der Regierung als Pflichtvergessenheit und Feigheit ausgelegt, bei einer gegen ihn eingeleiteten Untersuchung ist er zu 10 Jahre, der Lieutenant zu 15 Jahre Festung verurtheilt worden, ohne Rücksicht auf das Verdienst, welches Herr von Natzmer sich dadurch erworben hat, daß durch ihn ein furchtbarer blutiger Kampf von unberechenbaren Folgen vermieden worden ist. Die Bürgerschaft von Berlin dagegen hat Herrn von Natzmer in zahlreichen Adressen bewiesen, wie hoch sie seine edle Aufopferung zu schätzen weiß.

Nachdem die Soldaten das Zeughaus verlassen hatten, blieb das Volk im ungestörten Besitz desselben, denn der Handwerkerverein und einige andere Bürgerwehr-Compagnien, welche mittlerweile, ohne von dem Commandanten Blesson Befehl dazu erhalten zu haben, nach dem Zeughause marschirt waren, konnten nichts gegen die ungeheuren Menschenmassen ausrichten.

Es wurden Fackeln angesteckt, mit diesen zog das Volk im Zeughause herum, indem es die Kisten plünderte, die mit Gewehren und Munition angefüllt waren; aber dennoch er

reichten bei dieser Plünderung nur Wenige ihren Zweck, nämlich den einer Bewaffnung, da die im Zeughause liegenden Gewehre meistens Zündnadelgewehre von einer eigenthümlichen Construction waren, die vollkommen unbrauchbar für jeden blieben, der nicht mit den dazu gehörigen Patronen versehen war. Die Bereitung dieser Patronen ist aber ein Geheimniß der preußischen Armee.

Nachdem die Kisten mit Gewehren erbrochen und geplündert worden waren, nachdem die Arbeiter sich mit Kugeln und Munition versehen hatten, entfernten sich nach und nach alle, deren Zweck es gewesen war, sich Waffen zu verschaffen und nur ein nichtswürdiger, beutegieriger Pöbel, wie er ja in allen großen Hauptstädten sich vorfindet, blieb im Zeughause zurück, um in blinder Zerstörungswuth und ekelhafter Raubsucht dort zu hausen und dadurch einen nicht zu verwischenden Fleck zu werfen auf das Volk von Berlin.

Es wurden die alten zum Gebrauch völlig untauglichen Waffen geraubt, welche nur durch die historischen Erinnerungen, die an ihnen hingen, Werth hatten. Auch die im Zeughause befindlichen Fahnen und Trophäen wurden herabgerissen und das Diebesgesindel scheute sich nicht, von einigen derselben die silbernen Troddeln und Quasten abzuschneiden und dadurch die werthvollen Andenken zu verstümmeln.

So hauste der im Zeughause zurückbleibende Pöbel kurze Zeit, bis zwei Bataillone des 24. Infanterie-Regiments und mehrere Bataillone der Bürgerwehr heranmarschirten und das Zeughaus besetzten.

Jetzt zeigte sich, daß die im Hause Zurückgebliebenen nicht dem tapfern Volke von Berlin, sonderu nur dem feigen und verächtlichen Pöbel der Hauptstadt angehörten, sie wag-

ten keinen Kampf, sondern flüchteten sich mit Angstgeschrei, ihr böses Gewissen sagte ihnen, daß sie harte Strafe verdient hätten. Nur Wenige versuchten einen geringen Widerstand, die Meisten suchten sich in wilder Flucht zu retten.

Das Zeughaus war wieder besetzt, jetzt plötzlich begann der ehrenwerthe Commandant der Bürgerwehr wieder Muth und Besinnung zu schöpfen, jetzt erst kamen Befehle an die verschiedenen Bataillone, jetzt wo es zu spät war.

Mehrere tausend Mann Bürgerwehr wurden beordert, das Zeughaus zu schützen, welches keines Schutzes mehr bedurfte. Sie umstellten das Haus und mußten die ganze Nacht an demselben bleiben.

Zahlreiche Patrouillen durchzogen nun die Stadt, überall diejenigen anhaltend, welche sie mit Waffen in der Hand betrafen, es wurde auf diese Weise ein großer Theil der geraubten Waffen wieder erlangt. Auch am folgenden Tage dauerten ähnliche Nachforschungen fort. Es wurden sogar Haussuchungen veranstaltet und es entwickelte bei dieser Gelegenheit gerade der Theil der Bürgerwehr, welcher am vergangenen Abend am feigsten sich benommen hatte, eine ungeheure Thätigkeit, ein großartiges polizeiliches Talent, indem die Herren Bürgerwehrmänner mit der größten Brutalität in die Wohnungen von Personen eindrangen, gegen die sie Verdacht hegten. Die mannigfaltigsten Excesse wurden bei diesen Gelegenheiten begangen, freilich aber auch einige Zündnadelgewehre und andere aus dem Zeughause geraubte Gegenstände wieder aufgefunden, welche sonst wohl schwerlich hätten wieder erlangt werden können.

Andererseits müssen wir leider auch erwähnen, daß am folgenden Tage viele von den geraubten Waffen zu einem

Spottpreise auf den Straßen verkauft wurden, wodurch der Sturm des Zeughauses immer mehr und mehr zu einem Raubanfalle herabgewürdigt wurde.

Diejenigen Volksmänner, welche sich durch Reden und vielleicht auch Anfangs durch die That bei dem Zeughaussturm betheiligt hatten, wurden schon am Tage darauf zum größten Theil verhaftet, nur wenige wußten sich der Gefangennehmung zu entziehen. In den gegen sie eröffneten Processen wurde Urban, Löwinson, Feenburg, Korn, Siegrist und Andere zu 1—7 Jahre Festungsstrafe verurtheilt.

So war denn der Zeughaussturm gelungen, jenes unglückliche Ereigniß, welches in den Provinzen und mit Recht eine so große Entrüstung erregt hat. Man hat diesen Zeughaussturm meist lediglich der demokratischen Parthei zugeschrieben, wir haben schon angedeutet, daß auch andere finstere Mächte dabei gewaltet haben; jedenfalls aber ist den demokratischen Führern daraus ein Vorwurf zu machen, daß sie nicht alle ihre Kräfte angewendet haben (und es wäre ihnen gewiß gelungen,) diesen planlosen Aufstand zu hintertreiben, ohne ihn wenigstens auf eine würdige Weise zu leiten und zu benutzen. Schon damals zeigte sich die später ans helle Tageslicht getretene Unfähigkeit und Machtlosigkeit der demokratischen Parteiführer sehr deutlich.

So unruhig Berlin am Abend des 14. ausgesehen hatte, so drohend an jenem Tage die Gefahr einer hereinbrechenden Revolution schien, so ruhig vergingen die folgenden Tage. Eine allgemeine Abspannung folgte dem zu frühzeitigen Ausbruch der Volkswuth und selten ist Berlin seit der Revolution im Allgemeinen ruhiger und stiller gewesen, als eine Zeit lang nach der Erstürmung des Zeughauses.

Schon am 15. Juni wurde die Landwehr einberufen, um zum Schutze der Sicherheit und Ordnung verwendet zu werden. Die Regierung glaubte in der Landwehr eine ihr treu ergebene Stütze zu finden, aber sie hatte sich sehr getäuscht, denn gerade unter der Landwehr that sich ein sehr demokratischer Sinn kund, der sich schon am Tage ihrer Einberufung durch eine Erklärung zeigte, in welcher die vereinigten Landwehrmänner sagten, sie träten allerdings ein, aber nur, wenn ihnen dieselben Rechte als der Bürgerwehr gewährt würden, wenn sie unter demselben Commando ständen, ihre Officiere selbst wählen könnten und nicht zum Dienst außerhalb der Stadt verwendet würden.

Diese Erklärung zeigte wohl deutlich, daß die Landwehr keineswegs geneigt war, willenlos den Staatsbehörden zu gehorchen, sondern ganz in der Art zu verfahren wie die Bürgerwehr es thun mußte.

Für die Bürgerwehr Berlins hatte am 14. August eine wichtige Folge. Der Major Bleſſon, der bisherige Commandeur derselben, legte nämlich das Commando nieder und dasselbe wurde provisorisch dem früheren Artillerie-Major Herrn Rimpler übertragen.

Viel gewonnen hatte die Bürgerwehr allerdings durch diesen Wechsel des Kommandos nicht, denn Herr Rimpler hat sich, wie wir sehr bald sehen werden, zwar stets als ein Mann gezeigt, der sich den Schein zu bewahren strebt, aber keineswegs als ein solcher, der die Neuzeit begriffen hat und entschlossen ist, unwandelbar auf dem Wege des Fortschritts zu wandeln, sein Verhalten während mancher wichtiger Ereigniſſe wird uns in der Folge sogar zeigen, daß Herr Rimpler eine mindestens sehr zweifelhafte Stellung zwischen den Par-

teien angenommen, eine Stellung, welche darauf schließen läßt, daß ihn noch viele starke Fäden an das alte System künpfen, dem er als Soldat lange gedient hat.

Wichtig für jene Tage ist außerdem der Beschluß der Stadtverordneten, daß der am 19. März abgesetzte Ober-Bürgermeister Krausnick in seine Stelle nicht wieder eintreten solle und die Abdankung des allgemein beliebten Polizeipräsidenten v. Minutoli. Er legte sein Amt nieder, und Herr v. Bardeleben ersetzte ihn.

Die Abdankung des Herrn von Minutoli war ein Verlust für Berlin. Wohl nur wenige Männer hätten wie er es vermocht, in einer so wildbewegten revolutionären Zeit in der Stellung eines Polizeipräsidenten sich eine fast allgemeine Liebe und Achtung zu erwerben. Seinem Nachfolger wenigstens ist dies nicht gelungen.

Die Gründe, weshalb Herr v. Minutoli austrat, werden sehr verschiedenartig erzählt. In einem Privatgespräch soll er geäußert haben, er könne mit der Reaction nicht mehr fertig werden. Diese Aeußerung ist später bestritten worden, nur soviel ist gewiß, daß die freisinnige Art, mit welcher Herr von Minutoli das Polizeipräsidium führte, durchaus mit den Wünschen der Hofparthei nicht übereinstimmte; man bedauerte daher ganz allgemein den Abgang des Herrn von Minutoli, obgleich man auch zu seiner Aufrichtigkeit, zu seiner Freisinnigkeit nie ein ganz vollständiges Vertrauen hat fassen können. Herr von Minutoli ist ein mindestens zweifelhafter Charakter, der von allen Parteien verdächtigt worden ist, weil er es mit keiner verderben, sondern sich bei allen möglich erhalten wollte; das Volk indessen liebte ihm seiner Humanität wegen.

Außer durch die vorhin mit wenigen Worten geschilder-

ten Ereigniſſe beſchäftigten in der letzten Woche des Juni zwei große Fragen alle Gemüther des Volks von Berlin. Die eine bedarf das Gerücht: daß die Ruſſen ungeheure Truppenmaſſen an den Grenzen Preußens zuſammenzögen daß die Regierung davon wüßte, aber abſichtlich die öſtliche Grenze des Staates ohne bedeutende Vertheidigungsmittel ließe, um nöthigenfalls mit Hülfe der ruſſiſchen Heere die etwa im Lande entſtehenden republikaniſchen Bewegungen ſicher und kräftig zu unterdrücken.

In der That war es auffällig, daß nach vielen übereinſtimmenden Berichten ſich mit jedem Tage die Zuzüge ruſſiſcher Truppen nach unſerer öſtlichen Grenze vermehrten, während die Regierung dies nicht zu bemerken ſchien, während ſie die eigenen Truppen nach Berlin und an die weſtliche Grenze ſendete, und den öſtlichen Theil des Landes unbeſchützt ließ.

Die zweite Frage, welche in jenen Tagen alle Gemüther beſchäftigte und der Gegenſtand der lebhafteſten Debatten überall in allen Clubs in Berlin war, betraf die Miniſtercriſis.

Das Miniſterium Camphauſen hatte abgedankt. Man bedauerte ſein Ausſcheiden nicht, denn während der ganzen Zeit ſeines Daſeins hatte es ſich ſo energielos, ſo ſchwach, ſo unzureichend gezeigt, hatte ſo ganz nur im Sinne des frühern, längſt veralteten Liberalismus gehandelt, daß es längſt den Boden im Volke verloren hatte, aber dennoch ward eine allgemeine Entrüſtung in Berlin rege, als man hörte, der Finanzminiſter Hanſemann ſei beauftragt, ein neues Miniſterium zu bilden.

Gerade Herr Hanſemann war es, dem man die Hauptſchuld an allen verkehrten Maßregeln des früheren Miniſte-

riums zumaß, ihn traf der Unwille der Berliner Bevölkerung am meisten, viel weniger den Minister-Präsidenten selbst, und ein Ministerium, welches er zu bilden hatte, konnte daher von vorn herein nur Mißtrauen erregen.

Der Erfolg hat denn auch das Vorgefühl, von welchem das Volk beseelt war, genügend gerechtfertigt.

Eine Proclamation vom 25. Juni 1848 zeigte den Berlinern an, daß folgende Männer zu Ministern ernannt sein:

zum Minister des Aeußern und Minister-Präsidenten der Oberpräsident v. Auerswald,
" " " Handels und der Arbeit Herr Milde,
" " der geistl. Angelegenheiten Herr Rodbertus,
zum Minister der Justiz Herr Märker,
" " " Landwirthschaft (ein ganz neues Ministerium) Herr Gierke,
" " des Innern der Regierungspräsid. Kühlwetter,
" " der Finanzen Herr Hansemann,
" " des Kriegs Herr v. Schreckenstein.

Die Gründe, weshalb Herr Camphausen sein Ministerium niederlege, wurden im Publikum sehr verschieden erzählt, man war indessen im Allgemeinen der Ansicht, daß Herr Camphausen mit dem Hofe nicht mehr fertig werden könne, weil er diesem viel zu liberal sei. Er selbst gab in der Nationalversammlung als Grund an, daß es die Aufgabe des zeitherigen Ministeriums gewesen sei, ein System der Vermittelung durchzuführen, das jetzige müsse ein Ministerium der That sein und dazu bedürfe es einer festern Majorität n der Kammer, als das bisherige Ministerium gehabt habe.

Der Abgang des Ministeriums Camphausen wurde, wie schon gesagt, wenig bedauert, viel weniger aber wurde das

neue Ministerium mit Freude empfangen, denn die Personen der neuen Minister waren zum Theil wenig, wie Herr Gierke, Herr Kühlwetter, oder als Anhänger des alten Liberalismus, wie Herr Milde, Herr von Auerswald, Herr Hansemann, oder gar der Reaction, wie Herr von Schreckenstein, bekannt.

Mit Bedauern sah man in diesem Ministerium, dem man ein kurzes Leben prophezeihte, nur die Herren Rodbertus und Märker, von denen der erstere auch nur acht Tage Minister blieb, um dann dem Herrn von Ladenberg seine Stelle einzuräumen. Man wünschte diesen Männern eine Stelle in einem freisinnigeren Ministerium, dem man eine größere Lebenskraft zutraute.

Das neue Ministerium gab der National-Versammlung ein Programm, in welchem es Gesetzvorlagen zur Reform der Bürgerwehr, der Gemeindeverfassung, der Verwaltung, der Rechtspflege, der Steuergesetzgebung und der Handelsgesetze versprach.

Ueber seine Absichten in Beziehung auf die Verfassung sagte Herr Hansemann im Namen des Ministeriums: Wir wollen die dauerhafte Begründung der constitutionellen Monarchie. Deshalb halten wir fest an dem Zweikammersystem und an dem Grundsatze, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde.

Deshalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr hinreichendes Vertrauen und Ansehen im Volke gesichert wird; zu diesem Zwecke möge die erste Kammer auf eine volksthümlichere Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe vorgeschlagen worden ist, begründet werden.

Zum Schluß seines Programmes fügte Herr Hansemann, der doch auch dem vorigen, die Revolution verleugnenden, Ministerium angehört hatte, Folgendes hinzu:

Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstracten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgesetzt sind — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Messung aller staatlicher Verhältnisse — die constitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, steht die Krone; diese Grundlage halten wir fest.

Dies war in kurzen Worten das Programm des neuen Ministeriums, welches, obgleich es nicht aus der National-Versammlung gebildet war, doch in derselben längere Zeit eine ziemlich bedeutende Majorität fand, des Ministeriums, welches sich den Ruhm erworben hat, von den fünf seit der Revolution entstandenen das schmachvollste gewesen zu sein.

17.

Das neue Ministerium hatte sein Amt angetreten, aber so sehr auch seine Ernennung den Unwillen des Volkes erregte, so wenig populär das Ministerium schon von Anbeginn seiner Regierung war, so wenig wurde doch durch dasselbe die politische Abgespanntheit und Schlaffheit, welche in den letzten Tagen des Juni und im Verlauf des Juli in Berlin herrschte, vermindert.

Der Zeughaussturm war eine Krisis gewesen, welche un-

glücklich ausgefallen war und wie alle verunglückten Unternehmungen einer Partei eine Schwächung der demokratischen Partei, welcher er in die Schuhe geschoben wurde, veranlaßt hatte.

Außer dem Zeughaussturm hatte auch die verunglückte Juni-Revolution in Paris einen gewaltigen Einfluß auf die politischen Verhältnisse Deutschlands und besonders Berlins geäußert. Das Gespenst der rothen Republik war furchtbarer als jemals aufgetaucht und hatte den ruhigen, soliden Bürger in Angst und Schrecken gesetzt. So sehr dieser sich bisher den demokratischen Ideen zugeneigt hatte, so sehr schauderte er jetzt vor denselben zurück, denn er sah in jedem Demokraten einen jener wüthenden Republikaner, dem es nur darum zu thun sein sollte, wo möglich in jedem Hause in Berlin eine Guillotine aufzuschlagen, um durch dieses Radikalmittel den Communismus, diejenige Staatstheorie, welche der Schrecken aller ruhigen Bürger ist, einzuführen.

Mit der augenblicklichen Schwächung der demokratischen Partei hing eine Stärkung der Reaction unmittelbar zusammen, und diese trat in der That auch mit jedem Tage offener und kühner auf, da ihr nur ein geringer Widerstand entgegengesetzt wurde.

Verhaftungen folgten in Folge des Zeughaussturmes auf Verhaftungen, viele fast ohne jeden Grund. Bei den Staatsanwälten häuften sich die Denunciationen wegen Preßvergehen und es kam sogar dahin, daß der Studiosus Monecke eines sehr unbedeutenden Aufsatzes wegen zu 2½ Jahr Festungsstrafe nebst Verlust der Nationalkokarde bestraft wurde.

In Folge dieser reactionairen Bemühungen begann die demokratische Partei nach und nach denn doch wieder einige

Lebendigkeit zu zeigen, und es begann wieder ein ziemlich lebhaftes Parteigetreibe in Berlin.

Es hatten sich damals schon die Parteien ziemlich scharf geschieden, im Volke selbst traten sie in drei gewaltigen Massen hervor und bildeten eine Rechte, eine Linke und ein Centrum.

Die Rechte fand ihren Ausdruck besonders in den sogenannten Preußen-Vereinen für constitutionelles Königthum, welche unter dem Deckmantel des Constitutionalismus für die schamloseste Reaction wirkten; das Junkerthum, die Aristokratie hatte in ihnen besonders ihren Sitz. Eine andere Stütze der Rechten waren die patriotischen Clubs, der Ausdruck der vornehmen Bourgeoisie.

Das Centrum wurde gestützt durch die constitutionellen Clubs, welche über das ganze Land verbreitet waren und dadurch eine große Macht, ein bedeutendes Ansehen erlangt hatten. Der kleine Bürgerstand, viele Staatsbeamte waren Anhänger dieser Partei, während die eigentliche Linke, welche ihren Stützpunkt in den demokratischen Clubs fand, besonders aus dem Arbeiterstand und den unabhängigen Intelligenzen, den Aerzten, Juristen, Literaten u. s. w. bestand.

Alle drei Parteien benutzten die politische Windesstille, welche im Juni und Juli eintrat, um sich zu kräftigen und zu organisiren.

Die demokratische Partei hatte hierzu den Anfang gemacht. In Frankfurt a. M. war im Juni ein Congreß demokratischer Vereine Deutschlands zusammengetreten, zu welchem auch Berlin drei Deputirte (Gossen, Heramer und Streckfuß) geschickt hatte. Auf diesem Congreß war ein Centralausschuß für die gesammte Demokratie Deutschlands, bestehend aus

Julius Fröbel, G. Rau und Herrmann Kriege gewählt und später durch die Berliner Vereine mit Heramer und Eduard Meyen ergänzt worden. Dieser Centralausschuß hatte in Berlin seinen Sitz.

Der Organisationsplan der Partei, wie er in Frankfurt berathen wurde, war ungefähr folgender:

Die Local-Vereine eines Kreises wählen einen gemeinschaftlichen Kreis-Ausschuß, der die Correspondenz der einzelnen Vereine unter einander besorgt und mit dem Central-Ausschuß in steter Verbindung steht. Er theilt dem Central-Ausschuß die Hauptbeschlüsse der einzelnen Vereine, die Mitgliederzahl derselben und ihre Wünsche und ihre Forderungen mit, und dieser hat daraus Generalberichte über den Stand der Demokratie und deren Thätigkeit und Forderungen auszuarbeiten und den verschiedenen Kreis-Ausschüssen mitzutheilen, welche sie wiederum an die einzelnen Vereine ergehen lassen. Von Zeit zu Zeit werden die sämmtlichen Vereine Deutschlands berufen, Deputirte zu einem allgemeinen deutschen Demokraten-Congreß zu senden, und eben so werden in den einzelnen Kreisen Kreis-Congresse zur Besprechung der Kreisangelegenheiten nach den Kreishauptstädten berufen.

Die Demokratie hatte dadurch in den Augen der constitutionellen Clubs eine furchtbare, schreckenerregende Macht gewonnen, welcher nur dadurch ein Ziel gesteckt werden konnte, daß sich die constitutionelle Partei in derselben Art, wie die demokratische vereinige und centralisire.

Zu diesem Behufe hatte der Berliner constitutionelle Club einen Congreß sämmtlicher constitutioneller Vereine nach Berlin berufen, welcher am 23. Juli im Mielentz'schen Saal

durch den Sprecher des constitutionellen Clubs, Herrn Dr. Stern, eröffnet wurde.

Gegen 90 Vereine waren durch etwa 130 Abgeordnete, unter denen sich auch mehrere Mitglieder der National-Versammlung befanden, vertreten.

Auf diesem Congreß wurde eine ähnliche Centralisation wie die demokratische, auch für die constitutionelle Partei angebahnt.

Hatte sich so die demokratische und die constitutionelle Partei gestärkt, so that dies die reactionaire noch viel mehr. Die Preußenvereine wirkten mächtig und das neue Ministerium kam ihnen zu Hülfe, indem es ganz im Sinne des sogenannten patriotischen Clubs auftrat.

Schon jetzt fühlte die Reaction sich stark genug, um die Märzfreiheiten, wenn auch nicht völlig zu unterdrücken, doch anzutasten.

Der Polizeipräsident v. Bardeleben erließ am 9. Juli eine Proclamation, in welcher er die Volksversammlungen von polizeilicher Erlaubniß abhängig machte, die Regierung legte der National-Versammlung den Entwurf eines Bürgerwehrgesetzes vor, welches die Bürgerwehr zu einem gewöhnlichen Polizei-Institut herabwürdigte, die Stadtverordneten riefen neues Militair in die Hauptstadt, das Schloß wurde am 19. Juli mit neuen eisernen Gittern versehen, kurz, immer offener traten die Behörden hervor, sie warfen immer mehr und mehr den demokratischen Mantel ab, den zu tragen sie die Märzstürme gezwungen hatten.

Alle diese Schritte rückwärts wurden gethan, ohne daß sie eine merkliche Aufregung im Volke zur Folge hatten; die Regierung hielt daher den Zeitpunkt für geeignet, um den

erschütterten Polizeistaat Preußen wieder in seiner vollen Glorie herzustellen.

Auf Veranlassung des Ministers Kühlwetter trat ein neues Polizei-Institut, das der Schutzmänner oder Konstabler, ins Leben, Berlin wurde mit 1500 Polizisten mehr beglückt.

Dies Polizei-Institut wurde durch eine pompöse Proclamation des Polizei-Präsidenten von Bardeleben angekündigt; es hieß in derselben:

„Der Boden, in welchem allein das neue Institut Wurzel schlagen kann und will, ist der lebendige Sinn des Volkes für Ordnung und Gesetz. Auf eine feste Begründung hierin wird aber um so zuversichtlicher gerechnet, als zahlreiche Stimmen aus der Bürgerschaft schon längst ein energisches Auftreten der Polizeigewalt gefordert haben, und deshalb eine Organisirung derselben, welche schnelles und kräftiges Einschreiten sichert, gewiß willkommen heißen werden. Je freier ein Volk, desto unerschütterlicher muß die Macht des Gesetzes feststehen, und desto kräftigere Organe sind zu dessen Schutz und Vollziehung in Thätigkeit zu setzen. In diesem Sinne ist das Institut der Schutzmänner errichtet. Weit entfernt davon, die Freiheit der Bürger beeinträchtigen oder das ängstliche Bevormundungs-System des Polizeistaats zurückführen zu wollen, soll es nur der Wächter und Vorkämpfer für das Gesetz sein. Es werden aber die Schutzmänner ihre schwere Aufgabe zu lösen nur dann im Stande sein, wenn sie in dem Vertrauen ihrer Mitbürger, aus deren Mitte sie hervorgegangen und für deren Interesse sie zu wirken berufen sind, einen kräftigen Stützpunkt finden."

Diese Bekanntmachung klang ganz vortrefflich. Es sollte ein neues Institut gegründet werden zum Schutze der Ord-

nung und des Gesetzes, aber ein Institut, welches fern davon sein sollte, die Freiheit der Bürger zu beeinträchtigen, oder das ängstliche Bevormundungssystem des alten Polizeistaates wieder herbeizuführen.

Das waren des Polizeipräsidenten eigene Worte, was konnte man mehr verlangen?

Mit Neugierde erwartete daher das Berliner Volk diese neuen, die Freiheit nicht beschränkenden Polizeimänner. Am 24. August erschienen dieselben zuerst, an diesem Tage wimmelten zuerst die Straßen der Hauptstadt von den später so berüchtigt gewordenen Blauröcken.

Wo man ging und stand, da sah man zwei bis drei Konstabler oder Schutzmänner, wie man diese Herren zu benennen beliebte, welche von den Vorübergehenden mit neugierigen Blicken angestaunt wurden und sich offenbar noch sehr unheimlich in ihrer neuen Würde als Wächter des Gesetzes und der Ordnung befanden.

Am ersten Tage seines Bestehens ging es mit dem neuen Institut noch so ziemlich; aber schon am zweiten und in den nächstfolgenden zeigte es sich, wie wenig volksthümlich die neue Schutzmannschaft war, wie wenig sie den über sie gemachten Versprechungen entsprach, es zeigte sich, daß die Schutzmannschaft, der Bekanntmachung des Polizeipräsidenten ganz entgegengesetzt, nicht anders war, als eine etwas verschlechterte und sehr vermehrte Ausgabe der alten volksverhaßten Gensd'armen. Waren diese grob gewesen, so waren die Konstabler noch gröber, hatten diese sich früher Eigenmächtigkeiten im Gefühl ihrer Polizeiwürde erlaubt, so traten jetzt die Konstabler alle Gesetzlichkeit vollkommen mit Füßen. Es konnte daher nicht fehlen, daß sich schon nach sehr kurzer

Zeit eine allgemeine Abneigung gegen die neue Schutzmannschaft im Volke zeigte, welche sich im Laufe weniger Wochen bis zu einem brennenden Haß steigerte, und welche die Veranlassung zu sehr vielen unruhigen Auftritten gegeben hat.

Besonders sollte dies der Fall sein, als in den letzten Tagen des Juli und den ersten des August die deutsche Frage ein neues Leben in alle Parteien der Berliner Bevölkerung brachte, welches um so reger wurde, als bei derselben wieder einmal die demokratische und die constitutionelle Partei Hand in Hand gingen.

Als der Erzherzog Johann von Oesterreich vom Frankfurter Parlament zum unverantwortlichen Reichsverweser ernannt worden war, da hatten sich die beiden Parteien, die demokratische und die reactionaire, wieder schroff gegenübergestanden, indem die letztere über einen Sieg frohlockte, die erstere aber gegen die Verletzung der Volkssouverainetät durch diese Wahl protestirte und die Anerkennung des Reichsverwesers verweigerte. Die constitutionelle Partei hatte bei dieser Gelegenheit ebenfalls Front gemacht gegen die Demokratie, wie sie es überall that, wo irgend die republikanischen Gesinnungen der demokratischen Partei an das Tageslicht kamen.

In wenigen Tagen aber schon änderte sich auf eine merkwürdige Weise das Verhältniß der Parteien.

Der Reichs-Kriegsminister von Peucker hatte den Reichsbefehl erlassen, daß am 6. August alle deutschen Truppen zur Huldigung des Reichsverwesers eine Parade abhalten sollten; dieser Befehl hatte den alten Preußenstolz der reactionairen Partei auf das Allertiefste verletzt, und jetzt plötzlich erschienen an allen Straßenecken Plakate der patriotischen und Preußen-Vereine, welche in giftigen Worten gegen die An-

maßung der Centralgewalt sich ergingen und energisch forderten, diese den Kriegsruhm des preußischen Heeres entwürdigende Parade solle unterbleiben.

Dadurch wurde denn auch eine andere Verfahrungsweise der oppositionellen demokratischen Partei bedingt. Diese protestirte allerdings nach wie vor gegen den unverantwortlichen, an die Beschlüsse des Parlaments nicht gebundenen Reichsverweser; aber sie sagte, da die Regierung diesen Reichsverweser einmal anerkannt habe, so müsse sie jetzt auch seinen Befehlen gehorchen und ihre Sondergelüste, ein specifisches Preußenthum aufrecht zu erhalten, aufgeben. Preußen soll in Deutschland aufgehen, so hat der König am 21. März gesagt, und dieser Ausspruch muß zur Wahrheit werden.

So kam es denn, daß jetzt die demokratische Partei gewissermaßen für den früher von ihr verleugneten Reichsverweser kämpfte, indem sie diese Concession machte, um die Einheit Deutschlands den preußischen Sondergelüsten gegenüber zu bewahren, und die constitutionelle Partei schloß sich jetzt zum größten Theil der demokratischen an.

Die deutschen schwarz-roth-goldenen Kokarden, welche meistens schon abgelegt worden waren, weil sie dadurch, daß jeder Reactionair sie trug, ihre Bedeutung fast ganz und gar verloren hatten, wurden wieder hervorgesucht, und prangten jetzt an allen Hüten und Mützen der Demokraten; andererseits aber kamen auch die preußischen schwarz und weißen Kokarden erst schüchtern, dann mehr und mehr, und endlich in großer Menge zum Vorschein.

Die allgemeine Aufregung, welche sich in Berlin nach so langer Abspannung in Folge der antideutschen Bestrebungen der reactionairen Partei verbreitete, sollte denn auch einige

unruhige Auftritte zur Folge haben, welche indessen förmlich von jener Partei provocirt wurden, welche sich durch die lange Ruhe wieder vollkommen sicher fühlte.

Nicht zufrieden nämlich mit der Aufsteckung der schwarz und weißen Kokarden, ließ sie auch aus verschiedenen Häusern schwarz und weiße Fahnen hängen, welche das in seiner großen Mehrzahl deutsch gesinnte Volk natürlicher Weise reizen mußten; besonders zeichnete sich die Artillerieschule unter den Linden durch eine mächtige schwarz und weiße Fahne aus.

Gegen Abend des 29. Juli zog unter den Linden eine Schaar fanatischer Preußen entlang, welche „Ich bin ein Preuße" sangen. Sogleich versammelten sich Volksmengen und nun kam es zu sehr unruhigen Auftritten, indem das Volk lärmend und schreiend vor diejenigen Häuser zog, aus denen schwarz und weiße Fahnen hingen.

In den meisten Häusern wurden die Fahnen bald eingezogen, und dann zog die Volksmenge ruhig weiter; in der Artillerieschule aber wurde auf den Wunsch des Volks keine Rücksicht genommen, und es entstand daher vor dem Gebäude ein gewaltiger Zusammenlauf, der mehrere Stunden dauerte und sich mit jeder Minute vergrößerte. Erst als verschiedene Fenster eingeworfen waren und die Menge Anstalt machte, das Haus zu stürmen, wurde nachgegeben und die Fahne unter Jubelgeschrei der Versammlung eingezogen.

Die deutsche Marseillaise singend zogen nun die Volkshaufen die Linden entlang, brachten vor dem Palais des Prinzen von Preußen dem Nationaleigenthum ein Lebehoch aus und zerstreuten sich dann, aber nicht, ohne daß es vorher zu einigen Auftritten mit der mittlerweile herbeigeholten Bürger-

wehr und den verhaßten Konstablern gekommen wäre, welche die allgemeine Aufregung vergrößerten. Einige, indessen nicht bedeutende Verwundungen kamen dabei vor.

Am Sonntag, den 31. Juli, Abends, gab es ebenfalls unruhige Bewegungen unter den Linden, die Volksmengen wogten hin und her und verspotteten wohl hier und da einen Konstabler, aber zu eigentlichen Ruhestörungen kam es nicht; um so mehr erstaunte man daher am Montag, als man eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten las, in welcher dieser in Folge der stattgefundenen Unruhen alle Versammlungen unter den Linden strenge verbot.

Seit der Revolution waren die guten Berliner stets gewohnt gewesen, sich Abends auf ein Viertelstündchen nach den Linden in den sogenannten Lindenclub an der Friedrichsstraßenecke zu begeben, um dort ein wenig zu politisiren, die Tagesneuigkeiten zu hören und dann wieder ruhig nach Hause zu gehen.

Der Lindenclub war den Berlinern zur süßen Gewohnheit geworden, er hatte gar keine politische Bedeutsamkeit, aber er gewann sie plötzlich durch das unbedachtsame Verbot des Polizeipräsidenten, welches die schon bestehende Aufregung nur noch vermehren mußte.

In der That hatten sich denn auch am Abend unter den Linden wieder große Menschenmengen angesammelt, welche ihrer alten Gewohnheit nach den Lindenclub bildeten und auch hierin von den in Massen aufgestellten Konstablern nicht gestört wurden.

Es blieb nun so lange Alles ruhig, bis es den Konstablern einfiel, die Clubs auseinanderjagen zu wollen, da gab

es denn allerdings argen Scandal, der noch zunahm, als auch die Bürgerwehr einschritt.

Der folgende Tag war ebenfalls wieder ein sehr belebter und aufgeregter. Er wurde es besonders dadurch, daß eine Gesellschaft Studenten, welche mit einer schwarz-roth-goldenen Fahne singend durch Charlottenburg gefahren, dort von den Soldaten des 2. Garde-Regiments angefallen und gemißhandelt worden war. Diesen Soldaten hatten sich auch Charlottenburger Bürgerwehrmänner angeschlossen.

Zwei Studenten waren schwer, mehrere Andere leicht verwundet worden.

Das Gerücht von diesem Vorfalle hatte sich mit großer Schnelligkeit in der Stadt verbreitet und war noch bedeutend übertrieben worden, es hieß fast allgemein, es wären mehrere von den Studenten in Charlottenburg ermordet worden.

Es konnte nicht fehlen, daß sich in Folge dieser Gerüchte wieder unter dem Volke, welches noch immer sehr an den Studenten hing, eine große Aufregung zeigte, und diese wurde noch befördert, als sich am Abend unter den Linden einige Männer mit riesengroßen preußischen schwarz und weißen Kokarden herumtrieben und durch unvorsichtige, vielleicht absichtlich beleidigende Reden im Style des Preußenvereins und Schimpfen auf die demokratischen Vereine das Volk aufreizten, dafür aber tüchtig durchgeprügelt wurden.

Einige Konstabler, welche sich in den Scandal zum Schutze der beiden Herren mischen wollten, wurden vom Volke geprügelt nnd zurückgetrieben, sie ließen die Nothpfeife erschallen und nun erschienen bald die Konstabler in geschlossenen Massen unter den Linden.

Es entspann sich nun eine merkwürdige Art von Neckerei

zwischen den Konstablern und dem Volke, welche charakteristisch ist auch für die folgenden Abende, denn der Vorgang bei den Unruhen, welche sich täglich wiederholten, war im Wesentlichen stets derselbe.

Das Volk stand nämlich in dichten Massen zusammen, schrie, tobte und sang die sogenannte deutsche Marseillaise, indessen meistens nur den letzten Vers: „Vorwärts, vorwärts, mit Gott fürs Vaterland!“ — da es die übrigen Verse wahrscheinlich nicht konnte.

Die Konstabler standen in geschlossenen Reihen compagnieenweise dem Volke gegenüber, und schritten immer erst dann ein, wenn sich bedeutende Volksmassen gesammelt hatten. Diese stoben bei dem ersten Angriff unter Schreien, Pfeifen, Lachen und Singen auseinander, liefen an den Reihen der Konstabler vorbei und sammelten sich hinter denselben wieder. So gab es eine fortwährende, höchst komische Jagd, bei welcher sich das Volk (welches übrigens, beiläufig gesagt, zum größten Theil aus zusammengelaufenem Gesindel, Lehrjungen und dergleichen, verstärkt durch eine große Menge neugieriger, aber unthätiger Zuschauer bestand), vortrefflich amüsirte, während die Konstabler bei jeder Verhöhnung, bei jedem vergeblichen Angriff auf diese flüchtige, wie Spreu auseinander stiebende Menge immer ärgerlicher und wüthender wurden.

Auch in den folgenden Tagen dauerten die Unruhen unter den Linden, welche gewöhnlich des Abends erst, mit dem Erscheinen der Konstabler in Masse, begannen, ganz in der nämlichen Weise fort, wie wir sie bereits geschildert haben. Es war immer dasselbe Spiel, immer dieselbe unnöthige Neckerei, deren Folge unzählige Verhaftungen Unschuldiger waren, welche sogleich wieder entlassen werden mußten, denn sie be-

trafen nur Neugierige, welche unter den Linden spazieren gingen und im Gefühl ihrer Unschuld nicht flohen, während die eigentlichen Tumultuanten sich wohl hüteten, sich fangen zu lassen.

Es wurde durch diese thörichten Zänkereien nichts Anderes erreicht, als daß der Haß gegen die schon vorher nicht beliebten Konstabler mit jedem Tage wuchs und nach und nach ein wirklich drohendes Aeußere gewann. Die Konstabler gaben hierzu auch allabendlich die genügendste Veranlassung, indem sie mit einer namenlosen Wuth Alles verhafteten, was ihnen nur irgend in die Hände gerieth; so wurden unter Anderen auch verschiedene Abgeordnete am Abend des 4. August, z. B. die Herren Rodbertus und v. Berg, von den Konstablern arretirt, aber natürlich auch sogleich wieder frei gelassen.

Unter solchen Auftritten nahte der 6. August, der Tag, an welchem die Parade für den Reichsverweser angesagt war, aber vom Militair nicht abgehalten wurde, denn der Stolz der preußischen Regierung konnte sich zu einer derartigen Ovation für den Reichsverweser nicht verstehen.

Die demokratische Partei beschloß deshalb, den 6. August zu einer gewaltigen Demonstration gegen die Regierung und für Deutschlands Einheit zu benutzen, und einen großartigen Paradezug nach dem Kreuzberg zur Feier des Tages zu machen. Die Berliner Studentenschaft gab den Anstoß zu dem Fest, an welchem die vereinigten Parteien der Demokraten und Demokratisch-Constitutionellen Theil nahmen.

In der Villa Colonna fanden sich Deputirte der verschiedenen Vereine und Clubs zusammen, um die Feier des Festes zu berathen; aber fast wäre dasselbe durch die Hals-

starrigkeit der extrem demokratischen Partei, welche hauptsächlich im demokratischen Club ihre Stütze hatte, mißglückt.

Schramm, der Präsident des demokratischen Clubs, schlug nämlich vor, der Zug solle sich auf dem Opernplatz versammeln und von dort aus denselben Weg nehmen, den der König am 19. März genommen habe, als er mit den deutschen Farben geschmückt durch die Straßen Berlins geritten sei und sich so kräftig für die deutsche Sache und dafür ausgesprochen habe, daß künftig Preußen in Deutschland aufgehen müsse. An derselben Stelle, wo damals der König Reden gehalten habe, sollten auch jetzt die Volksredner sprechen, und dadurch gewissermaßen jenen vielversprechenden Zug des Königs, der so große Erwartungen erregt hatte, welche alle in der Folge unbefriedigt geblieben waren, persifliren. So abenteuerlich, ja so gänzlich einer großartigen Demonstration unwürdig diese Art, den Festzug auszuführen, war, und so sehr dies auch von verschiedenen ruhigen und vernünftigen Rednern hervorgehoben wurde, ging der Vorschlag Schramm's doch durch, und fast wäre dadurch die ganze Demonstration zu einer unwürdigen Farce herabgewürdigt worden, der sich sicherlich die demokratische Bürgerschaft nicht angeschlossen hätte.

An der Starrsinnigkeit der Deputation des demokratischen Clubs, welche fest auf den Vorschlägen Schramm's bestand und in den vorberathenden Versammlungen viele Anhänger fand, wäre fast der ganze Festzug gescheitert, denn der constitutionelle Club erklärte, unter dieser Bedingung an dem Feste keinen Theil nehmen zu können, so sehr er auch die Idee, welche dasselbe ins Leben gerufen habe, billige.

Auch die Studentenschaft, der Volksclub und einige andere Vereine weigerten sich, an dem durch den Schramm'schen

Vorschlag zum Possenspiel herabgewürdigten Festzug Theil zu nehmen, wenn nicht das Sprechen auf den Straßen fortfiele.

Die Verhandlungen über diesen Gegenstand dauerten bis zum Sonntag Vormittag, da erst gaben die Deputirten des demokratischen Clubs nach, und es wurde nun festgestellt, daß nur von der Treppe des Opernhauses, von wo der Zug ausgehen solle, und an Ort und Stelle auf dem Kreuzberge gesprochen werden solle.

Unter dieser Bedingung schlossen sich dann auch diejenigen Vereine dem Festzuge an, welche sich anfangs geweigert hatten, nur der constitutionelle Club that es nicht; dieser hatte bereits am Vormittage im Kemperhof auf seine eigene Hand ein schwach besuchtes Fest zu Ehren des Reichsverwesers gefeiert.

Auch die Berliner Bürgerwehr, welche fast durchgängig, theils der rein demokratischen, theils der demokratisch-constitutionellen Partei angehörte, wollte den 6. August zu einer Demonstration zu Gunsten der deutschen Einheit feiern, und hatte den Commandeur Rimpler aufgefordert, am 6. August eine große Parade zu veranstalten.

Der Major Rimpler, welcher immer zwischen den Parteien stand, war auf diesen Vorschlag eingegangen, hatte aber die Sache zu verschleppen gewußt und endlich erklärt, es sei der Vorbereitungen wegen unmöglich, eine solche Parade abzuhalten, am 8. solle dieselbe aber stattfinden; dadurch ging aber ein großer Theil der Bedeutsamkeit des Festes verloren, denn gerade am 6. wurden überall in ganz Deutschland die Feste zur Feier der Einhett gehalten.

Viele Compagnieen der Bürgerwehr beschlossen daher, die Parade am 8. gar nicht mitzumachen und dafür am demo-

kratischen Festzuge Theil zu nehmen. Der Handwerkerverein, das Künstler- und Studentencorps, so wie verschiedene Bürgerwehr-Compagnieen hielten für ihre eigene Hand schon am Morgen des 6. eine Parade auf der Schlächterwiese ab.

So kam denn der Sonntag Mittag heran und fand ganz Berlin in Bewegung. Alles, was irgend sich bewegen konnte, war auf den Straßen, theils um den Zug selbst mitzumachen, theils um ihn wenigstens mit anzusehen.

Nicht ohne Besorgniß sah man übrigens dem Festzuge entgegen. Der Teltower Bauernverein nämlich, der wegen seiner specifisch preußischen und reactionären Gesinnungen bekannt und berüchtigt war, hatte beschlossen, am 6. August ebenfalls ein Fest, aber im ganz entgegengesetzten Sinne, am Kreuzberge zu feiern. Er wollte nämlich mit schwarz und weißen Fahnen nach dem Monument ziehen und dort Lebehochs auf Preußen ausbringen.

Es ließ sich erwarten, daß beim Zusammenstoß der beiden so verschiedene Tendenzen verfolgenden Züge sich leicht tumultuarische Auftritte, vielleicht blutige Scenen ereignen könnten, deren Folgen bei der in Berlin herrschenden Aufregung augenblicklich noch gar nicht zu berechnen waren.

Die allgemein herrschende Besorgniß sollte jedoch unbegründet sein, denn es erfolgte kein Zusammenstoß. Die Teltower Bauern waren allerdings mit schwarz und weißen Fahnen nach dem Monument gezogen, aber sie hatten sich dort nur sehr kurze Zeit aufgehalten und waren schon längst wieder auf dem Wege nach ihrer Heimath, als der Berliner Zug sich dem Kreuzberge nahte.

Gegen 2 Uhr schon sammelten sich ungeheure Menschenmassen auf dem Opernplatz. Die Corporationen, Gewerke

und Clubs fanden sich mit ihren Fahnen und Gewerksinsignien in einer solchen Anzahl ein, wie man es vorher kaum geahnt hatte.

Von der Opernhaustreppe hielt der Student Voßwinkel eine kurze, aber treffliche Rede an die Versammelten, in welcher er die Bedeutung des Festes auseinandersetzte und dann ein dreimaliges Lebehoch auf die deutsche Einheit brachte, welches mit stürmischem, donnernden Jubel von der Versammlung begrüßt wurde.

Dann setzte sich der unendliche Zug in Bewegung. Er bot mit seinen zahllosen flatternden Fahnen einen prächtigen festlichen Anblick dar.

Voran ging das Studentencorps, dann kamen die Clubs, denen sich auch mehrere Züge Damen angeschlossen hatten, dann die Gewerke, die Arbeiter und die Bürgerwehr-Kompagnieen. Unter den Clubs zeichneten sich besonders zwei große rothe Fahnen aus, welche überall, wo sie sich sehen ließen, viel Amüsement erregten; die eine trug nämlich die Aufschrift „der souveraine Lindenclub", die andere „der politische Eckenclub", beide Fahnen waren von dem bekannten Berliner Volksredner Müller als eine Demonstration gegen den Polizeipräsidenten von Bardeleben angeschafft worden und von dem treuen Schwarm Derer begleitet, welche allabendlich sich unter den Linden zusammenfanden, um sich mit den Konstablern und der Bürgerwehr zu necken.

Den Schluß des Zuges machte ein Schwarm der sogenannten fliegenden Buchhändler, d. h. der Jungen, welche auf den Straßen Flugblätter feilbieten; auch diese hatten sich mit einer Standarte versehen, auf der die Vignette eines Berliner Witzblattes, die Tante Voß mit dem Besen, abgebildet war.

In der heitersten Stimmung bewegte sich unter Gesang der Zug durch die Stadt, zum Halleschen Thore hinaus nach dem Kreuzberge hin. Ueberall empfingen ihn frohe Gesichter, überall das Wehen weißer Tücher, mit denen die Frauen aus den Fenstern ihnen entgegenwinkten. Auch viele dreifarbige Fahnen waren in den Straßen zu sehen, durch welche er sich bewegte.

Etwa gegen vier Uhr langte der Zug auf dem Kreuzberge an. Es sollten nun dem Festprogramme gemäß verschiedene Reden gehalten werden, aber durch einen furchtbaren Regen (ein schlimmes Vorzeichen für die deutsche Einheit) wurde dies verhindert.

Auch die Bürgerwehrparade vom 8. August fand statt, es betheiligte sich aber kaum die Hälfte der Bürgerwehr an derselben.

18.

Der Anfang und die Mitte des Augustmonats verging für Berlin unter fortwährenden unruhigen Auftritten unter den Linden, welche sich fast allabendlich in der bereits erzählten Weise ganz gleichförmig wiederholten.

Diese kleinen Neckereien und Streitereien mit den Konstablern und der Bürgerwehr hätten an und für sich nicht sehr viel zu bedeuten gehabt, aber sie gewannen eine Bedeutung dadurch, daß sie das so leicht bewegliche Volk von Berlin in einer fortwährenden Aufregung erhielten, einer Aufregung, welche so groß war, daß selbst die so sehr gefürchtete Cholera, welche im August und den folgenden Monaten viele Hundert Opfer dahin raffte, fast ganz unbeachtet blieb.

Durch diese fast täglichen kleinen Neckereien wurde das Volk immer mehr und mehr erbittert, und dadurch vorbereitet zu einem bedauerlichen Exceß, den wir sogleich berichten werden; wir theilen nur zuvor mit, daß in den letzten Tagen des August Berlin der Schauplatz zweier großer Congresse war.

Der eine war ein Congreß von Arbeitern, welche sich in Berlin zusammengefunden hatten, um hier eine Organisation der Arbeit und eine engere Verbrüderung des gesammten Arbeiterstandes zu berathen; es ist dieser Congreß nicht von bedeutenden Folgen gewesen, weil für den Augenblick die sociale Frage durch die sich jetzt drängenden wichtigen politischen Ereignisse sehr in den Hintergrund gedrängt wurde.

Ein zweiter Congreß von größerer Bedeutung und selbst einiger Einwirkung auf die Ereignisse, welche wir sogleich beschreiben werden, war der der demokratischen Vereine der Mark Brandenburg.

Auf Grund der Beschlüsse des demokratischen Congresses in Frankfurt war von den Vereinen Berlins ein provisorischer Kreisausschuß gewählt worden, bestehend aus den Mitgliedern Streckfuß, Stein, Janson und Lange.

Der provisorische Kreisausschuß hatte behufs der Organisation der märkischen Vereine zum 20. August einen Kreiscongreß nach Berlin berufen.

Der Congreß kam zusammen und berieth in sehr ruhiger, würdiger Art die ihm vom Kreisausschuß gemachten Organisationsvorlagen, erwählte Streckfuß, Herzfeld, Schramm, Eichler und Schönemann zu Mitgliedern, und Heinrich Benary, Hochstetter, Janson, Thiele und Denzer zu Stellvertretern des neuen Kreisausschusses, und stellte das folgende Prinzip an die Spitze seiner Organisation.

§. 1.

Die Demokraten der Mark erkennen als leitenden Grundsatz ihrer politischen Thätigkeit die Durchführung der Volkssouverainetät in allen ihren Consequenzen. Sie erkennen damit zugleich die gleiche politische Berechtigung Aller, als zur Verwirklichung dieses Grundsatzes unumgänglich nothwendig.

§. 2.

Gestützt auf das unveräußerliche Recht und die Pflicht jeder Minorität, durch Wort und Schrift und unbeschränkte Vereinigung ihre Grundsätze zur Herrschaft zu bringen, werden die märkischen Demok aten ihre Thätigkeit verfolgen.

Aber auch auf die Ereignisse, welche wir jetzt erzählen werden, hatte der Congreß einen, wenn auch nicht direkten Einfluß.

In dem nahen Städtchen Charlottenburg hatte sich seit dem Anfange des August zum größten Aerger der durch und durch reactionairen Bevölkerung ein demokratischer Verein aus etwa 20 gesinnungstüchtigen Männern gebildet, welche sich trotz ihrer drohenden Umgebung nicht scheuten, freimüthig ihre Meinung auszusprechen. Schon seit der Eröffnung des Vereins hatte die reactionaire Partei beschlossen, den Verein gewaltsam auseinander zu sprengen, wie dies aus vielen Aeußerungen hervorgeht; aber erst am Sonntag wagte sie es, ihren Entschluß zur Ausführung zu bringen. Große Haufen von Bürgern und Arbeitern standen schon vom Morgen an vor dem Sitzungslokal des Vereins und empfingen alle eintretenden Demokraten mit Mißhandlungen; das war ihnen noch nicht genug, mit wüstem Geschrei zogen sie endlich vor die Häuser aller als freisinnig bekannten Männer, rissen diese aus ihren Wohnungen hervor und mißhandelten sie auf die empörendste

Weise, ohne daß die, dem ganzen abscheulichen Scandal zuschauenden Behörden der Stadt sich im Geringsten bemüht hätten, diesen Excessen ein Ende zu machen. So wurden unter andern die Gebrüder Bruno und Edgar Bauer auf das Brutalste geschlagen und der Kaufmann Jacoby lebensgefährlich verwundet.

Die Nachricht von diesen Scenen erregte in Berlin eine allgemeine Wuth und Entrüstung. Im Clubhause in der Leipziger-Straße war am Sonntag, den 20., Nachmittags, gerade der demokratische Congreß für die Mark versammelt, als die ersten bestimmten Berichte über die Ereignisse in Charlottenburg in Berlin eintrafen. Der Congreß beschloß, sofort eine Deputation an den Minister des Innern, Herrn Kühlwetter, zu senden, und diesen auf das Bestimmteste aufzufordern, daß er das Leben und Eigenthum der Charlottenburger Demokraten schütze und die strengste Untersuchung über jene Excesse einleiten lasse, widrigenfalls die Volksjustiz sich ihr Recht zu verschaffen wissen werde. Die Deputation kam mit der Nachricht zurück, daß der Minister alles Mögliche thun werde. Einer andern Deputation aus zwei Charlottenburger Bürgern bestehend, hatte Herr Kühlwetter erwidert, man solle doch einen kleinen Polizeiscandal nicht zu hoch aufnehmen! —

Der Congreß sendete nach Anhörung des Deputationsberichtes einige Mitglieder nach Charlottenburg, welche sich überzeugen sollten, ob in der That das Ministerium Maßregeln zum Schutze der bedrohten Demokraten getroffen habe, dann wurde die Sitzung gegen 10 Uhr Abends geschlossen; aber viel der Zuhörer verließen das Clubhaus noch nicht, weil sie auf die Rückkehr der nach Charlottenburg gesandten

Deputation warteten, so bildete sich dann eine neue, mit dem Congreß gar nicht mehr zusammenhängende Versammlung, zu der sich noch viele Fremde einfanden; es wurde in derselben beschlossen, am Montag gegen Abend eine große Volks-Versammlung auf dem Opernplatz zu halten.

Diese Versammlung, welche zum größten Theil aus den exaltirtesten Köpfen, aus den Anhängern der extremen demokratischen Partei bestand, hat wieder den Verdacht erregt, die beklagenswerthen Vorfälle des folgenden Tages seien von der gesammten Demokratie der Mark und zwar von dem Congreß selbst ausgegangen; dies ist aber, wie schon erwähnt, keinesweges der Fall, wenn auch einige Mitglieder jener kleinen extremen Partei nicht unbedeutende Schuld an denselben haben mögen.

Die im Clubhause zurückgebliebene Versammlung gab den deutlichsten Beweis davon ab, wie weit die politische Unvernunft in ihren Extremen gehen kann. Es wurden Vorschläge der wahnsinnigsten Art gemacht und von dem versammelten Publikum mit Bravogeschrei und Jauchzen aufgenommen.

Natürlich drehte sich die ganze Verhandlung um die Vorfälle in Charlottenburg und um diejenigen Maßregeln, welche zu ergreifen wären, um die dort beleidigten und mißhandelten Demokraten zu rächen. Man ging so weit, daß ganz im Ernst der Vorschlag gemacht wurde, die Versammlung solle im Pleno nach Charlottenburg ziehen und das ganze reactionaire Nest in Brand stecken. Dieser Vorschlag ging nun allerdings nicht durch, dagegen aber ein anderer, wonach Edgar Bauer beauftragt wurde, ein Plakat zu entwerfen, um die Bevölkerung Berlins von den Missethaten der Charlottenbur-

ger zu benachrichtigen. Dies Plakat erschien denn auch am folgenden Tage an den Straßenecken mit der Unterzeichnung des demokratischen Clubs, obgleich der Club selbst davon vorher nicht ein Wort gewußt hatte. Es war eine Bekanntmachung, so feuerschnaubend, so aufregend wie nur möglich, ganz in dem Sinne der Versammlung vom vorigen Abend abgefaßt.

Außerdem wurde, wie schon erwähnt, der Beschluß gefaßt, am folgenden Tage eine Volks-Versammlung auf dem Opernplatz zu halten.

Dieser Beschluß wurde denn auch zur Ausführung gebracht. Am Montag Nachmittag schon sammelten sich nach und nach Tausende von Menschen auf dem Opernplatze, welche ruhig dort blieben und auf Redner warteten. Endlich, gegen 7 Uhr, trat ein junger Mann auf die Treppe des Opernhauses und hielt eine donnernde Rede gegen die Reaction, welche in Preußen sich in letzter Zeit so mächtig gezeigt habe. Andere Redner folgten ihm, unter ihnen auch der bekannte Deutschkatholik Dowiat, der in einer feurigen, begeisternden Rede die Massen aufforderte, vor die Häuser der Minister zu ziehen, um diese zur Abdankung zu zwingen. Jubelnd folgte die Menge und zog nun die Linden entlang vor das Hotel des Ministers Kühlwetter. Die erleuchteten Fenster des Hauses wurden bei dem Nahen des Volkes plötzlich dunkel, die Thore wurden verschlossen; aber das nützte natürlich nichts, denn bald mußten sie den Stößen der Andrängenden weichen. Schon wollte das Volk in das Haus dringen, als von den Fenstern aus sich eine dünne Stimme, die des Herrn von Hasenkamp, vernehmen ließ, welche auf Ehre versicherte, der Minister sei nicht zu Hause! —

Die Menge glaubte dieser Versicherung indessen nicht, sie

sendete eine Deputation in das Haus, welche alle Zimmer durchsuchte und in der That den Minister nicht fand.

Von dem Hotel des Ministers Kühlwetter wälzte sich der Menschenstrom nach dem des Justizministers Märker, welches nicht weit davon, in der Wilhelmsstraße, gerade dem Palais des Minister-Präsidenten gegenüber, gelegen ist. Eine Deputation, an deren Spitze Dowiat stand, wurde zum Justiz-Minister geschickt und von diesem empfangen; sie forderte die Abdankung des Ministeriums, die Freigebung der wegen politischer Vergehen Gefangenen, sofortige Einführung der Geschworenen-Gerichte und Entlassung der Konstabler; der Minister gab ausweichende Antworten.

Das Volk hatte sich während dieser Zeit vor dem Hause ganz ruhig verhalten, indem es auf die Rückkehr seiner Deputirten wartete; aber plötzlich veränderte sich die Scene, denn ein Haufen Konstabler drang mit scharfen Hirschfängerhieben auf die wehrlose Masse ein. Jetzt erhob sich ein allgemeines Wuthgeschrei, in einem Augenblick waren die eisernen Gitter vor dem Hause des Ministers Märker niedergerissen, die Laternen wurden umgebrochen, das herausströmende Gas wurde angezündet und bildete eine weitleuchtende Feuersäule, das Steinpflaster ward aufgerissen. Unzählige Steine flogen in die Fenster des Minister-Präsidenten und die Thüren des Hotels wurden zertrümmert.

Oben in den Zimmern des Herrn v. Auerswald gab es eigenthümliche Scenen; es war dort eine glänzende Gesellschaft versammelt, welche durch die Steine, die in die Zimmer flogen, höchst unangenehm gestört wurde und vor den hereinfliegenden Geschossen hinter den Fensterpfeilern Schutz uchen mußte. Andere, Herren und Damen, stürzten in eili-

ger Flucht nach dem Garten, wo ein Deputirter der äußersten Rechten vollen Laufes in ein Wasserbassin rannte, in welchem er beinahe ertrunken wäre.

Von dem Ministerhotel, in welchem im wörtlichsten Sinne keine Scheibe ganz blieb, floh das Volk nach den Linden. Hier riß es mit Riesenkraft aus den steinernen Pfeilern des Geländers die eisernen Stangen heraus, um sie zu einer vereinzelten Barrikade zu benutzen, welche indessen sehr bald verlassen wurde, als auf das Signalhorn die Bürgerwehr sich versammelte. Auch in der Friedrichsstraße an der Behrenstraßen-Ecke wurde eine Barrikade erbaut, aber ebenso wenig vertheidigt. Gegen 1 Uhr in der Nacht war die Stadt wieder ruhig.

Die Bürgerwehr benahm sich leider bei ihrem Einschreiten wieder in einer Art, welche den schon zwischen ihr und dem Volke seit den Lindenunruhen bestehenden Riß noch vergrößern mußte. Die rohe und brutale Weise, mit der sie überall das Volk auseinander trieb und zum Theil sogar einzelne ruhig gehende Leute anfiel, ist kaum zu beschreiben.

Geblieben ist bei dem kurzen Kampfe Niemand, wohl aber sind gegen 20 Konstabler und mehrere Bürgerwehrmänner durch Steinwürfe mehr oder weniger schwer verwundet worden. Vom Volke sind ebenfalls viele Verwundungen zu beklagen. Auch einige Schüsse fielen, aber ohne Folgen; ob aus den Reihen der Konstabler, ob aus Reihen des Volks, ist noch nicht bekannt.

Am Dienstag zeigte sich schon am frühen Morgen ein unruhiges Leben auf den Straßen. Ueberall bemerkte man Menschenknäuel, welche zusammenstanden, um sich über die Vorfälle des vergangenen Abends zu unterhalten, besonders

zahlreich durchwogten die Volksmassen die Wilhelmsstraße und die Linden, den Schauplatz der gestrigen Ereignisse, welche ein Bild der vollständigsten Zerstörung darboten.

Die Straßenecken waren von einer Masse von Plakaten bedeckt; aber besonders zeichnete sich eins des demokratischen Clubs aus, welches von Edgar Bauer, dem Führer der extremen demokratischen Partei, verfaßt war, es forderte in den aufregendsten Worten die Abdankung der Minister; dagegen hatte denn auch die Behörde eine Reihe versöhnlicher Anschläge gemacht, welche indessen nicht vermochten, die herrschende Aufregung auch nur einigermaßen zu vermindern, im Gegentheil wuchs dieselbe, als ein Gesetzvorschlag bekannt wurde, welchen die Minister in Folge des Angriffs auf das Ministerhotel der Nationalversammlung vorgelegt hatten. Es heißt in diesem Gesetzentwurf:

§. 1. Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen nur nach einer bei der Ortspolizei-Behörde 24 Stunden vorher zu machenden Anzeige, welche Namen und Wohnort des Anordners, so wie Zeit und Ort der Versammlung enthalten muß, stattfinden.

§. 2. Zu Volksversammlungen und öffentlichen Aufzügen auf öffentlichen Plätzen und Straßen bedarf es der vorgängigen Genehmigung der Ortspolizei-Behörde.

§. 3. Die Ortspolizei-Behörde ist befugt, eine Volksversammlung oder einen Aufzug wegen dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu verbieten, zu verhindern und aufzulösen.

Außerdem enthielt dies Gesetz strenge Bestimmungen über entstehende Tumulte.

Es konnte nicht fehlen, daß dies Gesetz, welches mit sei-

ner unklaren und jesuitischen Fassung das Recht der freien Versammlung untergrub, die Volks-Versammlungen ganz der Polizei-Willkür preisgab, wieder eine neue Aufregung in Berlin hervorbrachte, und zwar diesmal nicht allein bei den Arbeitern und exaltirten Demokraten, sondern selbst bei den ruhigen, aber demokratisch gesinnten Bürgern.

In vielen hundert Abschriften cursirte die Gesetzes-Vorlage sofort in Berlin, und überall entstand die Frage, was zu thun sei, um die angedrohte neue Beschränkung der Freiheit abzuwenden.

Im Clubhause in der Leipziger-Straße fand sich gegen Mittag eine Versammlung der Comitee-Mitglieder der meisten demokratischen Clubs von Berlin zusammen. Hier wurde denn auf die Veranlassung von Mai, Streckfuß und Anderen eine Volks-Versammlung unter den Zelten für denselben Abend beschlossen und dieser Beschluß sofort durch ein Straßen-Plakat veröffentlicht, welches die Unterschrift fast aller Berliner Clubs und des Central- und Kreis-Ausschusses trug.

Mit gewaltiger Spannung sah man dem Abend entgegen. Die Straßenecken Berlins waren mit Bekanntmachungen bedeckt, vor deren jeder ein Menschenhäuflein stand. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde eine Proclamation des Polizei-Präsidiums gelesen, welche mittheilte, daß von den Aufrührern in Charlottenburg, welche sich bei der Mißhandlung der Demokraten betheiligt hatten, bereits sechszehn zu gefängli-cher Haft gebracht worden seien. Neben diesem Plakat erregte ein anderes vom demokratischen Club an die Bürgerwehrmänner gerichtetes große Aufmerksamkeit. Die Bürgerwehr wurde darin mit beredten Worten aufgefordert, über die Freiheiten des Volkes, welche die Regierung bedrohte, zu

wachen; zugleich theilte es die allgemeine Entrüstung erregende Nachricht mit, daß die sechszehn Verhafteten in Charlottenburg von den Behörden aus Furcht vor den Drohungen ihrer Mitschuldigen wieder entlassen worden seien.

Gegen 7 Uhr Abends begann die Volks-Versammlung, zu der sich etwa 8—10,000 Menschen eingefunden hatten. Es war die beste Volks-Versammlung, welche bisher noch in Berlin gehalten ist, man hat so vortreffliche Reden noch nicht unter den Zelten gehört. Es sprachen Herzfeld, Eichler, Dowiat, Streckfuß, Ottensoser und Mai. Jeder der einzelnen Redner sprach gut, unter allen aber leuchteten Dowiat und Mai durch glänzende Vorträge hervor. Jeder Redner faßte den Gegenstand der Debatte von einer verschiedenen Seite auf, aber alle zeigten dem Volke, daß die preußische Regierung seit dem 18. März ein vollendetes System der Reaction befolgt, daß sie die an jenem Tage errungenen Freiheiten langsam, aber sicher vorwärtsschreitend, nach und nach untergraben habe. Einer Beschränkung der Freiheit sei immer eine andere gefolgt und das Volk habe dies zu seiner Schmach gelitten. Jetzt sei es Zeit, zu handeln! — Noch ein Mal müsse man den Weg des Gesetzes gehen, noch ein Mal es versuchen, ob es möglich sei, durch eine Petition an die National-Versammlung die angedrohten Beschränkungen abzuwenden, gelinge dies aber nicht, nehme die servile Majorität den ministeriellen Gesetz-Entwurf, der das Recht der freien Volks-Versammlung nicht nur beschränke, sondern völlig illusorisch mache, an, dann sei es die Pflicht des Volkes, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten und seine blutig errungenen, aber schon halb und halb ihm entrissenen Freiheiten sich wieder zu erkämpfen.

Mit furchtbarem, glühenden Enthusiasmus sprachen die Redner, mit dem gleichen Gefühl nahm das Volk die Reden auf, und der wilde Ausruf: „Nieder mit den Ministern, den Unterdrückern!" wurde mehr denn einmal aus der Menge hörbar; aber die Begeisterung erreichte ihren höchsten Grad, als zuletzt Mai mit feurigen Worten die Versammlung aufforderte, laut zu schwören, daß sie entschlossen sei, mit Gut und Blut, mit Leib und Leben die Freiheit zu wahren. — Da erhoben sich die Tausende von Händen gen Himmel und weithin schallte der laute Schwur! —

Nach 9 Uhr trennte sich die Versammlung und ging still zu dem Thore hinein nach der Stadt, wo sich unter den Linden wieder dichte Haufen bildeten, die im leisen Gespräch die Tagesfragen erläuterten. Oft hörte man dort die Frage: Also heute noch nicht? — Nein, übermorgen! war die ernste Antwort, und dann trennten sich die Massen, um sich immer wieder neu zu vereinigen; nach und nach indessen verliefen sie sich und gegen 11 Uhr war es bereits wieder ganz still auf den Straßen. — Es herrschte eine Ruhe, wie sonst selten in Berlin, denn das Volk bereitete sich auf einen ernsten Kampf vor, falls das Ministerium mit seiner Gesetzvorlage in der Nationalversammlung durchdringen würde. Am Freitag sollte, wie es hieß, diese Vorlage berathen werden, bis dahin also mußte die größte Ruhe herrschen.

Aber auch am Freitag wurde die Berathung über das Gesetz vertagt, es ist dasselbe den Weg durch die Abtheilungen gegangen, in denen es denn auch richtig stecken geblieben ist. Blutige Auftritte sind dadurch jedenfalls dem Volke von Berlin erspart worden.

Die Aufregung, welche in Folge der oben erzählten Vor-

fälle in Berlin herrschte, war indessen durch die Vertagung der Berathung über das Gesetz noch nicht völlig beschwichtigt, sie sollte sich später noch auf verschiedene Art Luft machen, und wurde besonders genährt durch eine Unzahl willkürlicher Verhaftungen, welche von den Behörden in den nächsten Tagen vorgenommen wurden.

Ottensoser und Mai wurden ohne Anklage in die Stadtvoigtei gebracht, auf Edgar Bauer, Karbe und Dowiat fahndete man, und Letzterer wurde, obgleich er allnächtlich seine Wohnung wechselte, auch richtig in einer Restauration eingefangen. Die Untersuchung wurde gegen ihn eingeleitet und er in Folge derselben zu einer mehrjährigen Festungshaft verurtheilt.

Die übrigen Volksmänner, welche verhaftet werden sollten, wußten sich ihrer Verhaftung theils durch einen kurzen Aufenthalt außerhalb Berlins, theils dadurch zu entziehen, daß sie sich versteckt hielten und nur dann öffentlich zeigten, wenn sie durch eine große Volksmasse vor jedem Angriff der Polizei geschützt waren. So ging namentlich der alte Karbe nicht aus, ohne eine solche Bedeckung bei sich zu haben. Edgar Bauer verdankte seine Freiheit nur einem Mißverständniß, indem nämlich ein Freund sich statt seiner verhaften ließ.

Die Polizei begann jetzt eine ungeheure Thätigkeit und zwar ganz im Style des alten absolutistischen Polizeistaates zu entwickeln. Die Schutzmänner oder Konstabler bekamen geheime Instructionen, welche sie zu vollständigen Polizeispionen machten; aber es befanden sich einige demokratische Elemente unter ihnen und so blieben denn diese Instructionen nicht geheim, sondern wurden durch Held's Locomotive veröffentlicht. Die Behörden wurden hierdurch einigermaßen in

Verlegenheit gesetzt, aber sie griffen zu einem jesuitischen Auskunftsmittel. Der Oberst Kaiser gab sich zum Werkzeug her. Es hieß, diese geheimen Instructionen seien von dem Konstabler-Obersten eigenmächtig erlassen worden, und dieser mußte daher den Abschied nehmen, um durch einen bisherigen Bürgerwehrmajor, Herrn Heitz, der als Major seine Brauchbarkeit zum Konstabler früher bereits bewiesen hatte, ersetzt zu werden.

19.

Nur wenige Tage nach dem Scandal vor dem Minister-Hotel vergingen in einiger Ruhe, denn kaum hatte sich die Aufregung über den Gesetz-Entwurf zur Einschränkung der Volksversammlungen einigermaßen gelegt, als das Ministerium abermals die Anregung zu neuen Unruhen gab.

In Folge einer Metzelei, welche eine Compagnie Infanterie unter der Bürgerwehr in Schweidnitz angerichtet hatte, war von dem Abgeordneten Stein in der Nationalversammlung am 9. August der nachstehende Antrag gestellt worden:

„Der Herr Kriegsminister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Offiziere allen reactionairen Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Konflikte jeder Art mit dem Civil vermeiden, sondern auch durch Annäherung an die Bürger und Vereinigung mit denselben zeigen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines constitutionellen Rechts-Zustandes mitarbeiten wollen."

Der Abgeordnete Schulz-Wanzleben hatte dazu das Amendement gestellt:

„und es denjenigen Offizieren, mit deren politischen Ueber-

zeugungen dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht zu machen, aus der Armee auszutreten."

Antrag und Amendement waren in der Sitzung vom 9. August trotz des lebhaftesten Widerspruchs der Rechten (das Amendement aber nur mit Majorität einer Stimme) angenommen worden.

Das erregte großen Jubel unter dem Volk von Berlin, welches in dem Annehmen des Antrags einen wesentlichen Fortschritt der Nationalversammlung begrüßte.

Aber diese Freude wurde bald getrübt, denn Woche auf Woche verging, ohne daß das Kriegsministerium den von der Nationalversammlung gewünschten Erlaß an die Armee ins Werk setzte. Da erschien plötzlich am 4. September ein Schreiben des Staatsministeriums an den Präsidenten der Nationalversammlung, in welchem es unter Anderm hieß:

Allgemeine Erlasse, wie dieser, sind nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung nicht entsprechend dem Geiste und dem Wesen einer Armee. Sie sind geeignet, an die Stelle des vertrauensvollen Gehorsams, womit der Offizier und Soldat — Jeder auf seinem Standpunkt — die Befehle seiner Obern auszuführen hat, den Geist des Mißtrauens zu setzen, welcher Disciplin und Ordnung und den ganzen Werth der Armee mit der Zeit untergraben würde. Wir glauben daher, daß ein solcher Erlaß an die Armee von verderblichen Folgen sein werde, und halten es für nothwendig, daß dem Kriegsminister, in Rücksicht auf die schwere persönliche Verantwortlichkeit, welche er, wie jedes Mitglied des Staatsministeriums, für seine Amtshandlungen übernommen hat, die Wahl der Mittel, um den von der Nationalversammlung erstrebten Zweck zu erreichen, überlassen bleibe, indem derselbe

nur so im Stande ist, mit Erfolg auf das Resultat hinzuwirken, welches er mit der National-Versammlung als das Ziel seines Strebens anerkennt, und dessen Erreichung er mit aller Energie zu sichern aufrichtig entschlossen ist."

Also eine vollständige Weigerung des Ministeriums, den Wunsch der National-Versammlung zu erfüllen, ein Bruch mit derselben. Jetzt mußte die National-Versammlung zeigen, ob sie consequent zu sein vermöchte.

Der Abgeordnete Stein begründete auf das Schreiben des Ministeriums den folgenden Antrag:

„Die National-Versammlung wolle beschließen, daß es die dringendste Pflicht des hohen Staatsministeriums sei, denjenigen Erlaß, welchen die National-Versammlung am 9. Aug. in der 37sten Sitzung beschlossen hat, ohne Weiteres zur Beruhigung des Landes und zur Erhaltung des Vertrauens, wie zur Vermeidung eines Bruches mit der National-Versammlung, ergehen zu lassen."

Eine stürmische Debatte erhob sich über diesen Antrag, alle Redner der Linken forderten mit Energie den Erlaß und Waldeck sprach dabei die berühmten Worte, welche einen stürmischen Jubelruf erregten.

„Ich sage Ihnen, mit Ehren können wir hier nicht eine Minute länger sitzen bleiben, wenn es nicht geschieht. Was bedarf es noch der Ueberlegung?" —

Auf Antrag Unruh's wurde die Sache jedoch nicht in der Sitzung vom 4. September erledigt, sondern auf den 7. September vertagt, da es sich bei diesem Antrag nicht nur um den Sturz eines Ministeriums, sondern um einen Zwiespalt innerhalb der Versammlung handle, und da deshalb

eine reifliche Ueberlegung des hochwichtigen Gegenstandes dringend nothwendig sei.

Unruh hatte sehr Recht, es handelte sich sogar um noch mehr, um einen Zwiespalt zwischen der National-Versammlung und der Krone!

Die Weigerung des Ministeriums Auerswald, den Stein-Schulze'schen Antrag auszuführen, hatte plötzlich wieder neuen Zündstoff in das schon gährende Berlin geworfen und eine Aufregung hervorgebracht, wie sie seit der Revolution in der Residenz noch kaum geherrscht hatte.

Die Tage zwischen dem 4. und 7. September vergingen in banger Spannung. Alle politischen Clubs, selbst die Bezirksvereine und die Bürgerwehrcompagnieen, beschäftigten sich während dieser Zeit fast nur mit der Frage, was zu thun sei, wenn am 7. die National-Versammlung entweder inconsequent genug sei, nicht auf den Beschlüssen des 9. August zu bestehen, und dies befürchtete das Volk von Berlin, oder wenn das Ministerium Auerswald-Hansemann, welches jetzt bei allen Parteien gleich verhaßt war, die Schamlosigkeit haben sollte, trotz eines erneuerten Beschlusses der National-Versammlung sich der Ausführung desselben zu widersetzen und doch auf seinem Posten zu verharren.

Der größere Theil der Berliner Bevölkerung war fest entschlossen, dem Kampf zwischen den Ministern und der National-Versammlung nicht ruhig zuzusehen, und falls das Ministerium die Armee zu Hülfe rufen sollte, den Kampf aufzunehmen. Ueberall in der ganzen Stadt rüstete man sich, es wurde Munition angeschafft, Kugeln wurden gegossen, Alles war zum Kampfe vorbereitet.

Auch die Bürgerwehr war von gleichem Geiste beseelt,

sie war fest entschlossen, die National-Versammlung gegen Uebergriffe der Regierung zu schützen; aber sie fühlte es schmerzlich, daß sie zu ihrem Kommandeur einen Mann hatte, der (besonders in neuerer Zeit durch viele zweideutige Maßregeln, sein Benehmen bei der deutschen Parade, den späteren Konstabler-Unruhen u. s. w.) das Vertrauen der Bürgerwehrmänner verloren hatte. Zahlreiche Mißtrauens-Adressen gingen daher an Herrn Rimpler ein.

Der Kommandeur der Bürgerwehr fühlte es wohl, daß er das Vertrauen der meisten Compagnieen verloren habe, und er versuchte es deshalb, sich dasselbe wieder zu gewinnen, ohne indessen mit der Regierung vollständig zu brechen, indem er die folgende höchst zweideutige Adresse in den Bezirken zur Unterschrift herumgab:

Hohe National-Versammlung!

Das Staatsministerium hat in der Sitzung vom 2. d. M. verweigert, einen Beschluß, welchen eine hohe National-Versammlung bereits am 9. August in Betreff eines Erlasses an die Offiziere der Armee gefaßt hat, auszuführen. Mit gerechtem Erstaunen und Bedauern haben wir diese Weigerung vernommen. Die Abgeordneten sind die einzigen und alleinigen Vertreter des Volkes. Wir können dem Ministerium nimmermehr das Recht zugestehen, dem Willen des Volkes entgegen zu treten. Wir erklären daher, daß wir durch die in der Sitzung vom 2. d. M. ausgesprochene Weigerung des Ministeriums die Ehre und Würde der National-Versammlung für bedroht erachten und dieselbe in ihren Beschlüssen mit allen unsern Kräften beschützen und aufrecht erhalten werden.

Berlin, den 5. September 1848.

Diese Adresse fand sehr zahlreiche Unterzeichnungen, denn die Wehrmänner glaubten fast sämmtlich, sie bezöge sich lediglich auf den Beschluß vom 9. August, den sie mit aller Kraft aufrecht zu erhalten entschlossen wären. Erst bei näherer Ueberlegung sahen sie das Zweideutige der Adresse ein und beeilten sich nun durch zahlreiche Deputationen der in Mylius Hotel allabendlich versammelten Linken ihre wahre Meinung auszusprechen und ihr zu versichern, daß sie sich bei allen ihren Schritten auf das Volk von Berlin, wie auf die Bürgerwehr verlassen könne.

Auch die Deputirten der Linken hatten den Stein'schen Antrag zu einer Lebensfrage gemacht. Sie waren sämmtlich fest entschlossen, aus der National-Versammlung auszutreten, falls diese inconsequent und servil genug sein sollte, dem Ministerium zum Gefallen von ihrem einmal gefaßten Beschluß abzugehen. Nur wenn der Stein'sche Antrag angenommen wurde, wollten sie länger Mitglieder der Versammlung bleiben.

Alle Straßenecken waren an jenem Tage mit Plakaten der verschiedenen politischen und Bezirksvereine bedeckt, welche fast alle nur einen Geist athmeten, den, daß das Volk fest entschlossen sei, bei einem Conflict zwischen Regierung und National-Versammlung auf Seiten der letzteren zu stehen und für dieselbe Gut und Blut zu opfern.

So kam der berühmte 7. September heran. Schon von früh gegen 8 Uhr an zeigte sich vor der Singakademie ein reges Leben. Vielfache Menschengruppen standen rings um das Gebäude; aber sie standen ruhig zusammen und unterhielten sich nur leise flüsternd miteinander, um jeden Schein einer unruhigen Bewegung zu vermeiden. Die Versammlung sollte frei und ungestört berathen.

Die Sitzung begann. Die Tribünen des Sitzungssaales waren von Zuhörern überfüllt, welche den Verhandlungen mit höchster Spannung zuhorchten. Der Andrang nach Billets war an jenem Tage so ungeheuer, daß die Eintrittskarten, welche sonst die damit Handel treibenden Arbeiter für etwa 10 Silbergroschen auszubieten pflegten, an jenem Tage mit 3 bis 5 Thalern bezahlt wurden.

Die vor dem Sitzungslokal stehenden Volksgruppen vergrößerten sich mit jeder Minute, immer dichter wurden die Massen, sie füllten bald den ganzen Kastanienwald aus und drängten sich bis in die Korridore der Singakademie selbst, schon am Nachmittage standen viele Tausende dicht gedrängt vor dem Gebäude; aber trotz der großen Menschenmenge hörte man kaum ein Geräusch, höchstens ein leises Summen, entstanden durch das Flüstern der Tausende.

Zwischen den vielen an einander gedrängten Gruppen liefen eine Menge von fliegenden Buchhändlern umher, welche mit leiser Stimme Flugblätter und Karrikaturen ausboten, von denen besonders eine charakteristisch war, sie stellte nämlich die sieben Minister aufgehängt dar, neben denen noch ein leerer Pfahl stand. — So viel aber auch über diesen, wie über andere ähnliche Berliner Witze gelacht wurde, so geschah dies doch immer so leise als möglich, damit die Vertreter des Volks bei ihrer wichtigen Berathung durch kein Geräusch gestört würden.

Der gütige Leser ersieht aus dieser wahrheitsgemäßen Schilderung der Vorfälle vom 7. September, wie wenig von einem äußerlichen Zwang gegen die Mitglieder der National-Versammlung damals die Rede sein konnte; aber dennoch hat es die reactionaire Presse, und zwar besonders deren Haupt-

organ, die „Neue Preußische", sogenannte „Kreuz-Zeitung", gewagt, die schöne und würdige Haltung des Volks an jenem Tage durch schändliche Verläumdungen zu verunglimpfen, indem sie behauptete, Mörderbanden mit Dolchen und Stricken hätten unter stetem Scandal das Sitzungslokal der Nationalversammlung umstanden und die Deputirten der Centren durch furchtbare Drohungen vermocht, für den Stein'schen Antrag zu stimmen; die Abstimmung wäre eine erzwungene und daher ungültig gewesen.

Tausende von Zeugen, dem achtbarsten Bürgerstande angehörig, denn dieser bildete gerade die Gruppen vor der Nationalversammlung, können das Lügenhafte dieser Behauptungen genugsam beweisen.

Während so das Volk ruhig, aber in der gespanntesten Erwartung der Beschlüsse seiner Vertreter harrte, waren im Innern der Versammlung heftige Debatten.

Der Ministerpräsident v. Auerswald bestritt unter dem lauten Bravo der stets servilen Rechten, der stets bereitwilligen Dienerin jedes Ministeriums, der Versammlung das Recht, sich in Verwaltungsmaßregeln zu mischen, welche lediglich der Executivgewalt anheim fielen.

Es wurden nun von Seiten der Centren Versuche gemacht, die Ehre der Nationalversammlung aufrecht zu erhalten und doch nicht ganz mit der Regierung zu brechen, indem nämlich durch zwei Amendements die scharfe Form des Stein'schen Antrags beseitigt und diesem dadurch die Spitze abgebrochen werden sollte.

Das Amendement des Centrums war von Unruh gestellt; es lautete folgendermaßen:

Die hohe Versammlung wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Beschlüsse vom 9. August keine Erforschung der Gesinnung, keinen Gewissenszwang, sondern nur die im constitutionellen Staate nothwendige Uebereinstimmung zwischen Volk und Heer herbeizuführen, so wie fernere Konflikte zwischen den Bürgern, welche zum Heere, und denen, welche zum Civilstande gehören, zu vermeiden bezwecken, erklärt die Versammlung:

daß das Ministerium das Vertrauen des Landes nicht besitzt, wenn es ferner Anstand nimmt, einen jenem Sinne der Beschlüsse vom 9. August entsprechenden Erlaß an das Heer ergehen zu lassen."

Dies Amendement von Unruh war deshalb um so gefährlicher für die Linke, weil es scheinbar vollkommen mit dem Stein'schen Antrag übereinstimmte, aber dennoch vom Ministerium nur einen Erlaß im Sinne der Beschlüsse des 9. August, nicht deren wortgetreue Ausführung forderte.

Aber dieser Vermittlungsversuch des Centrums scheiterte an der Festigkeit der Linken, welche mit Consequenz bei dem Stein-Schulze'schen Antrag verblieb, während auch die Rechte dem Unruh'schen Amendement nicht beistimmte, sondern ein von Tamnan eingebrachtes ministerielles Amendement unterstützte.

Das Unruh'sche Amendement wurde mit 320 gegen 38 Stimmen verworfen und der Stein'sche Antrag mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen.

Ein gewaltiger Sieg der Linken, der der Grund zur spätern Auflösung der Nationalversammlung sein sollte. Er war der erste Schritt eines offenen Widerstandes der Nationalversammlung gegen die Regierung.

Während in der Singakademie die Abgeordneten sich beriethen und trotz der drückenden, fast erstickenden Hitze, welche

im Saale herrschte, unwandelbar auf ihren Sitzen blieben, indem sie einen auf Vertagung gestellten Antrag zurückwiesen, blieb das vor dem Sitzungslokal zu Tausenden versammelte Volk eben so unerschütterlich stehen.

Mit der gespanntesten Erwartung harrte es auf den Ausgang der Berathung. Als die Amendements von Tamnau und Unruh verworfen worden waren, da erreichte die Spannung ihren höchsten Grad. Endlich trat Jemand aus der Singakademie hervor und theilte dem Volke mit, daß der Stein'sche Antrag angenommen sei; da erhob sich ein ungeheurer stürmischer Jubel, ein Hurrah- und Bravogeschrei ohne Gleichen.

Die Abgeordneten schickten sich jetzt an, den Sitzungssaal zu verlassen; aber die Herren von der Rechten glaubten nicht, dies ungefährdet thun zu können, sie veranlaßten daher einen Abgeordneten der linken Seite, zum Volke zu sprechen. Dies geschah auch wirklich, und das Volk versprach, die pflichtvergessenen Volksvertreter ruhig ziehen zu lassen.

Die dichten Massen ordneten sich schnell zu einer Chaine, durch welche die Minister und die Abgeordneten der National-Versammlung ziehen mußten. Die Minister und die Herren der Rechten wurden, wo sie erschienen, mit einem halbunterdrückten Zischen und Pfeifen empfangen, sonst aber ließ sie das Volk ruhig vorbei passiren, ohne ihnen das Geringste zu Leide zu thun. Große Heiterkeit erregte es, als einer der fliegenden Buchhändler dem Herrn Hansemann die oben erwähnte Karrikatur der aufgehängten Minister anbot, welche Herr Hansemann kaufte und mit sauersüßem Lächeln betrachtete. Ueberhaupt schien, ihren Mienen nach zu urtheilen, die Stimmung der Minister keine besonders glückliche zu sein.

Jetzt erschienen die Abgeordneten der linken Seite, da brach ein unendlicher Jubel aus. „Waldeck hoch!" „Stein soll leben!" so ertönte es überall, wo die Gefeierten sich nur sehen ließen. Einen ganz ähnlichen Empfang hatten alle Deputirte der Linken, unendlicher Jubelruf begleitete sie bei allen ihren Schritten.

Die ganze Menschenmenge drängte sich den Volksmännern nach, und als nun Stein am Opernplatze in eine Droschke steigen wollte, um nach seiner Wohnung zu fahren, da spannte das enthusiasmirte Volk die Pferde aus und zog den Gefeierten durch die Straßen unter fortwährendem Jubelgeschrei.

Ganz Berlin war an jenem Tage von Glück und Freude berauscht, alle Straßen wimmelten von frohen Menschen, welche sich gegenseitig beglückwünschten über den Sieg der Linken und den aus demselben unfehlbar hervorgehenden Sturz des allgemein gehaßten Ministeriums Auerswald-Hansemann. Man sah fast allgemein in diesem Ereigniß den Beginn einer neueren besseren Zeit, eines besseren volksthümlicheren Wirkens der National-Versammlung, und die wenigen Stimmen, welche vor zu frühem Jubel warnten, verhallten ungehört.

Den Deputirten der linken Seite wurde vor Mylius Hotel, ihrem gewöhnlichen Sammelplatz, ein Ständchen gebracht, ebenso erhielt auch Stein eine ähnliche Ehrenbezeugung in der Weinhandlung von Hippel, wo er am Abend war.

20.

Die folgenden Tage verlebte das Volk von Berlin in großer Spannung. Die Ministerkrisis war es, welche in jener Zeit alle Gemüther beschäftigte.

Die sonderbarsten und zum Theil vollständig unbegründeten Gerüchte durchliefen von Stunde zu Stunde die Stadt. Man hatte erfahren, daß das Ministerium seine Entlassung eingegeben, der König aber sich die Entschließung vorbehalten hatte. Grabow war zum Könige berufen worden, auch Beckerath aus Frankfurt, und man glaubte daher, daß einem dieser beiden Männer die Bildung des neuen Ministeriums übertragen werden würde. Andererseits sprach man von einem Ministerium Waldeck, weil man es wünschte; besonders waren es die demokratischen Clubs, welche für dasselbe wirkten und es als das einzige zeitgemäße, ja mögliche Ministerium hinstellten.

Erst am 11. September fand wieder eine Sitzung der National-Versammlung statt, nachdem die Sitzung am 8. auf das folgende Schreiben des Minister-Präsidenten sofort geschlossen worden war:

„Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich, die ganz ergebenste Anzeige zu machen, daß das Staatsministerium sich in dem Falle befindet, Sr. Majestät dem Könige über die Resultate der in der gestrigen Sitzung der National-Versammlung erfolgten Abstimmungen seine Entschlüsse mitzutheilen.

Das Ministerium ist dadurch verhindert, der heutigen

Versammlung beizuwohnen, und stellt Ew. Hochwohlgeboren ergebenst anheim, die Sitzung zu vertagen.

Berlin, den 8. September 1848.

Der Minister-Präsident v. Auerswald.

An

den Präsidenten der National-Versammlung,

Herrn Grabow,

Hochwohlgeboren.

Die Sitzung am 11. September begann gegen 11½ Uhr. Die Minister waren sämmtlich erschienen und sahen sehr heiter aus, sie unterhielten sich angelegentlichst mit verschiedenen Abgeordneten der rechten Seite, denen sie wichtige Neuigkeiten mitzutheilen schienen.

Nach kurzen Formalien, der Bewilligung einiger Urlaubsgesuche, erhielt der Ministerpräsident das Wort; er theilte der Versammlung mit, daß das Ministerium sein Entlassungsgesuch beim Könige, wie folgt, begründet habe:

Ew. Königl. Majestät haben wir bereits die ehrerbietige Bitte um Entbindung von den uns anvertrauten Aemtern vorgetragen. Indem wir dieses Gesuch hierdurch ehrfurchtsvoll wiederholen, erlauben wir uns, zur Begründung desselben Folgendes anzuführen:

Unserer Ansicht nach muß das von uns vertretene und in der Sitzung der National-Versammlung vom 7. d. M. vertheidigte Prinzip, daß derselben die Festsetzung von Verwaltungsmaßregeln nicht zustehe, aufrecht erhalten werden, weil ohne dasselbe die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Wir glauben aber, aus dem in jener Sitzung gefaßten Beschlusse der National-Versammlung einen Mangel an Vertrauen zu unseren Personen folgern zu müssen, welcher

es uns in hohem Grade schwierig machen würde, jenes Prinzip aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde bitten wir Ew. Königl. Majestät ehrfurchtsvoll, uns die nachgesuchte Dienstentlassung allergnädigst ertheilen zu wollen."

Der König habe darauf erklärt:

„Ich bin mit der in Ihrem Bericht vom 9. d. M. ausgesprochenen Ansicht einverstanden, daß ohne Aufrechthaltung des darin aufgestellten Prinzips die constitutionelle Monarchie nicht bestehen kann. Gleichwohl werde Ich Ihnen aus dem von Ihnen angeführten Grunde die nachgesuchte Dienstentlassung ertheilen. Bis zur Bildung eines neuen Ministeriums haben Sie Ihre Geschäfte fortzuführen."

Ferner theilte der Ministerpräsident mit, daß Herr von Beckerath zum Könige berufen worden sei, und bat die Versammlung, ihre Sitzungen auf einige Zeit auszusetzen.

Diese Mittheilung erregte eine tiefe Sensation in der Versammlung. Der König hatte es geradezu ausgesprochen, daß er den Beschluß der National-Versammlung für inconstitutionell halte. Die National-Versammlung konnte, ohne sich zu entehren, diesen Beschluß nicht zurücknehmen, es schien also offenbar, daß ein Bruch zwischen der Versammlung und der Krone stattfinden müsse.

Auch die in Aussicht gestellte Ernennung eines Ministeriums Beckerath vermochte diese Besorgnisse nicht zu zerstreuen, denn Herr Beckerath hatte in dem Frankfurter Parlament zur Genüge bewiesen, daß er, wie die meisten Größen des vergangenen Landtags, mit der Zeit nicht fortgeschritten, sondern auf dem Boden des alten Liberalismus stehen geblieben sei. Von ihm durfte daher eine veränderte Richtung der Regierung, ein

kräftiger, zeitgemäßer Fortschritt in keiner Weise erwartet werden.

Es entstand nun die Frage, ob dem Willen des Ministerpräsidenten gemäß die Sitzung zu schließen und die nächste Zusammenkunft so lange auszusetzen sei, bis sich ein neues Ministerium gebildet habe. Die Rechte verlangte dies, während die Linke entschieden forderte, man solle sich an die Abwesenheit der Minister nicht kehren, übrigens könne man ja auch nach der Geschäftsordnung ihre Anwesenheit fordern. Besonders energisch sprachen die Herren Temme und Waldeck für den Antrag der Linken.

Endlich nach langer Debatte ging ein Vermittelungsvorschlag des Abgeordneten Duncker durch, am Donnerstag, den 13. September, eine weitere Sitzung zu halten. Aber auch in dieser, wie in den beiden nächsten Sitzungen, fand sich kein Ministerium vor, nur ein Brief des General Pfuel vom 21. September zeigte der Versammlung an, daß derselbe vom König zum Minister-Präsidenten ernannt sei und mit dem neuen Ministerium am 22. September in die Versammlung eintreten werde.

So war denn also das Ministerium ernannt, welches den Namen: das Ministerium der bewaffneten Reaction, erhalten sollte, das Ministerium, welches die Contre-Revolution vom 9. November anbahnen mußte, aber selbst zu ehrenhaft war, um sie anzubahnen. Mit Riesenschritten ging jetzt die preußische Regierung dem Ziele zu, welches sie vom Anfang der Revolution an consequent verfolgt hatte. Und was that während dieser Zeit das Volk, was wirkte die demokratische Partei, um dem sie bedrohenden Schlage auszuweichen? —

Das Volk war berauscht von dem Siege über das verhaßte Ministerium Auerswald-Hansemann, es war so namenlos glücklich über den Sturz des Ministeriums, mit dem es den Sieg über ein System erkämpft zu haben glaubte, während es nur einzelne unbedeutende Personen gestürzt hatte, daß es die kostbare Zeit nicht genügend benutzte.

Die demokratische Partei, welche den Weg zu ihrer Organisation durch die Central- und Kreis-Ausschüsse so trefflich angebahnt hatte, verfolgte denselben nicht mit der nöthigen Consequenz, es besaßen die Männer, welche an der Spitze dieser Ausschüsse standen, nicht das volle, genügende Vertrauen des Volks, und deshalb konnte ihre Wirksamkeit, welche lediglich auf das Vertrauen basirt war, eine verhältnißmäßig nur geringe sein.

Anstatt die Partei zu einigen und zu kräftigen, verloren sich die Führer der demokratischen Partei in den Clubs in endlose Phrasen, welche ihnen allerdings manches schallende Bravo einbrachten, aber der Partei nur schadeten, nichts nützten. Kleinliche Streitigkeiten verletzter persönlicher Eitelkeit trennten die einzelnen Führer, welche innig vereint hätten sein sollen, und außerdem zeigte es sich schon jetzt, daß die demokratische Partei in Berlin allerdings manche glänzende Redner, aber gar keine großartigen Talente in sich faßte, welche es vermocht hätten, durch ihren Einfluß die große, aber zerfahrene Masse zu einem einigen, innig zusammenhängenden Ganzen zu machen.

Die Führer der demokratischen Partei redeten und redeten, aber sie schafften nichts; sie bewegten sich in den Idealen, in ihrer schönen, aber leblosen Theorie, ohne dabei für

die Praxis etwas wirken zu können; außerdem aber verloren sie sich auch in fortwährende kleinliche Streitereien.

Die persönlichen, meist aus kleinlicher Eitelkeit entsprungenen Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Führern der Demokratie, welche so sehr dazu beitrugen, die Zerfahrenheit der Partei zu vergrößern und den einzelnen Führern beim Volk das wenige Vertrauen zu nehmen, welches sie besaßen, gingen zuerst von Herrn Held aus.

Wir müssen über diese Angelegenheit hier einige Worte sagen, da sie von großer Folgewichtigkeit gewesen ist, so leid es uns auch thut, unseren schon beschränkten Raum mit Reflexionen über die Thätigkeit des Herrn Held anfüllen zu müssen, zumal da wir auch später noch einmal auf denselben zurückkommen werden.

Schon am 7. September hatte Held ein Plakat erlassen, in welchem er das Volk vor dem Vertrauen auf die National-Versammlung warnte, er hatte auf die die Stadt umringenden Bajonette aufmerksam gemacht und versucht, Zwiespalt innerhalb der demokratischen Partei zu erregen, indem er mit geheimnißvollen Worten seinen Anhängern versprach, sie sicher dem gehofften Ziele, „Arbeit und Brod", wenn auch auf ungewöhnlichem Wege, zuzuführen.

Schon damals war Verdacht gegen Held entstanden, daß er mit der Gegenpartei, und zwar besonders mit der des Prinzen von Preußen, in Verbindung stände, und sich zum Werkzeug derselben hergäbe. In einer Volks-Versammlung am 11. September war Held deshalb interpellirt worden, aber er hatte sich auf keine Antwort eingelassen, sondern nur darauf hingewiesen, daß er in sehr kurzer Zeit dem Volk

seine Pläne offenbaren werde; bis dahin aber müsse er Vertrauen fordern.

Und er fand in der That Vertrauen, freilich nicht bei den intelligenten Demokraten, nicht bei den Führern der Partei, wohl aber bei der rohen Masse, welche ihm blind anhing.

Aber bald sollte auch diese Masse zum Theil schwankend werden, denn durch Held's eigene Unvorsichtigkeit wurde täglich mehr und mehr der Schleier von den Intriguen fortgezogen, welche er mit den Häuptern der aristokratischen Partei gesponnen hatte.

Herr Held hatte nämlich bei einem Fräulein Ottilie von Hake, einer eifrigen Besucherin aller demokratischen Clubs, am 3. September eine Unterredung mit dem Herrn von Katte, dem Präsidenten des Preußenvereins, einem der extravagentesten Absolutisten und Anhänger des Prinzen von Preußen, gehabt. Durch Fräulein v. Hake war diese Unterredung bekannt geworden und Herr Held vertheidigte sich nun gegen die Anschuldigungen, welche von Seiten der übrigen Demokraten auf diese Unterredung gegründet wurden, in einem nichtssagenden Plakate, in welchem er behauptete, seine Zusammenkunft mit Herrn von Katte sei eine rein zufällige, durch die Intriguen des Fräulein von Hake herbeigeführte, und seine Unterhaltung mit dem genannten Herrn eine sehr unschuldige, der Politik ganz fremde gewesen.

Anschuldigung und Vertheidigung erregten Aufsehen, und es bildeten sich jetzt in der Demokratie selbst zwei Parteien, die eine für, die andere gegen Held, welche sich gegenseitig anfeindeten; die Partei der Gegner Helds wuchs indessen beträchtlich, als die Reform eine Veröffentlichung am 15. Sept. brachte, in welcher die Herren Benary und Dohm die ge-

nauesten Mittheilungen über das Gespräch des Herrn Held mit Herrn von Katte machten; Fräulein von Hake hatte in Gegenwart zweier Zeugen, der beiden Brüder Schönemann, sehr ausführliche Aussagen über dies berüchtigte Gespräch gemacht.

Herr Held versuchte allerdings zu leugnen; aber er vermochte es nicht recht, die speciellen Daten, welche man ihm gegenüberstellte, waren zu schlagend, er mußte zugestehen, daß er in Unterhandlungen mit der Aristokratie gestanden habe, er habe dies gethan, weil ihm eine Herrschaft der Aristokratie immer noch lieber sei, immer noch weniger drückend erscheine, als die Geldherrschaft der Bourgeoisie, welche ihren Sitz im Ministerium Auerswald-Hansemann gehabt habe.

Trotz dieser evidenten Thatsache hatte Herr Held indessen seinen Einfluß doch noch nicht ganz verloren, es gab noch immer eine große Partei, welche ihm blind anhing, und merkwürdiger Weise gehörte der kräftigste und intelligenteste Theil des Berliner Arbeiterstandes, der im Maschinenbauverein seinen Sitz hatte, zu dieser Partei.

Vergeblich bemühten sich Oppenheim und Heramer, zwei der tüchtigsten und intelligentesten Berliner Volksredner, die Anklage gegen Held auch im Maschinenbauverein zu begründen, sie bewirkten nichts Anderes, als daß sie selbst dort ihre Popularität einbüßten; es kam dabei zu so tumultuarischen Auftritten, daß Oppenheim sicherlich thätlich insultirt worden wäre, wenn nicht Held selbst ihn geschützt hätte.

Held fühlte indessen wohl, daß der intelligenteste Theil der Berliner Demokratie ihm feindlich gesinnt sei, und daß seine politische Rolle für immer ausgespielt sei, wenn er nicht für jetzt wenigstens eine Zeit lang sich ganz von der Politik zurückzöge. Er beschloß, dies zu thun, zuvörderst aber das

Publikum über seine eigentliche Meinung von einer vollkommenen Staatsverfassung aufzuklären.

Er veröffentlichte in Folge dessen eine Erklärung, daß er sich ins Privatleben zurückzöge, und außerdem eines seiner gewöhnlichen Riesenplakate, „Meine Idee für die Verfassung Preußens und Deutschlands" betitelt.

Es ist dies Plakat ein wunderbares Machwerk, wie es Herr Held nicht besser hätte fabriciren können, um seine vollständige politische Unfähigkeit recht klar an den Tag zu legen.

Herr Held schickte in diesem Plakat seine Ideen über eine Verfassung Preußens in die Welt und wies am Schlusse ganz deutlich darauf hin, daß er den Prinzen von Preußen allein als den Mann betrachte, der fähig sei, das demokratisch-sociale Königthum, welches Herr Held anstrebte, zu verwirklichen. Er bewies dadurch am besten, daß in den von Fräulein von Hake gegen ihn erhobenen Anschuldigungen in der That wenigstens ein wahrer Kern sei.

Während die demokratische Partei sich in Zwistigkeiten und unwürdige Streitereien mit Herrn Held verlor, waren doch nicht alle Mitglieder der Partei müßig. Die Clubs waren voll Leben, überall hörte man von der Nothwendigkeit, sich zu rüsten gegen die immer größer werdende Macht der Reaction, ihr immer kühneres Auftauchen.

Bisher hatte es die demokratische Partei ganz versäumt, den Versuch zu machen, ihren Ideen unter dem Militair Eingang zu verschaffen. Der Stein'sche Antrag zeigte den Parteiführern zuerst, wie nothwendig es sei, auch das Heer zu demokratisiren, wenn die demokratische Bewegung einen irgend gedeihlichen Fortgang haben sollte.

Wie auf das Heer zu wirken, wie der schroffe Gegensatz

zwischen Soldat und Bürger aufzuheben, wie die Demokratie unter dem Militair zu verbreiten sei; diese Fragen bildeten jetzt fast in allen Clubs die gewöhnliche Tagesordnung.

Die demokratischen Führer bemühten sich persönlich, die in Berlin garnisonirenden Regimenter, besonders das zum Theil aus Berlinern bestehende 24. Regiment zu der Theilnahme an den Clubs heranzuziehen, und ihre Bemühungen hatten auch in der That den günstigsten Erfolg, denn gar bald fanden sich in den Clubs Hunderte von Soldaten ein, welche mit dem regsten Interesse den Verhandlungen folgten, und von denen sogar einige selbst unter allgemeinem Jubel als Redner auftraten und die radikalsten demokratischen Ansichten entfalteten.

Von dem günstigen Erfolg angefeuert, sparten nun die Demokraten weder Mühe noch Kosten, um die Einwirkung auf das Heer fortzusetzen. Der demokratische Urwählerverein, der Volksclub, der Centralausschuß und der märkische Kreisausschuß traten zusammen, um eine Ansprache an die Soldaten abzufassen, welche in 10,000 Exemplaren gedruckt und mit Hülfe der demokratischen Deputirten der Nationalversammlung in alle Provinzen, alle Garnisonstädte des preußischen Staates vertheilt wurden. Ebenso wurde eine Petition an die Nationalversammlung, vom Volksclub ausgehend, überall zur Unterschrift verbreitet, in welcher die Forderungen der Demokraten für die Soldaten direkt an die Volksvertreter gestellt wurden.

Auch die demokratisch gesinnten Bezirks- und Bürgervereine standen den eigentlichen radikalen Clubs nicht nach, auch sie suchten mit eben so günstigem Erfolg auf das Militair zu wirken. So erließ der Friedrich-Wilhelmstädtische

Bürgerverein 74abc eine vortreffliche Ansprache an das Militair, und der Bürgerwehrclub hielt mehrere, von Soldaten zahlreich besuchte Volksversammlungen auf dem Exercierplatz vor dem Schönhauser Thore ab, in welchen Simion, Nees von Esenbeck, Braß und Streckfuß volksthümliche Reden an das Militair hielten, welche von den Soldaten mit lautem Jubel aufgenommen wurden; auch der Volksclub hielt an den Sonntagen Nachmittags unter dem Präsidium von Streckfuß eigene Sitzungen nur für Soldaten, welche ebenfalls ihre Wirkung nicht verfehlten.

So gelang es denn der demokratischen Partei, ihren Ideen Eingang in die Garnison von Berlin zu verschaffen, besonders aber wurde das 24. Regiment fast zur größeren Hälfte demokratisirt, während das 9. Regiment, meist aus Pommern bestehend, sich mehr und mehr der Demokratie feindlich zeigte.

Während die Demokraten sich aufs eifrigste bemühten, die Soldaten zu sich herüber zu ziehen, erschien am 17. Sept. plötzlich der folgende Armeebefehl des General Wrangel, welcher den demokratischen Clubs wieder vollständigen Stoff zu Debatten gab.

„Potsdam, 17. Septbr. Armee-Befehl. Seine Majestät der König haben mir einen neuen Beweis Seiner Gnade und Seines Vertrauens gegeben, indem Sie mir mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 15. d. M. den Oberbefehl über die sämmtlichen in den Marken stehenden Truppen ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung ver-

knüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden; dafür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Soldaten und seinem Offizier, seinem Führer, durch welches sich die preußische Armee, so lange sie besteht, immer rühmlichst ausgezeichnet hat, so wie die Liebe und die treue Hingebung für den König, von der wir Alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich indeß der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung erhalten werde, mit der militairischen Macht einzuschreiten, denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls nur das Gute wollen, steht fest; es ist ja ihr eigener Heerd, den sie und ich beschützen sollen. Es sind jedoch im Lande auch Elemente vorhanden, welche zur Ungesetzlichkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten. Diesen letzteren will ich fortan zunächst eine moralische Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist. In Potsdam habe ich schon die erfreulichsten Beweise erhalten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zwecke gern um mich schaaren. Dies war mir um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Uebernahme des Oberbefehls in den Marken geschah; es erfüllt mich deshalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft. Soldaten! laßt Euch nicht irre leiten von den Reden und Proclamationen, welche von Euch unbekannten Leuten an Euch gerichtet werden; hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für Euch klingen und sie Eure Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, sobald Ihr die Euch gegebenen Rathschläge befolgt. Zu den Versammlungen, wo dergleichen Reden an

Euch gehalten werden sollen, geht lieber gar nicht hin; hört dagegen auf meine Stimme, die Stimme Eures Generals, sie ist wohlgemeint! Haltet fest an Euren Offizieren, wie diese an Euch; zwischen beiden darf sich kein fremdes Element einschleichen. Habt Ihr gerechte Wünsche, so tragt sie Euren Offizieren in der gesetzlichen Weise vor; von Niemand wird Euch sichrer geholfen werden, als von diesen, denn Niemand kennt Eure Bedürfnisse besser, als sie, und Niemand ist mehr von dem Wunsche beseelt, Euch mit Rath und That beizustehen. Als Beweis, in welchem Grade ich nicht nur für Euer Wohl als Soldat, sondern auch für Euer häusliches Wohl zu sorgen bereit bin, bestimme ich hiermit, daß die durch Einziehung von Reserven auf die Kriegsstärke gesetzten Infanterie-Bataillone sofort auf 900 Mann vermindert werden, und binnen Kurzem hoffe ich eine abermalige Verminderung derselben bis auf 800 Mann eintreten lassen zu können. Zu der ersten Entlassung sind zunächst alle Reklamirten und dann Diejenigen aus den ältesten Reserven zu bestimmen, deren häusliche Anwesenheit dringend nothwendig ist; nach deren Berücksichtigung hat das unparteiische Loos unter den ältesten Reserven zu entscheiden. Zum Schluß rufe ich Euch zu: Offiziere und Soldaten! haltet fest in Eurem gegenseitigen Vertrauen und an Eurem theuren König! Er lebe dreimal hoch!

Der Oberbefehlshaber in den Marken.

gez. v. Wrangel.

Kurz nach diesem Armee-Befehl, am 30. September, kam der General Wrangel nach Berlin und hielt hier eine Parade über die Berliner Garnison ab. Er versicherte bei derselben, daß er nicht gekommen sei, um die Reaction zu begünstigen,

sondern lediglich um Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten; dann werde sich auch das Verkehrs- und Geschäftsleben wieder heben, welches in der letzten Zeit so ganz und gar in Verfall gerathen sei.

Herr Wrangel sprach dabei die berühmt gewordenen Worte, welche allen Berliner Witzblättern so endlosen Stoff zu Spott gegeben haben: „Wie traurig sehe ich Berlin wieder, in den Straßen wächst Gras!" aber er sagte noch mehr, er fügte drohend hinzu, die Schwerter seien geschliffen und die Kugeln im Gewehr, die Armee also kampfgerüstet gegen die Bürger!

Diese Rede des General Wrangel, die offenbaren Rüstungen der Regierung zu einem nahe bevorstehenden Kampfe vermehrten die Aufregung, welche in Berlin herrschte, täglich mehr; ihren höchsten Grad aber sollte dieselbe erreichen, als man erfuhr, daß der König das Programm, welches der zur Bildung eines neuen Ministeriums berufene Herr v. Beckerath vorgelegt, seiner Freisinnigkeit wegen verworfen und den General v. Pfuel mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt habe. Da war die allgemeine Entrüstung groß.

Am 21. Septbr. endlich brachte der Staats-Anzeiger das neue Ministerium; es war folgendes:

General v. Pfuel, Minister des Kriegs u. Minister-Präsident,
Ober-Präsident Eichmann, Minister des Innern,
" " v. Bonin, Minister der Finanzen,
Wirkl. Geh.-Rath Graf v. Dönhoff, Minister des Aeußern.

Die revolutionairen Ministerien des Handels und der Landwirthschaft waren nicht wieder besetzt worden. Später trat noch Herr Kisker als Justizminister in das Ministerium.

Dies Ministerium, so glaubte damals das Volk von Berlin, sei das Non plus ultra von Reaction; die guten

Berliner! das Ministerium Brandenburg-Manteuffel-Rintelen sollte ihnen beweisen, daß das Ministerium Pfuel noch ein freisinniges zu nennen war.

Eine allgemeine Entrüstung herrschte in Berlin; Pfuel, der General, welcher in Posen die Gefangenen mit Höllenstein hatte beizen lassen, Eichmann, der bekannte Frömmler, Dönhoff, der einstige Matador des Bundestages, der Hauptverfechter preußisch-dynastischer Interessen, waren Minister! Was war von diesen Männern Anderes zu erwarten, als daß sie auf der Bahn der Reaction, welche schon das Ministerium Auerswald-Hansemann-Kühlwetter betreten hatte, fortschreiten würden? Es galt jetzt, der Regierung zu zeigen, daß auch das Volk gerüstet sei, seine Freiheiten zu vertheidigen, wie die Regierung, sie zu unterdrücken.

In diesem Sinne sprachen an jenem Abend alle Clubs, in diesem Sinne waren zahllose Plakate abgefaßt, welche am Morgen des 22. die Ecken bedeckten.

Schon am frühen Morgen des 22. Septembers waren die Straßen Berlins außerordentlich belebt, viele Arbeitsstätten waren geschlossen, weil Jedermann darauf vorbereitet war, es werde der 22. ein Tag der Entscheidung, vielleicht des Blutes sein.

Die Bürgerwehr war consignirt und stand kampfgerüstet da, fest entschlossen, unter jeder Bedingung die Entscheidung der Nationalversammlung, der berufenen Vertreter des Volkes, abzuwarten und die Versammlung in Schutz zu nehmen, falls sie angegriffen werden sollte, sowohl gegen die Regierung, als gegen das Volk von Berlin.

Die Führer der verschiedenen demokratischen Clubs, welche sich schon an den vorhergehenden Tagen versammelt und ei-

nen Ausschuß zur Berathung derjenigen Maßregeln ernannt hatten, welche im Falle eines Konflikts zu treffen wären, blieben auch am 22. im Waßmann'schen Lokale in Permanenz versammelt, während einige derselben fortwährend in und vor der National-Versammlung bleiben und Bericht abstatten mußten.

Vor dem Schauspielhause hatten sich schon vom frühen Morgen an bedeutende Menschenmassen angesammelt, welche begierig auf die Beschlüsse der Versammlung harrten und bereit waren, wenn von der Versammlung das Signal zum Aufstande gegeben werden sollte, dies sofort nach allen Richtungen der Stadt zu verbreiten.

Eine merkwürdige Erscheinung war es, daß von der großen Masse des vor dem Schauspielhause versammelten Volks nur ein sehr kleiner Theil dem eigentlichen Arbeiterstande angehörte; man sah dort fast nur Leute, deren Kleidung zeigte, daß sie dem Bürgerstande angehörten.

Die Straßenecken waren an jenem Morgen mit einer Unzahl von Plakaten, meistens von der demokratischen Partei ausgehend, bedeckt; jedoch zeigten sich darunter auch einige reactionaire, unter anderem eines, welches die Ermordung des Fürsten Lichnowsky und des Herrn v. Auerswald in Frankfurt am Main in den grellsten Farben darstellte, und welches viel Eindruck besonders auf die sogenannten ruhigen Bürger machte.

Auch Herr Held hatte abermals ein großes Plakat an den Ecken mit der Ueberschrift: „Treu dem Volke!" in welchem er versicherte, daß er in der jetzigen gefährlichen Zeit wieder auf den politischen Schauplatz treten müsse, es handle sich jetzt nur um absolute Monarchie oder Republik, und bei die-

sem wichtigen Streite werde Herr Held treu mit dem Volke siegen oder untergehen.

Herr Held betrat also abermals die politische Schaubühne, von der er nun bereits zwei Mal mehr oder weniger freiwillig zurückgetreten war, und sein neues Auftreten war wiederum berechnet, Zwiespalt im Volke zu erregen, indem er nämlich in einem Augenblicke, wo es sich darum handelte, daß das ganze Volk der Regierung kräftig gegenüberstehe, um dann deren Reactionsgelüste zu bekämpfen, die anti-republikanische, aber freisinnige Bourgeoisie dadurch zurückzuschrecken suchte, daß er die Behauptung aufstellte, es handle sich jetzt um Absolutismus oder Republik.

Außer den gedruckten Plakaten erschien gegen Mittag noch ein geschriebenes, vom demokratischen Kreisausschuß (Streckfuß, Eichler, Herzfeld, Schönemann und v. Hochstetter) unterzeichnetes, welches von Eichler und Streckfuß an alle Ecken des Schauspielhauses angeklebt und von Eichler von der Treppe der französischen Kirche mehrfach verlesen wurde.

Es war dies Plakat veranlaßt durch das an die bei Waßmann versammelten Führer der Clubs gelangte Gerücht, daß jene kleine, von uns oft erwähnte Partei extravaganter Republikaner die Aufregung des 22. Septembers zu einem Aufstande nach ihrem Sinne benutzen wollte.

Das Plakat warnte vor einem solchen unsinnigen Unternehmen und schloß mit den unterstrichenen Worten:

Erst dann ist die Revolution gerechtfertigt, wenn die Regierung sich weigert, die Beschlüsse der Nationalversammlung auszuführen! —

Die Verlesung dieses Plakats wurde vom Volk mit Jubel begrüßt und die Volksredner erhielten das Versprechen,

daß Jedermann sich ruhig verhalten wolle, bis von den Führern der Demokraten selbst die Aufforderung ergehe, zu den Waffen zu greifen.

Während so das Volk in gespannter Erwartung vor dem Schauspielhause stand, während fortwährend Bürgerpatrouillen durch die Straßen zogen, während Alles auf einen möglichen Kampf gerüstet war, wurde in der Versammlung lebhaft debattirt.

Die Versammlung wurde durch den Vicepräsidenten Phillips eröffnet. Auf der Ministerbank saßen die neuen Minister v. Pfuel, Eichmann, v. Bonin, Graf Dönhof, v. Ladenberg, Alles blickte auf sie, theils nur neugierig, theils in der gespanntesten Erwartung.

Der neue Ministerpräsident, Herr v. Pfuel, machte durch sein ruhiges, würdiges Benehmen, sein ehrwürdiges Aeußere, die weißen Haare, das edle, schöne Gesicht, einen angenehmen Eindruck, den er auch in der kurzen Zeit seines Ministeriums vollständig bestätigt hat. Herr v. Pfuel hat während dieser Zeit seiner Regierung selbst die demokratische Partei zu dem Zugeständniß genöthigt, daß sie in ihm einen Ehrenmann erkenne, daß er das, was er an seinem Regierungsantritt versprochen, vollständig gehalten habe.

Trotz des angenehmen Eindrucks, den, wie wir sagten, schon das erste Erscheinen des Herrn von Pfuel machte, vermochte derselbe aber natürlich dennoch sich das Vertrauen der National-Versammlung nicht zu erwerben, da die Vorgänge im Großherzogthum Posen seine Anhänglichkeit an das alte System zu deutlich bekundeten.

Herr von Pfuel eröffnete sein Ministerium mit einer abgelesenen Minister-Rede, in welcher er die Versicherung

gab, sein Ministerium werde fortschreiten auf dem Wege, den die preußische Regierung bisher eingeschlagen habe, es werde eben so wohl reactionairen Gelüsten entgegen treten, als es mit Energie alle Störungen der Freiheit, der Ruhe und Ordnung zu unterdrücken wissen werde.

Die Rede machte im Ganzen einen ziemlich günstigen Eindruck, obgleich sie etwas farblos war.

Die Versammlung hatte jetzt noch einige Ordnungsfragen zu behandeln, dann kam sie zu den Anträgen, welche das höchste Interesse des Landes in Anspruch nahmen; dies waren eine Interpellation wegen des berüchtigten Wrangelschen Armee-Befehls und eine andere, ob das Ministerium gesonnen sei, den Stein'schen Antrag vom 9. August zur Ausführung zu bringen.

Die erste Interpellation hatte ursprünglich durch einen Abgeordneten der äußersten Linken gestellt werden sollen, aber das linke Centrum, die Partei Rodbertus, von Berg, von Kirchmann, hatte gewünscht, daß Kirchmann diese Interpellation übernehme, um seine, in letzter Zeit wegen mehrerer unfreisinnigen Abstimmungen gesunkene Popularität wieder aufzufrischen; die Linke hatte sich denn auch bereit gefunden, nachzugeben, indem sie hoffte, dadurch eine bedeutende Majorität in dieser wichtigen Frage, vielleicht sogar von vornherein ein Mißtrauens-Votum gegen das unvolksthümliche neue Ministerium zu bewirken.

Vor den Interpellationen waren jedoch mehrere Geschäftsordnungs-Anträge an der Tagesordnung, und bei der Berathung und Abstimmung über dieselben zeigte sich die Perfidie der rechten Seite in ihrer vollen Glorie.

Während das Volk von Berlin vor dem Schauspiel-

hause mit der gespanntesten Erwartung stand und auf die Entschließung der National-Versammlung in Beziehung auf das neue Ministerium harrte, eine Entschließung, welche, wie man allgemein glaubte, durch die Kirchmann'sche Interpellation hervorgebracht werden mußte, suchte die rechte Seite, in Verbindung mit dem rechten Centrum, auf jede nur irgend mögliche Weise diese Interpellation hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen.

Die ministerielle Partei wußte sehr wohl, daß bei einer allgemeinen Aufregung Zeit gewonnen, Alles gewonnen ist, denn die Aufregung eines Volkes macht bald einer eben so starken Abspannung Platz.

Als willkommenes Mittel, die gefürchtete Interpellation hinauszuschieben, dienten jetzt die früher von der rechten Seite so oft getadelten, weitläufigen und zeitraubenden namentlichen Abstimmungen. Ueber die Ordnungs-Anträge von Hartmann und Kämpf wurden im Ganzen drei namentliche Abstimmungen vorgenommen.

Endlich waren diese Abstimmungen beendet, da stellte der Abgeordnete Otto von Trier den Antrag, die Kirchmann'sche Interpellation vor allen anderen Anträgen in der heutigen Sitzung zu berathen. Otto unterstützte seinen Antrag mit einer kurzen, aber feurigen Rede, welche in der Versammlung einen furchtbaren Tumult hervorrief und dem Redner einen mehrmaligen Ordnungsruf zuzog.

„Meine Herren! Wissen Sie, was außerhalb der Mauern Berlins vor sich geht? Ich werde es Ihnen sagen. (Geräusch.) 50,000 Mann Militair, mit Geschütz ausgerüstet, mit Kartätschen und Shrapnels, cerniren Berlin. (Das ist gut! Großes Geräusch.) Wissen Sie, meine Herren, die

Sie das für gut erklären, was in Berlin vorgeht? Ich werde es Ihnen sagen.

(Der Redner spricht nach der rechten Seite gewendet.)

Meine Herren! Wissen Sie, was in Berlin vor sich geht? Es scheint: Ganz Berlin gleicht einem Krater, der von Minute zu Minute droht, sich zu entladen. Und nun, meine Herren, was beginnt die Constituante in Berlin? Sie berathet und stimmt durch namentlichen Aufruf über Sachen ab, die nur Formalitäten sind und sich von selbst verstehen. Ich erinnere Sie daran: Hannibal ante portas! (Heiterkeit und Ruf: Deutsch.) Die militairische Schreckensmacht ist im Anzuge, und nun ersuche ich Sie, unterstützen Sie den Antrag, den ich gestellt habe."

Der Otto'sche Antrag wurde angenommen und der Abgeordnete v. Kirchmann brachte nun die folgende Interpellation an den Kriegs-Minister vor:

1) Ob es gegründet, daß durch eine Allerhöchste Kabinets-Ordre vom 15. d. Mts. dem General Wrangel der Oberbefehl über die Truppen in den Marken ertheilt worden, und wer diese Kabinets-Ordre contrasignirt habe?
2) Ob dem General Wrangel hierbei noch besondere Instructionen ertheilt worden?
3) Mittheilung zu machen von den Gründen, welche zu dieser außerordentlichen Maßregel Anlaß gegeben?
4) Mittheilung zu machen, ob und aus welchen Gründen um Berlin eine bedeutende Truppenmacht concentrirt worden?
5) Ob der Kriegs-Minister mit dem Inhalt des Erlasses

des General Wrangel vom 17. d. M. überall einverstanden sei?

Herr v. Pfuel beantwortete diese Interpellation sehr ruhig, kurz und entschieden, indem er sagte, der General Wrangel sei durch eine königliche, vom Minister Schreckenstein gegengezeichnete Kabinetsordre zum Oberbefehlshaber der Marken ernannt worden, weil es eine größere Einfachheit in der militairischen Organisation gebe, wenn die in einem Landstrich stehenden Truppen unter einem und demselben Befehlshaber ständen; besondere Instruktionen habe General Wrangel nicht empfangen.

Was die Gründe anbeträfe, weshalb eine solche Truppenanhäufung um Berlin stattfände, so lägen dieselben einfach in der im ganzen Lande herrschenden Gährung, welche es nöthig machte, daß an einem Knotenpunkt von Eisenbahnen Truppenmassen zur schnellen Versendung concentrirt ständen. Mit dem Sinne des Wrangelschen Armeebefehls endlich sei Herr v. Pfuel einverstanden.

So einfach diese Antwort war, hatte sie doch ihre sehr schwachen Seiten, welche ein tüchtiger Redner der Linken leicht gefunden hätte; aber Herr v. Kirchmann wollte dies nicht, denn es lag nicht in der Absicht des Centrums, das neue Ministerium, so unvolksthümlich es war, von vorn herein zu stürzen. Herr v. Kirchmann monirte daher nur einzelne unbedeutende Kleinigkeiten und machte es daher Herrn von Pfuel leicht, sich vollkommen zu vertheidigen.

Damit war die Sache abgemacht, denn als der Abgeordnete Waldeck sie weiter verfolgen wollte und einen Antrag einbrachte, das hohe Staatsministerium möge den General Wrangel zur Zurücknahme des Armeebefehls vom 17. Sep-

tember anweisen, da wurde in einer abermaligen namentlichen Abstimmung beschlossen, den Antrag nicht vor der Tagesordnung zu diskutiren, so ungeheuer wichtig derselbe auch war.

Waldeck zog natürlicher Weise in Folge dieses Beschlusses seinen Antrag zurück, der durch die Hinausschiebung jeden Werth, jede Wirksamkeit verlor.

Die wichtigste Interpellation kam zum Schluß der Sitzung, es war die folgende des Abgeordneten Pax.

> Ich frage das hohe Ministerium, welche Stellung es in Bezug auf die nach dem Antrage der Abg. Stein und Schulze von der National-Versammlung am 9. August und 7. September gefaßten Beschlüsse eingenommen, ob es zur Ausführung derselben bereits Schritte gethan hat, oder, wenn nicht, diese überhaupt zu thun gedenke?

Diese Interpellation war es, welche das Schicksal des Ministeriums Pfuel entscheiden sollte, auf den Ausfall derselben harrte das Volk von Berlin, harrte das ganze Land mit der gespanntesten Erwartung, denn sie sollte entscheiden, ob die National-Versammlung oder die Regierung in dem Streite gesiegt habe, den die Beschlüsse vom 9. August und 7. September hervorgerufen hatten.

Um diese Interpellation gar nicht mehr vorbringen zu lassen, hatte die dienstbeflissene Rechte die unzähligen zeitraubenden namentlichen Abstimmungen veranlaßt; aber dennoch hatte sie sich vergeblich bemüht.

Auch jetzt noch suchte der Abgeordnete Baumstark von Greifswald, einer der Führer der Rechten, einer der eifrigsten Anhänger für jedes Ministerium, durch einen Antrag auf Schluß der Sitzung diese Interpellation abzuschneiden, und rief dadurch eine stürmische Scene in der Versammlung her-

vor, während welcher es jedoch dem Abgeordneten Par gelang, seine Interpellation vorzulesen und vom Minister die Antwort zu erhalten, daß derselbe erst am nächsten Montag auf die Interpellation eingehen könne, da ihm noch einige wichtige Schriftstücke zur sofortigen Beantwortung nothwendig seien.

Die Sitzung wurde hierauf um 4 Uhr Nachmittags geschlossen.

So war denn abermals die Entscheidung hinausgeschoben, das zum Kampf gerüstete Volk mußte warten, und dies war in der That die schlauste Taktik, welche das Ministerium ergreifen konnte, denn die im Volke herrschende Aufregung war zu groß, als daß sie von langer Dauer hätte sein können.

Hätte am 22. September das Ministerium die ungenügende Erklärung vom 25. gegeben, so würde wahrscheinlich die Linke sich mit derselben nicht zufrieden gestellt haben, und es würde sich ein offener Bruch zwischen der Regierung und der Versammlung schon damals gezeigt haben, und auf welche Seite das Volk getreten wäre, ist wohl keinem Zweifel unterworfen.

Auch der Sieg des Volkes von Berlin war damals unzweifelhaft, denn damals hatte die demokratische Partei noch einiges Vertrauen im Volk, sie war, wenn auch nicht stark, doch einigermaßen organisirt und auf einen Kampf vorbereitet, ebenso auch die Bürgerwehr, welche sich in den letzten Tagen hauptsächlich mit Kugelngießen und Patronenmachen beschäftigt hatte, die demokratische Partei war außerdem damals noch nicht so demoralisirt, wie sie es später durch die die Anstrengungen des Herrn Held, durch den verunglückten Demokraten-Congreß und durch die unselige Wirksamkeit jener oft erwähnten kleinen excentrischen Partei geworden ist. Die

Regierung hatte damals noch nicht die Kraft, noch nicht die energische Kühnheit, welche ihr erst der Sieg der Reaction in Wien und zugleich die Erkenntniß von der Schwäche der demokratischen Partei gegeben hat.

Der Sieg wäre damals wohl ziemlich sicher auf Seiten der Demokratie gewesen; aber er wurde vereitelt durch das schlaue Zögern der Regierung, durch die Abspannung, welche der im Volk herrschenden Aufregung folgte und welche es der Linken unmöglich machte, energisch aufzutreten.

21.

Die Zwischenzeit zwischen dem 22. und 25. September wurde von beiden Parteien zur Rüstung auf einen immer noch wahrscheinlich bevorstehenden Kampf benutzt. Besonders eifrig war indessen die Reaktionspartei. Plakate derselben erschienen in Unzahl an allen Straßenecken und vorzüglich wurden die Vorfälle von Frankfurt a. M. benutzt, um die Demokratie in den Augen der Bürger zu verdächtigen.

Einen besonderen Eindruck auf die Bürger machte ein Eckenplakat, welches die Berliner Demokraten einer heimlichen Verschwörung mit der Frankfurter Linken beschuldigte und dabei mittheilte, die Berliner Demokraten hätten die Stadt in 62 Sectionen eingetheilt, um vermöge dieser Organisation bei einem bevorstehenden Kampf in jedem Augenblick die rothe Republik, diesen Schrecken jedes ruhigen Bürgers, ausrufen zu können.

Wir haben wohl kaum nöthig, auf die Unwahrheit dieses Berichtes zu verweisen. Leider fehlte der demokratischen Partei eine so feste geregelte Organisation gänzlich.

Außer ihrer Einwirkung durch Plakate, welche besonders für den ruhigen Bürger berechnet waren, suchte die Reaktion auch auf die Arbeiter zu wirken. Hierzu wurde der Graf Otto von Schlippenbach benutzt, welcher Suppen-Anstalten und Küchen für Arme begründen wollte und dies durch Anschlagezettel bekannt machte. Er hoffte, hierdurch Einwirkung auf die Arbeiter zu bekommen und suchte sogar eine Verbindung mit dem demokratischen Club herzustellen, sah sich aber in seinen Erwartungen getäuscht, denn er war zu sehr als Mitglied des Preußenvereins bekannt, als daß die Arbeiter Vertrauen zn ihm hätten fassen können.

Die Regierung hatte jetzt schon die Schwäche der demokratischen Partei kennen gelernt, indessen fürchtete sie dieselbe doch immer noch, besonders so lange sie an eine Verbindung derselben mit der Bürgerwehr glauben konnte.

Ein Kampf, in welchem die Arbeiter allein der Bürgerwehr und dem Heere gegenüber gestanden hätten, wäre sicherlich der Reaktion sehr erwünscht gewesen, andererseits aber glaubte sie unterliegen zu müssen, wenn Bürgerwehr und Arbeiter ihr vereint entgegenständen.

Beide Parteien zu trennen, war daher im gegenwärtigen Augenblick die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Regierung, sie erfüllte dieselbe, wie wir weiter unten sehen werden, vortrefflich. Einstweilen bereitete sie sich indessen energisch zum Kampf vor, indem sie die Soldaten vollständig auf einen Ausbruch am 25. gefaßt machte, unter ihnen Geld und Lebensmittel vertheilte, um das Heer in guter Laune zu erhalten, und außerdem Aexte zum Einschlagen der Hausthüren, Brandraketen, Handgranaten und andere auf den Straßenkampf berechnete Mordwaffen unter die Militairs vertheilte. Es

wurde außerdem die Einrichtung getroffen, daß jeder Compagnie Infanterie einige mit vollständigem Schanzzeug versehene Pioniere zuertheilt wurden.

Nach dieser Vorbereitung konnte die Regierung einem Kampfe schon mit ziemlicher Ruhe entgegengehen.

Aber auch das Volk von Berlin blieb nicht unthätig, Alles rüstete sich zu einem Kampfe, obwohl nicht mehr mit dem Eifer, wie vor dem 22. September, denn der langen Anspannung war schon eine gewisse Abspannung gefolgt.

Eine Fluth von Plakaten bedeckte in diesen Tagen alle Straßenecken, die Demokraten forderten mit feurigen Worten das Volk auf, sich seine Rechte nicht durch ein reactionaires Ministerium nehmen zu lassen und Herr Rimpler machte selbst darauf anfmerksam, daß in den nächsten Tagen gewaltige Ereignisse bevorstehen könnten, so sagte er in einem Plakat an die Bürgerwehr am 25. September:

Die Nationalversammlung, die Vertreterin der Volksrechte, ist dem Schutze des Berliner Volkes — also auch unserem anvertraut. Zur Unterdrückung jedes Versuches, die Hohe Versammlung mit roher Gewalt einzuschüchtern, oder zu zersprengen, komme er von welcher Seite er wolle, rechne ich auf ihren Beistand!

So kam der 25. September heran.

Wieder waren, wie am 20. September, alle das Schauspielhaus umgebenden Straßen schon vom frühen Morgen an von einer dichten Menschenmenge bedeckt, wieder standen Tausende auf dem Gensd'armenmarkt, um die Berathung der Nationalversammlung abzuwarten, wieder sprach man allgemein von einem Kampf, der entstehen würde, wenn das Ministerium der Nationalversammlung in ihren Beschlüssen vom

9. August und 7. September nicht nachgäbe; aber doch bemerkte der aufmerksame Beobachter, daß die Stimmung eine wesentlich andere war, als am 22. September, daß der Berliner Bürger, durch die lange Aufregung ermattet, einen Kampf nicht mehr wünschte, es herrschte nicht mehr die freudige Kampfesluft, wie vor einigen Tagen. Eine auffallende Erscheinung war es ferner, daß das ganze Schauspielhaus mit einer großen Anzahl Constabler (mehrere hundert Mann) dicht besetzt war.

Diese Besetzung des Schauspielhauses wurde denn auch in der Nationalversammlung selbst, welche um 10 Uhr begann, sehr übel bemerkt, Grebel machte darauf aufmerksam, daß sie einem früheren Beschluß der Versammlung, sich nur unter den Schutz der Berliner Bürgerschaft zu stellen, geradezu widerspräche, und in Folge dieser Bemerkung wurden die Constabler durch den Vicepräsidenten von Unruh veranlaßt, sich aus dem Schauspielhause zu entfernen.

Es wurde hierauf, nachdem ein Schreiben des Herrn v. Pfuel über die Ernennung des Justizministers Kisker vorgelesen war, auf Unruh's Antrag der Par'schen Interpellation der Vorrang vor der Tagesordnung bewilligt.*) Par leitete seine Interpellation mit einer unbedeutenden Rede ein, in welcher er auf die Freude hindeutete, welche sich im ganzen Lande

---

*) Die Interpellation von Par lautet, wie wir den gütigen Leser erinnern: „Welche Stellung in Bezug auf die in Veranlassung der Stein-Schulz'schen Anträge von der Nationalversammlung am 9. August und 7. September gefaßten Beschlüsse das Staatsministerium einnehme, ob es zur Ausführung dieser Beschlüsse bereits Schritte gethan oder, wenn nicht, ob es sie zu thun gedenke?"

bei der Annahme des Stein'schen Antrages gezeigt habe, und auf die ängstliche Spannung, welche in diesem Augenblick herrsche. Es sei die Pflicht des Ministeriums, durch die That zu beweisen, daß es mit der Freiheit des Volkes es aufrichtig meine.

Der Ministerpräsident von Pfuel las darauf eine Erklärung ab, in welcher er sagte: In Beziehung auf die Beschlüsse der Nationalversammlung vom 9. August und 7. September hätte schon der frühere Kriegsminister v. Schreckenstein am 13. September ein Schreiben an die commandirenden Generäle erlassen, welches ausspreche, daß die Regierung keine reactionären Tendenzen verfolge. Er selbst (General v. Pfuel) habe am 23. September sein Programm den kommandirenden Generälen mitgetheilt und dabei ihnen seinen festen Willen ausgesprochen, reaktionären Bestrebungen entschieden entgegenzutreten. — Die betreffende Stelle in dem Schreiben des General von Pfuel lautet wörtlich:

> Entschlossen, reaktionäre Tendenzen nicht zu dulden, ersuche ich Ein 2c., das gute Einvernehmen zwischen Civil und Militair nach Kräften zu fördern, und, wo sich reactionäre Bestrebungen wider Erwarten bei den Wohldemselben untergebenen Truppen zeigen sollten, denselben entschieden entgegenzutreten. Ein 2c. wolle zu dem Ende von meinem gegenwärtigen Erlasse die Wohldemselben untergebenen Offiziere aller Grade zur Nachachtung in Kenntniß setzen.
>
> Dieselben sind zugleich darauf aufmerksam zu machen, daß sie, nach dem von Sr. Majestät der Nationalversammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe, gleich den Civilbeamten zur Aufrechthaltung der Verfassung seiner

Zeit eidlich werden verpflichtet werden, und daß mit der Uebernahme solcher Verpflichtung alle anticonstitutionellen Bestrebungen, wie sie überhaupt mit der Stellung eines Offiziers in der Armee unverträglich sind, in Widerspruch stehen würden.

Dies Schreiben war vom Herrn von Unruh, der überall als Vermittelungsmann zwischen der Regierung und der Nationalversammlung auftrat, entworfen, und vom General Pfuel mit geringen Abänderungen des Entwurfs abgesendet worden.

In der jetzt folgenden Debatte zeigte sich die merkwürdige Erscheinung, daß Redner der verschiedensten Parteien auftraten, daß sie aber alle sich durch den kriegsministeriellen Erlaß zufriedengestellt erklärten. Nicht nur die Männer des linken Centrums, wie Berg, von Unruh, sondern auch die der äußersten Linken, und zwar die Antragsteller vom 9. August und 7. September selbst, thaten es, auch Stein und Schulz-Wanzleben erklärten sich zufrieden, und doch war in dem kriegsministeriellen Erlaß kein Wort davon gesagt, daß es den Offizieren, welche sich mit dem neuen System nicht einverstanden erklären könnten, zur Ehrenpflicht zu machen sei, ihren Abschied zu nehmen, doch hatte noch vor wenigen Tagen der Abgeordnete Stein in einer langen Rede im Verein für Volksrechte gesagt, er und die ganze Linke würden auf der wortgetreuen Ausführung der Beschlüsse vom 9. August und 7. September bestehen, sie würden die Nationalversammlung aufrecht erhalten und sollte darüber die Monarchie zu Grunde gehen; — trotz dieser frühern fanatischen Reden aber gaben sich die Herren von der äußersten Linken bei dem so unbe-

stimmt und nichtssagend gefaßten Erlaß des Kriegsministeriums zufrieden!

Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Linke von diesem Augenblick an viel von ihrer Achtung und ihrem Einfluß bei der radikal-demokratischen Partei verlor, daß sogar der Verein für Volksrechte noch am Abend des 25. Septemder auf den Antrag Herzfeld's den folgenden Beschluß fassen und durch Plakat an den Straßenecken bekannt machen konnte:

Der unterzeichnete Verein erklärt, daß es den Deputirten der Linken, trotz ihrer Abstimmung vom 25. September, doch ferner noch gestattet werden solle, den Verein zu besuchen und in demselben zu sprechen, nicht weil der Verein es sich zur Ehre rechnete, sondern damit die Deputirten von dem Volke lernen sollen, wie man sich energisch zu benehmen habe.

Verein für Volksrechte.

Wir wollen weder den die Linke demüthigenden Beschluß des Vereins für Volksrechte, den wir für eine unwürdige Beleidigung der eignen Partei halten, billigen, noch wollen wir die Nachgiebigkeit der Linken mißbilligen, denn oft erfordert es die Politik, daß der Schwächere aus Klugheitsgründen auch gegen seine Ueberzeugung nachgebe, und dies war bei diesem Falle sicherlich nothwendig, denn es war vorauszusehen, daß die Centren sich befriedigt erklären würden, daß daher die Majorität der Nationalversammlung gegen die Linke sein müsse.

Hätte dennoch die Linke auf ihrer Meinung bestanden, so würde dies die radikal-demokratische Partei höchst wahrscheinlich als das Signal zum Ausbruch des Kampfes betrachtet haben und sie würde sicher unterlegen sein, dem Heer

und der Bürgerwehr, welche auf Seiten der Majorität der Nationalversammlung stand, gegenüber.

Der Linken blieb daher kaum etwas Anderes übrig, als nachzugeben, da sie durch die schlaue, halbe Bereitwilligkeit des Ministeriums Pfuel in eine schiefe Lage zum Volke gebracht worden war; nur diejenigen Mitglieder der Partei, welche unvorsichtig genug gewesen waren, das Volk zum Kampf aufzureizen, während sie es nachher im Stiche ließen, trifft ein starker Vorwurf.

Durch solche Inconsequenzen ihrer Hauptführer hat die Linke selbst ihren Einfluß beim Volke untergraben, und nur dadurch hat sie es möglich gemacht, daß die Contrerevolution des November gelingen konnte.

Außer der Interpellation von Pax kam noch eine andere von Brill in der Sitzung vom 25. September vor wegen eines Armeebefehls, welchen der General Graf Brandenburg in Breslau erlassen hatte, und welcher den berüchtigten Wrangelschen an Unverschämtheit noch übertraf. Es hieß in diesem Armeebefehl z. B.:

Das Militär schreitet unmittelbar ein, wenn die Polizei-Behörde oder die Bürgerwehr gar keinen oder ungenügenden Schutz gewährt und die Bedrohung der ad 2*) gedachten Punkte und Personen in grobe Insulte und Thätlichkeiten ausartet.

Als kommandirender General in der Provinz liegt mir

---

*) Es rückt auf Anordnung der Militair-Behörde unmittelbar aus, sobald Militairwachen, so wie der Bewachung des Militairs anvertraute Gebäude oder Militärpersonen bedroht werden, und stellt sich zu deren Schutz auf, wenn es erforderlich werden sollte.

aber auch in Vereinbarung mit dem Königlichen Oberpräsidium die Pflicht ob, im äußersten Falle selbst unter alleiniger Verantwortlichkeit die Ruhe und Ordnung überall unter Anwendung der gesetzlichen Mittel herzustellen.

Dieser Armee-Befehl war eine fast noch rücksichtslosere Verhöhnung der früheren königlichen Versprechungen, daß das Militair nur auf Requisition der städtischen Behörden und der Bürgerwehr einschreiten sollte, als der Wrangel'sche Befehl selbst. Er sollte nur durch ein Plakat des Herrn Ministers Eichmann späterhin, einige Tage vor der Contre-Revolution, übertroffen werden. Der Abgeordnete Brill hatte deshalb wohl genügende Veranlassung zu einer Interpellation; aber die Antwort des Minister-Präsidenten auf diese Interpellation war, daß er für den Augenblick nicht antworten könne, weil er noch nicht genau genug unterrichtet sei, er werde indessen in der ersten Sitzung der folgenden Woche Antwort ertheilen.

Es leuchtet aus dieser Antwort des Herrn von Pfuel das merkwürdige Factum hervor, daß ein preußischer General einen durch und durch reactionairen Armee-Befehl erlassen durfte, ohne das Kriegs-Ministerium davon irgend zu benachrichtigen.

Wie wenig aufrichtig aber die Krone beabsichtigte, die in dem Pfuel'schen Minister-Programm und in der Antwort auf die Par'sche Interpellation gegebenen Versprechungen zu halten, zeigt sich am besten dadurch, daß derselbe Graf Brandenburg, welcher einen solchen Armee-Befehl, wie den mitgetheilten, erlassen konnte, jetzt Minister-Präsident ist. — Doch haben wir überhaupt wohl nöthig, nachzuweisen, daß

die Regierung ihre Versprechungen nicht aufrichtig meinte, daß sie nur ein freventliches Spiel trieb mit dem Volke! Die Thatsachen: der im tiefsten Frieden verhängte Belagerungs-Zustand Berlins, die Auflösung der National-Versammlung, die octroyirte Verfassung, die Verhaftung des Deputirten Temme, kurz, alle jene wunderbaren, kaum glaublichen Thatsachen, welche wir sehr bald zu erzählen haben werden, sprechen ja laut genug, sie haben ja selbst dem Blinden die Augen geöffnet! —

Die National-Versammlung war noch nicht beendet, als schon das vor dem Schauspielhause versammelte Volk von dem Erfolge der Par'schen und Brill'schen Interpellationen benachrichtigt wurde.

Als das Volk hörte, daß selbst Stein und Schulz (Wanzleben) sich zufrieden erklärt hätten, da glaubte es auch nichts weiter thun zu können; aber doch war die Stimmung eine sehr zweifelhafte.

Die ruhigen Bürger, welche stets mit der Majorität der National-Versammlung gingeu, waren entschieden durch die Antwort des Minister-Präsidenten, welche als Plakat an allen Ecken angeschlagen wurde, vollständig befriedigt; die Arbeiter aber waren mißvergnügt. Wie am 22sten hatten sie auch am 25sten ihre Arbeit in der sicheren Voraussetzung eines bevorstehenden Kampfes verlassen und waren nach der Stadt geeilt, jetzt sollten sie unverrichteter Sache wieder abziehen.

Sie rotteten sich zusammen, der Vater Karbe, der bekannte und bei den Arbeitern beliebte Volksredner, hielt eine Rede an sie, er brachte sie von dem Gedanken ab, bei der

National-Versammlung einen Unfug zu begehen; die Menge brachte ihm dafür ein jubelndes Lebehoch.

Schon schien es, als würden die Volksmassen friedlich auseinandergehen, da wurde plötzlich der Ruf: „Wir wollen die politischen Gefangenen befreien!" unter der Menge laut, und fachte den nur noch glimmenden Funken wieder zur hellen Flamme an.

Da half kein Zureden einzelner Vernünftiger mehr, welche dem Volke die Thorheit dieses unseligen Unternehmens vorstellten, die Menge sammelte sich, und der Ruf: „Nach der Stadtvoigtei, die politischen Gefangenen befreien!" wurde immer lauter und dringender, besonders zeichneten sich einige Arbeiter mit feuerrothen Mützen, welche am Vormittage auf einem Wagen in die Stadt gefahren waren, durch lautes Schreien aus.

Vater Karbe wurde jetzt auf einen Wagen gesetzt und im Triumph zog ihn das Volk mit sich fort, es brachte ihm dieselbe knechtische Huldigung dar, welche am 7. September Stein und andere Deputirte erhalten hatten, eine gerechte, wenn auch vom Volke unbewußt ausgeübte Demüthigung der Männer, welche in ihrer Popularität schon unerschütterlich fest zu stehen glaubten.

Vom Schauspielhaus fort zog jetzt der wilde Haufen nach dem Molkenmarkt, um dort die in der Stadtvoigtei sitzenden politischen Gefangenen zu befreien. Wohl einige Tausend Menschen, fast nur Arbeiter, und unter diesen zum Theil Betrunkene, hatten sich auf dem Molkenmarkt versammelt und forderten unter wüstem, wilden Geschrei die Befreiung der Gefangenen. In jedem Augenblick schien der Haufen bereit zu sein, die Stadtvoigtei zu stürmen.

Die Führer der Clubs befanden sich gerade in einer Berathung über die in Folge des Pfuel'schen Erlasses zu thuenden Schritte, als sie von dem Zuge des Volkes nach der Stadtvoigtei benachrichtigt wurden. Augenblicklich schickten sie einige Leute, unter diesen Braß, Benary und Streckfuß, aus ihrer Mitte fort, um durch ihren Einfluß das Volk von unbesonnenen Streichen zurückzuhalten.

Nur mit Mühe gelang es diesen Männern, durch die dichten Volksmassen zu dringen, und sie hörten auf ihrem Wege manche harte Worte gegen die Volksführer und Clubredner, welche fortwährend das Volk aufgehezt hätten, es aber im Stiche ließen, wenn es zum Handeln käme. Endlich gelang es ihnen, durchzudringen, Braß stellte sich auf die steinerne Treppe und sprach von dort aus zum Volke; es gelang ihm auch, wie den übrigen, welche sich unter die Menge einzeln vertheilt hatten, die Aufregung einigermaßen zu besänftigen. Auch der sogenannte Linden-Müller sprach an jenem Abend in seiner gewöhnlichen populairen Weise sehr wirksam zur Ruhe.

Mittlerweile war auch die Bürgerwehr herangerückt und bemühte sich, durch freundliche, vernünftige Worte das Volk zu zerstreuen, überhaupt benahm sich an jenem Abende die Bürgerwehr vortrefflich, sie rückte langsam, ohne Anwendung ihrer Waffen, vor, und diesem humanen Benehmen, so wie den unabläßigen Bemühungen der verschiedenen Volksmänner, ist es lediglich zu danken, daß schon gegen 10 Uhr die Volksmenge sich zerstreute, ohne daß ein unglückliches Blutvergießen zu beklagen gewesen wäre.

Man hat auch diesen Krawall, wie so manchen andern vorher und später, der demokratischen Partei in die Schuhe

zu schieben gesucht, um sie bei den ruhigen Bürgern zu verketzern und verhaßt zu machen; aber wahrlich sehr mit Unrecht: Die demokratische Partei hat im Gegentheil Alles gethan, was nur irgend in ihren Kräften stand, um den Unfug zu beenden und Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Wer die eigentlichen Anstifter dieses Scandals waren, von welcher Partei derselbe ausging, von wem die leicht erregbaren Arbeiter an jenem Abende gemißbraucht wurden, darauf wirft das folgende interessante Faktum ein helles Licht.

Schon vor dem Schauspielhause und später auf dem Molkenmarkte hatte man unter den Arbeiterhaufen sich mehrere Leute herumtreiben sehen, welche man früher nicht unter dem Volke bemerkt hatte, deren vornehmes Aeußere bei Vielen Verdacht erregte.

Diese Männer hatten sich fortwährend bemüht, das Volk aufzuhetzen und dadurch zum Theil die Anstrengungen der Volksmänner zur Wiederherstellung der Ruhe vereitelt. Vergeblich hatten mehrere verständige Arbeiter den Auftrag erhalten, einen dieser vornehmen Ruhestörer fest zu nehmen, um ihn zur gerichtlichen Bestrafung zu bringen; dies wollte immer nicht gelingen. Erst am Abend wurde einer dieser Herren verhaftet, als er eben an der Ecke der Königs- und Post-Straße das Volk zum energischen Widerstande gegen die Bürgerwehr und zum Barrikadenban aufforderte.

In dem Verhafteten erkannte man den Grafen Breßler, ein bekanntes Mitglied des Preußen-Vereins, einen der Hauptagitatoren der aristokratischen Partei, welcher, in eine Arbeitsblouse gehüllt, sich das Aussehen eines Volksmannes hatte geben wollen.

Dies wirft ein helles Licht auf die Pläne jener Partei, welche es gern gesehen hätte, wenn an jenem Abend Berlin der Schauplatz eines von den Arbeitern ausgehenden Kampfes geworden wäre, wenn dadurch das Ministerium Pfuel einen scheinbar gerechten Grund gehabt hätte, die rings um Berlin zusammengezogenen Truppen in die Stadt rücken zu lassen und die wohl organisirte Contre-Revolution zu beginnen.

Dies gelang indessen nicht, der Kampf blieb aus und das Ministerium Pfuel dachte zu ehrenwerth, um in eine im tiefsten Frieden befindliche Stadt, den Königlichen Versprechungen entgegen, eine Armee zu führen und die Residenz ohne Grund in Belagerungs-Zustand zu erklären. Dergleichen Staatsstreiche blieben einem späteren, weniger gewissenhaften Ministerium vorbehalten.

22.

Die nächsten Wochen vergingen für Berlin ohne eigentlich politisch-wichtige Ereignisse; aber dennoch herrschte in der Residenz eine fortwährende Gährung, man fühlte allgemein, daß schwere Gewitter am politischen Horizont ständen, deren Entladung man in nächster Zeit entgegensehen könne.

In dieser Zeit wäre es gewiß die Aufgabe der demokratischen Partei gewesen, sich zu kräftigen und zu einigen, damit sie den sie bedrohenden Stürmen ruhig entgegengehen könne; die Reaction ging ihr ja mit gutem Beispiel voran, denn immer enger verbrüderten sich die Preußen- und patriotischen Vereine im ganzen Lande, immer offener traten sie im Gefühle ihrer wachsenden Macht mit ihren Ansichten ans Tageslicht und suchten Propaganda zu machen.

Die Demokraten hatten zu einer festen Organisation in Berlin einen trefflichen Boden, denn die Residenz hatte sich im Laufe des Sommers vollständig demokratisirt, in allen Klassen der Bevölkerung hatten die demokratischen Ideen feste Wurzel gefaßt, und selbst die Bürgerwehr war überwiegend demokratisch; aber freilich stimmte sie nicht mit den extremen demokratischen Schreiern überein, welche die Clubs zum Tummelplatz ihres Talentes gemacht hatten.

Hatten die Clubs in den ersten Monaten für die Ausbreitung der Demokratie segensreich gewirkt, so wurden sie jetzt sehr nachtheilig, weil sie nach und nach zu Pflanzschulen der extremen Demokratie wurden, während die ruhigen und vernünftigen Leute sich mehr und mehr aus ihnen zurückzogen. Es nahm eine unerträgliche Schreierei, eine immer größere Demoralisation, hervorgebracht durch innere Streitigkeiten, immer mehr in den Clubs überhand, und machte dieselben für die Folge vollkommen unfähig, eine Rolle von irgend einer Bedeutung in der politischen Entwickelung des Volkes zu spielen.

Einen großen Theil der Schuld an der Demoralisation der Clubs trug wieder Herr Held, der seinem früheren Vorsatz, sich von der politischen Schaubühne zurückzuziehen, vollkommen untreu, plötzlich auf die Idee kam, sich in allen demokratischen Clubs als Mitglied aufnehmen zu lassen.

Die Führer der Clubs, welche zur Besprechung gemeinschaftlicher Angelegenheiten sich wöchentlich einmal versammelten, beriethen, was mit Herrn Held zu thun sei. Einige wollten die Frage überhaupt fallen lassen, weil Held eine zu unbedeutende Person sei, als daß man sich in so schwer wichtiger Zeit überhaupt mit ihr beschäftigen dürfe, Andere aber

hoben sehr richtig hervor, daß, wie geistig unbedeutend Held auch sein möge, er doch Bedeutung durch den ihm anhängenden Pöbelhaufen gewinne, der die Clubs dominiren werde, wenn man Held aufnähme.

Die Führer der Clubs kamen deshalb zu dem Entschluß, Held zurückzuweisen.

Dies geschah denn auch im Verein für Volksrechte und im Volksclub. Es wurden geschlossene Sitzungen nur für Mitglieder angesagt, in denen über Helds Aufnahme oder Nichtaufnahme abgestimmt werden sollte; aber Held wußte mit Gewalt die Thüren des Sitzungslokales zu sprengen und mit einem Pöbelhaufen von einigen Hundert Mann in den Saal einzudringen.

Er hoffte dadurch seine Aufnahme zu erzwingen; aber die Comitee's blieben fest, sie erklärten, lieber selbst aus den Clubs austreten, als in die Aufnahme Helds willigen zu wollen. Die Abstimmung von Nur-Mitgliedern wurde demnach durch Abgabe der Mitglieder-Karte bewirkt und Held fiel mit einer ganz eclatanten Majorität durch.

Hatte nun auch Held durch seine Eindringlichkeit, durch die gegen ihn gehaltenen Reden der vorzüglichsten Volksredner, durch seine Eitelkeit sich selbst zum ausschließlichen Gegenstand der Debatten während einer so wichtigen Zeit zu machen und endlich durch seine Ausschließung aus den bedeutendsten Clubs den Rest seines Rufes verloren, so hatte er doch auch andererseits den augenscheinlichen Zweck seines Eindringens erreicht, die Clubs hatten sich vierzehn Tage von allen politischen Debatten fast ganz fern halten müssen, sie hatten sich in Parteien für und gegen Held gespalten, welche sich gegenseitig anfeindeten, die Führer der

Clubs hatten das Vertrauen eines großen Theils des Volks verloren und konnten im entscheidenden Augenblick auf die Hülfe des Volks nicht mehr rechnen, sie hatten außerdem die Gelegenheit, die günstige Zeit verloren, um Rüstungen zu treffen gegen die immer kühner, immer deutlicher mit contre-revolutionairen Plänen hervortretende Reaction. Die demokratische Partei war desorganisirt und in sich selbst geschwächt, während die Reaction mächtig und einig ihr gegenüber stand. Bei einem etwa ausbrechenden Kampfe konnte daher jetzt der Sieg nicht mehr zweifelhaft erscheinen, so sehr in numerischer Stärke die demokratische Partei auch der reactionairen überlegen war. Held war besiegt worden, aber in jener Niederlage lag sein Sieg.

Während so die Clubs sich herumstritten und täglich machtloser wurden, bot auch die National-Versammlung ein eben so unerfreuliches Bild des inneren Zwiespalts dar.

Während aller Verhandlungen zeigte es sich mit jedem Tage, mit jeder Debatte deutlicher, daß die Parteien in der Versammlung schroffer und erbitterter sich gegenübertraten. Es gab fast keine Debatte, in der nicht gehässige Persönlichkeiten vorkamen, welche der Würde der Verhandlungen nothwendig schaden mußten; besonders ergossen sich die Redner der Linken in fortwährenden wüthenden Angriffen gegen das nicht volksthümliche Ministerium Pfuel, welche nothwendig auf Seiten der Rechten die äußerste Erbitterung hervorrufen mußten. Das Ministerium selbst, besonders der Minister-Präsident, nahm, wir müssen dies zugestehen, diese Angriffe mit einer so ruhigen Würde auf, wie dies nur irgend möglich war.

Trotz dieser unerquicklichen Streitigkeiten faßte jedoch die

National-Versammlung in der ersten Hälfte des Oktober über eine Reihe höchst wichtiger Gesetze Beschlüsse. Die Vorarbeiten zu den meisten organischen Gesetzen waren gemacht, und die Versammlung konnte daher jetzt rüstig auf den eigentlichen Zweck ihres Zusammenseins, nämlich das Verfassungswerk in seinem ganzen Umfang mit allen dazu gehörigen Gesetzen zu vollenden, losgehen.

Dies geschah denn auch. Rüstig, mit unermüdlichem Fleiß, arbeitete die Versammlung jetzt vorwärts. Täglich wurden Sitzungen gehalten, und die Berathung der Aufhebung der bäuerlichen Lasten und des Jagdrechts, so wie das Bürgerwehr-Gesetz, beschäftigten die Versammlung in den nächsten Wochen vollkommen.

So wurde auf den Antrag des Abgeordneten Hanow ein Gesetz-Entwurf berathen und am 4. October in der 64sten Sitzung angenommen, welcher die Sistirung aller Verhandlungen und Prozesse über die gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse auf den Antrag eines Theilnehmers oder bei einer großen Anzahl bestimmter Lasten von Amtswegen aussprach.

Ein anderes, in seinen Folgen höchst wichtiges Gesetz, welches von der Versammlung schon seit längerer Zeit berathen worden war, welches aber erst jetzt zum Beschluß kam, war das Bürgerwehr-Gesetz.

Es war von der Regierung der National-Versammlung der Entwurf eines Bürgerwehr-Gesetzes vorgelegt worden, welcher in der ganzen preußischen Bürgerwehr allgemeine Entrüstung erregt hatte, denn die Bürgerwehr wurde durch dies Gesetz zu einem untergeordneten Polizei-Institut herabgewürdigt, der Bürgerwehr wurden neue Pflichten, aber keine

Rechte gegeben; schon hatte die Central-Abtheilung einige Milderungen eintreten lassen, aber auch diese befriedigten noch keineswegs.

Dieser Gesetz-Entwurf erregte, als er bekannt wurde, ein allgemeines Mißvergnügen, denn er genügte keineswegs den Ansprüchen, welche das Volk an eine allgemeine Volks-Bewaffnung machte. Man hegte indessen noch die Hoffnung, die National-Versammlung werde die vielen drückenden Bestimmungen, über welche von allen Seiten der Monarchie her Klagen einliefen, ändern; aber auch diese Hoffnung wurde bitter getäuscht.

Die Centren, welche in der Versammlung immer den Ausschlag gaben, neigten sich bei der Berathung mehr und mehr der Rechten zu, so stand dann die Linke mit ihren volksthümlichen Vorschlägen und Anträgen allein, ohne etwas bewirken zu können. Ein illiberaler Paragraph nach dem anderen wurde trotz des Sträubens der Linken berathen und mit unwesentlichen Abänderungen angenommen.

Vergeblich kamen von allen Seiten Adressen an die National-Versammlung, vergeblich schickten die Clubs und die Bürgerwehr- und Bezirks-Vereine Deputationen an alle Fractionen der National-Versammlung, um den Volks-Vertretern die Entrüstung der ganzen Nation über dies Gesetz auszusprechen und sie aufmerksam zu machen auf die üblen Folgen, welche aus demselben erwachsen müßten; die Männer der Centren zuckten die Achseln und versicherten, sie könnten nichts thun, als nach ihrer Ueberzeugung stimmen. Selbst eine Deputation, welche zu demselben Zweck von Breslau nach Berlin geschickt worden war, hatte keinen anderen Erfolg.

Am 4. Oktober wurde die Berathung des Gesetzes in der National-Versammlung geschlossen, das linke Centrum wollte Rücksicht auf die Mißstimmung des Volkes gegen das Gesetz nehmen und der Abgeordnete v. Berg stellte deshalb das Amendement: „Gegenwärtiges Gesetz hat Geltung bis zur Emanirung eines organischen Gesetzes über die gesammte Volkswehr", der Abgeordnete Mann stellte das Zusatz-Amendement: „und gilt dies Gesetz überhaupt nur als ein provisorisches"; aber vergeblich traten die Redner der Linken für dies Amendement auf.

Auch Schulz (Wanzleben) stellte ein Amendement: „Die Ausführung dieses Gesetzes bleibt suspendirt, bis die neue Communal-Ordnung beschlossen sein wird."

„Das ist ein Hohn auf die Versammlung!" rief Parrisius.

„Das Bürgerwehr-Gesetz ist ein Hohn auf die März-Verheißungen!" entgegnete Schulz (Wanzleben).

Das Schulz'sche Amendement fiel durch, eben so das Berg'sche und Mann'sche, wenn auch nur mit einer Minorität von vier Stimmen, und so wurde denn das Bürgerwehr-Gesetz am 4. Oktober angenommen, vorbehaltlich der Abstimmung über das ganze Gesetz.

Es stand nach diesem Gesetz dem König zu, die Bürgerwehr nach Gutdünken für sechs Monate aufzulösen, sogar der Verwaltungs-Chef des Regierungs-Bezirks konnte es auf vier Wochen, wenn die Bürgerwehr sich weigerte, der Requisition einer Behörde Folge zu leisten. Die Bürgerwehr stand in keiner Weise selbstständig da, sondern unter dem Ministerium des Innern. Sie leistete ihren Eid nicht nur auf die Verfassung, sondern auch dem König, und kam da-

durch bei einer Verfassungs-Verletzung von Seiten des Königs in einen traurigen Konflikt mit sich selbst.

Auch die Wahl der Führer war nicht vollkommen frei, denn die Bürgerwehr hatte nur das Recht, für die Stelle des Obersten drei Kandidaten zu ernennen, aus denen der König den ihm gefälligen Oberst erwählte.

Für Dienstversehen waren harte Strafen verhängt, welche durch Bürgerwehr-Gerichte bestimmt wurden, man hatte bei denselben, um auch bei der Bürgerwehr wie im Heere einen exclusiven Offizierstand eintreten zu lassen, Ausnahmsgerichte für die Offiziere geschaffen, und den Letzteren sogar das Recht gegeben, willkürlich ihre Untergebenen im Falle der Widersetzlichkeit 24 Stunden in Arrest bringen zu lassen.

Von der National-Versammlung war kaum zu erwarten, daß sie bei der Abstimmung im Ganzen das unvolksthümliche Bürgerwehr-Gesetz verwerfen werde; da nahm sich denn der Berliner Volkswitz der Sache mit einer komischen Demonstration an, welche so harmlos als möglich war, aber dennoch eine furchtbare Wuth unter den Reactionairen und eine Fluth von Schmähungen auf die Demokratie hervorgerufen hat.

Am Nachmtttage des 5. Oktober nämlich zog vom Alexanderplatz ein fröhlicher Zug fort, begleitet von Tausenden lachenden und scherzenden Menschen.

Den Kern des Zuges bildete ein gutmüthiger Esel, an dessen Schwanz ein großes pappenes Schild mit der Inschrift: „Bürgerwehr-Gesetz vom 4. Oktober 1848", befestigt war, das Gesetz selbst trug das edle Thier zwischen den Ohren und sein Hals war mit einem düsteren Trauerflor umgürtet.

Zu Seiten des Esels schritten mit ernsten, gravitätischen Schritten zwei Arbeiter einher, welche Marschallsstäbe trugen.

Die Stäbe waren ebenfalls mit Trauerflor umwickelt und an der Spitze flatterten zwei Bänder von den preußischen Farben. Voran ging ein Fahnenträger mit der preußischen Fahne und ganz an der Spitze ein Herold, welcher eine Standarte mit der Inschrift: „Bürgerwehr-Gesetz vom 4. Oktober 1848", trug.

Der Zug bewegte sich, geführt durch den bekannten Linden-Müller, durch die Königsstraße über den Dönhofsplatz und die Leipzigerstraße, mit einem kleinen Umweg nach dem Gensd'armenmarkt, überall, wo er erschien, von dem lauten Jubel und Gelächter des Volkes empfangen. Tausende schlossen sich ihm auf dem langen Wege an, um das Ende des fröhlichen Scherzes zu erfahren, der aber zum bitteren Ernst zu werden drohte, denn plötzlich erschallten überall in der ganzen Stadt die Allarmhörner der Bürgerwehr.

Der Zug ließ sich dadurch nicht stören, unter lautem, fröhlichem Gelächter ging es munter vorwärts. Auf dem Gensd'armenmarkte, vor dem Schauspielhause, wurde Halt gemacht, der Esel von dem Bürgerwehr-Gesetz befreit und dieses auf offenem Markt verbrannt, gerade vor den Thüren des Hauses, in welchem es berathen und beschlossen worden war.

Ein allgemeiner Jubel tönte der komischen Feierlichkeit zu, der zum stürmischen Freudenruf wurde, als auch die preußischen Bänder der Marschallsstäbe in Flammen aufgingen.

Einige jener allezeit fertigen Redner der Straßen-Demokratie traten auf, um zu dem Volk zu sprechen. Der als Präsident des demokratischen Bürgerwehr-Vereins bekannte Schauspieler Meyer hielt dem Bürgerwehr-Gesetz eine passende Leichenrede.

„Im Namen des Absolutismus und der Reaction," so sagte er ungefähr, „ist das Gesetz geboren, im Namen der Freiheit und der Volkssouverainetät ist es gestorben. Stehen wir sonst am Grabe unserer Lieben, dann ist es einzig die Hoffnung auf ein Wiedersehen, welche uns tröstet, heut aber rufen wir froh aus: auf Nimmerwiedersehen! und deshalb ist dies Leichenbegängniß ein so fröhliches!" —

Auch der bekannte Vater Karbe sprach zum Volk und beide Redner ernteten reichlichen Beifall.

Es konnte nicht fehlen, daß sich, durch den Zug und die Feierlichkeit angelockt, bald viele Tausende von Menschen auf dem Gensd'armenmarkt versammelt hatten, aber trotz der großen Menschenmasse kam kein Exceß vor. Allerdings wurde auch heut wieder der gewöhnliche Ruf: „Laßt uns die politischen Gefangenen befreien!" unter dem Volke laut; aber er verhallte, ohne Eindruck zu machen, denn das Volk war in einer viel zu jovialen Stimmung, um zu einer ernsten That aufgelegt zu sein.

Die Allarmhörner waren mittlerweile fast in allen Straßen ertönt, die Bürgerwehr kam zusammen und eine Abtheilung rückte nach dem Gensd'armenmarkte vor, um ihn zu säubern; als aber die Bürgerwehrmänner hörten, um was es sich eigentlich handelte, da weigerten sie sich, gegen das waffenlose und harmlos vergnügte Volk einzuschreiten, sie hätten lieber selbst Theil genommen an dem unschuldigen Scherze, welcher ein ihnen verhaßtes Gesetz persiflirte. So kam es denn, daß, obgleich bis zum späten Abend viele Tausend Menschen auf dem Gensd'armenmarkt versammelt blieben, keine blutigen Conflicte stattfanden, daß das Volk in Ruhe und Frieden sich verlief.

Diese Demonstration, eine Volks-Versammlung, welche, vom Bürgerwehr-Club ausgehend, am 8. Oktober unter den Zelten stattfand, so wie unzählige Adressen und Deputationen an die National-Versammlung, hatten denn doch einige Einwirkung auf dieselbe. In der Sitzung vom 11. Oktober stellten die Abgeordneten v. Kirchmann, Kämpf und Wachsmuth einen Antrag, welcher einige Paragraphen des Gesetzes etwas erleichterte, so sollte z. B. der Schwur einstweilen ausgesetzt werden.

Dieser Antrag wurde dann auch von der National-Versammlung angenommen, indem dieselbe hoffte, dadurch das Volk wenigstens einigermaßen mit dem verhaßten Gesetz zu versöhnen.

Den 13. Oktober wurde das Bürgerwehr-Gesetz endlich von der National-Versammlung mit einer Majorität von 233 gegen 116 Stimmen angenommen, indem fast nur die äußerste Linke gegen dasselbe stimmte.

So war denn dies unvolksthümliche Gesetz angenommen und die National-Versammlung hatte dadurch sich wiederum das Vertrauen eines großen Theils des Preußischen Volks verscherzt, ein Vertrauen, welches sie sich auch durch ihre späteren Abstimmungen nicht wieder gewinnen konnte.

Einen volksthümlicheren Weg nahm die National-Versammlung bei den Debatten über die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts.

Das Jagdrecht war eine der drückendsten Lasten für den armen Landmann. Der reiche Gutsbesitzer hatte das Recht, auf den Feldern des Bauern zu jagen, ihm die Saaten mit Pferden und Hunden zu zerstampfen, während es dem Landmann nicht einmal erlaubt war, das Wild, welches ihm in

seinen Feldern oft einen bedeutenden Schaden anrichtete, zu tödten. Er mußte sich ruhig die Verwüstung seiner Saaten gefallen lassen, denn wenn ihm auch das Recht blieb, bei Wildschaden auf dem gerichtlichen Wege auf Schadenersatz zu klagen, so wurde ihm doch nur selten oder nie Gerechtigkeit, denn der Wildschaden war schwer zu taxiren nnd bei jedem einzelnen Falle zu unbedeutend, als daß eine Entscheidung hätte erkannt werden können, während er durch seine häufige Wiederholung allerdings eine hohe Bedeutung gewann.

Dies drückende Jagdrecht, so wie auch viele andere, den Bauern schwer belastende, seine Grundstücke entwerthende und den kleinen bäuerlichen Ackerbau niederdrückende Gerechtsame der Gutsbesitzer hob die National-Versammlung (selbst viele Mitglieder der Rechten, z. B. Bornemann, stimmten mit der Linken), unentgeltlich auf, und stellte sich dadurch seit dem Stein'schen Antrage zum ersten Male wieder auf den Boden der Revolution; aber leider zu spät, denn schon hatte sie das Vertrauen des Volkes, wie das der Regierung verloren, schon sich durch ihr früheres Schwanken das eigene Grab gegraben, schon waren der Reaction die Flügel mächtig gewachsen, schon standen unter Wrangel die Armeen vor den Thoren Berlins, welche bereit waren, den Staatsstreich des 9. November auszuführen. — Zu spät begann die National-Versammlung einzusehen, daß sie in der That eine Volks-Vertretung sein solle.

23.

So ruhig verhältnißmäßig die erste Hälfte des Oktober für die Residenz verging, so unruhig war die zweite, in

welcher wesentlich die Contre-Revolution des November sich vorbereitete.

Das Berliner Volk fühlte ganz allgemein, daß in kurzer Zeit eine Entscheidung der spannenden Verhältnisse erfolgen müsse, daß wahrscheinlich blutige Auftritte nahe bevorständen. Die Parteien standen sich schon so schroff gegenüber, daß ein Conflikt bald vorkommen mußte, denn an eine Einigung derselben war bei der offen ausgesprochenen Feindschaft gar nicht zu denken, auch wurde dieselbe weder von Seiten der Reaction, welche die ihr anhängende Soldateska zum glühendsten Haß gegen die Demokratie anfeuerte, noch von der Demokratie, welche sich in immer maßloseren Angriffen nnd Anfeindungen gegen die Reaction ergoß, ernstlich gewollt.

In der Mitte dieser beiden sich wüthend angreifenden, sich gegenseitig verleumdenden und verkleinernden Parteien stand als ein schwankendes Centrum die eigentliche Berliner Bürgerschaft, welche ihren Ausdruck und ihre Kraft in der Bürgerwehr fand.

Die Bürgerschaft neigte sich, wie wir bereits im vorigen Kapitel gesagt haben, mehr und mehr der Demokratie zu, aber sie wurde von dieser wieder und immer wieder zurückgestoßen durch die exaltirten, jedes Maß überschreitendeu Reden und Thaten der kleinen socialistischen und communistischen Partei, welche sich vorzüglich auf die Arbeiter stützte, mit diesen coquettirte, die Bürgerschaft aber mit eben so maßloser Wuth angriff, als selbst die Reaction. Die Führer dieser Partei waren es, welche fast ausschließlich die Clubs zum Schauplatz ihrer Thätigkeit gemacht hatten, und durch ihr unsinniges, ungestümes, aller Vernunft widersprechendes Auf-

treten dieselben und mit ihnen die Demokratie bei den Bürgern gefürchtet gemacht hatten.

Bei allen entscheidenden Fragen neigte sich aber trotz der großen politischen Fehler dieser kleinen exaltirten Partei, welche hauptsächlich im Comitee des demokratischen Clubs ihren Ausdruck fand, die Bürgerschaft mehr und mehr der Demokratie zu, und es war daher die Aufgabe der Reaction, diese Vereinigung zu hindern, indem sie selbst auf die Arbeiter einwirkte und dieselben zu Ruhestörungen, zu Excessen veranlaßte. Es geschah dies theils durch Austheilung von Geld unter die Arbeiter, theils durch aufreizende Reden, welche Männer in eleganter Kleidung und von vornehmem Aeußern unter den unbefangenen, leicht zu leitenden Arbeitern bei Aufläufen hielten. Die exaltirt demokratische Partei that dasselbe und wirkte geradezu der Reaction in die Hände zu ihrem eigenen Untergange.

Die traurigen Ereignisse des 16. Oktober sollten auf diese Weise herbeigeführt werden.

Diese ersten ernstlichen Arbeiter-Unruhen begannen mit der nächtlichen Zerstörung einer Dampfmaschine, welche auf dem Köpnicker Felde errichtet worden war, um die bei dem Kanalbau daselbst beschäftigten Arbeiter vor dem Grundwasser zu schützen, und dadurch die bei der vorgerückten Jahreszeit ungesunde, nasse Arbeit zu erleichtern.

Der unglückselige Maschinenhaß, durch nicht verdaute socialistische Ideen in den Arbeitern erregt und durch unreife Club-Redner befördert, veranlaßte die Arbeiter, tief in ihr eigenes Fleisch zu schneiden, und eine Maschine, die lediglich zu ihrem Wohle errichtet war, zu zerstören. Sie richteten dadurch nicht allein einen Schaden von nahe an 3000 Thlrn.

an, sondern machten auch ihre dauernde Beschäftigung unmöglich, und es kamen durch die aus dieser Zerstörung entstehenden Aufläufe unglückselige Conflicte mit der Bürgerwehr zu Stande, welche mehrfache Verwundungen auf beiden Seiten zur Folge hatten.

Am 15. Oktober, dem Geburtstage des Königs, befürchtete man neue unruhige Auftritte, indem man glaubte, daß an diesem Tage durch Provokation der reactionairen Partei, etwa durch eine Illumination, das Volk gereizt werden und Scandal machen würde; aber der 15. Oktober ging, einige unbedeutende Aufläufe abgerechnet, ruhig vorüber.

Der König empfing, wie gewöhnlich, die unterthänigen Beglückwünschungen des Magistrats und der Stadtverordneten, auch der Bürgerwehr und der National-Versammlung.

Der König hatte sich zur Feier des Tages, um die an ihn gesendeten Gratulations-Deputationen zu empfangen, nach Bellevue begeben, nachdem er die Domkirche in Berlin besucht hatte. Er hatte in den letzten Monaten sehr gealtert und sah angegriffen aus; in seinem Benehmen war er aber noch derselbe, wie früher. Sein Stolz war durch die Ereignisse des 18. März und der folgenden Monate zwar gebeugt, aber nicht gebrochen worden, jetzt strebte er wieder kräftiger empor, als je früher, aber auf wie lange? — —!

In seinen Antworten an die Deputationen bewies der König, daß er die Märztage längst vergessen habe; so machte er mit einer Anspielung auf den, wenige Tage vorher von der National-Versammlung abgeschafften Titel: „Von Gottes Gnaden", den Präsidenten Grabow darauf aufmerksam, daß Preußen immer noch angestammte Obrigkeiten von Gottes Gnaden besäße, welche mit großer Macht ausgestattet wären.

Eine Verhöhnung der Volks-Vertreter und zugleich eine nicht undeutliche Drohung lag in den schroff gesprochenen königlichen Worten.

Diese königlichen Worte hätten vielleicht, wenn das Volk sie gleich erfahren, einige Aufregung hervorgebracht; aber sie wurden erst nach mehreren Tagen allgemein bekannt, und so verging denn der 15. Oktober sehr ruhig.

Desto unruhiger sollte es am folgenden Tage, am 16. Oktober, in Berlin sein.

Am Vormittag des 16. Oktober war noch Alles ruhig in der Stadt, Niemand ahnte die blutigen Scenen, welche am Abend ganz Berlin in Aufruhr bringen sollten.

Plötzlich gegen Mittag kam in die innere Stadt das Gerücht, draußen auf dem Köpnicker Felde sei ein Arbeiter-Aufstand ausgebrochen, schon sei die Bürgerwehr handgemein mit den Arbeitern, schon habe ein Kampf stattgefunden und blutige Opfer seien gefallen von beiden Seiten. Das Gerücht bewahrheitete sich leider und bald tönten die Signalhörner durch alle Straßen, welche die Bürgerwehr unter Waffen riefen gegen das unbewaffnete Volk von Berlin.

Die Veranlassung zu dem unseligen Kampf, den wir sogleich erzählen werden, war nach den Nachrichten, welche man bis jetzt darüber erhalten hat, denn ganz aufgeklärt ist die Sache bis auf den heutigen Tag noch nicht, folgende.

Da schon seit mehreren Tagen unter den beim Kanalbau auf dem Köpnicker Felde beschäftigten Arbeitern unruhige Auftritte vorgefallen waren, wir haben die Zerstörung der Dampfmaschine bereits erwähnt, und da sich überhaupt unter diesen Arbeitern ein unruhiger Geist zeigte, denn sie befürchteten, bald die Arbeit einstellen zu müssen und dadurch brod-

los zu werden, hatte man zur Vorsicht in dem Exerzierhaus der Schäfergasse eine Abtheilung Bürgerwehr nebst einigen Zügen Constablern aufgestellt, welche bei etwa ausbrechenden Unruhen diese sofort zu dämpfen bestimmt waren.

Am Montag, den 16. Oktober, war eine Bürgerwehr-Abtheilung aus dem Rosenthaler-Thor-Bezirk, unter dem Befehl eines Bäckermeisters Schulz, in dem Exerzierhaus aufgestellt.

Die Kanal-Arbeiter feierten an jenem Tage ein fröhliches Fest, um den Amts-Antritt eines neuen Schachtmeisters zu bewillkommnen, der ihnen der Sitte gemäß etwas zum Besten gab. Sie mochten wohl zum Theil schon des Guten etwas zu viel gethan haben, und zogen nun singend mit ihrer Schacht-Fahne von rother Farbe umher.

Dies gab den im Exerzierhaus aufgestellten Bürgern ein Aergerniß, indem sie das Umherziehen mit der rothen Fahne für eine republikanische Demonstration hielten. Ihr Grimm steigerte sich, als sie sich durch die Arbeiter verhöhnt glaubten, denn diese brachten in ihrer Gutmüthigkeit den Bürgern ein Lebehoch aus und tranken ihnen sogar zu. Es wäre indessen wohl noch zu keinem Conflikte gekommen, wenn nicht die Arbeiter die Idee gefaßt hätten, mit den Bürgern im Exerzierhaus selbst zu fraterniſiren. Sie wurden unfreundlich empfangen und mit harten Worten zurückgewiesen, indem besonders der Führer der Bürgerwehr, Herr Schulz, die Aeußerung fallen ließ, die Arbeiter wären wohl betrunken, sie möchten lieber an ihre Arbeit gehen, anstatt Scandal zu machen.

Ein unfreundliches Wort gab das andere, es fielen Schimpfreden von beiden Seiten, und das Resultat des Streites war, daß, wie von den verschiedensten glaubwürdigsten

Seiten versichert wird, einer der Arbeiter den Bäckermeister Schulz hinter die Ohren schlug *).

Der Geschlagene zog wüthend den Säbel und hieb damit seinen Angreifer über den Arm. Die übrige Bürgerwehr fällte das Bajonnet und drängte die Arbeiter aus dem Exerzierhaus, während diese, verstärkt durch ihre von den benachbarten Arbeitsplätzen durch den Scandal in Masse herbeigelockten Kameraden, Steine aufrissen, mit diesen die Bürgerwehr angriffen, und das Exerzierhaus zu stürmen suchten. Aus einer Scene der Fröhlichkeit war plötzlich ein wüthender Kampf geworden.

Ein Schuß fiel, wie es heißt, aus dem Terzerol eines Arbeiters; aber Niemand wurde verletzt.

Herr Schulz versuchte nun durch einen Bajonnet-Angriff die Arbeiter auseinander zu sprengen; aber dies gelang nicht, im Gegentheil vermehrte sich die Schaar derselben, und der Steinregen wurde heftiger, mehrere Bürger empfingen mehr oder weniger leichte Quetschwunden.

Der Hauptmann Schulz ließ nun laden im Angesicht der Arbeiter und darauf Feuer geben, aber in die Luft schießen. Dies unkluge Manöver erhöhte nur den Zorn und den Muth der Arbeiter, welche immer heftiger auf die Bürger eindrangen.

---

*) Von anderer Seite wird versichert, Herr Schulz habe selbst durch Ziehen des Säbels die Thätlichkeiten eröffnet und die Arbeiter erst dann den Streit begonnen. Wir müssen aber bemerken, daß dem von den verschiedensten Zeugen widersprochen wird. Eine so verhängnißvolle Sache, als die Ursache zum Beginn des Kampfes am 16. Oktober, wird stets von den verschiedenen Parteien zu ihrem Vortheil ausgebeutet, die Wahrheit ist schwer zu ermitteln. Daher die ganz entgegengesetzten Berichte, welche die verschiedenen Zeitschriften über den Kampf vom 16. Oktober geben.

Jetzt nahm der Hauptmann zu dem letzten, ihm zu Gebot stehenden Mittel seine Zuflucht: er ließ abermals Feuer geben, dieses Mal jedoch nicht in die Luft schießen, sondern mitten in die Arbeiterhaufen hinein.

Die Streitenden standen sich sehr nahe gegenüber, die Wirkung des Feuers war daher eine mörderische. Drei Arbeiter stürzten sogleich todt, viele verwundet zu Boden *).

Das erste Blut war geflossen, erschreckt flohen die Arbeiter für einen Augenblick auseinander, aber wuthentbrannt, nach Rache schreiend, kamen sie gleich darauf wieder zurück, hoben ihre Todten auf, legten sie auf schnell bereitete Bahren und trugen die blutigen Leichen durch die ganze Stadt, überall die sich ihnen in Schaaren anschließenden Arbeiter zur Rache, zum Kampf gegen diese Bürger auffordernd, welche die ihnen zum Schutze der Volksfreiheit anvertrauten Waffen nur gebrauchten, um das waffenlose Volk zu ermorden.

Dieser Umzug mit den blutigen Leichen hatte etwas furchtbar Gräßliches und erregte Entsetzen überall in ganz Berlin. Die Arbeiter verließen ihre Werkstätten und eilten hinaus nach dem Schauplatz des unnatürlichen Kampfes, der ein Krieg zwischen Bürgern und Arbeitern zu werden drohte, ein Krieg im Volke selbst in einer Zeit, wo die Reaction alle

---

*) Es ist später und besonders von Herrn Schulz selbst bestritten worden, daß er das Commando zum Feuern gegeben habe. Daß Herr Schulz sich indessen bei dieser Sache nicht ganz rein fühlte, geht wohl am besten daraus hervor, daß er sofort nach dem Conflict von Haus zu Haus nach seiner Wohnung flüchtete und um Schutz derselben bat, ehe noch Jemand daran dachte, ihn anzugreifen. Er hat sich später mit seiner ganzen Familie vor der Rache der Arbeiter aus Berlin geflüchtet.

ihre Kräfte sammelte, um eben dies in sich selbst uneinig gewordene Volk zu unterdrücken.

Wir müssen von diesem Umzug mit den Todten noch eine Scene erzählen, welche, obgleich sie nur Wenigen bekannt geworden, doch höchst charakteristisch für den edlen Geist ist, welcher auch an diesem Tage die Arbeiter von Berlin, wie stets vor- und nachher, beseelte.

Der Zug mit den auf Bahren getragenen blutigen Leichen kam, begleitet durch eine ungeheure, wüthende Volksmasse, am Nachmittage auch über den Monbijouplatz, und bemerkte dort die kleine, im Schloß des verstorbenen Herzogs Carl befindliche Militairwache vom 24. Regiment.

Augenblicklich tauchte die Idee in den Arbeitern auf, diese Wache anzugreifen und den Soldaten die Waffen zu nehmen.

Der Unteroffizier, welcher die Wache befehligte, ein Volontair, Namens Lippelt, der sich auch später durch seine demokratische Gesinnung im Militair-Reform-Verein bekannt gemacht hat, ließ die Wache unter das Gewehr treten, um gegen einen Ueberfall gesichert zu sein. Er hatte die gewiß schwierige Aufgabe, einen blutigen Kampf mit dem Volke, der von unberechenbaren Folgen sein konnte, zu vermeiden, und dennoch das seiner Obhut anvertraute Schloß, in welchem sich im Augenblicke gerade zwei Prinzen des Königlichen Hauses (wie wir glauben Waldemar und Adalbert) befanden, zu schützen.

Der wüthende Volkshaufen wälzte sich auf die Wache zu. Die Arbeiter forderten den Kommandirenden auf, die Waffen zu strecken; aber dieser redete ihnen gütlich und vernünftig zu, daß sie nichts von ihm verlangen möchten, was

ein Soldat nicht gewähren dürfe. Er sei gewiß ein Freund des Volkes, aber seine Wache werde er bis auf den letzten Mann vertheidigen.

Da verlangten denn die Arbeiter, der Unteroffizier solle wenigstens den vorübergetragenen Leichen eine Ehrenbezeugung erweisen. Dies that Lippelt denn auch, indem er die Wache präsentiren ließ *).

Die Arbeiter erklärten sich hierdurch befriedigt, sie zogen weiter, nachdem sie dem braven Unteroffizier und dem in Berlin allgemein beliebten 24. Regiment ein lautes Lebehoch ausgebracht hatten. So ging der Zug denn fort die Oranienburger Straße entlang bis vor das Oranienburger Thor nach der Borsig'schen Fabrik zu den Maschinenbauern, um auch diese zur Theilnahme an dem Kampfe aufzufordern; aber diese thatkräftigen, intelligenten Arbeiter weigerten sich, sie sahen sehr wohl ein, daß ein solcher Kampf ein im höchsten Grade verderbenbringender sein werde und müsse.

Von dem Oranienburger Thor zurück wendete sich der Zug nach dem Schlosse, in welchem diese wie alle später kommenden Leichen niedergelegt wurden.

---

*) Der Unteroffizier Lippelt ist später dieses Präsentirens wegen zur Verantwortung gezogen worden. Es sollte eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet werden, indem er dadurch der Ehre des preußischen Soldatenstandes etwas vergeben habe. Lippelt rechtfertigte sich indessen sehr schlagend, indem er nachwies: vor den Leichen der Gefallenen präsentiren zu lassen, könne gewiß für das preußische Militair nicht entehrend sein, da dies am 19. März von allen Truppen geschehen sei, und da ja selbst der König am 19. die Leichen durch das Abnehmen der Mütze ehrend begrüßt habe. — Freilich, es war nicht nach dem Sinne einer gewissen Partei gehandelt, daß der brave Unteroffizier einen blutigen Kampf vermieden hatte!

Bei dem Zuge ist noch zu bemerken, daß von der denselben begleitenden Menge fortwährend nach Waffen geschrieen wurde. Einzelne ihm begegnende Bürgerwehrmänner wurden entwaffnet, auch einige Waffenläden, wie der von Noack in der Breiten Straße, mit Aexten erbrochen und geplündert, bis eine schnell herbeikommende Abtheilung Bürgerwehr diesem Unwesen ein Ende machte.

Während dieser Zeit war in ganz Berlin die Bürgerwehr mobil gemacht worden, andererseits hatten aber auch wieder die Arbeiter sich gesammelt und in der Köpnicker Straße, in der Dresdener Straße, in der Roß Straße und an der Alten Jakobs Straße Barrikaden gebaut, welche sie zu vertheidigen entschlossen waren. Waffen waren unter den Arbeitern allerdings nur in geringer Menge vorhanden, indessen hatten sie sich doch einige verschafft, zum Theil durch Entwaffnung einzelner Bürgerwehr-Patrouillen.

Die von den Arbeitern aufgeführten Barrikaden waren meist flüchtig und schlecht gebaut, sie konnten einem ernstlichen Angriff nicht widerstehen; nur die an der Alten Jakobs Straße war etwas fester, die Arbeiter aber, welche dahinter standen, glühten vor Kampfbegier und vor Durst nach Rache.

Als die Nachricht von dem Kampfe nach der Stadt und zu den Ohren der namhaften Demokraten Berlins kam, eilten diese sofort nach dem Schauplatz des Kampfes, um sich durch eigenen Augenschein von dem Thatbestande zu überzeugen und allen ihren Einfluß aufzubieten, um diesem unseligen, brudermörderischen Kampfe, der der Reaction so sehr in die Hände arbeitete, Einhalt zu thun.

Aber alles Reden war vergeblich. Die Arbeiter waren zu sehr von Wuth und Rachedurst aufgeregt, als daß sie so

schnell sich hätten beruhigen lassen; allen vernünftigen Vorstellungen setzten sie stets die Frage entgegen: „Sollen wir unsere Brüder ungerächt ermorden lassen?"

Vergebens sprachen die so allgemein beliebten und verehrten Deputirten Waldeck und Berends zu ihnen, vergebens die Führer der demokratischen Clubs, vergebens selbst jene Volkslieblinge, Vater Karbe und Linden-Müller. Ihre Reden hatten keine Wirkung, die Barrikaden blieben stehen und nur, wenn die Bürgerwehr keinen Angriff auf die Barrikaden machen würde, nur dann wollten die Arbeiter sich zufrieden geben.

Da halfen keine vernünftigen Vorstellungen, da halfen keine Bitten. Mir wurde, als ich mich an jenem Abend einem Arbeiterhaufen, der nach der Rosenthaler Straße ziehen wollte, um das Haus des Bäckermeisters Schulz zu zerstören, entgegenstellte und die Leute beschwor, von ihrem Unternehmen abzulassen, welches im gegenwärtigen Augenblick die Freiheit des Volkes in Gefahr bringe, entgegnet, ich sei ein Reactionair, den man ohne Gnade todtschlagen müsse. Erst als ich meinen Namen nannte und nun von vielen Arbeitern als ein Freund des Volkes erkannt wurde, erst da faßten sie wieder Vertrauen zu mir, aber dennoch blieben alle meine Bitten fruchtlos.

Aehnlich erging es allen anderen Führern der demokratischen Partei, welche sich die höchste Mühe gaben, dem Kampfe Einhalt zu thun. Auch das folgende, noch am Abend des 16. unter dem Volke und der Bürgerwehr verbreitete Plakat blieb fruchtlos:

„Bürgerwehr!

Ein blutiger Moment war's, der Euch mit den Arbeitern

in den Kampf gestürzt hat. Bedenkt, daß dieser Kampf nur unsern gemeinsamen Feinden nützen kann. Sucht den Frieden wieder herzustellen. Sendet Parlamentaire mit weißen Fahnen aus. Zeigt Euch zur Sühne bereit und laßt dies Zerwürfniß des Volkes nicht den Untergang unserer Freiheit herbeiführen."

(gez.) Die Demokraten Berlins.

Außer dem Kampfe am Exerzierhause kam es zwischen der Bürgerwehr und den Arbeitern an jenem Nachmittage und Abende noch mehrmals zum blutigen Handgemenge, besonders in der Roß-Straße und bei der Barrikade an der Alten Jakobs-Straße. Bei jedem dieser Handgemenge fielen einige Opfer. Die Bürgerwehr hat am 16. allerdings nur einen Todten, den Hof-Vergolder Schneider, gehabt, dagegen sind im Ganzen eilf Arbeiter geblieben.

Die Barrikaden wurden von den Arbeitern bis etwa gegen 10 Uhr gehalten, da zog sich die Bürgerwehr mehr und mehr zurück, es war kein Angriff mehr zu erwarten und außerdem fiel ein durchdringender kalter Regen. Da zogen sich denn auch die Arbeiter zurück, und als gegen 12 Uhr die Bürgerwehr noch einmal vorging, fand sie die Barrikaden verlassen und räumte sie, ohne Widerstand zu finden, zum Theil fort.

Außer in dem Köpnicker Viertel schien es noch gefahrdrohend auszusehen in der Rosenthaler Straße, wo die wüthenden Arbeiter das Haus des Bäckermeisters Schulz demoliren wollten.

Es wurde indessen eine starke Bürgerwehrmacht aufgeboten, welche alle die umliegenden Straßen besetzte, um den

Zuzug der Arbeiter zu verhindern, und dies gelang denn auch in der That. Es kam hier kein blutiger Conflikt vor, denn die Bürgerwehr benahm sich mit großer Ruhe und machte nicht von ihren Waffen Gebrauch, auch die Arbeiter griffen nicht an, und gingen, da sie sahen, daß die Bürgerwehr ihnen freundlich gesinnt sei, auf deren gütliches Zureden friedlich auseinander. Besonders war dies dem Umstande zu danken, daß an dieser vorzugsweise gefährlichen Stelle die dem Volke näher stehenden und bei ihm beliebten fliegenden Corps, z. B. der Handwerker-Verein, aufgestellt waren, gegen welche zu kämpfen die Arbeiter sich nicht leicht entschlossen hätten.

Betrachten wir überhaupt das Benehmen der Bürgerwehr an jenem Abend, so ist nicht zu leugnen, daß sie sich mit Ausnahme sehr vereinzelter Fälle ganz vortrefflich, mit großer Ruhe, Würde und Mäßigung benommen hat. Nur schwer entschloß sie sich überhaupt zum Kampf, und nur dem Befehlshaber Herrn Rimpler, der die Bataillone immer wieder gegen die Barrikaden vorschickte, ist das Blutvergießen jenes unseligen Abends zu danken.

Hätte Herr Rimpler mit den Arbeitern unterhandelt, hätte er die Barrikaden gar nicht angegriffen, sondern den Arbeitern versprochen, die unglückliche Scene am Exerzierhause streng untersuchen und die Schuldigen bestrafen zu wollen, so wäre mit Ausnahme des ersten, fast zufälligen Blutvergießens am Exerzierhause kein Kampf weiter zu Stande gekommen, die Arbeiter, welche so leicht versöhnlich sind, hätten sich auf Zureden der demokratischen Führer nach und nach beruhigt, sie hätten die Barrikaden selbst fortgeräumt und manches Menschenleben wäre geschont worden.

Dies sahen die Bürgerwehrmänner auch sehr wohl ein,

denn nur ungern gingen sie vorwärts, um die Barrikaden anzugreifen; so stand das Bataillon des Major Vogel mehrere Stunden vor der Barrikade in der Roß-Straße, ohne sie anzugreifen, Herr Vogel selbst redete den Arbeitern gütlich zu, er ließ zu vielen Malen die Allarmtrommel rühren, ohne indessen den Befehl zum Angriff zu geben, und erst als ein Arbeiter, der vor Wuth ganz außer sich war, von seinen Kameraden nicht mehr zurückgehalten werden konnte, hinter der Barrikade her auf den Major schoß und diesen lebensgefährlich verwundete, erst da entschloß sich das Bataillon zum Kampf.

Wo ein solcher Geist unter der Bürgerwehr sich zeigte, wie an jenem Abend, erscheinen die Blutscenen des 16. Oktober in der That fast wunderbar, wenn wir nicht zurückgehen auf die Thätigkeit des Herrn Rimpler, der die volksfreundliche Maske in einer ihn sehr compromittirenden Art lüftete.

Im Schlosse saß der am 1. Juni vor den Waffen-Unruhen aus den verschiedenen Behörden gebildete Sicherheits-Ausschuß, welcher bisher nur wenige Lebenszeichen von sich gegeben hatte. Herr Rimpler gehörte auch als Kommandeur der Bürgerwehr zu dieser Behörde.

Herr Rimpler wurde durch zwei Mitglieder, die Herren Naunyn und Hedemann, befragt, ob er glaube, mit der Bürgerwehr allein den Tumult bewältigen zu können, er verneinte es, und in Folge dessen erhielt ein Offizier (Herr v. Zastrow) Befehl, die Hülfe des Militairs zu requiriren. Hr. v. Zastrow wollte seinen Auftrag sofort ausführen, wurde aber daran durch einen Offizier des Handwerker-Vereins, Herrn v. Rosentreter, welcher von Herrn v. Zastrow den

Zweck seiner Sendung erfahren hatte, verhindert, indem dieser den Boten sofort verhaftete und nach dem Schloß zurücktransportiren ließ.

Hier hatten mittlerweile auch die im Hofe aufgestellten Bataillone Nachricht von der Requisition des Militairs empfangen und darüber gegen Herrn Rimpler in so energischer und rückhaltsloser Weise ihre Entrüstung ausgesprochen, daß Herr Rimpler, um nicht alles Ansehen in der Bürgerwehr zu verlieren, sich gezwungen gesehen hatte, selbst den Sicherheits-Ausschuß zur Zurücknahme der gegebenen Ordre zu veranlassen.

Es hatten hierzu auch die Vorstellungen der Deputirten Temme und Elsner und des als Abgeordneten des demokratischen Clubs erscheinenden Dr. Heramer beigewirkt, welche übereinstimmend erklärten, daß die Arbeiter zu beruhigen sein würden, wenn man sie nur einstweilen im Besitz der Barrikaden ließe und nicht angriffsweise gegen sie verführe.

Es geht aus allen diesen Thatsachen hervor, daß Herr Rimpler entweder durch ein gänzliches Verkennen der Umstände, oder durch sehr wohlerkannte Absichten veranlaßt, eine Heranziehung des Militairs wünschte.

Was wäre aber die Folge einer Theilnahme des Militairs gewesen?

Jedenfalls hätten dann die Arbeiter sämmtlich zu den Waffen gegriffen, und ein Theil der Bürgerwehr wäre auf ihre Seite getreten, während ein anderer Theil mit dem Militair gestanden hatte. Ein furchtbar blutiger Kampf mußte daraus entstehen, ein Kampf, wie er von der Reaction gewünscht wurde, um das Gelingen der finsteren Pläne der-

selben möglich zu machen. Nicht ohne Absicht war Berlin von Truppen umgeben!

Herr Rimpler kannte die Stimmung in der Bürgerwehr sehr genau, er mußte also auch die Folgen einer Herbeirufung des Militairs kennen; die Schlußfolgerung, was Herr Rimpler eigentlich wünschte und welcher Partei er sich dienstlich erweisen wollte, liegt daher ziemlich nahe.

Und in der That, es lag im Interesse einer gewissen Partei, das Blutvergießen an jenem Abend zu erhalten und dadurch den Haß zwischen Bürgern und Arbeitern zu vergrößern. Es wurde vielfach dahin gewirkt von unbekannten Leuten.

Ein Arbeiter versicherte sogar später in einem demokratischen Club und erbot sich, seine Aussage zu beschwören, daß ein General, den er namhaft machte, Geld unter die Arbeiter vertheilt habe.

Die demokratische Partei hingegen sah, wenige excentrische Köpfe ausgenommen, sehr wohl ein, daß in diesen Unruhen kein politisches Motiv vorhanden sei, und daß sie daher die Aufgabe habe, Frieden zu stiften. Fast alle Führer der Demokratie waren daher fortwährend auf den Beinen und gingen von einem Ort des Kampfes zum andern, um allen ihren Einfluß bei den Arbeitern aufzubieten.

Es ließ sich voraussehen, daß die Arbeiter-Unruhen mit dem 16. nicht vollständig abgeschlossen sein würden, denn so schnell ließ sich das vergossene Blut von Freunden und Verwandten nicht vergessen. Bei allen Bewegungen standen aber die Arbeiter rathlos da, sie wußten nicht, an wen sie sich wenden sollten, und wurden daher nur zu leicht die Beute von Männern, welche sie mißbrauchen wollten. Es wurde

deshalb in einer Versammlung, welche am Abend des 16. Oktober im Clubhause Sitzung hielt, beschlossen, daß in den folgenden Tagen fortwährend einige der demokratischen Führer in Permanenz sitzen sollten, um den Arbeitern mit guten Rathschlägen zur Seite zu stehen, damit womöglich dergleichen unglückliche Scenen, wie die vom 16., für die Zukunft vermieden würden. Das Clubhaus in der Leipziger Straße wurde zum Sitzungslokal bestimmt.

Am 17. Oktober befürchtete man eine Fortsetzung des unseligen Kampfes. Schon am frühen Morgen hatten sich, in Folge der Beschlüsse der Versammlung vom gestrigen Abend, eine Anzahl der Comitee-Mitglieder der verschiedenen demokratischen Clubs im Clubhause eingefunden, unter anderen Schönemann, Hochstetter, Benary, Streckfuß u. a. m.

Zahlreiche Deputationen der Arbeiter von den verschiedenen Arbeitsplätzen erschienen, welche die Anwesenden um Rath fragten, was sie thun sollten. Die Deputirten der Arbeiter waren meistens sehr ruhige, vernünftige Leute, welche auf die Vorstellungen der Demokraten sehr wohl einsahen, daß eine Erneuerung der Feindseligkeiten nur von den unglückseligsten Folgen begleitet sein könne; aber sie sagten alle übereinstimmend aus, daß es ihnen kaum möglich sein werde, ihre Kameraden von Gewaltschritten zurück zu halten, da diese über das Blutvergießen am Abend vorher sich noch in der furchtbarsten Aufregung befänden und beschlossen hätten, in die Stadt zu ziehen, um sich ihr Recht mit Gewalt zu holen.

Den Bitten der Demokraten gelang es endlich, die Deputirten zu dem Versprechen zu bewegen, daß sie allen ihren Einfluß aufbieten wollten, um ihre Kameraden von Gewaltschritten zurück zu halten, sie versprachen dies jedoch nur unter

der Bedingung, daß die Demokraten ihnen eine Petition an die National-Versammlung aufsetzten, in welcher sie folgende Forderungen stellten:

1) Eine sofortige gerichtliche Untersuchung und Bestrafung der schuldigen Bürgerwehrmänner.

2) Eine ehrenvolle Bestattung der Todten durch die Arbeiter auf öffentliche Kosten.

3) Pflege der Verwundeten und Unterstützung der Hinterbliebenen der Gefallenen, gleichfalls auf öffentliche Kosten.

Diese Petition wurde den Arbeitern auf ihren Wunsch aufgesetzt; sie beschlossen, dieselbe in einem geordneten Zuge der National-Versammlung zu überreichen.

Vergeblich riethen die Demokraten von einer solchen Demonstration ab; die Deputirten der Arbeiter versprachen allerdings, den Versuch zu machen, ihre Kameraden von dem Zuge zurück zu halten, sagten aber im Voraus, daß ihnen dies wohl nicht möglich sein werde.

Gegen Mittag wurde die Bürgerwehr allarmirt und besetzte den Gensd'armenmarkt, um die National-Versammlung vor etwaigen Angriffen der Arbeiter zu schützen. Dies gelang jedoch nicht vollständig, denn als eben die Bürgerwehr heranrückte, kam auch schon von der anderen Seite der Zug der Arbeiter, welcher dem Eingang des Schauspielhauses etwas näher war, als die heraneilende Bürgerwehr.

Diese setzte sich daher in Trab und kam dabei etwas in Unordnung, es wäre hier fast wieder zu ärgerlichen Konflikten gekommen, denn das in Massen versammelte Volk drängte sich zwischen die in Unordnung gerathenen Reihen der Bürgerwehr, und einigen Bürgerwehrmännern wurden die Gewehre entrissen. Auf Zureden mehrerer anwesenden bekannten

Volksmänner wurden die Gewehre jedoch zurückgegeben und der Frieden wieder hergestellt.

Mittlerweile war der Zug der Arbeiter am Schauspielhause angelangt und hatte sich mit etwa zwanzig rothen, schwarz-roth-goldenen und schwarzen Fahnen auf der großen Freitreppe des Schauspielhauses aufgestellt. Trotz des heftigen kalten Regens war eine unendliche Menge Volkes auf dem Gensd'armenmarkt versammelt, um dem merkwürdigen Schauspiel beizuwohnen.

Eine Deputation der Arbeiter gab die Petition ab, Berends und Waldeck nahmen sie im Sekretariat in Empfang. Berends trat darauf auf die Freitreppe und hielt eine kurze, mit Jubel aufgenommene Anrede an die Arbeiter, in welcher er ihnen sagte, die Linke der National-Versammlung werde die Wünsche der Arbeiter zu den ihrigen machen. Er ermahnte darauf die Anwesenden, ruhig nach Haus, zu ihrer Arbeit zurück zu kehren und den Erfolg der Bemühungen der Linken abzuwarten.

Dies geschah denn auch, die Arbeiter marschirten im geordneten Zuge wieder fort und bewiesen hier aufs Neue, wie wenig sie den Vorwurf der Scandalmacherei verdienen.

Die Petition der Arbeiter wurde denn auch in der That von Berends in der National-Versammlung vorgebracht, aber nicht gewährt, da nur die Linke für dieselbe stimmte. Das Centrum hatte nicht Muth genug, für die Arbeiter der Regierung gegenüber offen in die Schanze zu treten, und nicht Einsehen genug, um klar zu erkennen, daß es jetzt in der Politik der National-Versammlung liegen müsse, die Einigkeit im Volke zu erhalten, um dadurch der Regierung zu imponiren und sie von den Gewaltschritten abzuhalten, welche sie,

wie die großartigen militairischen Vorkehrungen, welche täglich getroffen wurden, lehrten, beabsichtigte und bald genug ins Leben führte.

Der ungünstige Ausfall ihrer Petition wurde einer Deputation der Arbeiter mitgetheilt; er verursachte unter diesen wieder große Aufregung, welche von den demokratischen Führern nur mit großer Mühe beschwichtigt werden konnte.

Die Führer der demokratischen Partei hatten sich mittlerweile mit den Arbeitern in eine engere Verbindung gesetzt. Es befanden sich fortwährend Deputationen der Arbeiter im Clubhause, welche mit den Demokraten conferirten, um ein ehrenvolles Begräbniß der Gefallenen zu Stande zu bringen und zu gleicher Zeit eine vollständige Versöhnung zwischen Bürgerwehr und Arbeitern.

Das Begräbniß der Gefallenen sollte der erste Anknüpfungspunkt zur vollständigen Versöhnung sein, die demokratischen Führer wünschten deshalb, daß dasselbe gemeinschaftlich die Leichen der Arbeiter wie den gefallenen Bürgerwehrmann, den Hof-Vergolder Schneider, umfasse. Wider ihr Erwarten fanden die Demokraten jedoch einen Widerstand beim Magistrat und den Stadtverordneten, welcher ihr gerechtes Staunen erregen mußte.

Diese Behörden erboten sich nämlich, für ein anständiges Begräbniß der Gefallenen zu sorgen, wenn diese nicht auf einem Kirchhof, nicht gemeinsam, sondern alle einzeln auf den verschiedenen Gottesäckern, zu denen sie gehörten, begraben würden.

Hierauf konnten die Demokraten natürlich nicht eingehen, denn der unterdrückte Zorn der Arbeiter, der in jedem Augenblick vernichtend auszubrechen drohte, ließ sich eben nur da-

durch zurückhalten, daß ihnen ein feierliches Leichenbegängniß ihrer Gefallenen zugesichert wurde.

Die Demokraten beriefen deshalb im Clubhaus, um ein solches Begräbniß zu bewirken, eine große Versammlung, zu welcher Deputirte aller Clubs, aller Arbeiterschachte, aller Gewerke eingeladen wurden. Heramer präsidirte dieser Versammlung, welche eine Kommission zur Bestattung der Todten ernannte.

Diese Kommission bemühte sich nun nach Kräften, wenigstens ein gemeinschaftliches Begräbniß der Arbeiter und des Bürgerwehrmannes zu bewirken; aber dies gelang ihr nicht, überall stieß sie auf Hindernisse, es verbot sogar der Polizei-Präsident die Versammlung des Leichengefolges auf dem Opernplatz, als eine unerlaubte Volks-Versammlung. Die Kommission kehrte sich indessen an diese Bemühungen der Behörden, ihr Friedenswerk zu zerstören, in keiner Weise, sondern setzte dasselbe energisch durch.

Am Vormittage des 20. Oktober fand das feierliche Begräbniß des Bürgerwehr-Hauptmanns Schneider statt, viele Tausend Arbeiter folgten dem Zuge. Am Nachmittage wurden die gefallenen Arbeiter auf dem Friedhofe vor dem Halleschen Thore bestattet.

Ein unermeßlicher Zug folgte trotz des kalten Regens den Särgen. Alle Gewerke, die Clubs, die meisten Bataillone der Bürgerwehr, der demokratische Central- und Kreis-Ausschuß, die Deputirten der Linken und viele Tausend Arbeiter bildeten das Leichengefolge, welches unter Choral-Musik vom Opernplatz, wo es sich versammelt hatte, durch die Friedrichs-Straße nach dem Kirchhofe vor dem Halleschen Thore zog.

Am Opernplatz hielt Braß eine eindrucksvolle Rede, auf

dem Kirchhofe wurde den Gebliebenen über das Grab gefeuert und zwei Geistliche sprachen, welche, wie verlautete, vom Könige dazu beauftragt waren.

Nach der beendeten Feierlichkeit zerstreute sich das ungeheure Leichengefolge und zog ruhig nach der Stadt zurück. Die Arbeiter brachten aber noch an demselben Abend den Deputirten der linken Seite aus Dankbarkeit für ihre Theilnahme an dem Begräbnisse einen Fackelzug vor Mylius Hotel, dem Versammlungsort der Linken.

So war denn trotz aller Bemühungen der städtischen und Polizei-Behörden die Einigkeit zwischen Arbeitern und Bürgerschaft durch die demokratischen Führer, welche sich bei dieser Gelegenheit sehr thätig gezeigt hatten, wieder hergestellt.

24.

Den Ereignissen des 16. Oktobers folgte in Berlin eine unheimliche, gewitterschwüle Ruhe. Jedermann war es klar, daß diese Ruhe nicht von langer Dauer sein könne, daß in kurzer Zeit ein gewaltiger Ausbruch erfolgen müsse.

Die Parteien standen sich jetzt so schroff gegenüber, daß an eine Einigung nicht mehr zu denken war, auch die zur Vereinbarung einer Verfassung berufene National-Versammlung hatte die Brücken hinter sich abgebrochen, welche sie zu einer Vereinigung mit der Regierung hätte führen können, sie hatte bei der Berathung der Verfassung sich mehr und mehr der Linken zugeneigt und war dadurch in den Augen der Regierung mehr und mehr unmöglich geworden, während sie doch beim Volke nicht sich die völligen Sympathieen zu erwerben gewußt hatte. Der Boden war ihr mehr und mehr

unter den Füßen geschwunden. Der Adel und die Orden, wie das von Gottes Gnaden waren von ihr abgeschafft, und die ganze Hofpartei, so wie das Junkerthum standen ihr daher als tödtliche Feinde gegenüber, während sich auch der Arbeiterstand durch ihre Beschlüsse in Folge des 16. Oktobers verrathen glaubte.

Die Parteien waren kampfgerüstet. Eine Armee lag um Berlin; aber die Truppen begannen schon zu murren, sie begannen sich widerspenstig zu zeigen, denn die Quartiere in den Ställen und Scheunen auf den Dörfern um Berlin waren so schlecht, daß die Soldaten es bei der vorgeschrittenen Jahreszeit in denselben nicht mehr aushalten konnten. Es riß in den Regimentern eine große Unzufriedenheit ein, welche sich dadurch bethätigte, daß die Soldaten vielfach auf Urlaub nach Berlin gingen und sich dort bei den demokratischen Clubs, sogar zum Theil als Redner, betheiligten.

Dies drohte gefährlich zu werden, um so mehr, als die demokratische Partei sich diesen Umstand zu Nutze machte und einen Verein begründete, welcher schnell bedeutenden Anklang fand.

Streckfuß wurde von dem demokratischen Kreis-Ausschuß der Mark Brandenburg beauftragt, einen Verein für das Militair zu organisiren. Dies geschah, und der Verein trat unter dem Namen Militair-Reform-Verein ins Leben.

Schon bei der ersten Sitzung hatten sich zwischen zweihundert und dreihundert Soldaten der verschiedenen Regimenter eingefunden, welche die Gründung des Vereins mit Jubel begrüßten. Sie wählten Streckfuß zum Präsidenten und ein Comitee, bestehend aus zwei Offizieren außer Dienst, den

Lieutenants de la Chevalerie und Faltin und dem Referendar von Hochstetter.

In diesem Vereine wurden die Militair-Angelegenheiten in sehr ruhiger Weise besprochen; die Redner gehörten aber meistens der demokratischen Partei an.

War schon die erste Sitzung des Militair-Reform-Vereins besucht, so waren es die folgenden noch weit mehr; die Soldaten strömten denselben, trotz der Abmahnungen ihrer Offiziere, in Masse zu, und standen bis weit vor die Thüren des Vereins-Lokals dicht gedrängt. Der erste Funken der Demokratie war in die Armee geworfen und fand dort so viel Nahrung, daß die Regierung in Schrecken gesetzt wurde.

Da nahm der Gouverneur von Berlin, welcher wohl schon von den nahe bevorstehenden Gewaltschritten der Regierung in Kenntniß gesetzt worden sein mochte, ebenfalls zu einer Gewaltmaßregel seine Zuflucht, er verbot den Soldaten der Berliner Garnison durch einen Gouvernements-Befehl, der am 30. Oktober Mittags beim Appell vorgelesen wurde, den Besuch des Militair-Reform-Vereins, und stieß dadurch eigenmächtig das Gesetz vom 6. April 1848 um, welches allen Preußen, ohne Ausnahme des Soldatenstandes, das freie Vereinigungsrecht gestattet.

Am Abend des 30. Oktobers war eine Sitzung des Vereins in der Sophienstädtischen Reitbahn angesagt; als zur bestimmten Zeit der Präsident des Vereins, Streckfuß, ankam, fand er vor der Thür des Vereins-Lokals die Soldaten bereits in Masse versammelt, welche ihm den Gouvernements-Befehl mittheilten, den er übrigens bereits durch mehrere Deputationen des 24. Regiments erfahren hatte. Die Soldaten erklärten, sie würden den Verein trotz dieses Befehls besuchen,

und ließen sich nur durch das Zureden ihres Präsidenten von diesem Beschluß abbringen, nachdem sie Streckfuß beauftragt hatten, die Deputirten der Linken dahin zu bewegen, daß dieselben die Zurücknahme des Gouvernements-Befehls bewirkten.

So ward denn dieser Verein schon kurze Zeit nach seinem Entstehen ertödtet, aber doch nicht ohne einige Wirkung gehabt zu haben, denn das 24. Regiment war durch ihn zum großen Theil demokratisirt worden.

Die demokratische Partei war während dieser Zeit nicht müßig. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit den wichtigen in der National-Versammlung verhandelten Verfassungs-Fragen; aber außerdem auch mit einem Gegenstand, der damals ganz Deutschland in die äußerste Spannung versetzte, dies war das Schicksal Wiens. Dorthin waren die Blicke der deutschen Demokraten gerichtet, dort mußte es sich jetzt entscheiden, ob die Reaction, ob die Demokratie für den Augenblick siegen sollte. In Berlin stand, das sah man ein, in kurzer Zeit ein ähnlicher, furchtbarer Kampf, wie der in Wien, bevor, und es galt jetzt, sich zu rüsten.

Vor allen Dingen mußte dazu der Friede zwischen Arbeitern und Bürgerwehr vollständig wieder hergestellt werden. Die Arbeiter mußten sich ganz ruhig verhalten, sie thaten es auf Zureden der Demokraten, welche sie auf die Wichtigkeit der Ruhe aufmerksam machten.

Die demokratischen Führer wurden in ihren Bemühungen kräftig unterstützt durch einen Arbeiter-Verein, den der Maschinenbauer, welcher folgende schöne, allgemeinen Anklang findende Proclamation erließ:

„Die Reaction will Bürgerkrieg; sie trägt Bedenken, die Demokratie mit offener Gewalt von außen zu bekämpfen,

darum will sie dieselbe mit Hinterlist im Innern zerfleischen. Und dieserhalb erklären Wir Maschinenbau-Arbeiter, als eherne Stützen des demokratischen Fortschrittes, offen und fest entschlossen: „„Bei dem Ausbruch eines neuen Kampfes zwischen Bürger und Arbeiter stellen wir uns sämmtlich unbewaffnet, als Schutz- und Trutzwehr der brüderlichen Einigkeit, zwischen die kämpfenden Parteien, und nur über unsere Leichen führt der unglückliche Weg zum Bruderkampfe. Wagt aber die Reaction einen offenen Kampf gegen die gute Sache der Freiheit — dann, Bürger und Arbeiter! stehen wir bewaffnet mit Euch in Einer Reihe!““

Auch Herr Rimpler suchte sich das Vertrauen, welches er in Folge seiner Handlungsweise vom 16. Oktober bei Volk und Bürgerwehr ziemlich verloren hatte, durch eine Ermahnung zum Frieden, welche er in einem Straßen-Plakat erließ, wieder zu gewinnen. Seine Anstrengungen waren aber für den Augenblick ziemlich vergeblich.

Außerdem beschäftigte in diesen Tagen noch ein anderer Gegenstand die Demokratie vollkommen, dies war der Deutsche Demokraten-Congreß, welcher vom Central-Ausschuß am 26. Oktober in Berlin zusammengerufen war. Zu gleicher Zeit sollte in Berlin eine Zusammenkunft der sämmtlichen Linken aller deutschen Versammlungen auf Veranlassung der Frankfurter und Berliner Linken zusammenkommen.

Schon längst hatte das deutsche Volk das Vertrauen zu der National-Versammlung in Frankfurt verloren, es wünschte die Auflösung derselben, und in Berlin hoffte man deshalb sehr viel von den beiden zu gleicher Zeit stattfindenden Versammlungen der verschiedenen Linken und des demo-

kratischen Congresses, man hegte besonders den Wunsch, daß beide Versammlungen sich vereinigen und ein Gegen-Parlament gegen das Frankfurter bilden möchten. Die Unterstützung der ganzen deutschen Demokratie wäre diesem gesichert gewesen.

Aber man hoffte zu viel und man sah sich daher getäuscht, alle diese schönen Erwartungen wurden zu nichte.

Der Congreß der Linken verlief vollkommen wirkungslos, er ließ gar nichts von sich hören, selbst eine Verständigung der verschiedenen Oppositionen kam nicht genügend zu Stande, eben so wenig eine Vereinigung mit dem demokratischen Congreß.

Von dem Congreß selbst hörte man allerdings mehr, er gab bedeutende Lebenszeichen von sich; aber er zeigte sich als eine so wüste, regellose Versammlung, mit so furchtbar excentrischen Ansichten, voller Persönlichkeiten, welche sich selbst, ihre kleinliche Eitelkeit nicht zu beherrschen vermochten, daß auch er der demokratischen Partei weit mehr geschadet als genützt hat.

Am 26. Oktober trat der Congreß im englischen Hause zusammen und wurde durch Kriege eröffnet. Das Namens-Verzeichniß der Deputirten zeigt viele bekannte, zum Theil sogar berühmte Persönlichkeiten der demokratischen Partei. So Bayrhoffer aus Marburg, Georg Fein aus Bremen, Erbe aus Altenburg, Fr. Beust aus Köln, Peterie aus Schweidnitz, Asch, Engelmann und Hoyoll aus Breslau, Minkwitz aus Dresden, Bamberger aus Mainz, Krackrügge und Berlebsch aus Erfurt, A. Ruge und Delkers aus Leipzig, Rempel aus Bielefeld, Wislicenus aus Halle, Brausewetter aus Königsberg u. a. m. Aus

Berlin waren alle bekannten Demokraten als Deputirte der verschiedenen Clubs beim Congreß gegenwärtig, auch Held war dort als Deputirter des demokratischen Bürgerwehr-Vereins.

Schon der erste Tag des Congresses gab das Bild einer wilden Regellosigkeit, noch viel mehr aber gaben es die folgenden Tage, in denen sich ein wilder ungezügelter Enthusiasmus bemerklich machte.

Bald stellten sich verschiedene Parteien hervor, eine Linke und eine Rechte, die letztere umfaßte die constitutionell-demokratischen, so wie diejenigen republikanischen Deputirten, welche mit Ruhe und vernünftiger Ueberlegung vorwärts schreiten wollten, welche in den Principien meist eben so weit gingen, als die Linke; aber glaubten, daß diese Principien nur durch eine ruhige, besonnene Consequenz ins Leben zu rufen wären. Diese Partei hieß spottweise die der blauen Republikaner, ein großer Theil derselben trat schon am zweiten und dritten Tage aus dem Congreß, weil die Linke keiner ruhigen Ueberlegung Raum geben wollte und jede gründliche Erörterung einer Frage durch wildes ungestümes Toben vollständig unmöglich machte.

Die linke Seite bestand aus den sogenannten rothen Republikanern, welche auf dem Congreß eine große Majorität hatten. Wild, feurig, stürmisch wollten sie mit glühendem Feuereifer vorwärts, ohne die zu jener Zeit so drohenden, so unglücklichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Sie täuschten sich absichtlich über ihre Stärke und ihren Anhang im Volke, und besonders in Berlin, wo sie den Heerd einer neuen Revolution zur Begründung einer socialen Republik gefunden zu haben glaubten. Sie sahen nicht die Armee von 50,000 Mann,

welche die Residenz umgürtete, nicht den kaum vernarbten Zwiespalt zwischen den Bürgern und Arbeitern, alle diese Verhältnisse übersahen sie, indem sie nur im Ideale sich bewegten.

Diese Partei hielt fest und geschlossen zusammen und siegte daher über die Rechte bei jeder Frage. Gründliche Debatten, Erörterungen kamen auf dem Congreß kaum vor, über die meisten Fragen wurde schnell abgestimmt, man wollte keine Gegengründe der ruhigen Partei hören.

Von den Gegenständen, mit denen sich der Congreß beschäftigte, heben wir besonders die Organisation der demokratischen Partei und die Verhandlungen über die Mittel, mit denen dem zur Zeit so gefährlich bedrohten Wien geholfen werden könne, hervor. In Beziehung auf die Organisation wurde ein Central-Ausschuß von drei Mitgliedern, d'Ester, Graf Reichenbach und Heramer gewählt, welchem die Oberleitung der gesammten Demokratie in Deutschland vorbehalten blieb. Im Uebrigen blieb es der Hauptsache nach bei der alten Organisation mit den Kreis-Ausschüssen zur Vereinigung der Provinzen.

An die Spitze seiner Organisation stellte der Congreß folgenden Grundsatz:

„In Erwägung, daß die materielle Wohlfahrt des gesammten Volkes Grundbedingung der wahren Freiheit sei, in Erwägung, daß sämmtliche Organe der Partei von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß nur die volle und ganze politische Freiheit dem Volke diejenigen Mittel der Selbstorganisirung und diejenige Kraft der Selbstbestimmung verleihen

kann, welche der totalen Reform der Erwerbs-Verhältnisse vorangehen muß,

erklärt der zweite deutsche Demokraten-Congreß: **daß nur in der demokratischen Republik die Lösung der socialen Frage möglich ist.**

Um den unglücklichen Wienern zu Hülfe zu kommen, erließ der Congreß eine Proclamation an das deutsche Volk, in welcher er dasselbe aufforderte, die Regierungen zu zwingen, daß sie den Wienern zu Hülfe eilten.

Diese beiden Fragen waren die wichtigsten, welche im Congreß verhandelt wurden; die Frage, ob der Congreß sich für permanent erklären solle, wurde ebenfalls besprochen; aber obgleich die linke Seite zu diesem völlig nutzlosen Schritte große Lust hatte, doch verworfen und der Congreß am Montag, den 30. Oktober, geschlossen. Viele Mitglieder der rothen Partei blieben indessen noch in Berlin und betheiligten sich, wie wir sehen werden, bei den unglückseligen Ereignissen des 31. Oktobers. Auch auf eine vom Congreß gehaltene Volks-Versammlung werden wir im nächsten Kapitel zurückkommen.

So war denn der Congreß beendet und höchst unglücklich abgelaufen, denn die demokratische Partei hatte sich auf demselben als eine höchst wilde, ordnungslose Masse ohne Organisation und Disciplin gezeigt. Wie sie sich im Sommer eben durch ihre Organisation den Regierungen furchtbar gemacht hatte, so erschien sie jetzt denselben und mit Recht vollkommen machtlos. Der Mangel an bedeutenden, Ehrfurcht gebietenden Persönlichkeiten, welche die kleinen nach Macht strebenden Talente zu zügeln vermocht hätten, war es, welcher die Partei für den Augenblick zu Grunde richtete.

Einen großen Einfluß auf den unglücklichen Ausgang des Congresses hatte auch die Nachlässigkeit des früheren Central-Ausschusses, welcher den Congreß berufen hatte, ohne ihm die geringsten Vorlagen zu machen und dadurch eine wenigstens einigermaßen regelmäßigere Thätigkeit herbeizuführen.

Der Congreß wäre vielleicht, hätte er längere Zeit zusammen bleiben können, eine ganz tüchtige Versammlung geworden, denn es fehlte in ihm nicht an hellen, wenn auch extremen Köpfen; so aber hat er durch sein Ueberstürzen, durch seine wilde, zügellose Thätigkeit für die Demokratie die nachtheiligsten Folgen gehabt, indem er die innere Halt- und Machtlosigkeit der Partei offenbart und dadurch der preußischen Regierung den Muth gegeben hat, in der Art vorwärts zu schreiten, wie dies im November geschehen ist.

25.

Die Gewitterwolken, welche den politischen Horizont Preußens bedrohten, verdüsterten sich in den letzten Tagen des Oktobers immer mehr und mehr, mit jedem Tage wurde es klarer, daß ein gewaltiger Ausbruch nahe bevorstand.

Die Clubs schienen noch einmal ihre Kraft zusammen nehmen zu wollen, es wurde rückhaltsloser, kühner in ihnen gesprochen, als je vorher, es wurden sogar Geldsammlungen für nicht näher angegebene Zwecke, für Herbeischaffung von Munition in ihnen gemacht. Aber die Redner, welche in den Clubs auftraten, waren meistens neu, die bekannteren Demokraten hatten theils zu viel mit dem demokratischen Congreß zu thun, theils hatten sie sich schon jetzt mehr und mehr aus

den Clubs zurückgezogen, deren tiefe innere Zerrissenheit sie nicht mehr zu beseitigen vermochten, und in denen sie daher nichts Bedeutendes mehr wirken zu können glaubten.

Der Held'sche Social-Verein erließ zu jener Zeit ein Aufsehen machendes Riesen-Plakat. Herr Held hatte einmal die rechte Stelle getroffen, er warnte vor einem nahen Belagerungs-Zustand und rieth zur Proviantirung Berlins; aber Herr Held hatte so oft unnütz geschrieen, daß jetzt, wo er einmal einen richtigen Blick in die Zukunft that, seine Stimme ungehört verhallte.

Schon am 25. Oktober zeigten sich die ersten Vorzeichen nahe bevorstehender unruhiger Bewegungen.

Die Regierung, welche sich ebenfalls zu einem nahen Kampfe rüstete, welche die öffentlichen Gebäude, die Kasernen, das Zeughaus mit Proviant versehen ließ, damit die in denselben liegenden Soldaten im Fall einer Einschließung mit Mundvorrath versehen seien, welche die Staats-Kassen aus Berlin und Breslau auf die Festung nach Magdeburg schaffen ließ, um sie der möglichen Eroberung durch das Volk zu entziehen, und um zugleich eine tüchtige Kriegs-Kasse sofort bei der Hand zu haben, ließ auch das Berliner Zeughaus mehr und mehr von Waffen ausleeren, weil leicht voraus zu sehen war, daß es bei einer neuen Revolution die erste That des Volks sein werde, das Zeughaus zu stürmen und sich der in demselben befindlichen Waffen zu bemächtigen.

Man hatte dies schon längst bemerkt und die Arbeiter waren über diese Kriegslist der Regierung wüthend, sie hielten am 25. Oktober einen der Waffenkähne an, und erst als Bürgerwehr dazu kam, wurde derselbe wieder weiter transportirt.

Es wäre bei dieser Gelegenheit fast wieder zu einem blutigen Conflikt zwischen Arbeitern und Bürgerwehr gekommen, denn der Groll vom 16. war noch nicht verraucht, er gährte noch fort und fort; aber die Arbeiter gaben dem Zureden mehrerer schnell hinzugekommenen bekannten Demokraten nach und zogen sich zurück.

Am 29. Oktober hielt der demokratische Congreß eine Volks-Versammlung unter den Zelten, Bayrhofer aus Marburg präsidirte. Es sprachen verschiedene Redner zu dem sehr zahlreich versammelten Volke, wie Berlepsch aus Erfurt, Senin aus Dresden, Silberstein aus Wien*), Brausewetter aus Königsberg und der bekannte Freischärler Bracklow aus Holstein. Auch Arnold Ruge sprach, und zwar für einen Gegenstand, für den er schon auf dem demokratischen Congreß und in der Versammlung der vereinigten Linken gewirkt hatte, für die Sache Wiens.

Es war die Nachricht gekommen, daß Wien bombardirt werde, sogar das Gerücht war verbreitet gewesen, Wien sei bereits gefallen; aber es hatte sich als falsch erwiesen.

Ruge forderte nun das Volk von Berlin auf, die Sache Wiens zu der seinigen zu machen, und an die National-Versammlung eine Monstrepetition zu richten, daß sie sich Wiens annehme; auch die Bürgerwehr sollte zu dieser Petition aufgefordert werden.

---

*) Silberstein und Senin wurden am folgenden Tage wegen ihrer unter den Zelten gehaltenen Reden verhaftet, aber bald wieder frei gelassen. Auf Bracklow wurde gefahndet, derselbe entkam jedoch, indem er sich durch Abschneiden seines großen Bartes vollkommen unkenntlich machte und so unerkannt bei den auf ihn lauernden Constablern vorbeiging.

Das leicht bewegliche Volk, welches ein tiefes Mitgefühl für die süddeutsche Schwesterstadt zeigte, jubelte dem Vorschlage zu, und die Petition ward beschlossen; jene Petition, welche die unglückseligen Scenen des 31. Oktobers bewirken sollte.

Schon am 30. Oktober waren die Straßen Berlins ungemein bewegt, an allen Ecken, auf allen freien Plätzen bemerkte man Gruppen, in denen das Schicksal Wiens das Tagesgespräch bildete, und in denen mitgetheilt wurde, daß am folgenden Tage, am 31., der National-Versammlung eine Petition des Volkes von Berlin, im Interesse der Wiener, überreicht werden solle; die Ueberreichung sollte von einer Deputation geschehen, die das Volk begleiten möge.

In der That cirkulirte in den Clubs und Vereinen der Stadt, so wie auch unter einem Theil der Bürgerschaft, eine solche Petition an die National-Versammlung, welche sich schnell mit Unterschriften bedeckte. Besonders im Handwerker- und Maschinenbauer-Verein fand sie rege Theilnahme.

Am 31. Oktober gegen Mittag sammelten sich auf dem Alexanderplatz die Unterzeichner der Petition, um die Deputation zu begleiten, welche die Schrift der National-Versammlung übergeben sollte. Ein großer Zug von wohl mehreren Tausend Männern setzte sich nach Zwölf in Bewegung und schritt die Königs-Straße entlang, beim Schloß und der Katholischen Kirche vorbei, nach dem Gensd'armenmarkt. An der Spitze des Zuges schritten als die Führer desselben Arnold Ruge, der Vater Karbe und Linden-Müller.

Auch einige Fahnen sah man bei dem Zuge; besonders bemerklich machten sich die rothen des Clubs der politischen Ecke und des Linden-Clubs, auf deren Präsidentschaft Müller

seinen Stolz setzte. Mochten diese Fahnen auch bei einem fröhlichen Feste, wie bei dem Festzuge nach dem Kreuzberge am 6. August, wohl als heitere Sinnbilder des Berliner Straßenlebens an ihrer Stelle sein, so störten sie doch jedenfalls den Ernst und die Würde, welche eine, wenn auch unzeitgemäße, so doch sicherlich nicht lächerliche Petition zu Gunsten der Wiener Freiheitshelden hätte haben müssen.

Wir nannten die Petition eine unzeitgemäße und sie war es in der That. Denn sicherlich war die Zeit der Schwäche innerhalb der demokratischen Partei und der Stärke der Reaction nicht geeignet zu einer solchen Petition, welche sicherlich keinen Erfolg haben konnte, denn wenn auch die National-Versammlung auf dieselbe einging, so gab es doch in jener Zeit kein Mittel, die Regierung zu zwingen, auf den Willen der National-Versammlung einzugehen. — Die Tage des März waren längst vorüber!

Vor dem Schauspielhause machte der Zug Halt und eine Deputation, an deren Spitze sich Arnold Ruge befand, begab sich in das Gebäude, um die Petition zu überreichen. Eine ungeheure Volksmasse hatte sich während dieser Zeit auf dem Gensd'armenmarkt gesammelt und erwartete daselbst den Bericht der Deputation. Die Treppen des Hauses waren förmlich belagert von den Wartenden, der große Platz glich einem wogenden Menschenmeer.

Nach kurzer Zeit kam die Deputation zurück, Ruge stellte sich auf die große Freitreppe des Schauspielhauses und erstattete von dort aus Bericht über das Ergebniß seiner Sendung. Er hatte die Petition dem Abgeordneten d'Ester übergeben, am Abend schon solle sie in der Abend-Sitzung der National-Versammlung zur Sprache kommen, Waldeck, der

allgemein verehrte Deputirte Berlins, werde einen Antrag im Sinne der Petition stellen.

Ruge fügte seinem Bericht eine Einladung an das Volk bei, sich am Nachmittage des folgenden Tages vor den Zelten einzufinden, um dort nähere Nachricht über den Erfolg der Abend-Sitzung zu empfangen.

Das aber war keineswegs nach dem Sinn der Versammelten, welche zum Theil aus Neugierigen, zum größeren Theil aber aus den unruhigsten, alle Zeit schlagfertigen Elementen der Berliner Straßen-Demokratie bestanden.

Unter wüstem Geschrei wurde gefordert, die National-Versammlung solle gleich berathen, der unvernünftige Vorschlag fand indessen wenig Anklang, desto mehr hingegen der, daß man sich am Abend wieder zur Stelle finden wolle, um das Resultat der Berathung abzuwarten. Vergeblich sprachen verschiedene Redner zur Beruhigung des Volkes, ihre Stimmen, selbst die der so beliebten Volksmänner Karbe und Müller, verhallten in dem Lärm zum Theil ungehört, gewiß aber unbeachtet.

Während dieser Zeit waren auch die Mitglieder des Handwerker- und Maschinenbauer-Vereins, welche die Petition mit unterschrieben hatten, angekommen, um bei der Uebergabe derselben gegenwärtig zu sein. Dem Einfluß dieser ruhigen und vernünftigen Männer gelang es, eine ruhigere Stimmung zu erzeugen, und so verlief sich bald die Menge, aber mit dem festen Vorsatz, am Abend wieder zu kommen. Bevor die Versammlung auseinander ging, theilte noch ein Redner einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der eben geschlossenen National-Versammlung mit, in welcher der Adel

und die Orden abgeschafft worden waren; dies erregte einen allgemeinen stürmischen Jubel.

Schon am Nachmittage war der Gensd'armenmarkt sehr belebt und mit jeder Stunde füllte er sich mehr und mehr, denn in ganz Berlin hatte sich das Gerücht verbreitet, daß es zu unruhigen Auftritten kommen werde, wie denn ein jedes solches Gerücht mit Blitzesschnelle die große Stadt durchläuft.

Die Menge hatte sich anfangs in einzelne Gruppen auf dem Platze zerstreut, in deren jeder irgend einer der bekannten Volksredner den Mittelpunkt bildete. In den meisten solcher kleinen Versammlungen hörte man zur größten Ruhe rathen, damit die Verhandlungen der National-Versammlung nicht gestört würden, und nicht etwa die Abstimmungen derselben als erzwungen erscheinen möchten.

Erst als es dunkel zu werden anfing, concentrirte sich die ganze waffenlose Menge mehr um das Schauspielhaus, sie mochte ungefähr zwei bis dreitausend Mann stark sein, und vermehrte sich auch anfangs nicht sehr stark, denn ein kalter Regen hielt die nur Neugierigen in den Häusern zurück, während er es doch nicht vermochte, den Auflauf ganz zu zerstreuen.

Die Menge hielt sich anfangs ziemlich ruhig, erst das Nahen einer Anzahl der noch in Berlin zurückgebliebenen fremden Mitglieder des demokratischen Congresses, welche jubelnd begrüßt wurden, erregte einigen Tumult.

Je weiter indessen der Abend vorrückte, je tumultuarischer wurde die Menge vor der National-Versammlung. Einige Männer, Arbeiter dem Aeußern nach, zogen fort, begleitet von einem Rudel tobender Jungen, und brachen in

die nahe gelegenen Spritzenhäuser ein, aus denen sie die dort vorräthig liegenden Fackeln entnahmen, und mit diesen kehrten sie wieder nach dem Schauspielhause zurück.

Vor dem Hause entwickelte sich jetzt eine ganz eigenthümliche wild-romantische Scene.

Die Fackeln wurden angesteckt und beleuchteten mit ihrem rothen, grellen Lichte die dicht um das Schauspielhaus gedrängte Menge. Ein Paar rothe Fahnen erschienen des Abends nach 8 Uhr und wurden vor der Haupteingangsthür aufgepflanzt. Eine wilde Bande sammelte sich um diese Fahnen, welche, vom Licht der Fackeln beleuchtet und von den wilden Gesichtern der in zerrissene Lumpen gekleideten Männer aus den untersten Volksklassen umgeben, einen ganz eigenthümlichen Eindruck machten. Zu ihnen strömten daher auch die meisten Neugierigen, angelockt durch das merkwürdige, in Berlin ganz neue Schauspiel.

Verschiedene Redner traten in den Volkshaufen auf; aber die meisten sprachen ohne Erfolg und wurden zum Theil sogar verhöhnt, wenn sie zur Ruhe reden wollten. Das Volk war fanatisirt worden, theils in der Volks-Versammlung vom 29., theils auch am selben Abend von einigen Führern der extremen demokratischen Partei, welche die Aufregung am 31. Oktober über die Wiener Verhältnisse zu einem radikalen Schritt gegen die ihnen nicht weit genug gehende National-Versammlung glaubten benutzen zu können; wo daher Redner dieser Fraction auftraten, da fanden sie unter der wüthend gemachten Menge, welche die Vernunft vollständig verloren zu haben schien, den größten Anklang, vollständige Sympathieen. Unter den Rednern dieser Partei wurde besonders an jenem Abend ein sonst sehr unbedeutender Mensch, ein Post-

Secretair, welcher sich als Deputirter beim demokratischen Congreß befunden hatte, einflußreich. Er trat nämlich auf und berichtete, er habe mit dem Deputirten d'Ester gesprochen, und dieser habe ihm den Auftrag gegeben, dem Volke zu sagen, daß es das Sitzungs-Lokal der National-Versammlung nicht verlassen und wohl überwachen möge, damit sich keiner der volksfeindlichen Deputirten der Rechten unbemerkt daraus entfernen könne. Bei dem Waldeck'schen Antrag zu Gunsten der Wiener werde auf namentliche Abstimmung angetragen werden, damit das Volk Gelegenheit habe, seine Feinde kennen zu lernen.

Diese Rede wurde mit Jubel aufgenommen*) und in Folge derselben wurden sofort alle Thüren des Schauspielhauses verschlossen. Arbeiter mit Fackeln stellten sich vor denselben auf und ließen Niemand aus dem Hause, damit auch nicht einer der Deputirten der Rechten unbemerkt entwischen könne.

Vergeblich warnten mehrere der ruhigen Führer der demokratischen Partei, welche den angestifteten Unfug mit Schrecken beobachteten und die Folgen desselben fürchteten, vor einem so thörichten Unternehmen, sie erhielten nur die Antwort, der Deputirte d'Ester habe die Schließung der Thüren befohlen, dem müsse man folgen; vergeblich traten sogar einige sonst sehr beliebte und einflußreiche Deputirte der Linken, wie z. B. Berends, vor das Haus, und sprachen beruhigend zum Volke; ihre Worte verhallten ohne allen Erfolg.

---

*) Wir haben wohl kaum nöthig zu bemerken, daß der Redner einen so unsinnigen Auftrag vom Abgeordneten d'Ester niemals empfangen hatte, sondern diese Angabe nur als Mittel zum Zweck gebrauchte.

Die Menge war einmal fanatisirt, sie wollte sich nicht mehr beruhigen lassen, die Aufreizungen der extremen Partei, der sogenannten rothen, hatten sie zu einem Muth angestachelt, wie nie zuvor. Die verblendeten Führer jener Fraction hatten Hand in Hand mit der Reaction gearbeitet, ohne es zu wissen, denn auch die Emissaire dieser Partei waren sehr thätig und bemühten sich, das Volk zu allen möglichen Gewaltthätigkeiten anzutreiben; sie fanden leider nur zu williges Gehör.

Fremde Leute trieben sich unter der Volksmenge umher und ermunterten sie, bei dem begonnenen Werke zu verharren und sich nicht durch die Worte der Blauen bereden zu lassen. Heut sei der Tag, wo das Volk von Berlin sich zeigen könne, die Deputirten der Rechten und die Minister müßten alle aufgehängt werden.

Diese guten Rathschläge hatten denn auch zur Folge, daß einige der fanatisirtesten Arbeiter sich in der That mit Stricken bewaffneten, um sobald als möglich zum Aufhängen zu schreiten.

Mit solchen Rathschlägen gingen die Emissaire der Reaction von einer der Gruppen zur andern, und entfernten sich immer schnell, wenn sie bemerkten, daß ihre Worte Boden gefunden hatten. Mehrere der ruhigeren Demokraten, welche sich vergeblich bemühten, Vernunft zu predigen, wurden aufmerksam auf dies Treiben und paßten nun scharf auf, um einen dieser Emissaire zu entlarven und der gerichtlichen Bestrafung zu übergeben.

Lange war alle Mühe vergeblich, denn diese Männer entfernten sich immer schnell wieder, nachdem sie ihren Unkrautsamen ausgestreut hatten; endlich aber gelang es dem

Herrn von Hochstetter, einen Menschen, welcher sich für einen Polen ausgab und überall laut Hängen und Scandal predigte, auf frischer That zu ertappen und zu verhaften. Derselbe wurde sofort zum Arrest gebracht.

Während so vor dem Schauspielhaus sich das Volk drängte, während die Thüren von Fackelträgern besetzt waren und keiner der Deputirten aus dem Hause gelassen wurde, war im Concert-Saale eine interessante und spannende Debatte im Gange.

Kurz nach 5 Uhr war die Sitzung durch den Präsidenten von Unruh eröffnet worden. Es wurde zuerst ein Schreiben des Minister-Präsidenten verlesen und mit allgemeinem Beifall begrüßt, in welchem dieser der Versammlung mittheilte, daß der König das von der National-Versammlung entworfene Jagd-Gesetz sanctionirt habe.

Dann kam die Wiener Frage zur Debatte und zwar der von Waldeck und vielen Mitgliedern der Linken gestellte Antrag.

Der Antrag des Abgeordneten Waldeck und Genossen lautete:

„Die hohe National-Versammlung wolle beschließen, das Staats-Ministerium aufzufordern, zum Schutze der in Wien gefährdeten Volksfreiheit alle dem Staate zu Gebote stehenden Mittel und Kräfte schleunigst aufzubieten."

Die Unterstützung erfolgte sehr zahlreich, ebenso die des folgenden Amendements von Rodbertus und Genossen:

„Die Versammlung wolle beschließen, Sr. Majestät Regierung aufzufordern, bei der Central-Gewalt schleunige und energische Schritte zu thun, damit die in den deutschen Ländern Oesterreichs gefährdete Volksfreiheit

und die bedrängte Existenz des Reichstages in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde."

Bei der Abstimmung wurde der Waldeck'sche Antrag mit 230 gegen 113 Stimmen verworfen; nur die Linke stimmte dafür.

Das Rodbertus'sche Amendement wurde mit 261 gegen 52 Stimmen angenommen, indem nur die äußerste Rechte dagegen stimmte.

So hatte denn die National-Versammlung abermals einen Beschluß gefaßt, welcher der Stimmung des Berliner Volkes entgegen war und den günstigen Eindruck schwächte, welchen die Abstimmung am Morgen über die Abschaffung des Adels und der Orden hervorgebracht hatte.

Fragen wir nun aber, ob die National-Versammlung vernunftgemäß und auch im Sinne der Demokratie für den Waldeck'schen Antrag hätte stimmen können, so müssen wir offen sagen, wir glauben es nicht, und überhaupt wird es uns schwer, zu begreifen, wie ein so tiefer Politiker, als Waldeck, zu einer solchen Zeit einen solchen Antrag stellen konnte!

Denn dieser Antrag heißt nichts Anderes, als die National-Versammlung solle die Regierung auffordern, der österreichischen Regierung den Krieg zu erklären, der Stadt Wien gegen den Kaiser mit Truppenmacht zu Hülfe zu ziehen, und dadurch einen allgemeinen europäischen Krieg herauf zu beschwören, denn daß Rußland dem österreichischen Hofe zu Hülfe gekommen wäre, unterliegt wohl kaum einem Zweifel.

Wäre selbst die preußische Regierung eine wahrhaft freisinnige gewesen, hätte sie es mit den durch die Märzereignisse

ins Leben gerufenen Freiheiten auch wahrhaft aufrichtig gemeint, so würde doch die Ausführung eines solchen Beschlusses der National-Versammlung bei den erschöpften Kassen, bei der Gährung im Innern des Landes, bei der Ungeordnetheit aller Verhältnisse desselben, höchst bedenklich, ja fast unmöglich gewesen sein.

Aber in einem so günstigen Verhältnisse stand die National-Versammlung gar nicht einmal zur Regierung, welche ihre ganze Truppenmacht aufgeboten und damit Berlin umlagert hatte, um durch eine Contre-Revolution die Folgen des März rückgängig zu machen.

Die National-Versammlung stand einer Regierung gegenüber, welche nichts sehnlicher wünschte, als diese Versammlung, die Feindin des Absolutismus und der Aristokratie, aus einander zu sprengen, welcher dazu eine starke Armee zu Gebote stand, während die Versammlung selbst den Boden im Volke, ihren einzigen Schutz, mit jedem Tage mehr verloren hatte.

Welche Hoffnung konnte also die Versammlung hegen, wenn sie den Waldeck'schen Antrag annahm, die Regierung, ihre starke und mächtige Feindin, zu bewegen, daß dieselbe mit bewaffneter Hand gegen ihre besten Freunde und Bundesgenossen, Oesterreich und Rußland, einschreite?!

Die Ausführung des Waldeck'schen Antrags war eine Unmöglichkeit, der Antrag selbst so unzeitgemäß, wie irgend denkbar. Die Versammlung ging in der That so weit, als sie irgend konnte, als sie das Rodbertus'sche Amendement annahm.

Während so in der National-Versammlung die Linke

unterlag und das linke Centrum einen Sieg feierte, war draußen das Volk immer unruhiger geworden.

Die vor dem Sitzungs-Lokal Stehenden waren vom Gange der Debatte fortwährend unterrichtet worden, indem einzelne Demokraten von den Zuhörer-Tribünen heraus gekommen waren, um die Verhandlungen mitzutheilen.

Als sich die Nachricht verbreitete, der Waldeck'sche Antrag sei verworfen, aber wahrscheinlich werde das Amendement Rodbertus angenommen werden, da brach die Wuth des Volkes in lichte Flammen aus.

„Was sollen wir mit der Reichs-Polizei, eine Krähe hackt der andern nicht die Augen aus, der Erzherzog Johann wird nichts gegen den Kaiser von Oesterreich, seinen Verwandten, unternehmen zu Gunsten der unglücklichen Wiener!" so riefen verschiedene Redner dem Volke zu, und ihre Worte fanden Anklang; immer wilder, immer stürmischer wurde die tobende Menge, welche noch fortwährend durch die Reden der extremen Demokraten, so wie der Emissaire, aufgereizt wurde.

Die Rechte und die Minister sollten aufgehängt werden, das war jetzt fest beschlossen, und die Wachsamkeit der Fackelträger an den Thüren des Schauspielhauses wurde daher verdoppelt.

Fragen wir nun, was thaten während dieser ganzen Zeit die Behörden, wo war die Bürgerwehr, deren Aufgabe es doch sein mußte, sowohl die Ordnung und das Gesetz, als die durch die Excesse vor dem Schauspielhaus bedrohte Freiheit zu schützen? Bei der Beantwortung dieser Frage ergiebt sich wieder ein sehr schwerer Verdacht gegen Herrn Rimpler, den Kommandeur der Berliner Bürgerwehr!

Herr Rimpler hat sich an jenem Abend entweder wieder als vollkommen unfähig, seinem wichtigen Amte vorzustehen, oder, was noch schlimmer wäre, als ein Verräther an der Freiheit des Volkes, als ein Begünstiger reactionairer Pläne, dadurch erwiesen, daß er die Excesse des 31. Oktobers geschehen ließ, während es ihm doch ein Leichtes gewesen wäre, dieselben selbst ohne die Anwendung von Schußwaffen zu verhüten.

Während Herr Rimpler am 16. Oktober die völlig unschädlichen Barrikaden der Arbeiter stürmen ließ und dadurch eilf Menschenleben opferte, während er damals Militairhülfe requirirte und dadurch das Signal gab zu einem blutigen Bürgerkriege, blieb er am 31. Oktober, wo es galt, die Freiheit des Volkes in seinen Vertretern zu schützen, fast vollkommen unthätig. Erst am späten Abend gab er Lebenszeichen von sich, aber solche, welche nicht geeignet waren, ihn von dem Verdacht zu reinigen, als stecke er mit der Reaction, welche in der damaligen Zeit jede Emeute, jeden Bürgerkampf in den Straßen Berlins begünstigte, unter einer Decke.

Herr Rimpler wußte, wie die ganze Stadt, im Voraus, daß der Gensd'armenmarkt am Abend des 31. Oktobers der Schauplatz unruhiger Auftritte sein werde; die Pflicht gebot ihm daher, vorsorgliche Maßregeln zu treffen.

In der That war auch eine Abtheilung Bürgerwehr ins Schauspielhaus gelegt, um die Deputirten vor einem etwaigen Ueberfall zu schützen; aber eine so schwache Maßregel genügte bei der allgemeinen Aufregung bei weitem nicht, es mußte auch die ganze Kraft der Bürgerwehr aufgeboten werden, und sogar die Anwendung der Waffen war bei dieser Gelegenheit vollkommen gerechtfertigt, um die tumultuarischen

Volkshaufen vor der National-Versammlung zu zerstreuen und die unwürdige Absperrung der Eingangsthüren, die Besetzung derselben mit Fackelträgern und rothen Fahnen, zu verhindern.

Dies wäre in der That auch etwas sehr Leichtes gewesen, denn mit einigen Bataillons Bürgerwehr, welche mit gefälltem Bajonett im ruhigen Schritt, den Trommelschläger voran, vorwärts gingen, konnte, wie dies bei anderen Gelegenheiten ja oft genug geschehen ist, der ganze, auf dem Gensd'armenmarkt versammelte Volkshaufen von etwa 2000 bis 3000 Mann sehr leicht auseinander getrieben werden, vielleicht sogar ohne das geringste Blutvergießen; denn unter den Versammelten selbst befanden sich sehr Viele, welche die ganze Scene im höchsten Grade mißbilligten und der Bürgerwehr gern förderlich gewesen wären.

Dies geschah aber nicht. Erst gegen Abend ertönte das Signalhorn. Einige Bataillone waren in der Umgegend consignirt; aber sie schritten erst ein, als schon längst die Thüren des Schauspielhauses besetzt waren. Herr Rimpler selbst befand sich während dieser Zeit, wie verlautet, mit seinem Stabe im Schauspielhause und wurde daher mit eingeschlossen; dies ist auch als eine Entschuldigung für ihn gesagt worden, deshalb habe er nicht die nöthigen Befehle geben können.

Wer indessen die Scenen jenes Abends selbst mit durchlebt hat, wird sehr wohl wissen, daß eine solche Entschuldigung ganz ungegründet ist, denn es wäre anfangs sehr leicht gewesen, unangefochten aus dem Schauspielhause zu kommen, oder durch einen unverfänglichen Boten Befehl an die consignirten Bürger-Bataillone zu senden; die Absperrung des Herrn Rimpler scheint daher entweder eine freiwillige gewesen

zu sein, oder sie geht aus einer vollkommenen Rath- und Thatlosigkeit hervor.

Endlich gegen 9 Uhr entschloß sich die Bürgerwehr, dem Unfug zu steuern. Ein Bataillon rückte vor; aber jetzt war das Vorrücken schon nicht mehr leicht, denn die Menschenmasse hatte sich bereits ungeheuer vermehrt, auf dem Gensd'armenmarkt stand Kopf an Kopf. Dessen ungeachtet machte die Bürgerwehr sich Platz, drängte das Volk vor sich her, wobei besonders in der Charlotten-Straße einige leichte Verletzungen vorkamen, und marschirte nach dem Schauspielhause.

Das Volk hatte sich mittlerweile um die Fahnen und Fackeln gesammelt, es war durch die aufregenden Reden und den Scandal selbst so wüthend geworden, daß ein Kampf mit der Bürgerwehr wahrscheinlich war, wenn dieselbe weiter vorrückte, wie denn auch schon einige Bürgerwehrmänner durch Schläge mit brennenden Fackeln nicht unerheblich verletzt worden waren.

Da erschienen plötzlich, ihrem Plakat zu Folge, die Maschinenbauer mit einer weißen Fahne, um sich zwischen Volk und Bürgerwehr zu stellen, und so einen Kampf, der von verderbenbringender Folge sein mußte, unmöglich zu machen.

Die Maschinenbauer wurden vom Volk mit Jubel begrüßt, auch die Bürgerwehr begrüßte sie freudig, nachdem sie zuerst gestutzt, aber bald erkannt hatte, daß sie einen Freund und nicht, wie sie zuerst geglaubt, einen neuen Feind vor sich habe.

Alles schien sich jetzt von selbst ordnen zu wollen, die Maschinenbauer hatten das Schauspielhaus besetzt, die Deputirten konnten ruhig passiren, denn sie waren durch dies

ehrenwerthe Corps geschützt, da sollte plötzlich ein neuer Vorfall wieder neue Unruhe, neue Aufregung verbreiten.

Als sich die Maschinenbauer dem Schauspielhause genähert hatten, war ihnen Herr Rimpler selbst entgegen gezogen, hatte sie freudig begrüßt und ihnen eine Stellung zum Schutze des Haupteingangs am Schauspielhause angewiesen; dessen ungeachtet aber drang ganz urplötzlich eine Bürgerwehr-Compagnie vom achten Bataillon auf die waffenlosen Friedensstifter ein, welche keinen Angriff vermutheten. Dem Träger der weißen Friedensfahne wurde von einem Offizier der Bürgerwehr ein Finger abgehauen, den man am anderen Tage auf dem Platze fand, und mehrere Maschinenbauer wurden mehr oder weniger schwer durch Bajonettstiche verwundet, einer so schwer, daß er nach wenigen Stunden starb.

Dieser mörderische Ueberfall, diese furchtbare Treulosigkeit erregte eine allgemeine Wuth und Entrüstung. Mit einem Wuthgeschrei zogen sich die Maschinenbauer zurück, um ihre Gewehre zu holen, und einen Vernichtungskampf zu beginnen gegen diese treulosen, blutgierigen Bürger; nur den dringenden Bitten ihrer Führer, welche das ganze Unglück einem schrecklichen Mißverständniß zuschrieben, gelang es, die aufgeregten Männer von ihrem Vorsatz abzubringen.

Herr Rimpler, welcher sich selbst zu den Maschinenbauern begab, um die Schuld an dem unglückseligen Ereigniß von sich abzuwälzen, wurde von ihnen sehr schlecht empfangen.

Auf der eigentlichen Ursache dieses merkwürdigen Zusammenstoßes der Bürgerwehr mit den unbewaffneten Friedensstiftern ruht noch immer ein räthselhaftes Dunkel, denn noch immer hat Herr Rimpler sich nicht von dem schweren, auf ihm lastenden Verdacht gereinigt, als habe er diese Blutscenen

absichtlich oder durch seine grenzenlose Unfähigkeit zum Kommando herbeigeführt. Ein Plakat des achten Bataillons besagte geradezu, daß die betreffende Compagnie nur auf speciellen Befehl des Herrn Rimpler die Maschinenbauer angegriffen habe.

Der blutige Angriff auf die Maschinenbauer hatte eine furchtbare Aufregung unter dem Volke hervorgebracht. Die Verwundeten waren in benachbarte Häuser getragen worden, und vor diesen standen dichte Menschengruppen, welche sich die Vorfälle des Abends erzählten und sich dadurch immer wieder aufs Neue aufregten.

Die Volksmassen blieben bis in die tiefe Nacht hinein versammelt, trotz des kalten Oktoberwindes und obgleich die Bürgerwehr den Gensd'armenmarkt besetzt hielt. Spät in der Nacht, gegen 3 Uhr, sollte es sogar noch einmal zu unruhigen Auftritten kommen.

Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, im Schauspielhause würde eine Anzahl Gefangener gehalten, und unter diesen seien auch viele Maschinenbauer. Eine große Volksmenge versammelte sich bald wieder und forderte ungestüm die Befreiung dieser Gefangenen, das Volk war entschlossen, dieselben nöthigenfalls mit Gewalt zu befreien; aber dies wurde nicht nöthig, indem auf die Bitte einer Deputation die Gefangenen befreit wurden. Maschinenbauer befanden sich unter denselben indessen nicht.

Während diese Ereignisse, welche wir so eben geschildert haben, sich auf der Straße zutrugen, befanden sich die Abgeordneten selbst in einer ganz eigenthümlichen Lage.

Die Sitzung war bereits geschlossen, die Bänke der Abgeordneten hatten sich geleert, die Versammlung war nicht mehr beschlußfähig, da erklärte plötzlich der Abgeordnete Som-

mer, die Versammlung befände sich im Belagerungs-Zustande, man könne nirgends hinaus, auch Abgeordnete der Linken bestätigten dies.

Mittlerweile waren die Maschinenbauer gekommen und die Eingänge waren frei; der Abgeordnete Schramm (Langensalza) erfuhr dies in einer Unterredung durch das Schlüsselloch, er öffnete darauf mit einem Schlüssel, den er von der im Innern des Gebäudes aufgestellten Bürgerwehr erhielt, die Thür, und fand den Ausgang frei.

Schramm trat heraus, erklärte, in die Höhe gehoben, der Menge die Beschlüsse der National-Versammlung, und erhielt dann das Versprechen, daß man ein Spalier bilden und sowohl die Abgeordneten, als die Minister frei passiren lassen wolle. Auch die andere Thür in der Charlotten-Straße war mittlerweile frei geworden, und durch diese wurde nun der alte General Pfuel durch Jung, Jacobi und Schramm geführt. — Niemand that ihm etwas zu Leide.

In Jung's Wohnung in der Charlotten-Straße blieb Pfuel, weil er noch immer fürchtete, von der Menge erkannt und insultirt zu werden; erst gegen 12 Uhr in der Nacht wurde er von Jacobi und Jung nach seinem Hotel geleitet.

Betrachten wir schließlich noch einmal die Ereignisse des 31. Oktobers, so haben wir den schon ausgesprochenen Worten der Mißbilligung und Entrüstung, sowohl über die Scandalscenen selbst, als über den unpolitischen Antrag der Linken, nichts mehr hinzuzufügen, aber wir haben die Genugthuung, unsere Leser aufmerksam zu machen auf die ruhige Würde der National-Versammlung, welche, umlagert von tobenden Volksmassen, eng eingeschlossen durch eine wüthende,

mordschreiende Menge, doch sich nicht einschüchtern ließ, ihren Grundsätzen nicht untreu wurde.

Mochten auch einige Abgeordnete durch physische Furcht bedrückt werden, wie z. B. der ehrenfeste Abgeordnete Pieper, der einen gewissen, sehr übelriechenden Bequemlichkeitsort sich als Zuflucht aussuchte, so hatte deren kleinliches Gefühl doch auf die Versammlung gar keinen Einfluß.

Der Waldeck'sche Antrag wurde als unpolitisch verworfen, obgleich die wüthenden Volksmassen seine Annahme forderten, auch nicht eine Stimme ging aus Furcht zur Linken über; alle diese viel verschrieenen Deputirten bewiesen sich als furchtlose Volks-Vertreter, sie blieben, trotz aller Gefahr, ihrer Ueberzeugung treu.

Das Rodbertus'sche Amendement hingegen wurde angenommen, als eine Pflicht der National-Versammlung gegen die Wiener; aber es wäre auch angenommen worden ohne die Volksmassen, welche die Versammlung umlagerten.

Es ist ein vollkommener Unsinn, zu behaupten, die Abstimmung der National-Versammlung am 31. Oktober sei keine freie, sondern eine vom Pöbel erzwungene gewesen, da diese Abstimmung geradezu gegen die Forderungen ausfiel, welche das, die Versammlung umlagernde Volk gestellt hatte.

26.

Ehe wir weiter gehen in der Erzählung der wichtigen, jetzt folgenden Ereignisse, müssen wir mit wenigen Worten zurückkehren zur Thätigkeit der National-Versammlung während der verflossenen Zeit.

Die National-Versammlung hatte mit der Berathung

des Jagd-Gesetzes einen freieren, volksthümlicheren Weg eingeschlagen, als je zuvor. Die Parteien in der Versammlung waren jetzt sehr scharf gesondert, die eigentliche Linke bildete eine sehr starke, fest zusammenhängende Fraction, und sie gewann in Verbindung mit den Parteien des Centrums, welche den Ausschlag gaben und sich der Linken mehr und mehr zuneigten, sehr oft die Majorität.

Besonders zeigte sich dies bei den Berathungen über die unentgeltliche Aufhebung bäuerlicher Lasten, bei welchen selbst viele Mitglieder der Rechten sich auf die Seite der freisinnigen Parteien neigten.

Noch mehr zeigte sich aber das Bestreben der Versammlung, sich auf die linke Seite zu neigen, bei der Berathung des Verfassungs-Entwurfs, wie er von der Commission der Versammlung vorgelegt worden war.

Am 22. Oktober begann die Berathung dieses Verfassungs-Entwurfs.

Schon die Einleitungs-Formel rief eine sehr lebhafte Debatte hervor. Es handelte sich um die Streichung des Wortes „Von Gottes Gnaden" im Titel des Königs, wie der Abgeordnete Schneider beantragt hatte.

Die veraltete Formel war von höherer Wichtigkeit, als es auf den ersten Anblick schien, denn der Stolz der Hohenzollern hielt fest an dieser Formel und mußte sich tief beleidigt fühlen, wenn in der National-Versammlung Worte fielen, wie das des Abgeordneten Schulz von Delitzsch, welcher ausrief: — „Wenn eine Firma bankerutt mache, so nehme man sie nicht in das neue Geschäft hinüber, der Absolutismus habe bankerutt gemacht, man möge deshalb auch seine Formel, das Wort; „Von Gottes Gnaden", fallen lassen."

Die Rechte kämpfte mit aller Kraft, mit Gründen der Religion und Politik für die veraltete Formel, aber vergeblich, sie fiel. 217 gegen 134 Stimmen waren für die Streichung des Wortes „Von Gottes Gnaden", und zur Majorität gehörte auch das Centrum (Unruh, Kosch, Moritz, Haase).

Wie tief der König durch die Streichung dieser drei Worte in seinem Stolz verletzt wurde und wie er auch nicht einen Augenblick daran dachte, dem Beschlusse der National-Versammlung Folge zu geben, geht am allerbesten aus den Antworten hervor, welche er am 15. Oktober, seinem Geburtstage, den verschiedenen Beglückwünschungs-Deputationen gab. Auch durch die Verfassung vom 5. Dezember, welche das Wort „Von Gottes Gnaden" an ihrer Spitze trägt, hat der König die Wichtigkeit hinlänglich bewiesen, welche er auf die alte und verzopfte Formel legt; freilich, um mit dem Abgeordneten Schulz (Delitzsch) zu reden, das bankerotte Königthum von Gottes Gnaden hat sich wieder erholt, der alte Absolutismus blüht jetzt wieder kräftig empor, — bis aufs Neue die Märzstürme über Europa dahin brausen werden, um ihn mit Wurzeln auszureißen und zu ertödten.

Ebenso wie in der Frage über das „Von Gottes Gnaden" siegte die Linke auch in der über die Abschaffung des Adels. Der Adel wurde aufgehoben, die Orden abgeschafft und der Gebrauch adliger Titel in öffentlichen Urkunden verboten.

Die National-Versammlung hatte durch diese Beschlüsse einen großen, kühnen Schritt vorwärts gethan, sie hatte sich mit einem Male auf den Boden der Revolution gestellt, hatte die Vorurtheile der alten Zopfzeit von sich geworfen und ein

ächt demokratisches Wirken begonnen, indem sie die Gleichberechtigung Aller im Staate anerkannte und den Adel, so wie die Titel und die Orden abschaffte; aber sie hatte dies Alles zu spät gethan.

Hätte die National-Versammlung einige Monate früher den Weg eingeschlagen, auf dem sie sich gegenwärtig befand, dann wäre es ihr leicht möglich geworden, die Regierung zurückzudrängen in die constitutionelle Form, ihr das Rückstreben nach dem Absolutismus abzuschneiden, sie hätte damals eine mächtige Stütze gefunden in dem Volke, welches noch kraftvoll dastand, einer ohnmächtigen Regierung gegenüber.

Aber damals hatte die Versammlung nicht den Muth gehabt, kräftig aufzutreten gegen die Regierung, denn den Centren schwebte damals das blutige Gespenst der rothen Republik vor, welche sie um jeden Preis zu bekämpfen trachteten.

So litt denn die Versammlung, daß die Regierung sich mit jedem Tage mehr und mehr kräftigte, ja sie beförderte das Wachsthum der königlichen Macht sogar und baute dadurch selbst das Schaffott, auf dem sie sterben sollte.

Anstatt sich auf das Volk zu stützen, aus dem sie entsprossen war, stützte die Versammlung sich auf die Regierung, und diese ging mit ihr so lange Hand in Hand, als sie der Versammlung bedurfte.

Jetzt stand die Regierung schon wieder kräftig da, die preußischen Truppen waren zurückgekehrt aus Schleswig und standen als eine furchtbare, kampfgerüstete Armee vor den Thoren Berlins, Alles war vorbereitet zu einem mächtigen Schlage, und jetzt wagte es die National-Versammlung,

revolutionair zu werden, der Regierung die alten, kräftigsten Stützen zu rauben, das Adels-, Ordens- und Titelwesen. — Das war jedenfalls eine verfehlte Zeit, die National-Versammlung hatte sich selbst ihr Todes-Urtheil gesprochen, sie war nicht mehr zu retten.

Wir haben jetzt mit wenigen Worten dem Leser die wichtigsten Beschlüsse der National-Versammlung in den vergangenen Wochen mitgetheilt und eilen nun weiter in der Geschichte Berlins, welche vom 31. Oktober an mit jedem Tage interessanter und ereignißreicher wurde.

Die Vorgänge des 31. Oktobers hatten in Berlin eine große Aufregung hervorgerufen. Die Bürgerschaft war entrüstet über den Zwang, den man der National-Versammlung hatte anthun wollen, zu gleicher Zeit aber auch über das Einschreiten des Kommandeurs der Bürgerwehr gegen die friedenstiftenden Maschinenbauer.

Der Morgen des 1. November brach an, alle Straßen waren belebt, besonders fanden sich auf dem Gensd'armen-Markt viele Menschen, welche den Schauplatz der Scenen des vergangenen Abends betrachteten, da wurde am Schauspielhaus am 1. November ein Plakat des Ministers Eichmann angeschlagen, welches eine tiefe Entrüstung erregte. Es lautete folgendermaßen:

„Die Vorgänge des gestrigen Tages während der beiden Sitzungen der National-Versammlung legen der Regierung die unabweisbare Pflicht auf, zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung und zur Verhütung und Unterdrückung ähnlicher Excesse, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. Es sind demgemäß die betreffenden Behörden angewiesen worden, in allen derartigen Fällen, so-

bald die zunächst zur Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung berufene Bürgerwehr dieser ihrer Aufgabe nicht rechtzeitig und **vollständig** genügt, **sofort die bewaffnete Militairmacht zu requiriren** und nach §. 78 des Bürgerwehr-Gesetzes vom 17. vor. Mts. in Thätigkeit treten zu lassen. — Es wird dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht."

Berlin, den 1. November 1848.

Der Minister des Innern.

Eichmann.

Das hieß, den Berliner Bürgern geradezu mit der Faust ins Gesicht schlagen. Ein königliches Versprechen bestand, daß das Militair bei Unruhen nicht ohne Einwilligung der städtischen Behörden und der Bürgerwehr herbeigezogen werden dürfe, und jetzt wagte es der Minister Eichmann, diesem Versprechen entgegen, die obige Bekanntmachung anzuschlagen.

Ein königliches Versprechen wurde also ohne Weiteres von einem Minister desavouirt, der beste Beweis, daß die Regierung jetzt beabsichtigte, Ernst zu machen, und endlich jene Nachgiebigkeit gegen den Volkswillen, welche sie unfreiwillig an den Tag gelegt hatte, abzuschütteln.

Der Bürgerwehr-Commandeur, Herr Rimpler, fand sich natürlich durch diese Bekanntmachung im höchsten Grade verletzt, er protestirte deshalb in einem Gegen-Plakat energisch gegen dieselbe; das war aber auch Alles, was er that und thun konnte.

Die Contre-Revolution, welche mit dem Eichmann'schen Plakat begonnen war, nahm jetzt ihren schnellen Fortgang.

Als am 2. November die National-Versammlung zu

ihrer 92sten Sitzung zusammen kam, fand sie den Ministertisch leer; aber es war ein Schreiben des Minister-Präsidenten von Pfuel eingelaufen, worin dieser die Versammlung benachrichtigte, daß er aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung genommen habe; ein anderes Schreiben des Generals Grafen von Brandenburg zeigte an, daß derselbe vom König mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden sei, und daß er daher der Versammlung anheimgebe, die Sitzungen so lange zu suspendiren, bis das Ministerium gebildet worden sei.

So war denn also das Ministerium Pfuel zurückgetreten ohne eine eigentlich constitutionelle Veranlassung, denn es hatte ja bisher immer noch die Majorität in der National-Versammlung gehabt.

Der Rücktritt des Herrn von Pfuel kam nicht unerwartet, man sprach schon längst von demselben, denn schon oft (drei Mal) hatte Herr von Pfuel seine Demission eingegeben, ohne sie erlangen zu können, schon einmal war dem Grafen Brandenburg die Präsidentur des Ministeriums angeboten worden; aber dieser hatte sie nicht annehmen können, wie es heißt, weil er kein Ministerium zu bilden vermochte. Auch jetzt zweifelte das Volk noch daran, daß dem Herrn von Brandenburg die Bildung eines Mintsteriums gelingen möchte, denn es schien nicht möglich, daß sich ein Ehrenmann dazu entschließen könnte, eine Ministerstelle anzunehmen unter der Präsidentur des uns durch seinen Armee-Befehl unrühmlich als wüthender Reactionair bekannten Grafen Brandenburg. Eine Stelle in einem solchen Ministerium einnehmen, hieß ja von vorn herein sich als den Feind des Volkes bezeichnen. — Man sollte sich indessen täuschen, denn an

die Möglichkeit eines Herrn von Manteuffel, eines Ultra-Rechten auf dem Vereinigten Landtage, dachte man in der That nicht, man konnte nicht glauben, daß die Krone bis hinter den 3. Februar 1847 zurückschreiten wollte.

Der Zurücktritt des Herrn von Pfuel wurde nicht gerade bedauert, denn Herr von Pfuel war nie populair gewesen; aber doch folgte ihm der Ruf eines redlichen Mannes, der seine hohe Stellung verlassen hatte, weil er sich von der Kamarilla nicht zu ihren finsteren Plänen hatte mißbrauchen lassen wollen, und daß diese am Hofe jetzt vollkommen herrschte, das wußte man im Publikum sehr wohl.

Leo aus Halle, der principielle Absolutist, der Verehrer der alten Feudalherrschaft, verkehrte mit dem König, alle die früheren schlechten Rathgeber waren aus dem kurzen Exil zurückgekehrt und sonnten sich wieder in den Strahlen der königlichen Gunst; da war denn freilich von oben her nichts zu hoffen, und man fand es daher nur natürlich, wenn jetzt dem König selbst ein Ministerium Pfuel zu radikal war, nur weil es constitutionell sein wollte.

Hatte man früher gegen das Ministerium der bewaffneten Reaction gesprochen, so vertauschte man jetzt dasselbe mit einem Ministerium der vollendeten Contre-Revolution, man kam also ganz eigentlich aus dem Regen in die Traufe.

Die Nachricht von der Beauftragung des Grafen Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums erregte in der Versammlung, obgleich nicht unvorhergesehen, eine tiefe Sensation. Jeder Abgeordnete fühlte jetzt die Gefahr, in welcher das Vaterland und die National-Versammlung schwebte, und der Antrag von Phillipps, die Versammlung

nur bis 1 Uhr zu vertagen, um dann über die Lage des Landes zu berathen, erhielt ebensowohl Majorität, als ein Amendement Elsner-Berg, welches die Gegenwart der Minister verlangte.

28.

Vom 2. November an wurde die National-Versammlung wieder mehr und mehr der Mittelpunkt aller politischen Bewegung in Berlin.

Welchen ungeheuren Antheil das Volk von Berlin an den Verhandlungen der National-Versammlung nahm, zeigte sich am besten durch die Menschenmasse, welche vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf dem Gensd'armenmarkt stand, um fortwährend die neuesten Nachrichten aus dem Sitzungssaal zu empfangen. Selbst wenn die Sitzungen längst geschlossen waren, herrschte noch immer das regste Leben auf dem Platze. Man blieb zusammen und sprach von den Debatten. Diejenigen, welche als Zuhörer im Schauspielhaus gewesen waren, mußten wieder und immer wieder erzählen, was dort vorgegangen sei. Das ganze politische Leben Berlins war für die nächsten Tage im Schauspielhause und um dasselbe concentrirt; endlich nahmen die Mitglieder der National-Versammlung ihre wahre Stellung, als wahre Volks-Vertreter, aber leider zu spät, ein. Auch die Bürgerwehr schloß sich diesem allgemeinen Interesse an und bildete eine starke Ehrenwache für die National-Versammlung.

Zu der folgewichtigen Nachmittagssitzung des 2. November hatten sich die Deputirten kurz nach 1 Uhr eingefunden, gegen 2 Uhr eröffnete sie der Präsident v. Unruh.

Der Ministertisch war fast vollständig besetzt, nur der Minister-Präsident von Pfuel war der von der Versammlung an das abgetretene Ministerium ergangenen Einladung nicht gefolgt. — Der Präsident theilte nun der Versammlung eine Kabinets-Ordre mit, welche die Ernennung des Grafen Brandenburg zum Minister-Präsidenten erklärte; diese Kabinetsordre war vom Minister Eichmann contrasignirt.

Herr Eichmann also war es gewesen, der durch seine Contrasignation einen Hochverrath am Volke begangen hatte, indem er zur Ernennung des Ministeriums Brandenburg seine Zustimmung gab; das war von dem Minister, der das Plakat über das Einschreiten des Militairs veröffentlichen konnte, indessen nicht zu verwundern.

Außer der Interpellation über das Eichmann'sche Plakat lagen der Versammlung für die heutige Sitzung zwei hochwichtige Anträge vor.

Der eine, von Jacobi, Temme und Waldeck, also von der Linken gestellt, lautete:

„Die Versammlung wolle beschließen, sofort durch das Plenum eine Kommission von 21 Mitgliedern nach der bei der Wahl der Vice-Präsidenten vorgeschriebenen Art zu ernennen und dieser den Auftrag zu ertheilen, die in der obwaltenden bedrohlichen Lage des Landes geeigneten Mittel vorzuschlagen, und die Sitzung nicht eher zu schließen, als bis die Kommission ihren Bericht erstattet hat, und darüber Beschluß gefaßt ist."

Der andere Antrag ging vom linken Centrum (Arntz, Phillips, Rodbertus, v. Berg und Wachsmuth) aus:

„Die Versammlung wolle beschließen, eine vom Präsidio zusammengesetzte Commission, bestehend aus 25 Mitgliedern, zu beauftragen, sofort den Entwurf einer Adresse an Se. Majestät über die Lage des Landes der Versammlung vorzulegen, und nach Annahme derselben unter Vortritt des Präsidenten sie Sr. Majestät überreichen zu lassen."

Beide Anträge wurden unterstützt und die Dringlichkeit als selbstverständig angenommen.

Die Anträge waren von hoher Wichtigkeit, besonders aber der Antrag der Linken, welcher mit klaren Worten auf eine mögliche Revolution hindeutete; die geforderte Commission konnte in der Stunde der Gefahr leicht eine provisorische Regierung in sich schließen.

Das erkannte die Rechte, und sie sträubte sich daher mit aller Kraft gegen die Annahme dieses Antrags, auch die Centren besaßen noch nicht den Muth zu einer so durchgreifenden energischen Maßregel, sie begnügten sich mit dem Antrage des linken Centrums, und dieser wurde denn auch mit großer Majorität angenommen. Die vom Präsidium ernannte Commission bestand aus den Abgeordneten Arntz, Rodbertus, Bucher, Kirchmann, Berg, Baumstark, Reichensperger, Mätzke, Rintelen, Riedel, Jacobi, D'Ester, Behnsch, Czieskowski, Duncker, Wachsmuth, Petersen, Puttkammer, Zenker, Kühlwetter, Ostermann.

Wir machen den gütigen Leser hier im Voraus darauf aufmerksam, daß unter den Männern, welche eine Mißtrauens-Adresse an den König gegen das Ministerium Brandenburg

zu entwerfen hatten, sich auch der Abgeordnete Rintelen von Meschede befand, derselbe Mann, welcher später im Ministerium die Stelle eines Justiz-Ministers angenommen hat.

Die von der Commission entworfene und einstimmig angenommene Adresse wurde von der Versammlung ohne Diskussion mit großer Majorität angenommen. Die Adresse lautete:

„Majestät!

„In Folge der Benachrichtigung, daß der Graf von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt ist, hat die National-Versammlung in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, aus ihrer Mitte eine Deputation an Ew. Majestät zu entsenden, um Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß dieser Schritt Ew. Majestät die größten Besorgnisse im Volk erregt und unabsehbares Unglück über das Land zu bringen droht. Schon seit Wochen haben unheilvolle Gerüchte Ew. Majestät treues Volk über die Absichten der Reaction erschreckt, die Ernennung des jetzt abgetretenen Ministeriums hat diese Gerüchte nicht zu schwächen vermocht. Eine Regierung unter den Auspizien des Grafen Brandenburg, welche wiederum ohne Aussicht ist, eine Majorität in der Versammlung und Vertrauen im Lande zu gewinnen, würde die Aufregung unzweifelhaft zum Ausbruch bringen und endlich traurige, an das Geschick eines Nachbarstaates erinnernde Folgen für Ew. Majestät Hauptstadt und Land nach sich ziehen.

„Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Krone und Land verschwiegen hat. Wir legen daher die eben so ehrfurchtsvolle als dringende

Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat, dem Lande durch ein volksthümliches Ministerium eine neue Bürgschaft dafür zu geben, daß Ew. Majestät Absichten mit den Wünschen des Volkes im Einklang stehen."

Die Adreß-Deputation begab sich sogleich nach Potsdam, um die Adresse zu überbringen; an der Spitze derselben befand sich der Präsident v. Unruh, in dessen Abwesenheit der Vice-Präsident Phillips das Präsidium übernahm.

Die Abgeordneten blieben, während ihre Deputation sich in Potsdam befand, im Sitzungs-Saale zusammen bis in der Nacht um 1 Uhr.

Nach 10 Uhr war eine telegraphische Depesche folgenden Inhalts von Unruh eingelaufen:

„Zur Ertheilung der Antwort vom Könige ist die Anwesenheit wenigstens eines Ministers hier in Potsdam dringend erforderlich. Die Deputation wartet bis 11 Uhr Abends hier auf telegraphische Antwort.

v. Unruh."

Ein Schreiben des Ministers v. Bonin meldete, derselbe werde mit dem Minister Eichmann am folgenden Morgen mit dem ersten Zuge sich nach Potsdam begeben. Als dies Schreiben verlesen war, verließen so viele Deputirte der Rechten den Saal, daß eine Zählung die Anwesenheit von nur 183 Mitgliedern ergab, und daß deshalb, da die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war, dieselbe vertagt werden mußte.

Die 93. Sitzung am 3. November war wieder eine im höchsten Grade interessante. Sie wurde am Morgen des

3. November nach 10 Uhr durch den aus Potsdam zurückgekehrten Präsidenten v. Unruh eröffnet.

Herr v. Unruh gab nach Beseitigung einiger Formalitäten ein Referat über den Erfolg der Deputation nach Potsdam ab, welchem die Abgeordneten d'Ester, Reichensperger, Rodbertus u. A. Bemerkungen hinzufügten.

Nach längerem Warten wurde die Deputation in das Audienz-Zimmer, nachdem der Präsident v. Unruh dem König die Adresse durch seinen Adjutanten hatte übergeben lassen, geführt.

Der König trat ins Zimmer; er warf auf die Ueberbringer der Adresse eben nicht sehr freundliche Blicke.

Herr v. Unruh verlas jetzt die Adresse; bei den Worten: „Ew. Majestät sind von Ihren bisherigen Räthen über den Zustand des Landes nicht wohl unterrichtet worden, wenn man Ihnen diese Gefahr für Thron und Land verschwiegen hat," wurde das Gesicht des Königs, welches während der ganzen Vorlesung nicht eben sehr freundlich gewesen war, noch unfreundlicher. Eine Wolke des Mißmuths flog über seine Stirn und unwillig drehte er der Deputation den Rücken zu; auch verblieb er in dieser Stellung, bis Herr v. Unruh an die Worte kam: „Wir legen die so ehrfurchtsvolle als dringende Bitte an Ew. Majestät Herz, ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen hat," bei diesen Worten hellte sich das Gesicht des Königs wieder einigermaßen auf und er wendete sich der Deputation wieder zu.

Da wohl anzunehmen ist, daß der König die Adresse, deren Original er doch schon vor einiger Zeit durch die Hand seines Adjutanten empfangen hatte, bereits gelesen habe, so scheint es fast, als ob diese Stellungen des königlichen Herrn

nicht ohne Absicht gewählt worden seien, um der National-Versammlung in ihrer Deputation zu zeigen, wie ungnädig der König deren Wünsche aufnehme.

Als Herr v. Unruh die Vorlesung beendet hatte, nahm ihm der König hastig das Papier aus der Hand und drehte dann der Deputation den Rücken, um das Zimmer zu verlassen.

An Herrn v. Unruh, dem Präsidenten der National-Versammlung, war es jetzt, das Wort zu ergreifen, um auch mündlich bei dem Könige die Ansicht der Versammlung zu vertreten; aber Herr v. Unruh schwieg, bestürzt über den ungnädigen Empfang. Da ergriff, als der König schon im Fortgehen begriffen war, Jacobi das Wort und sagte:

„Wir sind nicht bloß hierher gesandt, um Ew. Majestät eine Adresse zu übergeben, sondern auch um Ihnen über die wahre Lage des Landes mündlich Auskunft zu ertheilen. Gestatten Ew. Majestät uns Gehör!"

Der König wendete sich an der Thür kurz um und sagte sehr heftig: „Nein!" indem sein Ton deutlich die Entrüstung darüber zeigte, daß ein Vertreter des Volkes es gewagt hatte, ihn anzureden. Er wollte unmittelbar das Zimmer verlassen; aber als er schon im Hinausgehen war, rief der Abgeordnete Jacobi mit ruhiger, klarer, würdevoller Stimme, in der sich ein Ton des Bedauerns hören ließ, die denkwürdigen Worte:

„Das ist eben das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!"

Der König erwiderte nichts, sondern entfernte sich schnell; aber schon nach sehr kurzer Zeit trat sein Adjutant ins Zimmer und sagte:

„Mit Bezug auf die letzten Worte des Abgeordneten Jacobi könne Se. Majestät für jetzt keine Antwort geben. Die Deputation sei entlassen."

Die kühnen Worte des Abgeordneten Jacobi erfüllten die servile Rechte mit namenloser Wuth; so rief der Abgeordnete Peltzer aus:

„Ich erkläre, daß ich dem Abgeordneten Jacobi nicht den Auftrag gegeben habe, das zu sagen, was er gesagt hat, wie uns so eben berichtet worden; wie denn auch der Erfolg gezeigt hat, daß er nicht fähig, constitutionelle Aufträge zu vollziehen. Es ist kürzlich hier der Botukuden erwähnt worden; nun, so treten Sie unter das Dach eines Botukuden, oder mag er zu Ihnen kommen, er wird das Hausrecht niemals so verletzen. Das thut der roheste Araber nicht."

Nur wenige Abgeordnete wagten es, für Jacobi aufzutreten, der sich selbst gegen die rohen Angriffe der Rechten mit ruhiger Würde vertheidigte.

Nach dieser unangenehmen Debatte, welche keinen Beschluß der Versammlung zur Folge hatte, wurde die Sitzung vertagt und erst am Nachmittag um 4 Uhr wieder eröffnet. Die Minister Eichmann, Dönhoff und v. Bonin hatten sich eingefunden.

Vom Könige war auf die Adresse folgende Antwort eingegangen:

„Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden,
König von Preußen ꝛc. ꝛc.,
haben die am gestrigen Tage Uns überreichte Adresse der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung in reifliche Erwägung gezogen und eröffnen derselben darauf Folgendes:

Fest entschlossen, den von Uns in Uebereinstimmung mit den Wünschen Unseres getreuen Volkes betretenen constitutionellen Weg unverrückt zu verfolgen, haben Wir den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, weil Wir, nach seinen Uns bekannten Gesinnungen, überzeugt sind, daß er der festen Begründung und gedeihlichen Entwickelung der constitutionellen Freiheiten mit Freudigkeit seine Kräfte widmen und sich bemühen werde, die ihm von Uns gestellte Aufgabe in entsprechender Weise zu lösen. Wenn ihm dies gelingt, so wird das neue Ministerium, wie Wir hoffen, sich Ansprüche auf das Vertrauen des Landes zu erwerben wissen. Einem anderen Ministerium, als einem solchen, von welchem Wir dies erwarten können, werden Wir — davon dürfen die Vertreter Unseres getreuen Volkes sich überzeugt halten — niemals die Leitung der Regierung anvertrauen. Wir können Uns daher weder durch die in der Adresse vom gestrigen Tage ohne nähere Begründung angedeuteten Gerüchte, die in keiner Handlung Unserer Regierung Bestätigung finden, noch durch die ausgesprochenen Besorgnisse bewogen finden, den in Folge Unserer wohlerwogenen Entschließung dem Grafen von Brandenburg ertheilten Auftrag zurückzunehmen.

Mit Genugthuung haben Wir aus der Uns überreichten Adresse das Anerkenntniß entnommen, daß Unser Herz stets für das Wohl des Volkes warm geschlagen hat. Das Wohl des Volkes bleibt auch ferner das einzige Ziel Unseres Strebens. Wir hoffen, bei dessen gewissenhafter Verfolgung Uns stets in Einklang mit

den Wünschen des Volkes zu befinden und rechnen dabei auf die kräftige Unterstützung der Vertreter desselben.

Gegeben Sanssouci, den 3. November 1848.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(gez.) Eichmann."

So war es denn also entschieden, daß der König weder dem Wunsche der Volks-Vertretung, noch dem des ganzen Landes nachkommen, daß er auf seinem Willen, dem von Millionen gegenüber, bestehen, daß er seinem Volke ein Ministerium aufdrängen wollte, welchem von vorn herein die Volks-Vertretung ein Mißtrauens-Votum gegeben hatte.

Die Krone ging mit festem Schritte dem Ziele, welches sie sich gesetzt, der Auflösung der National-Versammlung, der Contre-Revolution vom 9. November, entgegen.

Wir müssen noch einmal mit wenigen Worten auf den Abgeordneten Jacobi zurückkommen, dessen Aeußerung im ganzen Lande einen gewaltigen Sturm, theils des Beifalls, der Billigung, theils der Wuth und Entrüstung erregte.

Die reactionaire Junker- und Bourgeois-Partei waren wüthend darüber, daß ein Mann aus dem Volke es wagen konnte, dem Könige die Wahrheit zu sagen. Das Organ der ersten Partei, die Neue Preußische Zeitung, sprach zu wiederholten Malen damals und später von „dem frechen Juden Jacobi, der es gewagt hatte, den König in seinem eigenen Hause zu beleidigen." Aehnlich traten die Deutsche Reform, das Organ des edlen Ex-Ministers Milde unter dem dienstbeflissenen Redakteur Oldenberg, und die stets servile Vossische Zeitung auf.

Es hätte Jacobi diese Undankbarkeit, mit welcher seine edle Freimüthigkeit von einer gewissen Seite aufgenommen wurde, natürlich tief kränken müssen, wenn ihm hingegen nicht von anderer Seite auch wieder die höchste Anerkennung zu Theil geworden wäre. Die ganze freisinnige Partei innerhalb der National-Versammlung und außerhalb derselben beeilte sich, dem alten Kämpfer für die Freiheit ihre Billigung auszusprechen.

Viele Mitglieder des Centrums erließen eine Erklärung an Jacobi, in welcher sie ihm ihre vollständige Zustimmung versicherten, ebenso liefen auch manche Adressen von Bürger-Versammlungen und Clubs, welche ihren Dank aussprachen, an Jacobi ein.

Am Sonntage, dem 5. November, wurde Jacobi aber auch eine Huldigung in größerem Maßstabe dargebracht, welche zugleich eine Demonstration gegen den König, ein Ausdruck der Berliner Volks-Meinung in der obwaltenden Streitfrage war.

Es wurde dem Abgeordneten Jacobi für seine freimüthige Rede am Abend des 5. November vom Berliner Volk aller Stände ein glänzender Fackelzug gebracht. Gegen 8 Uhr bewegte sich vom Alexanderplatz fort ein glänzender Zug von mehr als 1000 Fackeln nach Mylius-Hotel, dem Versammlungsort der Linken. Zwei Standarten wurden dem Zuge voraus getragen, die eine mit der Inschrift auf weißem Grunde:

„Dem Abgeordneten Jacobi zur Erinnerung an den 2. November;" und auf der Rückseite: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie nicht die Wahrheit hören wollen!"

Die andere mit der Inschrift:

„Dem Verfasser der vier Fragen!"

auf schwarz-roth-goldenem Grunde.

Die Fackelträger, von einer ungeheuren Volksmenge begleitet, stellten sich vor Mylius-Hotel auf, einige Redner, Streber und Mai, brachten Hochs aus auf Jacobi und die gesammte Linke, in welche die Volksmenge mit donnerndem Jubelruf einstimmte; dann sprach Jacobi einige dankende Worte.

Dieser Fackelzug ist von einer großen Wichtigkeit gewesen, denn er zeigte deutlich, von welchem Sinne das Berliner Volk dem König gegenüber beseelt war.

29.

Fast eine Woche verging nach der denkwürdigen Sitzung vom 3. November für Berlin in dumpfer Erwartung. Diese Woche ist nicht reich an politischen Ereignissen, wir haben nur wenig zu erzählen.

Der Magistrat und die Stadtverordneten hielten sich während dieser so hochwichtigen Zeit ziemlich still, desto würdiger arbeitete aber das Volk von Berlin an den Vorbereitungen zu einem Kampfe, der allgemein für unausbleiblich gehalten wurde.

Dumpfe, wirre Gerüchte über die Reactions-Partei in Potsdam zuckten dabei durch Berlin. Bald hieß es, die National-Versammlung solle nach Brandenburg verlegt, bald, sie solle ganz aufgelöst und eine Verfassung, gestützt auf die Wrangel'sche Armee, octroyirt werden. Leo und Radowitz sollten die stete Umgebung des Königs bilden, alle nur einigermaßen freisinnige Männer ihn verlassen haben.

Man trug sich mit einem Witzworte des Königs, der gesagt haben sollte:

„Die National-Versammlung in Brandenburg und Brandenburg in der National-Versammlung."

Eins war allerdings gewiß, die Regierung selbst hielt einen Kampf für möglich und wahrscheinlich, sie traf zu demselben alle Vorbereitungen. Truppen auf Truppen wurden herbeigezogen und die in der Nähe Berlins liegenden Regimenter hatten den Befehl, sich fortwährend marschfertig zu halten, ebenso das 24. und 9. Regiment, welche in Berlin selbst garnisonirt waren. Kavallerie-Patrouillen durchstreiften fortwährend die Umgebung Berlins.

So machte die Regierung Alles bereit zu einem baldigen Kampfe, und was that unterdessen das Volk? — Es rüstete sich ebenfalls, es war fest entschlossen, selbst auf die Gefahr hin, besiegt zu werden, einen Kampf zu versuchen.

Schon am 1. November hatten sich die fliegenden Corps vereinigt und den Rittmeister Vorpahl zu ihrem gemeinschaftlichen Kommandanten gewählt; ein Freicorps war, ursprünglich zum Schutze der Wiener, jetzt zu dem der Berliner Freiheit organisirt. Die Bürgerwehr hielt fast täglich Compagnie-Versammlungen, und alle Compagnieen waren fest entschlossen, mit der National-Versammlung zu stehen und zu fallen. Die Hauptbeschäftigung aller Berliner in jener verhängnißvollen Woche war die, Kugeln zu gießen und Patronen zu machen.

Das Volk von Berlin aller Stände war fest entschlossen zum letzten blutigen Kampfe mit der Reaction, vielleicht sogar mit dem Königthume; aber es erwartete das Signal zu diesem Kampfe von seinen Vertretern, den Deputirten der National-Versammlung. Hätten diese endlich ihr unglückseliges Vermittelungs-System aufgegeben, so stände jetzt wohl Vieles anders.

So verging die Woche. Am Mittwoch, den 8. November, sollte endlich die definitive Entscheidung des Königs kommen. Der Staats-Anzeiger brachte an jenem Abend folgende königliche Bekanntmachung:

„Nachdem der bisherige Minister-Präsident und Kriegs-Minister, General der Infanterie, von Pfuel, so wie die Staats-Minister Eichmann und von Bonin und der Wirkliche Geheime Rath, Graf von Dönhoff, von Mir auf ihr Ansuchen von der Leitung der ihnen anvertrauten Ministerien entbunden worden sind, habe Ich 1) den General-Lieutenant Grafen von Brandenburg zum Minister-Präsidenten, 2) den bisherigen Minister-Verweser von Ladenberg zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, 3) den bisherigen Direktor im Ministerium des Innern, von Manteuffel, zum Minister des Innern, und 4) den Kommandanten von Saarlouis, General-Major von Strotha, zum Kriegs-Minister ernannt. 5) Die Verwaltung des Justiz-Ministeriums wird einstweilen der bisherige Justiz-Minister Kisker beibehalten *). Zugleich habe Ich dem General-Lieutenant Grafen von Brandenburg die interimistische Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und dem neu ernannten Minister des Innern die interimistische Leitung des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten übertragen. Mit der Wahrnehmung des Finanz-Ministeriums habe Ich vorläufig den General-Steuer-Direktor Kühne und mit der

*) Das Justiz-Ministerium übernahm einige Tage später der Geheime Ober-Tribunalsrath Rintelen, welcher als Abgeordneter für Meschede in der National-Versammlung selbst gegen das Ministerium Brandenburg protestirt hatte.

Wahrnehmung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorläufig den Wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath von Pommer-Esche beauftragt.

Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen."

Sanssouci, den 8. November 1848.

(gez.) **Friedrich Wilhelm.**

(cont.) Graf von Brandenburg.

An das Staats-Ministerium.

So war denn also das Ministerium Brandenburg ernannt, jenes Ministerium der schamlosesten Contre-Revolution, das Ministerium, auf das der Fluch des Landes fallen sollte, es war ernannt gegen den Willen der Volks-Vertretung und seine Ernennung war, aller constitutionellen Sitte entgegen, nur durch die Bekanntmachung in den Zeitungen der National-Versammlung angezeigt worden. Die begründete Vermuthung einer von der Krone beabsichtigten Contre-Revolution war durch die Ernennung dieses Ministeriums zur vollständigen Gewißheit geworden.

Am Abend des 8. November, unmittelbar nachdem die Ernennung des Ministeriums Brandenburg durch den Staats-Anzeiger bekannt worden war, hatten sich einige der bekannteren Demokraten Berlins im Waßmann'schen Lokale zu einer Berathung versammelt. Dieselben hatten außerdem auch in Erfahrung gebracht, daß jedenfalls morgen die Vertagung und Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg durch den Minister-Präsidenten bei seinem ersten Auftreten in der Versammlung ausgesprochen werden würde.

Die verschiedenen Fractionen der National=Versammlung hatten bereits über diese hochwichtige Frage berathen, und es hatte sich herausgestellt, daß die Majorität der Versamm=lung sich gegen die Berechtigung der Krone, die zur Verein=barung der Verfassung berufene Versammlung zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, aussprechen würde.

Die Demokraten sahen voraus, daß in diesem Falle die Krone ihr vermeintliches Recht mit Gewalt der Waffen zur Geltung zu bringen versuchen würde, und sie glaubten daher, daß bei der in Berlin herrschenden Aufregung, bei der all=gemeinen Kampfbegier, ein blutiger Konflikt gar nicht zu ver=meiden sei.

Die Demokraten hielten es daher für ihre Pflicht, auch die Provinzen auf die wahrscheinlich schon am folgenden Tage bevorstehenden Kämpfe aufmerksam zu machen, damit dieselben auf alle Eventualitäten vorbereitet seien. Es wurden deshalb Briefe an die meisten namhaften Demokraten in der Provinz geschrieben und sofort abgesendet. Streckfuß, der durch seine Stellung als Vorsitzender des demokratischen Kreis=Aus=schusses für Brandenburg mit vielen demokratischen Vereinen in Verbindung stand und als Deputirter bei den beiden vor=ausgegangenen demokratischen Congressen mit den auswärti=gen Demokraten ziemlich bekannt war, unterschrieb, um ihnen die Garantie eines Namens zu geben.

Die Schreiben lauteten etwa folgendermaßen:

Mitbürger!

Morgen wird das Ministerium Brandenburg definitiv in die National=Versammlung eintreten, um dieselbe zu ver=tagen und nach Brandenburg zu verlegen. Die National=Versammlung wird hiergegen energisch protestiren.

Morgen schon wird Berlin wahrscheinlich der Schauplatz des Kampfes sein. Bürgerschaft und Arbeiter sind einig. Wir werden unsere Schuldigkeit thun, thut Ihr die Eurige!

Berlin, am 8. November 1848.

Adolph Streckfuß.

Die National-Versammlung gab in der Zeit vom 4. bis 8. November nur geringe Lebenszeichen von sich; aber es waren die Abgeordneten außerhalb der Sitzungen um so thätiger, besonders die Mitglieder der gemäßigten Rechten und des Centrums.

Diese beiden Parteien hielten eine Versöhnung mit der Regierung noch immer für möglich, sie glaubten den König irregeleitet und hofften, daß er nachgeben werde, wenn ihm nur in einem Zwiegespräch die Lage des Landes freimüthig vorgestellt würde.

Unruh und Bornemann wurden für die fähigsten Vermittler gehalten und suchten deshalb durch den General von Willisen eine Audienz beim Könige nach, welche ihnen indessen verweigert wurde.

Der König wollte keine Vorstellungen hören, hatte er doch auch am 2. November dem um Gehör bittenden Abgeordneten Jacobi nur ein trockenes „Nein!“ erwidert.

Herr von Unruh, das Haupt der Vermittelungs-Partei, giebt uns über die Unterhandlungen derselben mit der Krone und dem neuen Minister-Präsidenten in seinen Skizzen interessante Mittheilungen.

Besonders interessant ist ein Gespräch, welches Herr von Unruh mit dem Grafen Brandenburg hatte und welches

aufs Deutlichste die Unfähigkeit des Grafen, constitutionelle Prinzipien zu begreifen, und den rein blinden Gehorsam bezeichnet, mit dem er das Minister-Präsidium übernommen hatte, nur um die Gewaltmaßregeln der Krone auszuführen, eben weil sie im Willen des Königs lagen. —

So bezeichnete Graf Brandenburg z. B. die Bildung eines Ministeriums nicht sowohl als einen politischen Akt, sondern als die Ausführung eines vom Könige dem General Brandenburg ertheilten Befehls.

Ueber den Eindruck, den der Graf Brandenburg auf ihn gemacht hatte, sagt Herr von Unruh:

„Der General machte auf mich den Eindruck eines biederen, einfachen Soldaten, dem das constitutionelle Staatsleben durchaus fremd, fast unverständlich ist, weil es in Widerspruch mit den Ideen steht, in denen die alten Offiziere der Armee aufgewachsen sind.

Obgleich das Gespräch kein erfreuliches Resultat hatte, entstand bei mir doch keine Spur von Widerwillen gegen die Person des Generals, welcher offenbar nicht die Seele des Ministeriums sein, sondern nur seinen Namen und seinen Degen zu den Maßregeln hergeben sollte, welche man ihm als nothwendig und doch noch constitutionell geschildert zu haben schien."

Wenn ein Minister-Präsident solchen Ansichten huldigte, oder vielmehr, wenn es die herrschende Partei that, zu deren Schild der Graf Brandenburg sich hergab, war an eine Einigung mit den Männern des Centrums natürlich nicht zu denken; die Regierung wandte sich deshalb an die Partei der Rechten, welche dienstbeflissen auf Alles einging, was die Krone nur wollte.

Im Verein mit der Rechten wurde jetzt vom Ministerium die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg und die Vertagung derselben beschlossen. Man hoffte, die Linke werde nicht nach Brandenburg folgen, dann werde die Rechte die Majorität in der National-Versammlung haben und schnell einige folgewichtige Beschlüsse in ihrem Sinne fassen könne, ehe die Linke sich zum Eintritt in die verlegte National-Versammlnng entschließe. Daß auch das Centrum sich einer Verlegung entschieden widersetzen werde, daran dachte man auf der Rechten nach den bisherigen schwankenden Abstimmungen des Centrums, bei dem gänzlichen Mangel an Energie, den es bisher gezeigt hatte, gar nicht.

Auch lag wohl, vielfachen Anzeichen nach zu schließen, außerdem noch die Hoffnung im Hintergrunde, die Linke werde aus der Versammlung austreten, ein Minoritätsparlament bilden und die Bevölkerung von Berlin zu Gewaltschritten treiben, welche mit den aufgebotenen Truppenmassen um so leichter zu besiegen waren, als auch der größere Theil der eigentlichen Bürgerschaft immer auf Seiten der Majorität der National-Versammlung stand.

Die Vorgänge in Wien ermunterten die Krone zu solchen Gewaltschritten.

In Beziehung auf das Centrum hatte sich nun freilich die Regierung getäuscht. Als von Seiten der Rechten Unterhandlungen wegen einer Verlegung oder Vertagung der National-Versammlung angeknüpft wurden, erklärte das Centrum sich sehr entschieden dagegen. Auch that Herr von Unruh dasselbe, als der Minister-Präsident Graf Brandenburg am 8. November ähnliche Unterhandlungen mit ihm anzuknüpfen suchte.

30.

So kam der denkwürdige 9. November heran.

Um 9¾ Uhr Morgens wurde die 97. Sitzung der National-Versammlung eröffnet durch den Präsidenten v. Unruh.

Der acht Tage lang leere Ministertisch war heut besetzt, man sah an demselben die neuen Minister Graf Brandenburg, v. Strotha, v. Ladenberg und v. Manteuffel, zum ersten Male trat das Ministerium der Contrerevolution öffentlich auf.

Nach Verlesung des Protokolls und der Kabinetsordre, durch welche das Ministerium ernannt worden war, verlas der Schriftführer Bauer folgende königliche Botschaft:

„Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc.

„Nachdem schon früher zu wiederholten Malen einzelne Mitglieder der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung wegen ihrer Abstimmung thätlich gemißhandelt worden waren, ist am 31. v. M. von aufgeregten Volkshaufen das Sitzungslokal der Versammlung förmlich belagert und unter Entfaltung der Zeichen der Republik der Versuch gemacht worden, die Versammlung durch verbrecherische Demonstrationen einzuschüchtern. Solche beklagenswerthe Ereignisse beweisen nur zu deutlich, daß die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung, aus derem Schooße die Grundlage einer wahren, die allgemeine Wohlfahrt bedingenden Freiheit hervorgehen sollen, der eigenen Freiheit entbehrt, und daß die Mitglieder dieser Versammlung bei den, zu Unserem tiefen Schmerze nicht selten wiederkehrenden anarchischen Bewegungen in Unserer Haupt- und Re-

sidenzstadt Berlin nicht denjenigen Schutz finden, welcher erforderlich ist, um ihre Berathungen vor dem Scheine der Einschüchterung zu bewahren. Die Erfüllung Unseres lebendigen, von dem Lande getheilten Wunsches, daß demselben sobald als möglich die, auf Grund Unserer Verheißungen zu erbauende konstitutionelle Verfassung gewährt werde, kann unter solchen Verhältnissen nicht erfolgen und darf von den Maaßregeln nicht abhängig gemacht werden, welche geeignet sind, in gesetzlichem Wege die Ordnung und Ruhe in der Hauptstadt wieder herbeizuführen. Wir finden Uns daher bewogen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg zu verlegen und haben Unser Staats-Ministerium beauftragt, die dazu nöthigen Vorkehrungen so schleunig zu treffen, daß die Sitzungen vom 27. d. Mts. ab, in Brandenburg gehalten werden können. Bis dahin wird die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versamlung hierdurch vertagt.

„Wir fordern daher die Versammlung auf, ihre Berathungen nach geschehener Verlesung Unserer gegenwärtigen Botschaft sofort abzubrechen und zur Fortsetzung derselben am 27. d. Mts. in Brandenburg wieder zusammen zu treten.

Gegeben Sanssouci, den 8. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(kontr.) Graf v. Brandenburg.

Botschaft
an die zur Vereinbarung der Verfassung
berufene Versammlung."

Unmittelbar nach der Verlesung dieser königlichen Botschaft, welche mit starrem Schweigen von der Versammlung angehört wurde, erhob sich der Graf Brandenburg und ergriff das Wort.

Aber nur die wenigen Sylben: — An diese Allerhöchste Botschaft — — — vermochte er verständlich hervor zu bringen, da unterbrach ihn ein stürmischer Lärm von allen Seiten des Hauses.

„Er hat das Wort nicht!“ — so tönte es von allen Bänken, und der Minister-Präsident mußte sich beschämt wieder niedersetzen.

Nach wiederhergestellter Stille sagte der Präsident von Unruh mit ruhiger Würde:

„Ich habe dem Herrn Minister-Präsidenten das Wort noch nicht ertheilt und ersuche ihn, dasselbe nicht eher zu ergreifen, als bis ich ihm das Wort ertheilen werde.

Ein stürmisches Bravo der ganzen Versammlung belohnte den Präsidenten für die ruhige Energie, mit welcher er die Würde der Versammlung dem Minister-Präsidenten gegenüber aufrecht erhielt.

Graf Brandenburg bat jetzt um das Wort und erhielt es, er erklärte, daß er jede fernere Berathung für ungesetzlich halte und dagegen im Namen der Krone protestire.

Herr v. Unruh erwiderte als Präsident der Versammlung, daß er sich nicht für berechtigt halte, die Versammlung wider deren Willen zu schließen.

Kaum hatte der Präsident diese Worte gesprochen, als die Minister sich erhoben, um den Saal zu verlassen, ein Theil der Rechten folgte ihrem Beispiel.

Dieses Aufstehen rief in der Versammlung einen furcht-

baren Tumult hervor. — „Hierbleiben! Hierbleiben!“ — ertönte es auf der Rechten und im Centrum. — „Man muß sie verhaften!“ — rief eine Stimme von der Linken.

Endlich legte sich der Lärm etwas, und die Worte des Präsidenten: — „Ich ersuche das Staats-Ministerium, meine Antwort zu hören!“ wurden verständlich, ehe sich noch das Ministerium entfernt hatte; aber es kehrte sich an die Mahnung nicht, sondern verließ, ohne sich weiter um die National-Versammlung zu kümmern, mit seinem getreuen Troß den Saal.

Wieder entstand ein furchtbarer Lärm, verschiedene Abgeordnete, besonders von der Rechten, unter ihnen auch Herr Reichensperger, bestürmten die Tribüne, um das Wort zu ergreifen, wurden aber vom Präsidenten unter Bravoruf von der Versammlung mit ruhiger Würde zurückgewiesen. Endlich war die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt und Herr v. Unruh fuhr fort: —

„Ich habe dem Staats-Ministerium, welches so eben diese Sitzung verlassen hat, erklären wollen, daß es sich lediglich darum handle, ob ich befugt sei, diese Sitzung zu schließen. Eine Königliche Botschaft in einem konstitutionellen Staate, contrasignirt von verantwortlichen Ministern, ist ein ministerieller Akt, und Niemand kann daran zweifeln, daß die Vertreter von 16 Millionen berechtigt sind, zu prüfen, ob dieser Akt eines ihnen verantwortlichen Ministeriums ein gesetzlicher oder ein ungesetzlicher ist.“

Unter Lärmen und nach vielen Unterbrechnngen kam man endlich zur Abstimmung über die Frage, ob die Sitzung geschlossen werden solle, oder nicht; und die Versammlung er-

klärte sich mit 252 gegen nur 30 Stimmen für Fortsetzung der Sitzung, nur Mitglieder der äußersten Rechten hatten dagegen gestimmt.

Es lagen jetzt verschiedene Anträge vor, einer war vom Abgeordneten und frühern Minister Bornemann gestellt, er lautete:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium zu ersuchen sei, die Zurücknahme der in der Allerhöchsten Botschaft enthaltenen Erklärung wegen Verlegung des Sitzes der Versammlung schleunigst zu erwirken."

Ein anderer Antrag war von Mitgliedern fast aller Fractionen gestellt und höchst einfach motivirt. Man las unter demselben die Namen Giercke, Duncker, Parrisius aus dem Centrum neben denen der äußersten Linken. Es war der Antrag, welcher das Schicksal der National-Versammlung entscheiden sollte. Er lautete:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen:

1) daß sie für jetzt keine Veranlassung habe, den Sitz ihrer Berathungen zu ändern, sondern sie in Berlin fortsetzen werde.
2) daß sie der Krone nicht das Recht zugestehen könne, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen;
3) daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zur Erlassung der eben verlesenen Botschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür hält, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht haben. Motive:

Die eben verlesene Botschaft!

Beide Anträge wurden unterstützt, besonders der Letztere fast einstimmig.

Bei der Debatte über den Antrag zeigte es sich heut zum ersten Mal, daß die Abgeordneten der Centren fast ebenso energisch auftraten, wie die der entschiedenen Linken.

Selbst Mitglieder der Rechten traten gegen die Regierung auf, so sagte z. B. Bornemann in einer Rede zur Motivirung seines Antrags, daß die Verlegung der Versammlung unnöthig sei, wenn man sie nur der Freiheit der Berathungen wegen vornehme; ja er deutete sogar darauf hin, daß in Brandenburg die Freiheit der Berathungen von einer andern Seite her, als der des Volkes bedroht sei.

Die Versammlung war an jenem Tage zu aufgeregt, um sich in lange Debatten einlassen zu wollen, sie hörte daher nur wenige Redner, dann schritt sie zur Abstimmung.

Der Antrag von Bornemann wurde verworfen, dagegen wurde der Antrag von Gierke, Elsner u. s. w. in allen seinen Theilen mit großer Majorität angenommen, ebenso einige Anträge um sofortigen Druck und Publicirung dieses Beschlusses.

Bevor die National-Versammlung in ihren Verhandlungen weiter ging, kam ein interessanter Zwischenfall zur Sprache. Es hatte nämlich der neue Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, den Büreaubeamten, ebenso das Obermarschallamt den Stenographen befohlen, die Versammlung unmittelbar nach der Verlesung der königlichen Botschaft zu verlassen, um dadurch die Versammlung in die Unmöglichkeit zu versetzen, ihre Verhandlungen fortzusetzen.

Herr v. Unruh gab natürlicher Weise den Beamten die Weisung, ihre Dienste, welche der National-Versammlung ge-

hörten, fortzusetzen; es ist, wie man hört, später dafür eine gerichtliche Untersuchung, aber ohne Resultat, gegen Herrn v. Unruh eingeleitet worden.

Die Versammlung ging dann zur Berathung des Ablösungsgesetzes über und wurde erst um 7½ Uhr Abends bis zum andern Morgen 9 Uhr vertagt, nachdem zuvor der Beschluß gefaßt worden war, daß die Mitglieder des Büreaus abwechselnd im Sitzungssaal die Nacht über verbleiben sollten.

Vor dem Schluß dankte die Versammlung dem Herrn v. Unruh auf Antrag des Abgeordneten v. Berg durch ein stürmisches lang anhaltendes Bravo, in welches auch die Zuhörer auf den Gallerien einstimmten, für die ruhige Würde und energische Besonnenheit, mit welcher er das Präsidium geführt hatte.

So war denn die denkwürdige Sitzung vom 9. November beendet, die Sitzung, in welcher die Nationalversammlung sich zum ersten Male zu einer wahrhaft revolutionairen Energie erhob, wie sie nothwendig war in einer so schweren und wichtigen Zeit. Auch die Centren blieben nicht zurück hinter der Linken, auch sie waren durch die Gewaltmaßregeln der Regierung wider ihren Willen vorwärts getrieben worden auf der Bahn der Revolution; aber sie hatten nicht die Kraft, mit derselben Energie fortzuschreiten, sie hatten nicht den Muth, die Nationalversammlung an die Spitze der Bewegung zu stellen, den Gewaltmaßregeln der Regierung, Gewaltmaßregeln von Seiten des Volks entgegenzustellen, wie wir dies sehr bald sehen werden.

31.

Berlin, die preußische Residenz, das gährende, unruhige Berlin, der Sitz der Anarchie, war so ruhig, so friedlich, wie noch nie im ganzen verflossenen Sommer.

Wohl war auf den Straßen ein reges Treiben, wohl war am 9. November der Gensd'armenmarkt mit einer großen Menschenmenge bedeckt; aber alle diese Menschen waren ernst und ruhig, sie sprachen meistens nur leise mit einander und warteten begierig auf die folgewichtigen Resultate, welche die Sitzung der Nat.-Vers. offenbar haben mußte. Jeder aus dem Schauspielhause Kommende wurde sogleich befragt und mußte Mittheilungen machen von dem, was er gehört; mit angstvoller Gespanntheit wartete das Volk auf die Beschlüsse seiner Vertreter, denn man fürchtete noch immer, daß die National-Versammlung der Krone gegenüber nicht die nöthige Energie zeigen werde; die früheren Beschlüsse derselben hatten das Vertrauen des Volkes wankend gemacht.

Als aber nun die Annahme des Antrags von Gierke, Elsner u. s. w. und die Verwerfung des halben, energielosen Bornemann'schen bekannt wurde, da war die Freude ganz allgemein; mit Jubel wurde dieser erste wahrhaft energische Schritt der Volksvertreter begrüßt, und alle Stände stimmten in die allgemeine Freude ein, der Arbeiter, wie der Bürger, welcher unter Waffen die Sicherheitswache für die National-Versammlung bildete.

Das war das unruhige Berlin, über welches nach wenigen Tagen von dem freisinnigen Ministerium Brandenburg-Manteuffel der Belagerungszustand verhängt werden mußte!

Die Zeit der Entscheidung war jetzt gekommen, das fühlte

Jedermann, denn Jeder wußte, daß die Krone nicht eine Vertagung der National-Versammlung beschließen werde, ohne ihrem Beschluß auch durch Waffengewalt Nachdruck zu geben; waren doch zu einem Einschreiten des Militairs, wie wir bereits früher erzählt haben, schon alle Vorkehrungen getroffen.

Man bereitete sich deshalb zum Kampfe vor, das Volk beeilte sich, der National-Versammlung seine Zustimmung zu ihren Beschlüssen zu zeigen, damit diese auf dem jetzt beschrittenen Wege eben so rüstig fortschreite, wie sie begonnen hatte; die Zustimmung des Volkes sollte den Vertretern desselben den Muth dazu geben.

Fast sämmtliche Gewerke Berlins, mehrere Bürger-Versammlungen und andere Vereine erließen solche Adressen, welche meistens in energischem Tone die Zustimmung der Berliner Bürger- und Arbeiterschaft zu dem Schritte der National-Versammlung gegen die Regierung aussprachen.

Aber auch die Deputirten der National-Versammlung, die der Linken sowohl, zu denen jetzt auch die der Centren gehörten, als die der Rechten, glaubten in nähere Verbindung mit dem Volke treten zu müssen. Die Ersteren erließen folgenden Aufruf, der in vielen Exemplaren in die Wahlkreise verbreitet wurde.

Mitbürger!

Das Vaterland ist in Gefahr! Gegen den am 2. d. M. fast einstimmig ausgesprochenen Willen der Versammlung ist heute das Ministerium Brandenburg ernannt worden und hat seine Wirksamkeit mit einem Staatsstreiche begonnen. Es hat

verlangt, die Versammlung der Volks-Vertreter solle vertagt werden, um später an einem anderen Orte zusammen zu treten. Mitbürger! Die National-Versammlung, berufen, Euren Willen zu vertreten, kann weder vertagt, verlegt, noch aufgelöst werden. Wir sind fest entschlossen, solchen Gewaltstreichen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln energischen Widerstand entgegen zu setzen. Vertraut auf uns, seid einig in der Wahrung der errungenen Freiheit, und bedenkt, daß besonnener Muth jede Gefahr überwindet.

Berlin, den 9. November 1848.

Die Deputirten der Rechten hingegen veröffentlichten durch ein Plakat einen Protest gegen die weiter tagende National-Versammlung; dies Plakat trug indessen keine Unterschriften und auch die Druckerei, in welcher es gedruckt worden, war auf demselben nicht bemerkt. Wie es an den Straßenecken erschien, wurde es von dem Volke mit den Zeichen des äußersten Mißfallens gelesen und an vielen Stellen herabgerissen.

Den Ausruf: „Die Volks-Verräther! Ihre Zeit wird kommen!" hörte man an vielen Orten.

Das Plakat lautete folgendermaßen:

Protest der constitutionell-monarchisch gesinnten Abgeordneten, die von Sr. Majestät dem Könige ausgesprochene Verlegung der National-Versammlung betreffend.

Die unterzeichneten Abgeordneten halten es dem Lande und der Versammlung gegenüber für ihre Pflicht, die Gründe

anzugeben, die es ihnen unmöglich machen, der heutigen Sitzung beizuwohnen oder an einer späteren Sitzung in Berlin Theil zu nehmen. Das Gesetz vom 8. April d. J., auf Grund dessen die Versammlung zur Vereinbarung einer Verfassung zusammen getreten ist, enthält keine Bestimmung darüber, wo der Sitz der Versammlung sein solle. Die Wahl des Versammlungsortes ist somit der Krone überlassen. Sie hat davon Gebrauch gemacht, indem sie die Abgeordneten nach Berlin einberief, und sie übt dasselbe Recht, indem sie die Versammlung jetzt nach Brandenburg verlegt. Doch nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu einer solchen Verlegung ist unserer Ueberzeugung nach vorhanden, weil unter den obwaltenden Umständen diese Maßregel das einzige Mittel ist, die Versammlung dem Terrorismus, der hier gegen sie geübt wird, zu entziehen, und mit der Freiheit der Berathung die Würde derselben wieder herzustellen. Daß mit dieser Verlegung bis zu dem Augenblick, in welchem die Ausführung derselben möglich ist, eine Vertagung verbunden werden mußte, folgt daraus, daß die Regierung mit sich selbst in Widerspruch treten würde, wenn sie die einmal erkannte Unfreiheit auch nur auf eine kurze Zeit dulden würde. Ist hiernach das Recht der Krone zu der heute eröffneten Anordnung unserer Ueberzeugung nach außer Zweifel, so ist es die Pflicht der Versammlung, derselben durch sofortige Schließung der Sitzung Folge zu geben. Thut sie dies nicht, so halten wir sie von dem Augenblick an für eine ungesetzliche, an welcher Theil zu nehmen die Pflicht uns verbietet. Sollte dessen ungeachtet die Versammlung ihre Berathungen fortsetzen, so protestiren wir gegen die etwa zu

fassenden Beschlüsse und erklären, daß wir sie weder für das Land, noch für uns als verbindlich anerkennen können.

Berlin, den 9. November 1848.

(Folgen die Unterschriften) *).

Einige Deputirte der Rechten fanden sich veranlaßt, sich außer durch dieses Plakat, noch auf andere Weise zu rechtfertigen; sie erließen deshalb eine Erklärung in der Vossischen Zeitung, in welcher sie aussprachen, daß die Regierung sich bei der Vertagung der National-Versammlung formell und materiell im Recht befunden hätte. Sie beklagten allerdings die Ernennung des Ministeriums Brandenburg, fänden aber die Verlegung der Versammlung aus dem anarchischen Berlin nach dem sicheren Brandenburg und die damit nothwendig verbundene Vertagung durchaus gerechtfertigt.

An der Spitze der edlen Volks-Vertreter, welche diese Erklärung erließen, lesen wir die Namen Reichensperger und Baumstark.

Außer dem Plakat der Rechten machte noch ein anderes der Reaction Aufsehen, und wurde von dem Volke eben so, wie das erstere, ärgerlich herabgerissen, wo es angeschlagen war. Es lautete:

Mitbürger!

Se. Majestät unser König hat die Versammlung zur Vereinbarung der Verfassung nach Brandenburg verlegt, um Eure Deputirten den Mißhandlungen der Berliner Anarchisten zu entziehen. Glaubt nicht den Wühlern, die Euch sagen, daß dies ein Angriff auf Eure Freiheit sei. Nein, der König wird sein Wort und die Freiheit aufrecht erhalten.

---

*) Die Unterschriften fehlten jedoch.

In Brandenburg wird die Versammlung die Verfassung frei berathen und mit dem Könige vereinbaren.

Ein Verräther am Vaterlande, wer dem Rufe seines Königs nach Brandenburg nicht folgt!!!

Volk von Preußen! schaare Dich um Deinen constitutionellen König.

Wir haben von der Masse von Plakaten und Erklärungen, welche am 9. November erschienen, nur die wichtigsten und bezeichnendsten hervorgehoben; die meisten Plakate waren im Sinne der National-Versammlung und wurden überall mit freudiger Zustimmung gelesen.

Während so auf den Straßen ein sehr reges Leben war, versammelten sich die verschiedenen Bezirke und Bürgerwehr-Compagnieen, und fast alle faßten, meist sogar fast einstimmig, den Beschluß, mit Gut und Blut für die National-Versammlung einzustehen.

Die Stimmung der Bürgerwehr in jenen Tagen war vortrefflich, selbst Herr Rimpler, der Commandeur, nahm eine Entschiedenheit an, welche ihm wieder Vertrauen verschaffte, ein Vertrauen, welches er jedoch bald genug wieder verscherzen sollte.

Die Majore der Bürgerwehr, unter denen sich noch immer viele conservative Elemente befanden, hatten sich schon am Mittag zu einer Berathung versammelt und blieben bis tief in die Nacht zusammen, da man in jedem Augenblick die Mobilmachung der Bürgerwehr erwarten konnte.

Rimpler hatte, wie verlautete, der Linken in der National-Versammlung die Dienste der Bürgerwehr angeboten, er wurde von einigen stark conservativen Majoren deshalb gefragt; aber diese konnten bei der Majorität nicht durchdringen.

Herr Rimpler hatte die Versammlung der Hauptleute und Majore hauptsächlich deshalb zusammen gerufen, um ihnen mitzutheilen, daß der Minister Manteuffel bei ihm habe anfragen lassen, ob er sich getraue, die National-Versammlung, welche gegen alles Recht ihre Sitzungen fortsetze, mit Waffengewalt aus einander zu treiben, wenn dieses nicht der Fall sei, werde das Ministerium zum Militair seine Zuflucht nehmen müssen.

Die Versammlung beschloß, daß die Antwort nur mündlich gegeben werden solle, da die Anfrage nur mündlich gewesen sei. Der Commandeur möge erklären, daß man die National-Versammlung nicht auflösen, wohl aber ihre Mitglieder, wie auch die Minister, gegen etwaige Insulten schützen werde.

Das Ministerium war mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt; es beauftragte deshalb den Polizei-Präsidenten, ein Requisitions-Schreiben an Herrn Rimpler zu richten, in welchem dasselbe auf die ungesetzlichen Berathungen der trotz des Vertagungs-Befehls berathenden National-Versammlung hinwies, und dann sagte:

„Es wird Einem Hochlöbl. Kommando bekannt sein, daß einige Mitglieder der National-Versammlung über Nacht in dem bisherigen Sitzungssaale verbleiben, und daß die Berathungen morgen früh um 9 Uhr fortgesetzt werden sollen. Es kommt daher zunächst darauf an, allen nach dem Sitzungssaale zurückkehrenden Abgeordneten der National-Versammlung den Zutritt zu diesem Lokale zu versagen und zu diesem Zweck alle Zugänge zu demselben abzusperren, dabei jedoch auf den ungehinderten Ausgang der innerhalb des Gebäudes befindlichen Abgeordneten Rücksicht zu nehmen.“

Herr Rimpler antwortete darauf im Auftrage der Majore durch ein Schreiben, aus welchem wir die folgende Stelle hervorheben:

„Nach §. 1 des Bürgerwehr-Gesetzes ist der wesentliche Beruf der Bürgerwehr, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Wenn nun auch das Land zwar noch keine Verfassung hat, so ist doch die National-Versammlung durch das Patent des Königs zur Vereinbarung der Verfassung mit der Krone ausdrücklich nach Berlin berufen, und auch das Wahl-Gesetz vom 8. April d. J. ordnet das Zusammentreten der National-Versammlung in der Hauptstadt an. Wenn nun, diesen Gesetzen und den Beschlüssen der National-Versammlung entgegen, die Krone nicht nur die Verlegung der Versammlung von Berlin nach Brandenburg, sondern auch deren Vertagung auf 17 Tage decretirt, so muß die Bürgerwehr hierin eine Gefährdung der durch Gesetze und königliches Versprechen dem preußischen Volke gewährleisteten Rechte und Freiheiten erblicken, mithin die Aufgabe für sich erkennen, für diese Freiheit, nicht aber gegen dieselbe einzutreten. Dies Letztere würde aber geschehen, wenn die Bürgerwehr der Majorität der National-Versammlung in der Freiheit ihrer Versammlungen und ihrer Beschlußnahme sich gewaltsam entgegenstellen wollte."

Herr Rimpler bestritt schließlich das Recht des Polizei-Präsidiums zu einer solchen Requisition, welche lediglich dem Magistrat zukäme, und schloß endlich mit folgenden Worten:

„Das Kommando der Bürgerwehr bedauert hiernach, indem es sich allein auf den Boden des Gesetzes stellt, Ew. Hochwohlgeboren Requisition von gestern nicht entsprechen zu

können, kann jedoch nicht umhin, zugleich entschiedene Verwahrung gegen jede gesetzwidrige Verwendung militairischer Kräfte zur Beschränkung der Versammlungs- und Berathungsfreiheit der National-Versammlung oder gar gegen die Unverletzlichkeit der Personen der Volksvertreter hiermit einzulegen. —

Beide Schreiben wurden sofort in der Nacht nach 12 Uhr mit einem Begleitschreiben, in welchem Herr Rimpler um die Anberaumung einer Morgensitzung um 5 Uhr bat, an den Präsidenten der National-Versammlung v. Unruh befördert.

Zu gleicher Zeit wandte sich Herr Rimpler auch an den Magistrat und die Stadtverordneten, theilte ihnen das Requisitionsschreiben des Polizei-Präsidenten mit und bat, der Magistrat möge keine Requisition der Bürgerwehr zur Auflösung der National-Versammlung verfügen, sondern im Gegentheil das Seinige thun, um die Regierung zu einer Rücknahme der Verlegung und Vertagung der National-Versammlung zu bewegen; auch möge er die Krone ersuchen, jedes Einschreiten des Militairs zu vermeiden. Eine ähnliche Bitte stellte auch die Berliner Schützengilde an den Magistrat.

Das Bürgerwehr-Kommando glaubte indessen hiermit die Sache nicht abgethan, es blieb die ganze Nacht permanent, der mangelhafte Stab wurde durch zwei Majore ergänzt, und Patrouillen wurden ausgeschickt, um bei einem etwaigen Ueberfall der Stadt durch das Militair nicht unvorbereitet getroffen zu werden.

Ein solcher Ueberfall schien nicht unwahrscheinlich, denn die um Berlin garnisonirten Truppen waren bis ganz in die Nähe der Stadt zusammengezogen, und fortwährend gingen Depeschen vom Kriegsministerium, wo der Ministerrath in

Permanenz saß, ab. Das Ministerium selbst war von einer Jägerabtheilung scharf bewacht, da nach dem Glauben der Minister ihre Gefangennehmung beabsichtigt wurde.

Aber von keiner Seite sollten in der Nacht vom 9ten zum 10ten November Feindseligkeiten ausbrechen. Alles blieb ruhig; dennoch war es gut, daß das Bürgerwehr=Kommando versammelt blieb, denn es empfing mehrere Deputationen von Arbeitern, welche dem Kommando versicherten, daß sie sich ihm bei einem etwa ausbrechenden Kampf vollständig zur Disposition stellten, daß sie mit Gut und Blut für die National=Versammlung einstehen würden! —

Das war der Geist, welcher unter den so oft verschrienen, so oft getadelten Arbeitern herrschte. Noch war kein Monat vergangen, da hatten sie am 16ten Oktober der Bürgerwehr im tödtlichen Kampfe gegenüber gestanden; aber keine Spur des Hasses war geblieben, jetzt, wo es galt, daß das Volk einig sei, kamen die Arbeiter und boten den Bürgern ihre Hülfe an!

In der Nacht um 12 Uhr wurde auch der Magistrat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen gerufen. Selbst die weisen Väter der Stadt mußten ihren Schlaf den wichtigen Zeitereignissen opfern. Die Petition des Bürgerwehr=Kommando's bildete den Gegenstand der Debatte, dieselbe war aber dadurch erledigt, daß der Magistrat noch keine Aufforderung zur Requisition der Bürgerwehr erhalten hatte.

Es lag außerdem noch eine Adresse von den Stadtverordneten an den König vor, welcher beizutreten der Magistrat aufgefordert wurde. Diese Adresse war in der Stadtverordneten=Versammlung am 9ten November vorläufig beschlossen worden, sie lautete:

„Majestät! Der Konflikt, in welchen die durch das Vertrauen der Nation gewählte Versammlung mit den Ministern der Krone getreten ist, hat die Vertreter der Hauptstadt mit tiefer Besorgniß erfüllt und drängt dieselben zu der ehrerbietigsten Bitte, es möge Ew. Majestät gefallen, ein mit dem entschiedenen Willen der gesetzlich bestehenden Versammlung in Widerspruch getretenes Ministerium konstitutionellem Gebrauche gemäß zu entlassen und der Einsicht der Nation vertrauend, ein neues Ministerium zu ernennen, welches durch seinen politischen Standpunkt die Majorität der National-Versammlung besitzt. Auch die Ehre und das Recht Ew. Majestät Residenzstadt, welche der neuen Zeit schon so große Opfer gebracht hat, werden gleichzeitig durch die von dem Ministerium des Grafen v. Brandenburg beantragte Verlegung hart bedroht und legen uns die Pflicht auf, die Gewährung unseres Gesuches und die Zurücknahme jener Maßregeln Ew. Majestät so dringend als ehrerbietigst ans Herz zu legen."

Der Magistrat beschloß der Bitte um Belassung der National-Versammlung in Berlin beizutreten und diese Bitte dem König durch eine aus den Herren Naunyn, Jacobson und Möwes bestehende Deputation schriftlich und mündlich zugehen zu lassen, zu gleicher Zeit aber auch den Präsidenten der National-Versammlung durch dieselbe Deputation zu einer friedlichen Ausgleichung mit der Krone zu vermahnen. Der Bitte um Entlassung der Minister schloß sich der Magistrat nicht an.

32.

Schon am frühen Morgen gegen 4½ Uhr den 10. November hatte der Präsident Unruh die Mitglieder der National-Versammlung wieder zusammengerufen, um die gestern vertagte National-Versammlung wieder zu eröffnen, wichtige in der Nacht an Herrn v. Unruh gebrachte Nachrichten hatten ihn zu diesem ungewöhnlichen Schritt veranlaßt.

Gegen 5 Uhr hatte sich die hinreichende Anzahl von Mitgliedern eingefunden, und Herr v. Unruh eröffnete die Sitzung.

Er ließ zuerst der Versammlung eine Anzahl eingegangener Schriftstücke verlesen: eine Anzeige des Abgeordneten Daniels, daß er erst am 27sten November sich in Brandenburg wieder in der National-Versammlung einfinden werde, den Brief des Bürgerwehr-Kommandeurs an den Präsidenten der National-Versammlung, die beiden abschriftlich beigefügten Schriftstücke, das Requisitionsschreiben des Polizei-Präsidenten, so wie die Antwort des Kommandeurs auf dasselbe, endlich auch die Adresse der Arbeiter, welche Aktenstücke wir sämmtlich schon erwähnt haben.

Außerdem theilte der Präsident der Versammlung mit, daß er den Minister-Präsidenten von den gestrigen Beschlüssen in Kenntniß gesetzt und darauf eine Antwort an den Regierungsrath v. Unruh, nicht an den Präsidenten der National-Versammlung erhalten habe. Herr v. Unruh theilte auch dieses Aktenstück mit, bemerkte aber zu gleicher Zeit, daß er keine Veranlassung zu haben glaube, auf den Inhalt des Schreibens irgend weiter einzugehen.

Der Brief lautet:

„Ew. Hochwohlgeboren haben dem Staats-Ministerio in dem Schreiben vom heutigen Tage von dem Inhalte mehrerer Beschlüsse Mittheilung gemacht, welche die National-Versammlung gefaßt haben soll, nachdem die Vertagung der Versammlung bereits erfolgt war. — Ich halte mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß dergleichen Beschlüsse nicht nur völlig ungesetzlich und deshalb nichtig sind, sondern daß auch die Abgeordneten, welche daran Theil genommen, sich der Anmaßung von Hoheitsrechten und eines Vergehens wider die Verfassung schuldig gemacht haben.

Indem ich Ew. Hochwohlgeboren überlasse, den Inhalt dieses Schreibens zur Kenntniß der Abgeordneten zu bringen, welche die gesetzlichen Schranken überschritten und dem Befehle Sr. Majestät des Königs den schuldigen Gehorsam verweigert haben, gebe ich Ihnen zu erwägen, daß Sie sowohl, wie alle Abgeordneten, welche die Rechte der Krone so schwer verletzt haben, die volle Verantwortung trifft, wegen der aus diesem ungesetzlichen Schritte etwa entstehenden unglücklichen Folgen.

Berlin, den 9. November 1848.

Der Minister-Präsident
Graf Brandenburg.

An
den Königl. Regierungs-Rath
Herrn v. Unruh Hochwohlgeboren."

Nach Beseitigung dieser Verlesung gab Herr v. Unruh in einer ausführlichen Rede Rechenschaft über seine Thätigkeit in der verflossenen Nacht, in welcher er sagte:

„Es ist ferner noch eine Deputation des Magistrats vor kurzer Zeit hier gewesen. Ich habe die Herren Vice-Präsidenten Bornemann, Phillips und Waldeck ersucht, zugegen zu sein. Die Deputation des Magistrats theilte mit, daß der Magistrat eine Adresse an Se. Majestät den König noch am heutigen Morgen richte, worin er auf das Dringendste bäte, die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg zurückzunehmen, und den Konflikt, der seit gestern eingetreten ist, zu beseitigen. Die Deputation fügte hinzu, daß sie nicht umhin könne, den Wunsch auszusprechen, es möchten auch von Seiten der hohen Versammlung versöhnende Schritte geschehen, und namentlich möge die National-Versammlung auch dahin wirken, daß nicht Blut vergossen werde. Ich habe darauf der Deputation erwidert: daß ich ihr zunächst nur meine persönliche Ansicht mittheilen könne. Was den letzten Theil ihrer Aeußerung anlangte, so stimmte ich damit vollkommen überein; ich wäre entschieden der Meinung, daß ein von der National-Versammlung provocirtes Blutvergießen der guten Sache nur schaden könne. Ich wäre der Meinung, daß die Ruhe, welche gestern den Tag über in Berlin stattgefunden hat, das Interesse der guten Sache gefördert und daß sie jeden Vorwand zu Zwangs- und Gewaltmaßregeln, zur Erklärung eines Belagerungs-Zustandes ꝛc. fortgenommen hat. Ich würde für meine Person es ferner für meine Pflicht halten, in diesem Sinne zu wirken, ich wäre entschieden der Meinung, daß hier nur passiver Widerstand geleistet werden könne, und daß die wahre Entscheidung über die schwere Krisis, welche durch die jetzigen Rathgeber der Krone hereingebrochen ist, in der Hand des Landes liege. So lange die Presse, so lange das Associations-Recht nicht

von Neuem geknebelt sei, habe das Land die Mittel in Händen, ohne Blutvergießen den Sieg über die jetzigen Bestrebungen der Reaction herbeizuführen.

(Lebhaftes Bravo der ganzen Versammlung.)

Wenn die Presse, wenn alle Associationen, wenn alle Wahl-Bezirke, wenn alle größeren Städte sich auf das Entschiedenste erklären, wenn sie unserer Ansicht beitreten, wenn sie protestiren gegen das Benehmen des jetzigen Ministeriums, wenn, sage ich, dies vom ganzen Lande geschieht, dann ist kein Zweifel, daß dies Erfolg haben muß. Ist das Land oder ein großer Theil des Landes dieser Meinung nicht, nun, meine Herren! dann hat das Land es zu verantworten, wenn die eben aufblühende Freiheit wieder verdorrt. Ich habe auf den ersten Theil der Aeußerung des Magistrats erwidert, daß ich es nicht der Würde der National-Versammlung angemessen fände, irgendwie Schritte zu thun, welche auf ein Nachgeben der National-Versammlung hindeuteten.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich sei ferner der Meinung, daß man mit solchen Schritten gerade das Gegentheil erreichen würde. Man würde daraus den Schluß ziehen, die National-Versammlung und mit ihr das Land werde sich den ungesetzlichen Schritten, welche geschehen sind, ganz fügen."

Herr von Unruh fuhr fort, sich dafür auszusprechen, daß den Gewaltmaßregeln des Staates nur passiver Widerstand entgegen zu setzen sei, und die National-Versammlung schenkte ihm Beifall.

So war denn das Wort des passiven Widerstandes hinein geschleudert in das gährende Berlin, das Wort, welches

bei dem allezeit die Ruhe so sehr liebenden Bürger so allgemeinen Anklang fand.

Nichts konnte in der That dem Bürger erwünschter kommen, als die Erfindung des passiven Widerstandes, welchen ein bekanntes Witzblatt, der Kladderadatsch, geistreich in aktive Feigheit übersetzt hat.

Der Berliner Bürger, wie der Bürger in allen großen Städten überhaupt, liebt die Freiheit; aber er liebt etwas Anderes noch mehr, die Ruhe! Nur schwer, sehr schwer entschließt er sich zu einem Kampfe für seine Freiheit, nur wenn ihm eine von ihm anerkannte Autorität die Veranlassung dazu giebt, oder wenn er zur höchsten Wuth und Verzweiflung getrieben wird.

Das Letztere war am 18. März der Fall, das Erstere wäre am 10. November geschehen. Wenn die National-Versammlung das Signal zum Kampfe gegeben hätte, dann hätte der Bürger gekämpft und er hätte tapfer bis zum letzten Blutstropfen gekämpft. Alles war zum verzweifelten Kampfe vorbereitet.

Jetzt plötzlich wurde durch Herrn von Unruh, den Hauptvertreter der bisherigen schwankenden Centrums-Politik, das Wort des passiven Widerstandes in die Bürgerschaft geworfen, und dieser daher die beste Veranlassung gegeben, mit Ehren ihrer Leidenschaft für ruhige Gemüthlichkeit zu fröhnen, unthätig den Gewaltschritten der Regierung zuzusehen.

Herr von Unruh untergrub dadurch selbst den Boden, auf dem die National-Versammlung stand, er machte alle späteren Beschlüsse wirkungslos, er gab der Regierung eine mächtigere Waffe in die Hand, als ihre Kanonen und Bajonette es waren.

Der passive Widerstand war erfunden, er fand den freudigsten Anklang in der Bürgerschaft, und er sollte ins Leben treten!

Nach der Rede des Herrn von Unruh wurde ein Namens-Aufruf der National-Versammlung vorgenommen, er ergab 218 Mitglieder als gegenwärtig, die Versammlung also als beschlußfähig.

Waldeck, Jacoby, Hildenhagen, Wachsmuth und Pilet hatten folgenden Antrag gestellt:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, eine durch das Präsidium zu ernennende Kommission von vier *) Mitgliedern zur sofortigen Redaction einer Proclamation an das Preußische Volk über die von der Staats-Regierung erfolgten Beeinträchtigungen der Rechte des Volkes und der National-Versammlung niederzusetzen."

Nur einige Redner der Rechten sprachen sich gegen den Antrag aus, der fast einstimmig angenommen wurde; die Abgeordneten Moritz, Elsner, Pilet, Zachariae und Schulze (Minden) wurden zur Kommission ernannt und verfaßten sogleich folgende Adresse:

An das preußische Volk!

Das Ministerium Brandenburg, welches gegen die fast einstimmig ausgesprochene Erklärung der National-Versammlung die Leitung der Geschäfte des Landes übernommen, hat seine Thätigkeit damit begonnen, daß es einseitig die Ver-

*) Auf den Antrag Hildenhagens wurde die Zahl von vier Mitgliedern auf fünf erweitert.

tagung der Sitzungen der Versammlung und die Verlegung derselben nach Brandenburg befohlen. Die Versammlung der preußischen Volks-Vertreter hat diesen Eingriff in ihre Rechte dadurch zurückgewiesen, daß sie mit großer Majorität den Beschluß gefaßt hat, ihre Berathungen in Berlin fortzusetzen. Sie hat zu gleicher Zeit erklärt, daß der Krone das Recht nicht zustehe, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und daß sie diejenigen verantwortlichen Beamten, welche der Krone zu Erlassung jener Botschaft gerathen haben, nicht für fähig erachte, der Regierung des Landes vorzustehen, vielmehr dafür halte, daß dieselben schwerer Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung sich schuldig gemacht. Das Ministerium Brandenburg hat in Folge dieser Ereignisse die Versammlung für eine ungesetzliche erklärt und die Anwendung militairischer Gewalt angedroht, um die Fortdauer ihrer Berathungen zu hindern. — In dem schweren Augenblicke, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonette auseinander gesprengt wird, rufen wir Euch zu: Haltet fest an den errungenen Freiheiten, wie wir mit allen unseren Kräften und unserem Leben dafür einstehen, aber verlaßt auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes. Die ruhige und entschlossene Haltung eines für die Freiheit reifen Volkes wird mit Gottes Hülfe der Freiheit den Sieg erringen!

Ein stürmischer, lang anhaltender Beifall von der Linken der Versammlung sowohl, als von der Tribüne, folgte der Vorlesung, viele Abgeordnete, Zuhörer und Zuhörerinnen schwenkten Tücher oder Hüte zum Zeichen einer begeisterten Acclamation, und fast einstimmig erhob sich unter abermaligem, stürmischem Beifall von der Versammlung und der Tribüne

das ganze Haus, um die Proclamation, wie sie war, ohne Debatte anzunehmen.

Auch der Druck und die Vertheilung dieser Proclamation in 40,000 Exemplaren wurde beschlossen, dann fuhr die Versammlung in der Tagesordnung der Berathung über das Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung bäuerlicher Lasten fort.

33.

Bevor wir die Verhandlungen der National-Versammlung weiter mittheilen, müssen wir die Ereignisse des 10. Novembers nachholen.

Schon am frühen Morgen bot die Stadt ein Bild des bewegtesten Lebens dar. Alle Straßen waren gefüllt mit Menschen, welche hier und dort, in kleinen Gruppen stehen bleibend, sich die Ereignisse der vergangenen Nacht erzählten.

Besonders lebhaft war es auf dem Gensd'armen-Markt vor dem Schauspielhause. Dorthin strömte das Volk, um die Nachrichten von den Beschlüssen seiner Vertreter, auf die es jetzt in Furcht und Hoffnung die Augen gerichtet hatte, aus erster Hand zu erhalten. Das Schauspielhaus war mit einer Chaine von Bürgerwehr umgeben. Die Bürgerwehrmänner hatten aber die Gewehre zusammen gesetzt und plauderten hier und dort mit den Männern des Volkes, denn ein Angriff war von dieser Seite sicherlich nicht zu fürchten.

Die Bezirke hatten schon am frühen Morgen Appell gehabt und fast in allen Bezirken hatte sich die Bürgerwehr für den von der National-Versammlung selbst angerathenen passiven Widerstand entschieden, so sehr auch einzelne feurige

Köpfe gegen einen solchen Beschluß ankämpften und eine energischere Handlungsweise anriethen.

Ebenso war auch der Beschluß der Majore und des Commandeurs der Bürgerwehr ausgefallen. Herr Rimpler machte dies durch ein Plakat bekannt.

Wie die Bürgerwehr hatten auch die Stadtverordneten am Morgen schon gegen 8½ Uhr eine Sitzung gehabt und in derselben die Absendung und Veröffentlichung der dem Magistrat vorgelegten Adresse beschlossen. Es waren der Stadtverordneten-Versammlung mehrere andere Adressen vorgelegt worden, z. B. von den Stadtverordneten Gneist, Lewald und Heymann; aber die Versammlung verwarf dieselben und blieb bei dem ersten Entwurf.

Die Adresse war indessen ein sehr nutzloses Werk, denn die Deputation, welche dieselbe dem König überbringen sollte, wurde nicht empfangen.

Auch der Magistrat war in Thätigkeit. Am Morgen war eine Aufforderung des Ministers des Innern zur Requisition der Bürgerwehr behufs der Auflösung der National-Versammlung an ihn gelangt. Er erwiderte darauf, daß er ein Einschreiten der Bürgerwehr gegen die National-Versammlung mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht für vereinbar halte.

Außerdem setzte der Magistrat das Publikum durch ein Plakat davon in Kenntniß, daß er eine Adresse an den König gegen die Verlegung der National-Versammlung nach Brandenburg erlassen und durch eine Deputation abgesandt habe. —

Am Abend erschien endlich eine Proclamation des Magistrats und der Stadtverordneten, in welcher diese mittheilten,

daß das eingerückte Militair nicht auf ihre (des bisherigen Sicherheits-Ausschusses) Requisition eingerückt sei.

Eine große Thätigkeit entfaltete auch der Polizei-Präsident Herr von Bardeleben. Dieser Mann, der sich früher durch seine liberalen Gesinnungen einen rühmlich bekannten Namen gemacht hatte, gab sich jetzt dazu her, ganz im Sinne des Absolutismus zu handeln und die Maßregeln des hochverrätherischen Ministeriums zu unterstützen.

Herr von Bardeleben erließ eine Bekanntmachung, in welcher er das Publikum benachrichtigte, daß noch am 10. November Militair in Berlin zur Verstärkung der Garnison einrücken werde, um die seit längerer Zeit daselbst vorgekommenen Störungen der öffentlichen Ordnung und Beeinträchtigung der Freiheit kräftig zu unterdrücken.

Er schloß diese Bekanntmachung mit folgenden Worten: „Ausdrücklich und auf das Feierlichste wird zugleich versichert, daß Sr. Majestät Regierung diese Maßregel nur ergriffen hat, um die Erfüllung der Verheißungen, welche dem preußischen Volke zur Befestigung seiner Freiheit und zur Erlangung einer wahrhaft volksthümlichen Verfassung gemacht sind, und welche heilig gehalten werden sollen, zu beschleunigen, keinesweges aber, um Rechte oder Freiheiten des Volkes in irgend einer Weise zu beeinträchtigen."

Außerdem erließ Herr von Bardeleben in Gemeinschaft mit dem Gouverneur von Thümen noch eine andere Bekanntmachung, in welcher er das Publikum auf das Gesetz vom 20. März 1837 aufmerksam machte, welches das Militair bei einem etwaigen Angriff zum Gebrauche der Waffen ermächtigt.

Außer diesen offiziellen Plakaten erschienen eine Unzah

anderer, meist im Sinne der National-Versammlung, nur wenige gegen dieselbe. Es ist uns unmöglich, dieselben wiederzugeben, weil sie viele Bogen füllen würden. Nur eines der schamlosesten von allen wollen wir erwähnen, es ging von Herrn Held aus und wurde allgemein mit Entrüstung gelesen. Herr Held denuncirte in diesem Plakate seine Feinde, Eichler, Mai, Ottensoser, die Gebrüder Benary und Schönemann, Dohm, Meyen u. a. m. den Behörden und dem Volke, als diejenigen, welche das Volk bisher geleitet hätten und an welche das Volk daher jetzt in der Zeit der Gefahr sich zu halten habe.

Was Herr Held mit diesem Plakat beabsichtigt hat, liegt klar auf der Hand, seine Absichten sind jedoch nicht verwirklicht worden.

In gespannter Erwartung verging dem Volke von Berlin der Vormittag; daß Militair zur Auflösung der National-Versammlung in die Stadt einrücken werde, das wußte man jetzt gewiß; aber wie der Empfang der Truppen sein würde, darüber konnte Niemand etwas bestimmen, denn wie leicht war bei der herrschenden furchtbaren Aufregung ein blutiger Konflikt möglich. Allerdings standen Plakate an den Ecken, welche eine freundliche Aufnahme der Soldaten, die ja aus dem Volke entsprossen, nicht seine Feinde wären, anriethen; aber sie wurden nur mit unwilligem Kopfschütteln gelesen, und ein blutiger Kampf im Laufe dieser oder der folgenden Tage schien selbst den ruhigsten und besonnensten Männern unvermeidlich, alle waren darauf vorbereitet und hatten Waffen und Munition in Bereitschaft; man sah selbst viele Bewaffnete unter den Volksgruppen, welche sich um die National-Versammlung geschaart hatten.

So war der Mittag gekommen. Die Truppen waren bereits ganz in der Nähe von Berlin, die Chaussee nach Charlottenburg war von ihnen angefüllt, mit jedem Augenblick konnte man ihr Einrücken erwarten.

Endlich gegen drei Uhr setzten sich die Truppen in Bewegung und zogen in vollständiger Schlachtordnung, die Infanterie-Regimenter voraus, dann die Artillerie mit ihrer Bedeckung, in die Stadt zum Brandenburger und Potsdamer Thore ein. Alle jene Regimenter zogen wieder in die Stadt, welche die Nacht des 18. Märzes mit durchgekämpft hatten, und denen ihr schmachvoller Ausmarsch in den folgenden Tagen noch im frischen Angedenken war. Die königlichen Versprechungen, daß jene Regimenter nicht wieder die Garnison von Berlin bilden sollten, waren längst vergessen.

Der General von Wrangel mit dem General von Möllendorf und seinem Stabe ritt durch das Brandenburger Thor in die Stadt ein; an der Friedrichs-Straßen-Ecke ließ er die Truppen im Parade-Marsch an sich vorüber marschiren.

Der Empfang der Truppen und besonders des Generals Wrangel war ein höchst eigenthümlicher und ein ganz anderer, als irgend ein Soldat, wie ich dies später aus dem Munde vieler Soldaten gehört habe, erwartet hatte.

Von ihren Offizieren war den Soldaten vorgeredet worden, sie würden die Thore durch furchtbare Barrikaden verrammelt finden und erst nach blutigem Kampf in die aufrührerische Stadt eindringen können, in welcher die vollkommenste Anarchie herrsche. Auch die Befehlshaber hatten einen gleichen Empfang im Voraus berechnet und, wie versichert wird, waren in der Decker'schen Geheimen Hof-Buchdruckerei bereits die Plakate gedruckt, welche den in Folge der beim

Einmarsch der Truppen vorgekommenen blutigen Konflikte über die Stadt verhängten Belagerungs-Zustand proklamirten, der beste Beweis, daß die Regierung und das Militair auf einen Kampf vorbereitet waren.

Aber wie sehr hatte man sich getäuscht!

Auf den Straßen, vor den Thoren fand man keine Barrikaden, wohl waren die Straßen angefüllt mit einer zahllosen Menschenmenge, aber diese Menschen schritten so ruhig einher, wie immer früher, wenn Militair in die Stadt einrückte. Da war keine Spur von der vorgespiegelten Unordnung und wilden Anarchie, welche in Berlin herrschen sollte.

Staunend blickten die Soldaten um sich, als sie in die Stadt einzogen, sie glaubten fast zu träumen, so ganz anders war Alles, als sie es sich vorgestellt hatten.

Sehr freundlich war der Empfang der Soldaten allerdings nicht. Dem General Wrangel wurden beim Einreiten manche Spottworte mit Beziehung auf seine früher gehaltene Parade-Rede zugerufen. Er wurde gefragt, ob er etwa käme, um Gras in den Straßen zu ernten, ob die Kugeln auch noch immer im Gewehr und die Schwerter noch haarscharf geschliffen wären u. dgl. m.

Unter den Linden wehten aus den Fenstern der aristokratischen Bewohner den einziehenden Soldaten weiße Tücher entgegen; dies wurde aber vom Volke sehr übel vermerkt, und fast wäre es über diese mißliebige Demonstration zu kleinen Excessen gekommen; ebenso wurden auch einige Herren, welche beim Vorbeireiten des General Wrangel ein freudiges Hurrah ertönen ließen, vom Volke tüchtig durchgeprügelt. Dies und an manchen Stellen ein durchdringendes Zischen beim Vorbeimarsch der Soldaten waren aber auch die einzigen

Zeichen, durch welche das Volk seinen Unwillen über den Einzug des Militairs kundgab.

Die Truppen rückten jetzt nach dem Gensd'armenmarkte vor und umstellten das Schauspielhaus, ein anderer Theil der Truppen marschirte nach dem Schlosse.

Um das Schauspielhaus herum war die Bürgerwehr aufmarschirt, sie trat beim Nahen der Truppen ins Gewehr und diese stellten sich ringsumher auf. Auch Artillerie wurde aufgepflanzt in der Jäger- und Mohrenstraße.

Als die Truppen aufgestellt waren, erschien der General von Wrangel zu Pferde mit den ihn begleitenden Offizieren. Er ritt unter den Truppen umher uud sprach hier und da mit den Soldaten. Wo er erschien, ertönte aus dem in zahlloser Menge versammelten Volke ein durchdringendes Zischen.

Zu gleicher Zeit erschien zu Fuß, von einem lauten Jubelruf des Volkes empfangen, der Major Rimpler mit mehreren Bürgerwehr-Offizieren. Wo er erschien, drängte sich die Masse auseinander und machte ihm ehrerbietig Platz. Herr Rimpler ging auf den General Wrangel zu und zwischen Beiden entspann sich jetzt folgendes Gespräch:

Rimpler. Welchen Zweck hat die Aufstellung dieser bedeutenden Truppenmacht?

Wrangel. Ich wünsche sehnlichst, meine Truppen bald in die Quartiere führen zu können.

Rimpler. Dem steht Nichts im Wege.

Wrangel. Wozu ist die Bürgerwehr hier?

Rimpler. Zum Schutz der National-Versammlung.

Wrangel. Die will ich auch schützen.

Rimpler. Wie lange wird der General Wrangel mit seinen Truppen am Schauspielhause verweilen?

Wrangel. Meine Truppen sind gewohnt zu bivouakiren, sie werden hier stehen bleiben und wenn die Versammlung acht Tage zusammen bliebe.

Rimpler. Dann wird die Bürgerwehr vierzehn Tage hier bleiben, wenn es sein muß!

Damit war das Gespräch der beiden feindlichen Befehlshaber zu Ende.

Wir kehren jetzt zur National-Versammlung zurück.

Die Versammlung war bei einbrechender Dunkelheit auf eine Viertelstunde unterbrochen worden. Als die Erleuchtung bewerkstelligt war, erklärte der Präsident von Unruh, die Sitzung weiter fortsetzend, daß der Kommandeur der Bürgerwehr, Herr Rimpler, ihm eine Mittheilung des Gesprächs zwischen ihm und dem General Wrangel (welches der gütige Leser bereits kennt) gemacht habe. Herr von Unruh hatte in Folge dieser Vorfälle dem Kommandeur schriftlich im Namen der National-Versammlung erklärt, daß dieselbe keinen anderen Schutz als den der Bürgerwehr verlange, namentlich keinen militairischen, und daß er diese Eröffnung sofort dem General Wrangel machen und die Antwort desselben mittheilen möge.

Die Antwort des Generals von Wrangel an den Kommandeur der Bürgerwehr, Rimpler, hatte mündlich dahin gelautet:

„Die Truppen werden unter keinen Umständen zurückgezogen werden, der Austritt aus diesem Lokal sei gestattet, nicht aber der Eintritt der Abgeordneten, da der General eine National-Versammlung nicht mehr

kenne. Die National-Versammlung sei durch den Grafen Brandenburg vertagt. Das Schreiben des Präsidenten der National-Versammlung, welches nicht an den General Wrangel, sondern an das Kommando der Bürgerwehr gerichtet war, könne er nicht entgegennehmen, weil er auch einen Präsidenten der National-Versammlung nicht kenne. Das Haus würde durch ihn verschlossen werden, sobald die Herren, welche sich darin befinden, aus demselben sich entfernt hätten."

Herr von Unruh fügte hinzu, daß das Kommando der Bürgerwehr erklärt habe: es fordere die Ehre der Bürgerwehr und die Rücksicht auf die, auch von der National-Versammlung ausgesprochenen Ansichten, daß die Bürgerwehr in keinem Falle abmarschire und die National-Versammlung hier verlasse. Es könne also nur die National-Versammlung und die Bürgerwehr oder keine von beiden sich entfernen.

Nach dieser Erklärung und da der General Wrangel das Schauspielhaus cernirt habe, sei er der Ansicht, daß die National-Versammlung die Erklärung:

„Die National-Versammlung protestirt gegen die ihr gegenüber angewandte militairische Gewalt und erklärt, daß sie diesen Sitzungs-Saal heute nur in Folge der Anwendung dieser militairischen Zwangsmaßregeln verlassen hat,"

abgebe, sich dann vertage und das Haus gemeinschaftlich mit der Bürgerwehr verlasse.

Ein allgemeines, lang andauerndes Bravo der ganzen Versammlung, auch der Zuhörer auf den Gallerieen, folgte diesem Vorschlage des Präsidenten.

Der Ruf: „Das Präsidium voran!“ ertönte, und der Präsident folgte diesem Rufe. Er stellte sich an die Spitze der Abgeordneten und unter seinem Vortritte verließen diese paarweise, in einem langen Zuge, den Saal und das Haus; die Beamten der National-Versammlung schlossen sich ihnen an.

Um 4¾ Uhr, es war schon fast vollständig dunkel geworden, traten die Abgeordneten aus dem Hause. Die Bürgerwehr bildete eine Chaine, durch welche der Zug der Deputirten sich bewegte, Herr von Unruh ging Arm in Arm mit Herrn Rimpler.

Ein ungeheurer, unermeßlicher Jubel empfing die National-Versammlung von Seiten des Volkes. Der Ruf: „Es lebe die National-Versammlung!“ wollte gar nicht enden.

Die Mehrzahl der Deputirten, besonders der linken Seite, begab sich in die Weinhandlung von Jaraschowitz am Gensd'armenmarkt; hier hielt Waldeck aus dem Fenster eine Anrede an das Volk, in welcher er für die gezeigte Theilnahme dankte, zu gleicher Zeit aber auch zum Auseinandergehen aufforderte. Der Aufforderung wurde vollständig Genüge geleistet.

Auch Herrn von Unruh, der sich nach dem Central-Büreau der Bürgerwehr begab, begleitete eine ungeheure Volksmenge unter fortwährendem Jubelruf, die Menge zerstreute sich indessen auch sofort, als sie Herrn von Unruh an den Ort seiner Bestimmung gebracht hatte und von ihm nach einem herzlichen Dank zum Auseinandergehen aufgefordert worden war.

Als die National-Versammlung auseinander gegangen war, zog auch die Bürgerwehr von dem Posten ab, auf dem sie vierzehn schwere Stunden ausgeharrt. Dem Wache haben-

den Bataillon war eine Ablösung angeboten worden; aber es hatte erklärt, daß es seinen Ehrenposten nicht verlassen wollte. Erst als ein längeres Bleiben unnütz war, verließ es unter Trommelschlag den Gensd'armenmarkt.

Bald nach dem Abzuge der Bürgerwehr zog auch das Militair fort, meist in die Quartiere bei den Bürgern, welche den Soldaten angewiesen waren. Mehrere Stunden hatten die Soldaten auf dem Gensd'armenmarkt stehen müssen, in dieser Zeit hatten sie sich viel mit den Bürgern unterhalten, welche ungenirt in ihren Reihen umherstreiften.

Diese Unterredungen waren meist sehr freundlicher Natur gewesen. Die Soldaten hatten ihr Erstaunen über die in Berlin herrschende Ruhe und zu gleicher Zeit erklärt, daß sie sich wohl bei so bewandten Umständen hüten würden, auf das Volk zu schießen, wenn es etwa zu einem Konflikt kommen sollte. Dasselbe erklärten die einzelnen Soldaten auch später immer, wo sie mit den Bürgern sich in Privatunterhaltungen einließen.

So war denn der erste Tag seit dem Einrücken des Militairs gegen jede Erwartung ruhig, ohne den geringsten Konflikt vorübergegangen, und hätten nicht in der Nacht zahlreiche Patrouillen und Piquets auf den öffentlichen Plätzen die Anwesenheit des Militairs verrathen, so würde man kaum bemerkt haben, daß Berlin am 10. November von einer kampfgerüsteten Armee besetzt worden war.

Alles blieb in der Nacht vollkommen ruhig, freilich gährte es deshalb nicht weniger im Volke, der kleinste Konflikt konnte eine furchtbare Erhebung zu Stande bringen, denn in allen Bezirken waren die Bürger versammelt und harrten nur darauf,

daß der Ruf: „Zu den Barrikaden!“ ertöne, um die Waffen in die Hand zu nehmen.

Das einzige erwähnungswerthe Ereigniß in der Nacht vom 10. zum 11. November war die Besetzung des Schauspielhauses vom Militair.

34.

Am Morgen des 11. November war Berlin schon sehr früh munter. Bei Tagesanbruch waren die Straßen bereits mit Menschen bedeckt. Alles strömte nach dem Gensd'armenmarkt, um dort den Einzug der Deputirten in das Schauspiel zu sehen. Männer und Frauen aller Stände waren in dichten Massen versammelt, alle einig in ihrem Enthusiasmus für die Freiheit, für die National-Versammlung.

Die Deputirten hatten sich in Mylius-Hotel versammelt, um gemeinschaftlich nach dem Sitzungs-Saal zu gehen. Gegen 9 Uhr zogen sie, den Präsidenten an der Spitze, nach dem Schauspielhause, um sich zu überzeugen, daß ihnen der Eintritt mit Gewalt versagt werde. Eine ungeheure Volksmenge begleitete sie unter anhaltendem Jubelruf.

Der Präsident trat an die Eingangsthür zum Concert-Saal heran und versuchte sie zu öffnen. Dieselbe war verschlossen. Von Innen fragte eine Stimme, wer Einlaß begehre. Hierauf antwortete der Präsident: „Der Präsident der National-Versammlung! — Ich werde nicht durch die verschlossene Thüre verhandeln. Oeffnen Sie, oder senden Sie Jemand zu mir.“ Darauf die Stimme von Innen: „Ich habe Befehle vom hohen Staats-Ministerium, dies Haus zu besetzen und Niemand einzulassen. Ich werde nicht

öffnen." Nun wandte der Präsident sich zu den ihn umgebenden Mitgliedern der National-Versammlung und rief folgende Worte aus:

„Ich protestire feierlichst gegen die wider uns angewendete Gewalt, und ersuche die Mitglieder der National-Versammlung, sich mit mir in ein anderes Lokal zu begeben."

Unter Vortritt des Präsidii zogen hierauf die versammelten Deputirten in den Saal des Hotel de Russie.

Das Volk begleitete sie unter fortwährendem Hurrahgeschrei und dem Jubelruf: „Es lebe die National-Versammlung! Es leben die Vertreter des Volkes!" Selbst auf die pflichtgetreuen Mitglieder der Rechten wurden Lebehochs ausgebracht, vielleicht die ersten, welche Männer der Rechten vom Berliner Volke empfangen hatten.

Gegen 10½ Uhr redete Herr von Unruh die im Hotel de Russie versammelten Deputirten an, ohne die Sitzung zu eröffnen. Er theilte mit, daß die Schützengilde der Versammlung ihr Lokal angeboten habe, dann schlug er den Deputirten vor, sich am Nachmittage im Schützenhause zu versammeln; aber das war nicht nach dem Sinne der Anwesenden, welche gleich berathen wollten, was in dieser gefährlichen Zeit zu thun sei und sich für vollkommen beschlußfähig hielten; so rief Waldeck die berühmt gewordenen Worte:

„Meine Herren! Nicht die Mauern, nicht die Steine bilden die National-Versammlung, sondern wir, wir mit unserem Herzen, wir mit unserem Willen, wir mit der Kraft und dem Einfluß, welchen wir auf das Volk haben."

Waldeck bat dann den Präsidenten, sogleich förmlich zu

erklären, daß die Sitzung eröffnet sei. Ein allgemeiner Jubel aller Deputirten folgte diesem Vorschlag, alle erhoben sich von ihren Sitzen, um ihn zu unterstützen.

Herr von Unruh konnte nicht umhin, auf den so allgemein ausgesprochenen Wunsch der Versammlung einzugehen; unter dem stürmischen Beifall der ganzen Versammlung sprach er die Worte:

„Die Sitzung ist eröffnet!"

Es wurde nun der Namens-Aufruf vorgenommen, der die Anwesenheit von 242 Mitgliedern, die Versammlung also als vollständig beschlußfähig, ergab.

Es wurde nun außer dem Protokoll über die Zurückweisung der Deputirten vor den Thüren des Schauspielhauses noch folgendes über die Besetzung des Hauses durch das Militair verlesen.

Berlin, den 11. November 1848.

„Während die National-Versammlung heute Vormittag im Saale des Hotel de Russie versammelt war, meldete sich der Lederhändler Julius Wilke, Zugführer bei der hiesigen Bürgerwehr, bei dem Präsidenten, um über die Vorfälle der heutigen Nacht im Schauspielhause Auskunft zu ertheilen. In Folge des Auftrags des Präsidenten haben die unterzeichneten Abgeordneten hierüber nachstehendes Protokoll aufgenommen.

Der ꝛc. Wilke erklärte:

Gestern Abend gegen 8 Uhr erhielt ich von dem Major des 8. Bataillons den Auftrag, die Wache im Schauspielhause zu beziehen. Ich begab mich mit sieben Mann dorthin und nahm im Flur des Schauspielhauses, da wo die Abgeordneten ihre Mäntel ablegen, Posten. Ich fand

Niemanden im Lokal, als zwei Civil-Personen, die ich für Beamte der Versammlung hielt. Heute früh nach 4 Uhr, bis wie lange Alles ruhig geblieben war, hörte ich auf einmal Lärm, und es kamen Soldaten aus dem hinteren Eingange, welche sich um unseren Posten herumstellten.

Der Offizier trat vor und sagte, nachdem ich erklärte, daß ich hier die Wache habe: „Ich befehle Ihnen, das Haus zu verlassen." Ich bat ihn um Vorzeigung eines schriftlichen Befehls, worauf er erwiderte: „Wollen Sie der Gewalt weichen oder nicht?" Ich sagte, ich müsse allerdings weichen, und bäte ihn um seinen Namen. Er antwortete, daß er der Hauptmann Brause sei, und ich zog hierauf mit meiner Mannschaft ab.

Vorgelesen. Genehmigt. Unterschrieben.

(gez.) J. Wilke.

(gez.) v. Kirchmann. Bloem. Jakoby."

Abgeordn. Wachsmuth: Meine Herren! Ich sehe in diesem Akte einen neuen ungesetzlichen Akt der Willkür; denn die Bürgerwehr war vollkommen befugt, ihren Posten einzunehmen, und es war keine Requisition von der kompetenten Civil-Behörde an die Militair-Behörde ergangen, ihr zu helfen. Ich fordere daher die Versammlung auf, gegen diesen anderweitigen Akt der Willkür zu protestiren.

Der Abgeordnete Bornemann entgegnete hierauf:

Ich wünsche, daß wir nicht fort und fort protestiren; am Ende wird das Protestiren, ich möchte fast sagen, eine Karrikatur.

(Widerspruch.)

Und ich möchte ferner den Wunsch aussprechen, daß wir uns bei jedem Worte mäßigen.

Abgeordn. Phillips: Meine Herren! Ich muß dem entgegentreten, was der Herr Abgeordnete Bornemann vorher sagte, daß wir nicht fort und fort protestiren sollen. Meine Herren! Wir müssen fort und fort protestiren gegen jeden und wäre er der kleinste Akt der rohen Gewalt. Das sind wir der heiligen Sache des Volkes schuldig. Unsere Kinder sollen nicht die Schmach haben, daß man zu ihnen sage: „Euer Vater war auch einer von Denen, die das Vaterland verrathen haben."

(Bravo!)

Nach dieser und einer Debatte über die Zeit und den Ort der nächsten Versammlung, berief der Präsident von Unruh dem Wunsche der Majorität in der Versammlung gemäß, diese auf Nachmittag drei Uhr in das Schützenhaus.

Vor dem Schlusse der Sitzung (um 12 Uhr) wurde noch der folgende Antrag des Abgeordneten Wachsmuth:

„Die Versammlung möge beschließen, daß sie hierdurch gegen die Verdrängung der Bürgerwehr aus dem Lokale der National-Versammlung durch Militair als gegen einen Akt ungesetzlicher Gewalt Verwahrung einlegt,"

einstimmig angenommen.

Um 4¾ Uhr wurde die Nachmittags-Sitzung der National-Versammlung durch den Präsidenten von Unruh im Schützenhause eröffnet.

Für die Minister war ein Tisch reservirt, derselbe aber natürlich unbesetzt.

Nachdem das Protokoll der vorigen Sitzung vorgelesen und genehmigt worden war, wurde der Namens-Aufruf vorgenommen. Er ergab 247 Mitglieder als anwesend.

Der Präsident zeigte dann an, daß die Stadtverordneten der Versammlung ihre sämmtlichen Lokalitäten zur Disposition gestellt hätten; die Versammlung dankte dafür, indem sie sich unter Beifallruf erhob; die gleiche Dankbezeugung wurde auch der Schützengilde dargebracht.

Der Berichterstatter der Petitions-Kommission erstattete dann Bericht über die verschiedenen, an die National-Versammlung eingegangenen Zustimmungs-Adressen, deren schon eine große Menge aus den verschiedensten Städten mit vielen Tausenden von Unterschriften eingegangen waren und noch fortwährend eingingen. Die National-Versammlung hat im Ganzen etwas mehr als 7000 Adressen empfangen, welche alle die vollkommenste Beistimmung ausdrückten.

Es lagen jetzt der Versammlung zwei Anträge vor; der eine von Arntz, Rodbertus und Bloem, dem sich Berends und Kämpf, Reuter und Schulz (Wanzleben) anschlossen:

„Die hohe Versammlung wolle erklären, daß die Bürgerwehr Berlins durch ihr Verhalten den ungesetzlichen Zumuthungen des Ministerii Brandenburg gegenüber und durch die freudige Ausführung des Schutzes der National-Versammlung sich den Dank des gesammten Vaterlandes verdient habe,"

wurde ohne Debatte, unter Bravoruf von der Versammlung, einstimmig angenommen.

Der andere, höchst wichtige Antrag war von Berg und Rodbertus gestellt; er lautete:

Die hohe Versammlung wolle beschließen,

„daß der Präsident sofort eine, aus dem Präsidio und 16 Mitgliedern bestehende Kommission zur schleunigen Abfassung einer offiziellen Denkschrift ernenne, in welcher

die schwere Schuld, welche das Ministerium Brandenburg durch Gegenzeichnung und Verkündigung der die Vertagung und Verlegung der National-Versammlung aussprechenden Königl. Botschaft auf sich geladen, dem Lande dargelegt werde."

v. Berg fügte zur Unterstützung seines Antrages hinzu, daß er nur deshalb nicht eine Anklage des Ministeriums beantrage, weil noch kein Geschwornen-Gericht existire. Nur durch diese müsse das Volk, und das Volk allein, die Verbrechen aburtheilen, welche das Ministerium begangen habe.

Herr v. Berg schloß seine Rede mit den Worten:

„Die Nation wird zu Gericht sitzen, die Geschichte wird das Urtheil vollstrecken."

(Lautes, lang' anhaltendes Bravo von der ganzen Versammlung.)

Wachsmuth stellte dessenungeachtet zu dem Berg'schen Antrag das Zusatz-Amendement:

„Der Kommission zugleich aufzugeben, zu prüfen, in wiefern nach den bestehenden Gesetzen eine Anklage gegen die Minister: Graf v. Brandenburg, v. Manteuffel, v. Ladenberg und v. Strotha, zu begründen sein dürfte."

Antrag und Amendement wurden von der Versammlung mit großer Majorität angenommen.

Es kam jetzt ein im höchsten Grade wichtiger Antrag von den Abgeordneten Waldeck, Temme, Jakoby, Berends, Witt, Teichmann, Reuter, Maetze und Hildenhagen zur Diskussion. Er lautete:

„Die hohe National-Versammlung wolle beschließen:

1) daß die von dem Ministerium Brandenburg be-

schlossene Auflösung der Berliner Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sei;

2) daß jeder Bürger, Civil- und Militair-Beamte, welcher zur Ausführung dieser Maßregel mitwirken möchte, sich des Verraths am Vaterlande schuldig machen würde;

3) daß dieser Beschluß sofort durch den Druck bekannt zu machen sei."

Der Abgeordnete Waldeck begründete seinen Antrag, indem er der Versammlung mittheilte, daß die Bürgerwehr Berlins durch folgende königliche Verordnung aufgelöst worden sei:

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc.

(Allgemeine Aufregung. — Der Präsident bittet um Ruhe.)

Nachdem wir die Vertagung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung nach Brandenburg a. H. angeordnet, hat ein Theil dieser Versammlung dieser Anordnung zuwider in ungesetzlicher Weise hier die Berathung fortgesetzt. Die Bürgerwehr der Stadt Berlin hat aber nicht nur durch eine Erklärung ihres Kommandeurs die Weigerung ausgesprochen, den Maßregeln der Staats-Regierung gegen dieses gesetzwidrige Beginnen die erforderliche Unterstützung zu gewähren, sondern auch thatsächlich die ihre ungesetzlichen und wirkungslosen Berathungen fortsetzenden Mitglieder der National-Versammlung fortgesetzt unter ihren Schutz genommen. So sehr Wir es nun beklagen, gegen die Bürgerwehr Berlins, welche bei einzelnen Gelegenheiten in anerkennenswerther Weise für die Ruhe und Sicherheit der Stadt gewirkt hat, mit den Uns obliegenden gesetzlichen Maßregeln voranschreiten

zu müssen, so sind Wir dennoch verpflichtet, einem solchen die Ordnung gefährdenden Widerstreben ein Ziel zu setzen. Wir verordnen daher auf den Antrag Unseres Staatsministeriums und in Gemäßheit des §. 3. des Gesetzes über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17ten Oktober d. J., welcher dahin lautet:

„Durch Königl. Verordnung kann aus wichtigen, in „der Auflösungs-Ordre anzugebenden Gründen, die „Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres „Dienstes enthoben oder aufgelöst werden. Die Dienst-„enthebung darf nicht länger als sechs Monat dauern. „Im Fall einer Auflösung muß die Verordnung wegen „der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen drei „Monaten erfolgen,"

was folgt:

Die Bürgerwehr der Stadt ist hiermit aufgelöst und die betreffenden Behörden sind mit der sofortigen Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Gegeben Sanssouci, den 11. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(kontr.) Graf Brandenburg.

v, Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.

Dies, meine Herren, fuhr Waldeck nach Verlesung der Verordnung fort, ist also der Inhalt dieser Verfügung, dieses fortgesetzten Attentates, was von dieser Stelle und mit vollen Rechtsgründen für ein Hochverrath erklärt worden ist. Meine Herren, Sie haben oft von unserer Seite gehört, welche Gefahren die Reaktion uns bereitet, und nun ist es Aller Augen klar gestellt worden. Wie gern hätten diese Männer, die dieses über uns verhängt haben, — wie gern hätten sie gesehen,

wenn es gestern zu irgend einem Ausbruche gekommen wäre. Gewiß, meine Herren, es ist die Absicht dieser Brut, daß es durch diese Maßregel dazu kommen möchte. Aber es ist ihnen nicht gelungen. Und ungeachtet es nicht gelungen ist, wird dennoch ihre Absicht nicht erreicht werden, daß das Leichentuch der Freiheit von Wien aus bis Berlin sich verbreiten möge. Nein, meine Herren, diese Absicht ist vereitelt durch die glorreiche herrliche Haltung dieser Stadt. Die Soldaten sind eingezogen und die Soldaten sind als unsere Brüder angesehen worden. Es wird als ein lächerliches Denken der Kamarilla angesehen werden, daß sie glaubt durch Kinder des Landes zu besiegen. Aber, meine Herren, was soll man sagen, wenn ein Ministerium, welches sich in den wenigen Tagen, die es existirte, mit aller Schmach bedeckt hat, — wenn ein Ministerium diese seine Maßregel bis auf den Punkt fortsetzen will? — denn es ist nichts weiter als eine Fortsetzung des Attentates. Man beruft sich auf §. 3. des Bürgerwehrgesetzes. Der Inhalt desselben ist richtig angegeben worden. Nimmermehr ist es aber die Absicht der Versammlung gewesen, daß der Grund, aus welchem eine Bürgerwehr von der Regierung aufgelöst worden, daß der Grund eben ein Hochverrath derselben Regierung sein sollte!? Dem Hochverräther muß sich Jeder widersetzen! Dies ist die Pflicht eines jeden guten Bürgers. Die Bürgerwehr ist in ihrem vollkommenen Rechte, sie übt ihre heilige Pflicht aus, indem sie uns schützt, indem sie sich dem verruchten Ansinnen, uns auseinander zu jagen, widersetzt. Es ist Fortsetzung des Hochverraths, wenn man die Bürgerwehr auflöst, und es ist ein Schimpf, ein Hohn, sich dabei auf ein Gesetz der Versamm-

lung zu berufen, in demselben Augenblick, wo man damit umgeht, die National-Versammlung zu Nichte zu machen.

(Allgemeines, anhaltendes, donnerndes Bravo.)

Der Antrag war gewiß im höchsten Grade zeitgemäß. Abermals hatte das Ministerium der Contrerevolution einen Verrath am Volke begangen, und jetzt war es an der Zeit, energisch gegen das Ministerium aufzutreten, welches erst das Volk entwaffnen wollte, um es dann desto sicherer zu knechten. Jetzt mußte das Volk die Waffen zur Vertheidigung seiner Freiheit gebrauchen, oder es mußte sich wehrlos der schmachvollen Unterdrückung Preis geben.

Die Abgeordneten der Linken sahen dies auch sehr wohl ein, aber nicht die des Centrums, welche noch immer, so weit sie auch schon gegangen waren, sich aus ihrem schmachvollen Schwankungssystem nicht herausreißen konnten.

Der Abgeordnete Wachsmuth stellte das Amendement:

1) „Die Staatsregierung aufzufordern, den Befehl zur Auflösung der Bürgerwehr sofort zurückzunehmen.
2) Die Bürgerwehr und die Bevölkerung Berlins aufzufordern, der Zurücknahme dieses Befehls in ruhiger Haltung entgegen zu sehen."

Also warten, ruhig warten sollte die Bürgerwehr, während ihr die Waffen schmachvoll entrissen wurden, das war die unglückselige Politik der National-Versammlung, jene Politik, welche das Volk von Berlin entnervt, es unfähig gemacht hat zum Handeln, so sehr, daß noch im gegenwärtigen Augenblick *), wo schon in ganz Deutschland wieder der Kampf gegen die Reaction in hellen Flammen steht, Berlin

---

*) Am 6. Mai 1849.

allein todt und ruhig ist, daß Berlin noch immer unter den Fesseln des Belagerungs-Zustandes seufzt und die Gewaltherrschaft eines Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, die abermalige Auflösung seiner Volksvertretung durch dies Ministerium duldet! —

Das sind die Folgen dieser Politik! —

Der Antrag und das Amendement wurden beide fast einstimmig angenommen.

Zum Schlusse der Sitzung kam endlich noch ein anderer höchst wichtiger Antrag von den Abgeordneten Jakoby, d'Ester, Waldeck, Körfgen, Reuter, Schulz (Wanzleben) u. s. w. zur Diskussion. Er lautete:

„Eine hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung der Staatsgelder, noch zur Erhebung von Steuern berechtigt sei."

Es ist dies der berühmte Antrag der Steuer-Verweigerung, dessen spätere Annahme im Lande eine so furchtbare Sensation erregte.

Sollte dieser Antrag einmal angenommen werden, dann war jetzt die Zeit dazu, er mußte dann der erste Schritt zu einer durch das ganze Land zu proklamirenden Revolution sein. Aber warten durfte man dann mit einem solchen Beschluß nicht mehr.

Revolutionaire Schritte müssen schnell, schlagend, unvorhergesehen gethan werden, wenn sie von Wirkung sein sollen. Sie dürfen nicht vereinzelt dastehen, sondern müssen sich in ununterbrochener Reihe folgen.

Von diesem Grundsatze ging auch die Linke aus; aber wieder wagte das Centrum so entscheidende Schritte nicht.

Herr von Unruh stellte den Antrag:

„Die National-Versammlung wolle beschließen, den Antrag, daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung von Staatsgeldern, noch zur Erhebung von Steuern berechtigt ist, in eine aus acht Mitgliedern bestehende und vom gesammten Präsidio zu ernennende Kommission zu verweisen, welche schleunig darüber Bericht zu erstatten hat,"

und dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, denn die Linke mußte befürchten, daß die Abgeordneten der Rechten und des Centrums ihren Austritt aus der Versammlung erklären und diese dadurch unbeschlußfähig machen würden, wenn sie bei der Forderung um sofortige Berathung ihres Antrags bliebe.

Die Sitzung wurde am Abend um 7¼ Uhr geschlossen, nachdem die nächste Sitzung auf Sonntag Mittag 2 Uhr wieder im Schützenhause festgestellt worden war. Die Bedenken, Sonntags Sitzung zu halten, erledigte von Berg sehr schön mit folgenden Worten:

„Es ist Ihnen bekannt, daß ich Geistlicher bin; ich weiß, daß der Sonntag dem Gottesdienst gewidmet ist, ich rechne es aber ebenfalls zum Gottesdienst, für das Wohl des Volkes zu wirken."

35.

Während die National-Versammlung im Hotel de Russie und im Schützenhause ihre Sitzungen hielt, war es in Berlin so ruhig, wie selten früher. Nirgend war ein Lärm hörbar, die Bewohner der Residenz schienen zu fühlen, daß es in

dieser hochwichtigen Zeit eine Ehrensache für sie sei, eine so ruhige, würdige Haltung anzunehmen, als nur immer möglich.

Aber dennoch herrschte in Berlin eine fast fieberhafte Aufregung. An allen Ecken sah man kleine Gruppen von Menschen stehen, welche sich eifrig besprachen, und in allen diesen Gruppen war der Gegenstand des Gesprächs derselbe.

Besonders lebhaft wurde an denjenigen Punkten debattirt, an denen die Plakate angeschlagen waren.

Unter den Plakaten zeichnete sich besonders das wegen Aufhebung der Bürgerwehr und die folgende königliche Proclamation aus.

Proclamation.

Der in Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin seit geraumer Zeit herrschende gesetzlose Zustand, der das ganze Land in den Abgrund der Anarchie zu stürzen drohte, hat Mich genöthigt, auf den Rath Meiner verantwortlichen Minister die zur Vereinbarung der Staats-Verfassung berufene Versammlung nach Brandenburg zu verlegen und dieselbe, damit diese Maßregel ausgeführt werden könne, bis zum 27. dieses Monats zu vertagen. Aus demselben Grunde habe Ich die Truppenmacht in dieser Meiner Haupt- und Residenzstadt ansehnlich verstärken, auch die dortige Bürgerwehr mit Rücksicht auf ihr ungesetzliches Verhalten in Gemäßheit des §. 3 des über die Errichtung der Bürgerwehr unter dem 17. Oktober dieses Jahres ergangenen Gesetzes bis zu deren Reorganisation auflösen müssen. Ich bin Mir wohl bewußt, daß diese Maßregeln mannigfacher Mißdeutung ausgesetzt und von einer Umsturz-Partei dazu mißbraucht werden können,

auch bei sonst gut gesinnten Staatsbürgern Besorgnisse über den Vollbestand der Meinem Volke gewährten Freiheiten hervorzurufen. Ich bin Mir aber eben so klar bewußt, daß Preußens und Deutschlands Zukunft diesen Schritt von Mir und Meiner Regierung zu fordern berechtigt war. Ich wende Mich deshalb in dieser entscheidenden Zeit an das ganze Land, an Euch, Meine treuen Preußen, Alle, mit der Zuversicht, daß Ihr den ungesetzlichen Widerstand, den ein Theil Eurer Vertreter, uneingedenk ihrer wahren Pflichten gegen Volk und Krone, der Verlegung der National-Versammlung entgegenstellt, ernst und entschieden mißbilligen werdet. Ich mahne Euch, nicht Raum zu geben den Einflüsterungen, die Euch glauben machen, Ich wolle Euch die in den Märztagen verheißenen Freiheiten verkümmern, Ich wolle wieder ablenken von dem betretenen constitutionellen Wege!

Preußen! Ihr, die Ihr noch feststeht in dem alten guten Vertrauen zu Mir, Ihr, die Ihr noch ein Gedächtniß habt für die Geschichte Meines Königlichen Hauses und Seiner Stellung zum Volke, Euch bitte Ich, daran ferner festzuhalten, in guten wie in bösen Tagen! — Ihr aber, die Ihr schon darin zu wanken beginnt, Euch beschwöre Ich, Halt zu machen auf dem betretenen jähen Pfade und abzuwarten die Thaten, die da folgen werden! — Euch Allen aber gebe Ich nochmals die unverbrüchliche Versicherung, daß Euch nichts verkümmert werden soll an Euren constitutionellen Freiheiten, daß es Mein heiligstes Bestreben sein wird, Euch mit Gottes Hülfe ein guter constitutioneller König zu sein, auf daß Wir gemeinsam ein stattliches und haltbares Gebäude errichten, unter dessen

Dache, zum Frommen Unseres preußischen und ganzen deutschen Vaterlandes, Unsere Nachkommen sich ruhig und einträchtig der Segnungen einer echten, wahren Freiheit Jahrhunderte lang erfreuen mögen! Dazu wolle Gott seinen Segen verleihen!

Sanssouci, den 11. November 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contr.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel.

Die Auflösung der Bürgerwehr wurde von den zahlreich versammelten Lesern dieser Proclamation mit Zähneknirschen aufgenommen, die andere Proclamation mit einem Hohngelächter; das Volk wußte die königlichen Versprechungen, daß nichts von seinen constitutionellen Freiheiten verkümmert werden solle, sehr wohl zu würdigen, es wußte zur Genüge, daß die Regierung, wenn sie die Gewalt in Händen hatte, sich an dieses Versprechen so wenig kehren würde, als an alle früheren.

Die Auflösung der Bürgerwehr, welche so oft sich im angestrengten Dienste für die Regierung erhoben hatte, erregte in Berlin bei allen Klassen des Volkes eine tiefe Erbitterung, obgleich diese Maßregel der Regierung keinesweges unerwartet getroffen worden war.

Man ahnte sie schon am 1. November, denn da schon hatten die Truppen sich auf eine höchst formlose und nichtachtende Weise in den Besitz der verschiedenen Wachen gesetzt, aus denen sie die Bürgerwehr ohne Weiteres verdrängten.

Auch dem Magistrat ging die Auflösungs-Ordre der Bürgerwehr zugleich mit dem Befehle vom Ministerium des

Innern zu, für die Abnahme der Waffen Sorge zu tragen; der Magistrat verweigerte indessen die Ausführung dieses Befehls einstimmig, weil nach dem Bürgerwehr-Gesetz der Gemeinde-Behörde wohl die Organisation, in keinem Fall aber die Auflösung der Bürgerwehr obliege.

Sehen wir nun, wie sich die Bürgerwehr selbst gegen den Befehl zu ihrer Auflösung verhielt; zuerst, was that Herr Rimpler, der Kommandeur der Bürgerwehr, der Mann, welcher von den reactionairen Zeitungen als rother Republikaner verschrieen wurde?

Herr Rimpler legte dienstbeflissen, sobald ihm die Auflösungs-Ordre zukam, seine Stelle als Kommandeur nieder, er zeigte dies sofort dem Magistrat an und der Magistrat, der Berliner Magistrat, antwortete ihm darauf, daß er die Niederlegung des Amtes durch Herrn Rimpler nicht annehmen könne, und daß er sich über einen solchen Schritt zu einer solchen Zeit sehr wundern müsse. Der Berliner Magistrat, vielleicht die servilste Behörde im ganzen preußischen Staat, war also kühner, revolutionairer als der rothe Republikaner Herr Rimpler, als der Mann, der so oft durch Proclamationen betheuert hatte, daß er mit der Majorität der National-Versammlung stehen und fallen werde; der sich aber jetzt im Augenblicke der Gefahr feige zurückzog.

Die Geschichte wird ihr Urtheil sprechen über diesen Mann, der wohl dem unbewaffneten Volke, nicht aber den Soldaten entgegen zu treten wagte, der in der Gefahr die heilige Sache der Freiheit feige verrathen hat; das Berliner Volk hat längst über ihn abgeurtheilt.

Die Bürgerwehr selbst war von einem ganz anderen Geiste beseelt, als ihr Kommandeur. Kaum wurde der

Auflösungs-Befehl bekannt, als in allen Bezirken die Compagnieen zusammentraten und berathschlagten, was zu thun sei. Ueberall, selbst in den Stadttheilen, welche ihrer conservativen Gesinnung wegen am bekanntesten waren, hörte man eine Stimme der Entrüstung über das Auflösungs-Dekret, überall beschloß die Bürgerwehr, sich demselben nicht zu fügen, die Waffen nicht abzugeben und dieselben nöthigenfalls mit aller Kraft zu vertheidigen. In allen Stadttheilen herrschte derselbe Geist.

Außerdem wurde in den meisten Bezirken beschlossen, daß diejenigen Bürgerwehrmänner, welche wegen Kränklichkeit oder wegen Familienrücksichten an einem etwa entstehenden Kampfe nicht Theil nehmen könnten, deshalb doch die Waffen nicht an das Militair, sondern an ihre Hauptleute, Zug- oder Rottenführer abliefern sollten, damit diese sie gesinnungstüchtigen Arbeitern übergäben. Dieser Beschluß ist denn auch vielfach ausgeführt worden.

Die Bürgerwehrmänner blieben während der Nacht vom 11. zum 12. November fast in allen Bezirken in Permanenz zusammen, sie trennten sich erst gegen Morgen, als erwiesen war, daß ein Kampf in den ersten Stunden nicht ausbrechen würde; aber auch da blieben einige bevollmächtigte Vertrauensmänner der Compagnieen in Permanenz, um jeden Augenblick die Compagnieen zu berufen, denn man hielt den Ausbruch des fürchterlichsten Kampfes von Minute zu Minute für möglich.

In der That hatte sich auch in Berlin in Folge des Auflösungs-Dekrets der Bürgerwehr die Aufregung gewaltig vermehrt. Dumpfe Gerüchte durchliefen die Stadt, in Breslau

sollte ein Kampf losgebrochen sein, ebenso in Potsdam und Magdeburg; überall sollte das Volk siegreich kämpfen.

Auf allen Straßen standen Menschengruppen bis tief hinein in die späte Nacht zusammen, auch viele Bewaffnete zeigten sich unter diesen Gruppen. Militair-Patrouillen zogen durch die Straßen, das Volk ließ sie schweigend vorüberziehen.

Die Soldaten lagen in jener Nacht noch meistens in Privatquartieren bei den Bürgern. Plötzlich in der Nacht nach 12 Uhr wurden die ermüdeten Leute durch ihre Unteroffiziere geweckt und mußten sich aus den Häusern ziehen. Es war zu der Militair-Behörde das Gerücht gedrungen, die Soldaten sollten in ihren Quartieren einzeln überfallen und ermordet werden.

Daß dies Gerücht ein falsches war, haben wir wohl kaum nöthig zu erwähnen, aber doch war es nicht ganz unbegründet.

Es war nämlich in einem demokratischen Klub in öffentlicher Sitzung der Vorschlag gemacht worden, das Militair in den Häusern zu entwaffnen, an Ermordung dachte Niemand.

Da dieser Vorschlag in öffentlicher Sitzung gemacht worden war, wurde er natürlich sofort den Behörden verrathen, die Soldaten rückten aus den Häusern und standen nun kampfbereit; jedes auf eine Ueberraschung des Militairs zielende Kampfsystem war daher durch diesen unsinnigen Vorschlag vollständig vereitelt.

Während dieser Nacht hatten auch die Führer der Bürgerwehr eine Versammlung im Café de Bavière, um sich über die etwa nöthig werdenden Schritte zu berathen. Es waren zu dieser Versammlung auch verschiedene Abgeordnete

zugezogen worden. Das Resultat der Berathung war, daß man beim passiven Widerstand verharren müsse.

Außer den Mitgliedern der Bürgerwehr hatten auch die vorzüglichsten Korporationen und Klubs in jener Nacht permanente Sitzungen. Die Mitglieder der Linken saßen bei Mylius und empfingen dort Deputationen über Deputationen von verschiedenen Städten, welche alle der National-Versammlung thatkräftige Hülfe anboten; die Maschinen-Arbeiter waren im Wideck'schen Lokal in der Garten-Straße, die Mitglieder des demokratischen Klubs bei Schulz am Petri-Platz versammelt. Die einzelnen Versammlungen standen in fortwährendem Zusammenhange.

Aber trotz aller dieser Vorbereitungen sollte es auch in der Nacht vom 11. zum 12. November zu keinem Kampfe kommen. Die Nacht verlief, der furchtbaren Aufregung, in welcher sich ganz Berlin befand, ungeachtet, vollkommen ruhig. Der kleinste Konflikt zwischen Militair und Bürgerschaft hätte zum erbittertsten Kampfe führen können, aber dieser Konflikt blieb aus.

An demselben Tage war auch Potsdam der Schauplatz eines kleinen Aufstandes, welcher von einer Volks-Versammlung ausging. Das Volk zog nach der Eisenbahn, riß dort die Schienen auf, um eine etwaige Sendung von Truppen nach Berlin zu verhindern, und zerstörte den elektrischen Telegraphen, um den Depeschen-Wechsel zwischen Sanssouci und Berlin zu unterbrechen.

36.

Der 12. November ist entschieden nächst dem 9. November der wichtigste Tag der Contre-Revolution, es ist der

Tag, an welchem, dem Glauben aller Parteien gemäß, der Kampf ausbrechen sollte, und an dem Berlin trotzdem, trotz aller Aufreizungen, trotz selbst der Proclamation des die Stadt entwürdigenden, willkürlichen Belagerungs-Zustandes, seine frühere Ruhe bewahrte.

Die städtischen Behörden, der Magistrat und die Stadtverordneten waren den ganzen Tag in Permanenz versammelt. Beide Behörden blieben durch gegenseitige Deputirte in steter Korrespondenz. Gegen Mittag beschlossen beide einstimmig:

1) Eine Petition an den König, um Rücknahme, oder doch um Aufschiebung der verordneten Aufhebung der Bürgerwehr zu richten; 2) das Staats-Ministerium von diesem Beschluß in Kenntniß zu setzen und bei demselben darauf anzutragen, die Ausführung der Maßregel auszusetzen und die Königliche Entschließung abzuwarten; 3) eine Ansprache an die Einwohner zu erlassen, um denselben von dem Vorstehenden Kenntniß zu geben und auf eine fernere ruhige Haltung, so wie auf Vermeidung jedes thätlichen Widerstandes bei der Auflösung der Bürgerwehr hinzuwirken.

Beide Versammlungen ordneten dann eine gemeinschaftliche Deputation an den König zur Ueberbringung der Petition ab.

Der Erfolg dieser Deputation war ein höchst trauriger. Beim König wurde sie gar nicht vorgelassen, sondern vom Adjutanten desselben, Prinzen Croy, unter dem Vorgeben abgewiesen, der König empfinge in Abwesenheit der Minister keine Deputationen; ebenso wenig empfing sie der Minister-Präsident Graf Brandenburg, welcher ihr nur durch den Major Griesheim mittheilen ließ: „Der Minister-Präsident

sei zwar nicht abgeneigt, der Deputation Eingang beim Könige zu vermitteln, wenn der rechte Zeitpunkt dazu gekommen sein wird. Ueberhaupt könne der Minister-Präsident nicht zugeben, daß jetzt eine Deputation das Gefühl des Königs rege mache, um Maßregeln zu verhindern, die das verantwortliche Ministerium auszuführen für nöthig erachte."

Unter solchen Bedingungen konnte denn die Deputation nichts Anderes thun, als sich zurückziehen und warten, bis die Herren Minister den rechten Zeitpunkt für gekommen erachteten.

Es geht übrigens aus der Antwort des Minister-Präsidenten der deutliche Beweis hervor, daß der König zur damaligen Zeit von einer gewissen Partei umstrickt war, welche die Wünsche des Volkes unter keiner Bedingung zu seinen Ohren kommen lassen wollte. Es macht diese Antwort uns manches vorhergegangene und folgende Ereigniß verständlich.

Auf den Straßen Berlins herrschte am 12. November vom frühen Morgen an ein reges Leben. Niemand mochte in dieser aufgeregten Zeit zu Hause weilen, von einer politischen Versammlung eilte man zur anderen oder auf die Straße, um dort unter den zusammenstehenden Gruppen zu hören, was es Neues gäbe.

Die Ecken-Literatur war an jenem Tage ziemlich arm, den Hauptsatz in derselben nahmen die schon im vorigen Kapitel mitgetheilten beiden Proclamationen des Königs wegen der Auflösung der Bürgerwehr und ein Plakat des Polizei-Präsidenten von Bardeleben ein, der zur Zurückgabe der Waffen bis Abends 5 Uhr aufforderte und die Hoffnung

aussprach, daß die Zurücklieferung pünktlich befolgt werden würde.

Wie sehr Herr von Bardeleben zu dieser Hoffnung berechtigt war, geht am besten daraus hervor, daß am gestellten Termine in der That 36 Gewehre und eine Trompete abgeliefert wurden, desto mehr Gewehre wurden aber von alten, kampfunfähigen Bürgern an junge kräftige Arbeiter übergeben.

Die Bürgerwehrmänner waren meistens am Sonntag Vor- und Nachmittag in Compagnie-Versammlungen, ebenso waren die Linke in Mylius Hotel und die verschiedenen Arbeiter-Vereine in ihren Lokalen versammelt, denn in jedem Augenblick erwartete man den Ausbruch des Kampfes.

Die Versammlungen der Bürgerwehrmänner in der Friedrichsstadt beschlossen, beim Ausbruch des Kampfes sich sogleich nach der Königsstadt zu ziehen, weil die Friedrichsstadt ihrer langen, breiten und geraden Straßen wegen doch nicht zu halten war. In allen Stadttheilen beschloß die Bürgerwehr, die Waffen unter keiner Bedingung abzugeben und, wenn nicht früher der Kampf bereits ausgebrochen wäre, die gewaltsame Entwaffnung als das Signal des Kampfes zu betrachten.

Auch das Militair erwartete am Sonntag Nachmittag mit Sicherheit den Ausbruch des Kampfes. Die Soldaten waren aus den Privathäusern gezogen und in öffentliche Gebäude gebracht worden, in denen sie zum Theil ganz barbarisch wirthschafteten. So amüsirten sich die edlen des Mars im Museum damit, den Madonnen mit Kohlen Schnurrbärte zu malen und die Bildsäulen durch Abhauen von Gliedern zu verunstalten, im Schauspielhause spielten sie National-

Versammlung und verhöhnten die Volksvertretung unter dem Beifall ihrer Offiziere.

Am Mittage des 12. November war dem General von Wrangel die Nachricht zugekommen, das Volk wolle den Kampf am Nachmittage beginnen; er ließ deshalb plötzlich einen Theil des Militairs aus Berlin ziehen, um die Stadt zu cerniren. Die Vorsorge war unnütz. Es kam zu keinem Kampfe.

Am Nachmittage trat die National-Versammlung im Schützenhause wieder zusammen.

Einige Abtheilungen Bürgerwehr, besonders von den fliegenden Corps der Künstler und jungen Kaufleute, hielten die Linienstraße besetzt, theils um eine störende Ansammlung von Volksmassen vor der National-Versammlung zu verhüten, theils um die National-Versammlung vor etwaigen Angriffen des Militairs zu schützen.

Die jungen Bürgerwehrmänner waren vollständig zum Kampfe entschlossen; sie standen mit guten Büchsen und hinreichender Munition versehen, bereit, dem Feind zu begegnen.

Um 2¾ Uhr Nachmittags eröffnete der Präsident von Unruh die Versammlung. Nach Erledigung des Protokolls verlas er eine Zuschrift der mecklenburgischen Abgeordneten-Versammlung an die National-Versammlung, in welcher die vollständigste Zustimmung zu dem bisherigen Verfahren der National-Versammlung ausgesprochen wurde.

Die Verlesung dieser Adresse wurde von einem allgemeinen Bravo begleitet.

In der Nachmittagssitzung am Sonntag kam nichts Wichtiges weiter vor, nur wurde die neue Präsidentenwahl vorgenommen. Von 248 Anwesenden hatte v. Unruh 245 Stimmen erhalten.

Die National-Versammlung hatte eben ihre Sitzung geschlossen, die Menschenmenge, welche sich in den dem Schützenhause nahe gelegenen Straßen versammelt hatten, waren durch die Königsstraße zurückgekehrt, auf dem Schloßplatz herrschte ein reges, bewegtes Leben. Da marschirte aus dem Schloß eine Abtheilung Soldaten hervor, der Offizier ließ dreimal trommeln und verlas dann unter dem lautlosen Staunen der zahlreich versammelten Zuhörer, die Erklärung Berlins in den Belagerungszustand.

Das ähnliche Manöver wurde auf fast allen größeren Plätzen gemacht und zu gleicher Zeit die Proklamation an allen Ecken gedruckt angeschlagen.

Die Proklamation lautet folgendermaßen:

Die in hiesiger Stadt eingetretenen Ereignisse haben die ordentlichen Civilbehörden außer Stand gesetzt, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen. Das unterzeichnete Staatsministerium darf daher nicht Anstand nehmen, zu außerordentlichen Maßregeln zu schreiten, und erklärt hiermit die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis in Belagerungszustand. Die in dieser Beziehung zu treffenden nähern Anordnungen werden demnach fortan von dem General der Kavallerie v. Wrangel, welcher die Truppen in den Marken kommandirt, ausgehen.

Berlin, den 12. November 1848.

Das Staatsministerium.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Strotha.
v. Manteuffel.

An diese ministerielle Proklamation schloß sich eine andere des Generals v. Wrangel, in welcher dieser alle politischen Clubs und das Zusammenstehen von mehr als zwan-

zig Personen auf den Straßen, das Tragen von Waffen, das Drucken und Verkaufen von Zeitungen und Plakaten ohne polizeiliche Erlaubniß, und das Verbleiben in Wirthshäusern nach 10 Uhr Abends verbot.

Die Proclamation des Belagerungs-Zustandes trotz der tiefen Ruhe, welche gerade in den letzten Tagen in Berlin geherrscht hatte, erregte allgemein ein tiefes Staunen; freilich hätte man diesen neuen Gewaltschritt der Regierung wohl voraussehen können; aber der Bürger konnte sich noch immer nicht dazu entschließen, zu glauben, daß die Regierung eine vollendete Contre-Revolution im Sinne habe.

Dem Staunen folgte indessen gar bald eine höchst merkwürdige Stimmung des Berliner Volkes, welche gerade für dasselbe charakteristisch ist; es fing nämlich an zu witzeln und zu spotten, es schien ihm dieser Belagerungs-Zustand in der That nichts Anderes zu sein, als ein schlechter Berliner Witz, um so mehr, als die Vorschriften des Generals Wrangel am Abend des 12. noch vollkommen ohne Wirkung blieben, denn auf allen Straßen standen zahllose Menschenmengen zusammen, und keiner der zahlreich vorüber marschirenden Patrouillen fiel es ein, die Massen zum Auseinandergehen aufzufordern. Ebenso blieben am Abend des 12. November die Wirthshäuser ohne Störung bis spät in die Nacht hinein geöffnet.

Bald genug sollten indessen die Berliner merken, daß General Wrangel es mit der Proclamation des Belagerungs-Zustandes in der That ernst meine, daß er für den ersten Abend nur Nachsicht übe, um einen Bürgerkrieg womöglich zu vermeiden.

Gleich nach der Proclamation des Belagerungs-Zustandes hatte sich der Präsident der National-Versammlung veranlaßt gesehen, die Mitglieder derselben wieder zusammen zu rufen. Gegen 9 Uhr eröffnete er die Sitzung im Schützenhause.

Wieder, wie bei der Nachmittags-Sitzung, hatten die Bürgerwehrmänner der fliegenden Corps den Schutz der National-Versammlung übernommen, und am heutigen Abend sollten sie Gelegenheit haben, zu zeigen, daß es ihnen in der That Ernst damit sei.

Während die National-Versammlung berieth, rückte eine Compagnie Infanterie gegen das Schützenhaus vor und forderte die Schutzmannschaft, eine Abtheilung des fliegenden Corps der jungen Kaufleute (unter dem Kommando der Hauptleute Fischer und Ritzitaff) auf, ihren Posten zu verlassen. Dies wurde verweigert.

Der Offizier ließ darauf laden, fertig zum Anschlag machen und anschlagen; die Bürgerwehr-Offiziere gaben genau dieselben Kommandos, und so standen sich die beiden Abtheilungen einige Augenblicke mit angelegtem Gewehr gegenüber, da kommandirte der Offizier endlich „Gewehr ab", und marschirte mit seiner Compagnie ab; er mochte wohl die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen wollen, den Bürgerkrieg zu beginnen.

Nach diesem einen Angriff blieb die National-Versamm-lung während der übrigen Nacht ungestört.

Die Sitzung war eine höchst interessante, aber leider eine sehr traurige, denn abermals bewiesen die Centren ihre vollständige Unfähigkeit zu durchgreifenden, revolutionairen Maßregeln, sie zeigten sich trotz der kritischen Zeit so schwach, so

energielos, wie nur je zuvor, und vereitelten dadurch jeden kräftigen Schritt der Linken.

Jacoby, D'Ester u. A. hatten wieder den Steuer-Verweigerungs-Antrag vorgebracht; aber sie mußten sich die Vertagung ihres Antrags gefallen lassen, weil die Rechte und die Centren drohten, aus der Versammlung zu scheiden und dieselbe unbeschlußfähig zu machen. Dieselbe Drohung stieß diese erbärmliche Partei aus, als Schramm, D'Ester und Grün eine Proclamation an die Soldaten beantragten, in welcher diese auf ihre wahren Pflichten gegen das Vaterland aufmerksam gemacht würden.

Die Antragsteller mußten ihren Antrag zurückziehen, sie mußten sich tyranniſiren lassen von dieser kleinen und erbärmlichen Partei.

Gegen 1 Uhr in der Nacht wurde die Sitzung geschlossen, die Mitglieder der National-Versammlung blieben indessen noch zu einer vertraulichen Berathung zusammen.

37.

Der Regierung, welche in der begonnenen Contre-Revolution mit jedem Tage kräftiger fortschritt, dabei aber doch, wenn irgend möglich, einen Kampf vermeiden wollte, dessen Ausgang ungewiß war, so lange in Berlin über 20,000 bewaffnete Bürger sich befanden, lag jetzt Alles daran, die Entwaffnung der Bürgerwehr möglichst schnell vorzunehmen. Mit Gewalt konnte dieselbe jedoch nicht begonnen werden, ohne einen blutigen Kampf hervorzurufen.

Von den Bürgerwehr-Gewehren waren bis jetzt nur sehr wenige abgeliefert worden; der Zeitraum zur Ablieferung

wurde daher sehr kluger Weise noch um einen Tag durch eine Proclamation des Polizei-Präsidenten von Bardeleben bis zum 14. November Nachmittags 5 Uhr verschoben. Patrouillen durchstreiften während dieses Tages alle Straßen, um diejenigen Bürger zu ermuthigen, welche die Waffen nicht abzuliefern wagten, weil sie dabei Insulten von den über solche Feigheit entrüsteten Arbeitern fürchteten.

General Wrangel schritt mittlerweile auch mit der Handhabung des Belagerungs-Zustandes energischer vor. Er verbot verschiedene Zeitungen, wie die Reform, die Zeitungs-Halle, die Locomotive, die Republik, die Volksblätter, die ewige Lampe, den Krakehler und den Kladderadatsch, er ließ außerdem durch ein Plakat des Generals von Thümen das Publikum darauf aufmerksam machen, daß unnachsichtlich gegen die Straßen-Attroupements nach gegebenen Signalen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden würde, wenn die Menge sich nicht zerstreute.

Mit dieser Drohung wurde denn auch in der That Ernst gemacht, aber mit einem sehr ungünstigen Erfolge für die Regierung; es zeigte sich nämlich unter den Soldaten ein Geist, den die Regierung weit entfernt war zu ahnen.

Von den vielen, die Stadt an allen Stellen, in allen Straßen durchstreifenden Patrouillen zeigten sich nur sehr wenige bereit, gegen das Volk einzuschreiten, welches sie meist mit einem Hurrah auf das Freundlichste empfing.

Am Dönhofsplatz kommandirte ein Offizier etwa funfzig Mann zum Bajonettangriff auf das Volk, welches trotz des Signals nicht auseinander gegangen war; aber statt dem Befehle zu gehorchen, setzten die Soldaten einmüthig das Gewehr bei Fuß. Der Offizier mußte sich unter dem Jubel-

ruf des Volkes unverrichteter Sache zurückziehen. Aehnliche Scenen fielen fast in allen Stadttheilen von Abtheilungen der verschiedensten Regimenter vor, nur ein Regiment, das 9te (Colbergsche), bewahrte treu seinen Ruf reaktionärer Gesinnung, indem die Soldaten überall, wo sie nur konnten, in der rohesten Weise Verhaftungen vornahmen und sich beim Abreißen demokratischer Plakate ganz besonders thätig zeigten.

So verfloß denn auch der 13. November in fortwährender, aber vergeblicher Erwartung eines Kampfes; keine der beiden sich feindlich gegenüber stehenden Parteien wollte denselben beginnen, beide waren längst darauf vorbereitet und rüsteten sich noch fortwährend; die Bataillons-Versammlungen der Bürgerwehr dauerten fort, ebenso die Versammlungen der fliegenden Corps, der Maschinenbauer, des Handwerkervereins und der Arbeiter, selbst der demokratische Club hielt eine Sitzung.

Wir haben noch zu erwähnen, daß am Mittag des 13. November eine große Anzahl von Stettiner Bürgern in Begleitung einer Deputation, welche eine Zustimmungs-Adresse an die National-Versammlung überbrachten, in Berlin ankamen. In Bernau war der Zug, welcher die Fremden brachte, vom Militär angehalten worden, man hatte sie nicht nach Berlin lassen wollen und sie hatten deshalb die Weiterreise zu Wagen machen müssen. Die Ankunft dieser Fremden erregte im Berliner Volke eine große Sensation, denn dasselbe glaubte allgemein in denselben einen Zuzug für den wahrscheinlich bald beginnenden Kampf erblicken zu können.

Wir müssen jetzt uns wieder zur National-Versammlung wenden, welche am 13. November eine höchst wichtige Sitzung hielt. Es wurde nämlich in dieser Sitzung fast einstimmig

die folgende Denkschrift gegen das Ministerium Brandenburg angenommen, welche in lichtvoller Klarheit die fortgesetzten Attentate dieses Ministeriums gegen die Vertreter des Volkes schildert.

Denkschrift an den Staatsanwalt.

Der Graf Brandenburg, von Sr. Maj. dem Könige mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, hat sich, trotz des fast einmüthig ausgesprochenen Mißtrauens der National-Versammlung, diesem Auftrage zu unterziehen gewagt. Am 9. November erschien derselbe in der National-Versammlung, begleitet von den Herren v. Ladenberg, v. Strotha, v. Manteuffel, den Mitgliedern dieses neuen Ministeriums, dessen erster Schritt eine schwere Verfassungs-Verletzung war.

Eine von dem Grafen v. Brandenburg contrasignirte Cabinets-Ordre vom 8. November sprach die Vertagung der National-Versammlung aus und verlegte deren Sitz nach Brandenburg.

Die National-Versammlung, deren Aufgabe es ist, in Gemeinschaft mit der Krone die Verfassung festzustellen, hat vom Volke ein Mandat erhalten, gegen welches keiner Gewalt ein Einschreiten gestattet ist, da es zugleich gelähmt, gehindert und zunichte gemacht würde, wenn es in der Befugniß der Regierung läge, dasselbe, sei es auch nur zeitweise, aufzuheben oder gegen den Willen der Vertreter des Volkes letztere von dem Orte ihrer Versammlung zu entfernen.

Nicht zufrieden mit dieser, die Verfassung verletzenden Erklärung hat das Ministerium diese Verletzung in einer langen Reihe fernerer Gewaltstreiche fortgeführt.

1) Es erkühnte sich der Graf Brandenburg im Namen des Ministeriums, die Versammlung der Volksvertreter, als

auf sein unberechtigtes Verlangen, die Sitzung zu schließen, von dem Präsidenten nicht eingegangen wurde, für eine ungesetzliche zu erklären, ja

2) in dem „an den Regierungs-Rath v. Unruh" adressirten Schreiben vom 9. November auszusprechen, daß er keine National-Versammlung und keinen Präsidenten der National-Versammlung mehr kenne,

3) auch auf thatsächliche Weise wurden die Angriffe fortgesetzt, indem die Bureaubeamten und die Geldmittel der Nationalversammlung durch Verfügung des Ministers Manteuffel entzogen wurden,

4) erging am 10. November ein Erlaß des Ministeriums an den Commandeur der Bürgerwehr Rimpler, worin die Bürgerwehr aufgefordert wurde, den Mitgliedern der Nationalversammlung den Eintritt in den Sitzungssaal zu verwehren. Es wurde eine Frist bestimmt, nach deren Ablauf angenommen werden sollte, daß die Bürgerwehr dem Beschlusse nicht Folge leisten werde und die Heranziehung des Militairs auf den Grund eines Erlasses des Ministers Eichmann vom 1. November ꝛc. in Aussicht gestellt,

5) eine Proklamation des Polizei-Präsidenten drohte das Einschreiten des Militairs an; der General Wrangel sprach seine Absicht aus, auf dem Platze des Schauspielhauses mit den dort aufgestellten Truppen liegen zu bleiben und einen Zwang gegen die Vertreter der Nation auszuüben, indem denselben der Eintritt in ihr Lokal verwehrt werden sollte,

6) bei diesem Drohen der ungesetzlichen Gewalt verließ die National-Versammlung den Ort ihrer Berathungen, um sich am andern Morgen zur gewöhnlichen Stunde der Sitzung wieder dorthin zu begeben. Davon wurden sie jedoch behin-

dert, weil das Lokal verschlossen und, wie aus dem Innern desselben mitgetheilt wurde, militärisch besetzt war. Die National-Versammlung protestirte durch das Organ ihres Präsidenten laut gegen diese Gewalt, und begab sich nach einem Privathause, woselbst sie ihre Sitzung abhielt und damit in einem andern Lokale fortfuhr. Das frühere Lokal der National-Versammlung und die Bureaus derselben sind fortwährend militärisch besetzt und die Archive der Versammlung dabei ohne alle Aufsicht gelassen.

7) Die von den ernannten Ministern contrasignirte Königliche Verordnung vom 12. November bezeichnet die von der National-Versammlung fast mit Einstimmigkeit gefaßten Beschlüsse als von einem Theile der National-Versammlung ausgegangen und als ungesetzlichen Widerstand; sie ruft das Land auf, sich gegen die Beschlüsse seiner Vertreter zu richten.

8) Als Fortsetzung der Gewaltmaßregeln erscheint die gleichzeitig verfügte Auflösung der Berliner Bürgerwehr, lediglich auf den Grund gestützt, daß dieselbe ihrer Pflicht getreu, die National-Versammlung auseinander zu treiben sich geweigert hatte, deren Schutz ihr oblag. Denn nach §. 1 des Bürgerwehrgesetzes hat die Bürgerwehr die Pflicht, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen. Die Berufung auf den §. 3 des Bürgerwehrgesetzes kann eine solche Maßregel unter den obwaltenden Umständen nicht rechtfertigen, vielmehr nur die Größe des Vergehens noch klarer ans Licht stellen.

9) Während die Bevölkerung von Berlin zwar mit tiefster Entrüstung aber in entschlossener und ruhiger Haltung den vielfachen Gewaltstreichen zusah, ruhig blieb, als unerwartet die Truppen in großer Zahl wieder in die Stadt gerückt wa-

ren, da geschah eine entschiedene Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürgerwehr dadurch, daß die Truppen sich gegen den erklärten Willen der Bürgerwehr mit Gewalt der Wachtposten bemächtigten, welche jene vorher besetzt gehalten hatten. Nach §. 68 des Bürgerwehrgesetzes ist es ein Recht der Bürgerwehr, die Wachtposten einzunehmen, wenn sie solches für gut findet. Der Berliner Bürgerwehr war dies Recht schon vor Erlassung des Gesetzes zugesichert.

10) Die vollkommenste Ruhe und Ordnung blieb in der Stadt aufrecht erhalten und kein Exceß, keine Spaltung mit dem Militair trat ein. Dennoch erklärte das Ministerium den Belagerungszustand der Hauptstadt, beauftragte den General Wrangel mit der Ausführung desselben. Dieser General hat demzufolge eine Proklamation verkündigen lassen, welche als Folgen des Belagerungszustandes die freie Presse und das Associationsrecht, diese Grundsäulen der Freiheit, diese durch die Verordnung vom 6. April d. J. als verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte vernichtet. Nur auf gesetzlichem Wege, nur in Uebereinstimmung mit den versammelten Volksvertretern hätte möglicherweise eine solche Ausnahmebestimmung getroffen werden können. Die National-Versammlung hat deshalb auch die ganze Maßregel des Belagerungs-Zustandes für eine ungesetzliche erklärt. Diese Maßregel ist die Krone der Attentate, welche gegen die Vertreter des Volkes, gegen die blutig errungene Freiheit, gegen ein Recht und Gesetz das Ministerium Brandenburg sich erlaubt hat.

Die Verfassung ist schwer verletzt, die Existenz der Volksvertreter gewaltsam bedroht, der Volksvertreter, deren ungestörte Wirksamkeit einen Bestandtheil der jetzigen Verfassung bildet.

Die Reihenfolge dieser Attentate fällt daher schon nach den bestehenden Gesetzen unter den Begriff des Hochverraths, welchen der §. 92 Th. II. Tit. 20 des Allg. Landrechts dahin festgestellt:

ein Unternehmen, welches auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung abzielt, ist Hochverrath.

Berlin, den 13. November 1848.

Die Commission der National-Versammlung.

Die vorstehende Denkschrift wurde, wie schon gesagt, von der National-Versammlung fast einstimmig angenommen, ebenso der Beschluß, dieselbe möglichst zu veröffentlichen, und endlich auf den Antrag Buchers der Beschluß, die Denkschrift dem Staats-Anwalt einzureichen, auf daß er seine Pflicht thue.

Der Präsident v. Unruh genügte diesen Beschlüssen. Er reichte die Denkschrift dem Staats-Anwalt Sethe ein; aber dieser kannte nur Pflichten gegen das Ministerium, nicht gegen das Volk. Er wies die Anklage gegen die des Hochverraths angeschuldigten Minister von sich ab.

Nach verschiedenen, weniger wichtigen Anträgen wurde die Sitzung gegen 2 Uhr bis auf den folgenden Vormittag vertagt; jedoch blieben der Vice-Präsident Plönnies und zwei Secretaire in Permanenz im Sitzungs-Lokale, um die Versammlung nöthigenfalls in jedem Augenblicke zusammenrufen zu können.

Es war kaum eine Stunde seit dem Schlusse der Sitzung vergangen, etwa gegen 3 Uhr, als dem Vice-Präsidenten Plönnies die Nachricht überbracht wurde, es rücke Militair gegen den Sitzungssaal vor. Herr Plönnies und die beiden

Schriftführer nahmen sofort ihre Plätze ein und erwarteten das Militair, fest entschlossen, sich nur mit Gewalt aus dem ihrer Obhut anvertrauten Sitzungssaal vertreiben zu lassen.

Die Straßen hatten sich unterdessen vollständig mit anmarschirtem Militair gefüllt, das Schützenhaus war besetzt.

Ein Oberst, begleitet von mehreren Offizieren und einigen Soldaten, trat in das Vorzimmer und fragte nach den Herren, welche zur gewesenen National-Versammlung gehörten. Er wurde von den Schützen, welche sich im Hause aufgestellt hatten, nach dem Sitzungssaal geführt. Hier entspann sich zwischen dem Obersten und dem Vice-Präsidenten Plönnies folgendes Gespräch:

Der Oberst, zu Plönnies gewandt: Die Herren gehören zur National-Versammlung?

Plönnies: Die Versammlung hat in diesem Augenblick keine Sitzung, ist aber vertreten durch ihr Büreau. Ich habe als Vice-Präsident mit den Schriftführern die Aufgabe, alle Deputationen zu empfangen; was wollen Sie?

Der Oberst: Ich bin der Oberst Sommerfeld und habe vom Staats-Ministerium den Auftrag, den Herren, die zur National-Versammlung gehörten, oder noch gehören, ich weiß das nicht, zu sagen, daß sie dies Haus verlassen müssen.

Der Präsident Plönnies: Wenn Sie Gewalt anwenden wollen, dann versuchen Sie's. Anders werden wir hier nicht fortgehen.

Der Oberst: Sie bereiten sich und uns eine unangenehme Situation; wir können das nicht beurtheilen und müssen unserem Auftrage gemäß handeln.

Plönnies: Wir vertreten in diesem Augenblick die

National-Versammlung und werden den Platz, den sie uns anvertraut hat, nicht verlassen.

Ein Constabler-Offizier (vortretend): Im Namen des Gesetzes, ich fordere Sie auf, den Anordnungen der Behörde Folge zu geben. Der Belagerungs-Zustand ist ausgesprochen, die Versammlung ist ungesetzlich.

Präsident: Wir vertreten hier das Gesetz und Ihre Forderung ist ungesetzlich.

Oberst: Dann werde ich das Local mit Soldaten besetzen.

Präsident: Wenn Sie es wagen, in das Local der National-Versammlung einzutreten, ohne daß Sie Erlaubniß dazu haben, wenn Sie mit militairischer Gewalt hier eindringen, dann werden Sie es zu verantworten haben.

Oberst (verlegen): Ich muß meinem Auftrage nachkommen.

Plönnies (zum Büreau gewendet): Ich muß die Herren Schriftführer bitten, Akt zu nehmen von dieser Handlung.

Der Oberst kommandirt: Kehrt!

Der Oberst Sommerfeldt mochte wohl die gewaltsame Vertreibung der National-Versammlung aus dem Schützenhause nicht ohne Weiteres verantworten wollen, er schickte deshalb noch einmal zum General Wrangel, um sich Verhaltungsbefehle auszubitten.

Während der Zeit, welche unter diesen Verhandlungen hingegangen war, hatte sich natürlich nach und nach auch eine große Menge Volk eingefunden und zum Theil zwischen die Reihen der Soldaten gedrängt. Zwischen dem Volke und den Soldaten herrschte dabei die größte Freundlichkeit, beide

Theile versicherten sich fortwährend, sie würden nicht gegen einander kämpfen; besonders zeichneten sich die Soldaten des 12. Infanterie-Regiments an Freundlichkeit aus.

Mittlerweile war ein Oberst von Blücher*) mit schriftlichen Befehlen vom Minister Manteuffel und General Wrangel gekommen. Dieser Offizier trat in Begleitung des Obersten Sommerfeldt wieder in den Sitzungssaal und befahl in ziemlich barschem Tone dem Präsidenten Plönnies, den Saal zu verlassen; der Obrist Sommerfeldt setzte begütigend hinzu, daß den Herren, wenn sie nur als Deputirte privatim gegenwärtig wären, nichts geschehen würde.

Plönnies erwiderte: Nein, wir sind hier Bevollmächtigte der National-Versammlung, wir werden nur der Gewalt weichen.

Blücher: Nun, so werden wir die Gewalt anwenden.

Der Oberst winkte darauf und zwei Soldaten traten näher, faßten den Vice-Präsidenten unter die Arme und führten ihn zum Saal hinaus; ebenso wurden auch die Schriftführer von Soldaten angefaßt und hinausgeführt, nachdem zuvor der Oberst Sommerfeldt zwei Sectionen Soldaten in den Saal hatte rücken lassen.

Die gewaltsame Hinausführung der Deputirten aus dem Sitzungs-Saale gab ein wunderbares Schauspiel ab. Die Deputirten sagen selbst, daß die Soldaten dabei Thränen der Schaam in den Augen gehabt, daß sie nur scheinbar Gewalt geübt hätten, denn sie hätten so sanft angefaßt, als dies irgend möglich gewesen wäre.

---

*) Nach den Mittheilungen der Reform. Das von den Herren Plönnies, Hildenhagen und Schneider aufgesetzte Protokoll erwähnt den Oberst Blücher gar nicht.

Als die Volks-Vertreter ins Freie kamen, wurden sie von dem versammelten Volke mit einem donnernden Hurrah begrüßt, in welches auch die Soldaten zum größten Theil mit einstimmten.

38.

Am 14. November wollten die Abgeordneten zur National-Versammlung, da ihnen das Schützenhaus genommen war, ihre Sitzungen in dem Saale der Stadtverordneten fortsetzen; aber sie fanden, als sie zu der vom Präsidenten bestimmten Zeit sich versammeln wollten, das Kölnische Rathhaus von Soldaten umstellt, welche ihnen den Eintritt in das Lokal verweigerten. Auf Veranlassung einiger Deputirten der Linken wurde deshalb ein Lokal in der Kaiserstraße bestimmt, jedoch bald, ehe noch eine Sitzung eröffnet war, wieder aufgegeben, theils weil sich nicht eine hinreichende Anzahl von Deputirten in demselben versammelt hatte, theils weil mittlerweile die Besatzung des Kölnischen Rathhauses zurückgezogen worden war und es räthlicher erschien, bei einer etwa ausbrechenden gewaltsamen Bewegung im Mittelpunkte der Stadt zu sein. Es wurde deshalb vom Präsidenten Unruh abermals der Sitzungs-Saal der Stadtverordneten zur Versammlung bestimmt.

Das Militair hatte sich zurückgezogen, als die Stadtverordneten ihr Lokal selbst betreten hatten. Diese schlossen aber sofort ihre Sitzung, als sie erfuhren, daß die National-Versammlung des Saales bedürfe.

Die Sitzung wurde um 1½ Uhr Mittags eröffnet, 238 Mitglieder waren gegenwärtig. Die Beschlüsse der Ver-

sammlung waren von keiner Bedeutsamkeit, wohl aber das Ende derselben. Als nämlich der Präsident die Sitzung bereits geschlossen hatte, verbreitete sich plötzlich im Saale das Gerücht, daß Militair anrücke, um die Versammlung auseinander zu sprengen.

Die meisten Abgeordneten hatten den Saal bereits verlassen, nur der Präsident mit den Secretairen und wenigen Deputirten war noch gegenwärtig und mit dem Forträumen von Papieren ꝛc. beschäftigt, als ein Major mit verschiedenen Officieren in den Sitzungs-Saal trat und die Abgeordneten aufforderte, den Saal zu verlassen.

Herr von Unruh erklärte dem Officier, daß er auch ohne seine Aufforderung den Saal zu verlassen im Begriff stehe, da die Versammlung bereits geschlossen sei; er lege übrigens Protest ein gegen die Gewalt, welche hier abermals gegen die National-Versammlung beabsichtigt werde.

Der Major von Biedenfeld, ein alter Mann mit weißem Haar, bat mit schmerzlich bewegtem Tone, Herr von Unruh möge seine unangenehme Pflicht ihm nicht erschweren, sondern ohne Widerstand den Saal verlassen, welcher Aufforderung Herr von Unruh denn auch vollständig nachkam.

Wir können nicht unterlassen, zu erwähnen, daß der Major von Biedenfeld sich bei der Ausführung seines, ihm ersichtlich selbst sehr schmerzlichen Auftrages mit der allerhöchsten Schonung und Artigkeit benahm. Mit dem Helm in der Hand trat er in den Saal und verletzte mit keinem Worte die Achtung, welche er dem Präsidenten der National-Versammlung schuldig war.

Die Umstellung des Kölnischen Rathhauses mit Mtlitair hatte natürlich eine große Volksmenge herbeigelockt, welche

in dichten Schaaren den Ausgang des Rathhauses umstand und Herrn von Unruh, als derselbe auf die Straße trat, mit einem donnernden, weithin schallenden Lebehoch empfing.

Herr von Unruh grüßte und entfernte sich, um den Auflauf nicht zu vergrößern; die Compagnie Soldaten, welche zur Auflösung der National-Versammlung zu spät gekommen war, kehrte unverrichteter Sache unter dem Zischen und Lachen der Volksmenge nach dem Schloß zurück.

Das Volk blieb vor dem Kölnischen Rathhause und in der Breiten Straße in dichten Gruppen versammelt stehen, um sich die Ereignisse des Tages zu erzählen; diese Gruppen vergrößerten sich im Laufe des Nachmittags immer mehr und mehr, bis sie endlich durch einige starke aus dem Schloß geschickte Militair-Patrouillen auseinander getrieben wurden.

Der Tag verlief im Uebrigen ruhig, nur am Abend wurde eine im Clubhause von den bekannten Demokraten Stein, Mai und Buhl zusammengerufene Volks-Versammlung mit Militairmacht auseinander gesprengt; die Auflösung der Versammlung bot sehr komische Seiten dar. Als nämlich die Versammlung nicht längst eröffnet war, verbreitete sich plötzlich in dem ganz angefüllten Saale das Gerücht, es komme Militair, um die Versammlung auseinander zu sprengen. Augenblicklich verließ ein Theil der Furchtsamen seine Plätze, um schleunigst den Sitzungs-Saal zu verlassen, dagegen erhob sich aber von allen Seiten das Geschrei: „Hier bleiben! Sitzen bleiben! Nicht fortlaufen!“ und ein großer Theil der Ausreißer wurde durch dies Geschrei bewegt, sich wieder nieder zu setzen, da es außerdem völlig ersichtlich war, daß eine Versammlung von über tausend Personen nicht durch ein Paar Compagnieen Soldaten verhaftet werden könne.

Mittlerweile war durch Militair die ganze Leipziger-Straße rings um das Clubhaus herum abgesperrt und das Clubhaus selbst mit Soldaten besetzt worden.

Im Clubhaus war die Ruhe wieder hergestellt, als ein Major in Begleitung eines anderen Officiers in den Sitzungs-Saal trat. Die dicht gedrängten Zuhörer machten dem Eintretenden freundlich Platz, um ihn nach der erhöhten Tribüne kommen zu lassen. Hier erklärte der Major die ungesetzliche Versammlung für aufgelöst und fragte nach dem Comité.

„Wir haben hier keine Versammlung, sondern nur eine Betstunde!" rief mit gutem Berliner Witz eine helle Stimme von der Gallerie.

Ein ungeheures, nicht enden wollendes Gelächter, in welches auch der Major selbst herzlich mit einstimmte, erschallte von allen Theilen des Hauses.

Als der Tumult sich einigermaßen gelegt hatte, erwiderte der Major, auf den Witz eingehend: „Nun, meine Herren, dann bitte ich mir den Vorbeter aus!" und erregte dadurch ein neues, schallendes Gelächter.

Der Actuarius Stein (bekannt unter dem Namen der dicke Stein) gab sich als Vorbeter zu erkennen, er folgte dem Major und die Versammlung löste sich nun ohne Weiteres ganz friedfertig auf. Stein mußte eine Nacht sitzen; aber damit hatte die Sache ihr Bewenden.

Ebenso wie General Wrangel bei dieser Gelegenheit zum ersten Male Ernst machte mit seiner Verordnung über die politischen Versammlungen, that er es auch schon an jenem Abend mit der über Schließung der Wirthshäuser.

Verschiedene Lokale, welche notorisch als die Sammelplätze der Demokraten bekannt waren, wurden am Abend

nach 10 Uhr von Soldaten umstellt und geschlossen. Alle Gäste, welche sich noch in den Lokalen befanden, mußten sich entweder legitimiren, oder sie wurden ohne Weiteres verhaftet. Ueberhaupt fingen schon am 14. die später so berüchtigt gewordenen, vollständig willkürlichen und dem Gesetz der Habeas-Corpus-Acte zuwiderlaufenden Verhaftungen an. Es wurde außerdem auch am 14. Abends auf den freien Plätzen der Stadt durch Trommelschlag vom General Wrangel für Berlin das Kriegsrecht proklamirt.

Die Regierung ging, wir müssen ihr diese Gerechtigkeit zollen, bei der Durchführung der Contre-Revolution energisch, aber mit vorsichtiger Klugheit vorwärts. Wäre man von vornherein mit der ganzen Strenge des Belagerungs-Zustandes hervorgetreten, so wäre ein Verzweiflungskampf des Berliner Volkes die unausbleibliche Folge gewesen; so aber wurden die strengen Maaßregeln nur nach und nach eingeführt, das Volk gewöhnte sich an dieselben, es wurde durch die Hinausschiebung des Kampfes entnervt und war endlich zu einem solchen gar nicht mehr fähig.

39.

Am 15. November Abends 7¼ Uhr wurde vom Präsidenten Unruh im Mielentzschen Saale die folgewichtige letzte Sitzung der Nationalversammlung in Berlin eröffnet.

213 Mitglieder der Nationalversammlung hatten den Präsidenten v. Unruh zur Anberaumung dieser Sitzung aufgefordert und Herr v. Unruh hatte daher nicht umhin gekonnt, dieser Aufforderung Raum zu geben. Die Versammlung war vollständig beschlußfähig zusammen gekommen, denn der Namensaufruf ergab 226 Mitglieder als anwesend.

Der wichtigste Gegenstand, welcher in dieser Sitzung zur Debatte vorlag, war wiederum die Frage über die Steuerverweigerung.

Dieser Antrag, der in früheren Sitzungen von der gemäßigsten Centrumspartei in der Nationalversammlung mit so großem Widerwillen aufgenommen worden war, als er noch zeitgemäß, als er noch durchführbar war, als er noch das erste Signal zu einer gewaltsamen Erhebung des gesammten preußischen Volkes gegen die gewaltsame Contrerevolution bilden konnte, dieser Antrag, der damals als unpolitisch von der niedergesetzten Commission verworfen worden war, wurde jetzt von der Commission der Versammlung zur Annahme empfohlen, nachdem es längst zu spät war.

Die neuen Gewaltschritte des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, die vielfachen Verhaftungen, die Verletzungen der Habeas-Corpusacte, die Proklamation des Kriegsrechts, die Heranziehung immer neuer Truppen nach Berlin hatte auch diese Männer der Vermittelung und Mäßigung zu der Ueberzeugung gebracht, daß diesem Ministerium nur mit äußersten Schritten entgegen zu treten sei; aber diese Einsicht war ihnen zu spät gekommen! —

Die Zeit des Kampfes für Berlin war vorüber. Am 9., 10., 11., ja noch am 12. November hätte Berlin einen Kampf vielleicht siegreich, jedenfalls ehrenvoll bestehen können; am 15. November war jeder bedeutsame Kampf unmöglich. Die Entwaffnung der Bürgerwehr hatte im Laufe des 15. Novembers bereits begonnen, die durch die Ermahnungen zum passiven Widerstand demoralisirte Bürgerschaft der Hauptstadt hatte schon zum Theil die Waffen freiwillig trotz ihrer anfänglichen energischen Beschlüsse abgeliefert und dadurch

auch einen großen Theil des Arbeiterstandes mit ihrer eigenen Muthlosigkeit angesteckt. Auch von den Provinzen, welche fast eine Woche vergeblich von Berlin das Signal zum Aufstand erwartet hatten, war keine durchgreifende Bewegung mehr zu hoffen; so kam denn jedenfalls jetzt der Beschluß der Steuerverweigerung zu spät.

Die Annahme des betreffenden Antrags, welche vor einigen Tagen, als der erste Schritt zu einer gewaltigen Schilderhebung des ganzen preußischen Volkes gegen das contrerevolutionaire Ministerium Brandenburg-Manteuffel ganz zeitgemäß gewesen wäre, wurde jetzt zum ungeheuren politischen Fehler.

Während die Nationalvers. noch in der Debatte über den Antrag der Steuerverweigerung begriffen war, und eben die Frage über den Schluß der Debatte discutirte, verbreitete sich plötzlich im Saale das Gerücht, es rücke Militär heran, um die Versamml. aufzulösen.

Eine große Unruhe zeigte sich unter allen Anwesenden, und diese wuchs, als plötzlich ein Major, Herr v. Herwarth, umgeben von vier Officieren und einem Picket mit Gewehren bewaffneten Soldaten, in den Sitzungssaal trat.

Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich der Versammlung. Die Deputirten sprangen von ihren Sitzen auf und schrieen mit heftigen Gestikulationen wild durcheinander, bis endlich der von vielen Stimmen wiederholte Ruf: „Sitzen bleiben!“ durch den Tumult drang.

Sogleich stellte sich die Ruhe wieder her, die sämmtlichen Abgeordneten nahmen ihre Plätze ein.

Der Major von Herwarth war unterdessen allein an den Präsidentenstuhl getreten und hatte einige Worte leise mit dem Präsidenten gesprochen.

Als die Ruhe völlig wieder hergestellt war, fragte Herr v. Unruh laut:*)

Ich frage zunächst den Herrn Major von Herwarth, welcher in diesen Saal, also in ein Privathaus, mit der Erklärung eingetreten ist, daß er Befehl vom General Wrangel habe, diese Versammlung aufzulösen, ob er mit einer schriftlichen Ordre versehen ist.

Major v. Herwarth: Ich habe keinen schriftlichen Auftrag, indem der General Wrangel es nicht für nöthig gehalten hat, mir einen schriftlichen Befehl zu ertheilen. Ich rechne darauf, daß Sie meinen Worten Glauben schenken werden, wenn ich sage, daß ich wirklich diesen Auftrag habe.

Präsident: Es kann hier nicht darauf ankommen, ob ich einem preußischen Major zu glauben habe oder nicht; das ist rein persönliche Angelegenheit. Es kommt nur darauf an, ob die Maßregel eine gesetzliche ist.

(Ruf aus der Versammlung nach Abstimmung.)

Meine Herren! Wir waren in der Abstimmung über den Schluß der Debatte. Wir werden jedoch durch militairische Gewalt, durch Bajonette, die in den Saal eingedrungen sind, unterbrochen. **Ich werde in Gegenwart der Bajonette nicht zur Abstimmung schreiten.**

(Lebhafter Beifall.)

Der Herr Major v. Herwarth hat erklärt, daß er keine schriftliche Ordre habe; er hat nur darauf provozirt, daß wir ihm Glauben schenken mögen. Ich zweifle an der Glaub-

---

*) Wir geben die folgenden Unterhandlungen, in denen jedes Wort von höchster Wichtigkeit ist, dem Leser wortgetreu nach den stenographischen Berichten.

würdigkeit des Herrn Majors durchaus nicht; wir befinden uns aber auf dem Boden des Gesetzes und ich muß deshalb den Herrn Major bitten, eine schriftliche Ordre von dem General Wrangel einzuholen.

Major v. Herwarth: Dies würde insofern vergeblich sein, als der General v. Wrangel mir den schriftlichen Befehl verweigert hat; er hat nur gesagt: Gehen Sie hin und erklären Sie, daß der General Wrangel Ihnen befohlen habe, die Versammlung aufzulösen.

Präsident: Ich frage den Herrn Major, wohin seine mündliche Ordre lautet?

Major v. Herwarth: Sie lautet dahin: Die Versammlung aufzufordern, dies Lokal zu verlassen!

Präsident: Dieser Aufforderung wird die Versammlung keine Folge leisten können.

Major v. Herwarth: Dann erlaube ich mir zu bemerken, daß ich mit Militair aufmarschirt bin.

(Aufregung in der Versammlung.)

Ich ersuche Sie dringend, meine Herren! es nicht darauf ankommen zu lassen, daß andere Maßregeln ergriffen werden müssen. Ich erfülle hier nur meine Pflicht und handle durchaus parteilos; ich bin gewohnt, die Befehle meiner Vorgesetzten auszuführen.

Der erste Vice-Präsident Abgeordneter Waldeck (erhebt sich von seinem Platze, tritt an den Präsidentenstuhl heran und ruft mit lauter Stimme): Kein Soldat darf die Gesetze verletzen.

Präsident: Ich frage den Herrn Major, ob er gesonnen ist, diesem Befehle: die Versammlung mit Gewalt zu vertreiben, nachzukommen?

Major v. Herwarth: Ich rechne mit der größten Zuversicht darauf, daß Sie es nicht auf das Aeußerste ankommen lassen werden, daß es Ihnen genügen wird, wenn ich die Erklärung abgebe, daß ich den Befehl habe, nöthigenfalls Gewalt anzuwenden.

Präsident: Ich muß den Herrn Major um eine bestimmte Erklärung bitten, ob er gesonnen ist, diesen Befehl, die Versammlung mit Gewalt zu vertreiben, auszuführen.

Major v. Herwarth (zögernd): Ja, das bin ich.

Präsident: Unter diesen Umständen erkläre ich, daß wir abermals der Gewalt weichen . . . .

(Die ganze Versammlung erhebt sich mit, wie zum Schwur, erhobenen Händen von ihren Plätzen; von allen Seiten ertönt der Ruf: nein! nein! Die größte Aufregung herrscht im Saale. Von mehreren Abgeordneten hört man den Ruf: Niemand verläßt seinen Platz: Wir lassen uns niederschießen, ehe wir diesen Saal verlassen: Wir weichen nicht eher, bis wir den Beschluß gefaßt haben.)

Abgeordneter Graf Reichenbach: Kein Abgeordneter gehe von seinem Platze! Wir werden nur der Gewalt weichen.

Abgeordneter Waldeck tritt an den Major v. Herwarth heran, welcher noch immer allein an dem Präsidentenstuhl steht, mit erhobener Stimme ruft er: Holen Sie Ihre Bajonette und stechen Sie uns nieder! Ein Landesverräther, der diesen Saal verläßt.

(Major v. Herwarth wendet sich abermals zu dem Präsidenten und spricht mit demselben, ohne daß es jedoch möglich war, die Worte zu verstehen; darauf kehrt er bis in die Mitte des Saales zurück. Der Abgeordnete Rod-

bertus tritt zu ihm heran und spricht mit ihm. Noch immer herrscht die größte Aufregung in der Versammlung.)

Abgeordneter Plönnis (besteigt die Rednerbühne und versucht einige Augenblicke vergeblich sich Gehör zu verschaffen. Mit erhobener Stimme):

Ich trage darauf an, daß wir die anwesenden Störer als nicht anwesend betrachten und ruhig in unserem heiligen Werke fortfahren.

(Lebhafter Beifall. Allmählig stellt sich die Ruhe im Saale wieder her; die Mitglieder nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsident: Meine Herren! Ich ersuche Sie dringend, die in diesem so wichtigen Augenblicke nöthige Ruhe zu beobachten.

Wir waren in der Abstimmnng über den Schluß der Debatte. Ich frage die hohe Versammlung:

„Ob sie den Schluß der Debatte annimmt?"

und ersuche Diejenigen, welche dies wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Der Schluß der Debatte ist mit großer Majorität angenommen. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag selbst. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, ihn nochmals zu verlesen.

(Das Militair steht immer noch in dem Saale. Abermals erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Von verschiedenen Seiten hört man den Ruf: Wir können nicht abstimmen, so lange die Bajonette im Saale stehen.)

Der Major v. Herwarth, welcher bis zu diesem Augenblicke mit dem Abgeordneten Rodbertus gesprochen hat, tritt nochmals an den Präsidentenstuhl heran und spricht mit dem Präsidenten, ohne daß jedoch die Worte zu verstehen waren.

Während dieser Zeit verliest der Schriftführer Schneider mit fester erhobener Stimme das Amendement Schornbaum, Schultze (Delitzsch), Bloem, Phillips.

Schriftführer Abgeordneter Schneider:

„Die hohe Versammlung wolle beschließen, daß das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sei, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die National-Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Berathungen fortzusetzen vermag und tritt dieser Beschluß mit Ablauf des 17. November 1848 in Kraft und Wirksamkeit.“

Während Verlesung dieses Antrages spricht der Major v. Herwarth mit dem Präsidenten, jedoch in leisem Tone, und verläßt darauf in Begleitung der übrigen Offiziere, so wie des aufgestellten Piquets, den Saal, so daß mit dem letzten verlesenen Wort auch der letzte Soldat den Saal verlassen hat.

Präsident: Ich frage nunmehr die hohe Versammlung:

„Ob sie diesen so eben verlesenen Antrag annehmen und zum Beschluß erheben will?“

und ersuche Diejenigen, welche es wollen, aufzustehen.

Sämmtliche Mitglieder erheben sich. (Donnernder, lang anhaltender Beifall ertönt aus dem Saale und von den Tribünen. Die Abgeordneten umarmen sich einander. Die auf den Tribünen anwesenden Zuhörer schwenken die Hüte und wehen mit den Tüchern. Erst nach Verlauf mehrerer Mi-

nuten gelingt es dem Präsidenten, die Ruhe wieder herzustellen.)

Präsident: Ich ermahne Sie dringend, meine Herren, in diesem Augenblick die äußerste Ruhe zu bewahren.

Der Beschluß ist rechtsgültig gefaßt, die Bajonette hatten den Saal verlassen. Ich werde nunmehr die Sitzung schließen und behalte mir vor, die Abgeordneten von der nächsten Sitzung in Kenntniß zu setzen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 8¾ Uhr.)

So war denn das Attentat gegen die Vertreter des Volks vollendet, mit Waffengewalt hatte das Ministerium Brandenburg die Nationalversammlung auseinander treiben lassen, denn nur diesem, nicht dem General Wrangel, dem gedankenlos gehorchenden Werkzeug desselben, fällt die Schuld des Hochverrathes am Volke zur Last.

Die Nationalversammlung war auseinandergesprengt; aber ehe sie sich getrennt, hatte sie noch jenen unglücklichen, nicht mehr durchführbaren Beschluß der Steuerverweigerung gefaßt, der ihr, wie die Folge gelehrt hat, die Sympathieen des Landes in so hohem Grade rauben sollte. Die Nationalversammlung hat sich auf dem Boden der Revolution gestellt, als es zu spät war, als die Revolution selbst keinen Boden mehr im Volke hatte, das ist der größte politische Fehler, den die Versammlung während ihrer ganzen Sitzungszeit vom 22. Mai an gemacht hat.

Dieser Fehler trat um so greller hervor, als von Seiten der reactionairen Partei der Versammlung später nicht mit Unrecht der Vorwurf der Uebereilung gemacht wurde, als man nur der durch das Einschreiten des Militärs hervorge-

brachten Wuth die Einstimmigkeit des Steuerverweigerungsbeschlusses zuschrieb.

Wir können über die Zeit, welche vom 15. November, dem Tage der Auflösung der Nationalversammlung in Berlin, bis zum 27. November, dem der Wiedereröffnung in Brandenburg, mit kürzern Worten hingehen, als wir die historisch wichtigen Ereignisse vom 9. bis zum 15. November schildern mußten.

Es ist diese Zwischenzeit für Berlin und das ganze Land eine im höchsten Grade traurige und schmachvolle, denn es ist die Zeit, in welcher sich die Contre-Revolution vollendete, in welcher das schimpfliche System des passiven Widerstandes sich in seiner ganzen erbärmlichen, feigen Ohnmacht zeigte.

Zuerst zeigte sich dieselbe bei der Abnahme der Waffen. In allen Bataillons-Versammlungen war, wie wir bereits erzählt haben, der Beschluß gefaßt worden, die Waffen unter keiner Bedingung freiwillig abzugeben, sondern die gewaltsame Abnahme derselben abzuwarten und diesen Zeitpunkt als denjenigen zu betrachten, an welchem der passive Widerstand sich in den activen zu verwandeln habe.

Dieser Beschluß wurde in seinem ersten Theil von der Berliner Bürgerschaft auch zum größten Theil vollständig aufrecht erhalten, im zweiten aber desto schmählicher gebrochen.

Der Befehl des General Wrangel, bis zum 14. Nachmittags die Waffen freiwillig abzugeben, hatte so gut als gar keinen Erfolg; kaum einige Hundert Gewehre wurden unter dem Schutz der Militair-Patrouillen von guten Preußen-Vereinern abgegeben, welche bisher aus Furcht vor Mißhandlungen der über solche Feigheit empörten Arbeiter die Abgabe nicht gewagt hatten.

Am Nachmittage des 15. Novembers begann General Wrangel nun auch mit der Waffen-Abnahme Ernst zu machen. Durch ein Plakat hatte er bekannt machen lassen, daß vom 15. an Patrouillen die Stadt durchziehen würden, welchen unweigerlich die Waffen abzugeben seien, widrigenfalls die gewaltsame Abnahme derselben durch Haussuchung erfolgen werde.

Diese Maßregel wurde denn auch in der That zur Ausführung gebracht, und jetzt zeigte es sich deutlich, wie furchtbar die ewige Aufschiebung des Kampfes die Berliner Bürgerschaft entnervt hatte.

Am Nachmittage zogen starke Patrouillen, denen Wagen folgten, durch die Stadt. Alle hundert Schritt etwa machten diese Patrouillen Halt, der Offizier ließ dreimal trommeln und schickte dann einige Unteroffiziere in die nächstgelegenen Häuser, welche fragten, ob Waffen vorhanden seien, und dieselben gegen Uebergabe eines Empfangscheines abnahmen.

Sehr kluger und politischer Weise wurde diese Art, die königlichen Gewehre einzutreiben, in einem Stadtviertel begonnen, in welchem man zum Voraus der Willfährigkeit eines großen Theils der Bevölkerung gewiß sein konnte, in der Fiedrichsstadt.

Der Erfolg war hier ein außerordentlich günstiger. Die Bewohner der Mittel- und Dorotheen-Straße, der Linden und Behren-Straße beeilten sich, der Aufforderung nachzukommen, und bald waren die, die Patrouillen begleitenden Wagen mit Waffen angefüllt.

Gerade das 8. Bataillon, dessen unheilvolle Thätigkeit wir bei den verschiedenen Arbeiter-Unruhen im Laufe des Sommers oft zu tadeln Gelegenheit hatten, zeichnete sich durch

gehorsame Bereitwilligkeit im Abgeben der Waffen aus, welche es wohl zur Unterdrückung der wehrlosen Arbeiter, nicht aber zum Schutze der Freiheit gegen eine gut bewaffnete Armee zu führen im Stande war.

Das Gerücht, daß in der Friedrichsstadt die Waffen-Abnahme mit einem höchst günstigen Erfolge für die Regierung verbunden gewesen sei, verbreitete sich bald durch die ganze Stadt und entmuthigte auch die anderen Stadttheile. „Weshalb sollen wir uns der Gefahr der gewaltsamen Waffen-Abnahme aussetzen, da die Gewehre in der Friedrichsstadt abgegeben worden sind," hörte man in fast allen Bezirken die schon wieder furchtsam gewordenen Bürger sagen, und sie hatten in der That nicht unrecht; die Zurückbehaltung der Gewehre war fortan eine nutzlose Protestation, da bei der ganz allgemein eingerissenen Muthlosigkeit schon jede Möglichkeit eines Kampfes verschwunden war.

So wurden denn auch in den übrigen Stadtvierteln die Waffen von eben den Männern höchst friedfertig abgegeben, welche noch vor wenigen Tagen die Waffen-Abnahme in großprahlenden Worten als den Zeitpunkt bezeichnet hatten, an dem der Kampf beginnen müsse. Wo ja einige Bürger durch ein Gefühl der Ehre an der Waffen-Abgabe verhindert wurden, da schritten die Frauen ein und trugen die verhaßten Waffen den Militair-Patrouillen oft noch weit nach.

Noch einige Besorgnisse hegte man, daß in dem eigentlichen Arbeiter-Viertel, vor dem Oranienburger Thor, wo der größte Theil der Maschinenbauer wohnt, die Abnahme der Waffen gewaltsamen Widerstand finden würde. Man ließ daher diese Stadttheile bis zu allerletzt und entfaltete

bedeutende Streitkräfte, ja, man ließ sogar Kanonen auffahren.

Aber auch diese Besorgniß sollte unbegründet sein, die Maschinenbauer und Arbeiter hatten nicht Lust, sich für die feige Bourgeoisie zum Opfer zu bringen; auch sie gaben zum größten Theil die Waffen friedlich ab, die unblutige Contre-Revolution war dadurch vollendet, und in Berlin entfaltete sich nun das Soldaten-Regiment zu seiner schönsten Blüthe.

Die Willkür kannte jetzt keine Grenzen mehr, schonungslos wurden von den Militair-Behörden alle Gesetze nach Gutdünken verletzt, man kannte in Berlin nur ein Gesetz, das der zügellosen Militair-Gewalt.

So wurde z. B. die Wohnung des Wirths zum Gambrinus mitten in der Nacht von Soldaten nach Waffen durchsucht, man trieb die Frau und die Kinder desselben nackend aus den Betten, um diese zu durchstöbern.

So wurden die Pressen des Buchdruckers Fähndrich von Soldaten, unter Anführung eines Offiziers, zerstört, weil Fähndrich Plakate aufrührerischen Inhalts gedruckt haben sollte; es wurde dabei dem Herrn Fähndrich von den Soldaten auch eine goldene Uhr entwendet.

Auch bei dem bekannten Kaufmann Heyl wurde auf Veranlassung eines anonymen Zettels, welcher Herrn Heyl denuncirte, er besitze große Vorräthe von Waffen und Munition und eine zu Vitriol eingerichtete Feuerspritze, eine Haussuchung vorgenommen auf Befehl des Generals Thümen, in einer höchst verletzenden und rücksichtslosen Weise.

Die Compagnie Soldaten, welche die Haussuchung vornehmen sollte, mußte vorher im Hofe der Stadtvoigtei an-

treten. Hier hielt der Hauptmann den Soldaten eine Rede, in welcher er ihnen sagte, sie würden jetzt das Haus des Kaufmanns Heyl nach Waffen durchsuchen; aus diesem Hause sei am 18. März mit am stärksten auf die Soldaten geschossen worden, ja, es verlaute sogar, daß aus diesem Hause mit Vitriol auf das Militair gespritzt worden sei, doch sei dies allerdings nicht erwiesen. Der Hauptmann schloß seine Rede mit der Ermahnung, daß die Soldaten streng ihre Pflicht thun möchten.

Daß nach solchen Provocationen von Seiten der Offiziere die Soldaten nicht schonungsvoll verfuhren, sondern mannichfache Excesse verübten, läßt sich leicht begreifen. In vielen Fällen verfuhren die Soldaten mit einem vollkommenen Vandalismus, wie z. B. in dem Lokal des demokratischen Vereins der Königsstadt.

Es war denuncirt worden, daß dieser Verein trotz des Belagerungs-Zustandes Sitzung halte; eine Abtheilung Militair wurde daher kommandirt, den Verein aufzulösen, kam aber zu spät, der Verein war bereits geschlossen. Zur Rache demolirten die Soldaten das ganze Lokal, sie zerschlugen die Tribüne, die Sitze und alle irgend zerstörbaren Gegenstände.

Wir können uns nicht darauf einlassen, dem Leser die sämmtlichen Scenen des Militair-Vandalismus zu schildern, an denen in jener Zeit Berlin so reich ist, wir bemerken nur, daß an eine Strafe derjenigen Soldaten, welche Excesse der beschriebenen Art verübt hatten, gar nicht zu denken war. Der Bürgerstand war den Soldaten gegenüber vollkommen machtlos. Verhaftungen der verschiedensten Art wurden vorgenommen, ohne allen Grnnd, bald reichten die Gefängnisse der Stadtvoigtei nicht mehr aus, man mußte die Gefangenen

nach dem neuen Zellen-Gefängniß bringen. In der Regel wurden diese Gefangenen ein oder zwei Tage im Gefängnisse gehalten, dann ließ man sie laufen ohne Verhör, oder ließ sie zuvor ein kurzes, nichtssagendes Verhör vor einer Militair-Commission des Scheines wegen bestehen.

So willkürlich wie in dieser Beziehung wurde auch mit der Handhabung der Polizei verfahren. General Wrangel befahl, es solle sich kein Fremder ohne besondere Erlaubniß in Berlin aufhalten, und in Folge dieses Befehls wurden nun die Eisenbahnhöfe mit Militair besetzt und Niemand durfte nach Berlin, der sich nicht durch einen Paß legitimirte. Um von Potsdam nach Berlin zu reisen, bedurfte man eines Passes! — Zum Ueberfluß wurden auch alle die Herrn von Wrangel mißfälligen Personen ohne Weiteres aus Berlin ausgewiesen, gleichviel ob sie schon seit Jahren in der Residenz ansäßig und ob sie durch Geschäfte an dieselbe gebunden waren oder nicht. Der Wille des Militair-Dictators war das höchste, das einzige herrschende Gesetz!

Dem Polizei-Präsidenten von Bardeleben selbst, so willfährig sich dieser auch bisher allen Maßregeln der Regierung gezeigt hatte, wurde diese Wirthschaft zu arg. Er verweigerte es, eine Censur auszuüben über Zeitschriften und Plakate, wie General Wrangel verlangte, und gab überhaupt seine Zustimmung nicht zu den offenbaren Gesetz-Verletzungen, welche unter dem Säbel-Regiment an der Tagesordnung waren. Herr von Bardeleben gab deshalb lieber sein Amt auf, und an seine Stelle trat ein Mann, ganz nach dem Sinne des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, Herr von Hinkeldey, der bereitwilligste Diener jeder Willkürmaßregel des Generals Wrangel.

Vom Amtsantritt des Herrn von Hinkeldey an entfaltet sich eigentlich erst der Belagerungs-Zustand, der Zustand der gesetzlichen Ungesetzlichkeit, zur höchsten Blüthe, Berlin gewann nach und nach immer mehr das Ansehen einer belagerten Stadt, das fröhliche, heitere, lebenslustige Berlin wurde immer trüber und stiller, die früher niederliegenden Geschäfte stockten jetzt des ausgeschlossenen Fremden-Verkehrs wegen ganz und gar, die Straßen verödeten, aber Ruhe und Ordnung herrschte in der Stadt, die Soldaten-Excesse, die Rechts-Verletzungen durch die herrschende Gewalt ausgenommen! Die Reaction jubelte, sie hatte gesiegt! —

Wir müssen jetzt zurückkehren zur National-Versammlung, dem eigentlichen Mittelpunkte aller demokratischen und reactionairen Bewegungen.

Die National-Versammlung hatte seit dem 15. November keine officielle Sitzung mehr, desto fleißiger aber waren die einzelnen Mitglieder in den Sitzungen der Fractionen. Sie waren täglich zusammen und beschickten sich gegenseitig durch Deputationen.

Die Frage, welche jetzt alle Mitglieder beschäftigte, war natürlich die, wie der Zwiespalt zwischen Krone und National-Versammlung zu lösen sei, ohne eine entwürdigende Nachgiebigkeit der Volks-Vertreter.

Von Frankfurt am Main waren Seitens der National-Versammlung und Central-Gewalt Commissaire nach Berlin geschickt worden, um das Zerwürfniß zwischen Krone und National-Versammlung beizulegen; aber die Bemühungen dieser Commissaire fielen höchst unglücklich aus, theils wegen der Unfähigkeit der Vermittler selbst, theils auch und hauptsächlich, weil die Krone gar keine Vermittelung, keine Eini-

gung mit der National-Versammlung wollte, mit der sie unter keiner Bedingung länger regieren konnte.

Als vollkommen untauglich zeigte sich besonders Herr Bassermann, der sich in seiner Vermittelungsstellung ganz auf Seite der Krone stellte. Er gab in seinem späteren Berichte in Frankfurt ein so wunderbares Bild von den Zuständen Berlins ab, daß Jemand, der die Zeit vom 31. October bis 9. November in Berlin durchlebt hat, sich bei der Durchlesung dieses Berichts kaum des Lachens enthalten kann. Wie trefflich Herr Bassermann geeignet war, die Berliner Zustände zu beurtheilen, geht wohl am besten daraus hervor, daß er in seinem Bericht hervorhebt, er habe den König deutscher gefunden, als er gehofft, und an eine Reaction sei in Preußen gar nicht zu denken! — Die Folgen haben Herrn Bassermann wohl hinlänglich widerlegt.

Besonders entsetzt war Herr Bassermann auch durch ein Gespräch mit Herrn von Kirchmann, in welchem dieser Abgeordnete des linken Centrums ihm als seine Privatmeinung gesagt hatte, er glaube nicht, daß eine Vermittelung noch möglich sei, wenn sie aber möglich sei, könne sie nur unter folgenden Bedingungen erfolgen:

1) Das Ministerium Brandenburg müsse entlassen und eine Untersuchung gegen dasselbe eingeleitet werden.

2) Es müsse ein Ministerium aus der Linken und dem linken Centrum, etwa ein Ministerium Waldeck, gebildet werden.

3) Es müsse die Garde aufgelöst, eine allgemeine Volks-Bewaffnung unverzüglich eingeführt und alles Militair im Umkreise von vier Meilen aus Berlin entfernt werden.

4) Der König müsse einen Revers ausstellen, sich nicht ferner in Regierungs-Geschäfte zu mengen.

5) Der König müsse seinen Wohnsitz in Berlin nehmen und seine ganze Umgebung von sich entfernen.

Herr Bassermann stellte diese Forderungen als diejenigen dar, welche die National-Versammlung in Berlin zur Grundbedingung einer Einigung mit der Krone gemacht habe, während sie in der That nichts Anderes waren, als der Ausdruck einer persönlichen Meinung, welche Herr von Kirchmann unvorsichtig genug gewesen war, gegen Herrn Bassermann zu äußern.

Diese Meinungsäußerung war in der That eine höchst unkluge, denn sie diente sehr bald der Reactions-Partei zum erwünschten Mittel, die Bestrebungen der National-Versammlung zu verdächtigen. Ein Plakat, welches in Tausenden von Exemplaren in Berlin und den Provinzen ausgebreitet wurde, brachte sofort die Veröffentlichung des Gesprächs zwischen Herrn Bassermann und Herrn von Kirchmann als den Ausdruck des Willens der National-Versammlung, und kühlte dadurch den Eifer für dieselbe besonders in den Provinzen sehr ab; der Beschluß der Steuer-Verweigerung am 15. November sollte die Sympathie für die Versammlung in den Provinzen vollends vernichten.

Nachdem Herr Bassermann seine Vermittler-Rolle auf eine so ungeschickte Weise vollendet hatte, wurden von Frankfurt die Herren Simson und Hergenhahn nach Berlin geschickt, um hier einerseits die Krone zur Erfüllung eines Beschlusses der Frankfurter Versammlung, dahin lautend, daß ein neues volksthümliches Ministerium zu ernennen und die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg zurückzunehmen

sei, zu vermögen, und um andererseits auch die National-Versammlung zum Abstehen von ihren extravaganten Beschlüssen zu veranlassen.

Beide Zwecke der Reichs-Commissarien wurden nicht erreicht. Die Regierung ließ sich auf gar keine Nachgiebigkeit ein und die National-Versammlung konnte dies daher eben so wenig thun. Ohne den Rücktritt des Ministeriums Brandenburg konnte von Seiten der National-Versammlung kein Vermittelungs-Vorschlag angenommen werden, und die Krone wiederum konnte und wollte das Ministerium der Contre-Revolution nicht fallen lassen.

Ebenso erfolglos war die Sendung der Herren Rodbertus und Schulz (Delitzsch) nach Frankfurt.

Unter Verhandlungen darüber, ob die Versammlung nach Brandenburg gehen wolle oder nicht, ging die Zeit bis zum 27. November, dem Eröffnungstage in Brandenburg, hin. Ein großer Theil der Berliner Deputirten war dafür, daß die Versammlung sich in pleno in Brandenburg einfinde und dort mit der ihr nicht zu nehmenden entschiedenen Majorität energische Beschlüsse gegen das Ministerium fasse. Selbst viele Mitglieder der entschiedenen Linken stimmten für diesen, einzig vernünftigen Vorschlag, der seine Gegner theils unter den Mitgliedern der äußersten Linken, theils auch in den Centren fand. Gerade die Coryphäen der National-Versammlung, Waldeck, Jacoby, Behrends, D'Ester, Rodbertus, Unruh, Berg u. s. w. waren entschieden gegen eine Uebersiedelung nach Brandenburg, die übrigens auch nur dann rathsam sein konnte, wenn eben alle Mitglieder der Versammlung Theil daran nahmen und dadurch der Opposition in Brandenburg der servilen Rechten gegenüber eine entschie-

dene Majorität verschafften. So kam es denn zu keinem ordentlichen Beschlusse.

40.

Am 27. November fand die Wiedereröffnung der National-Versammlung in Brandenburg im Dom statt; aber es war nicht mehr die National-Versammlung, sondern nur der Theil der Rechten und des rechten Centrums, welcher in dienstwilliger Ergebenheit die Befehle des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel befolgt hatte. Von den in Berlin nach dem 9. November zurückgebliebenen Deputirten waren nur sehr wenige Mitglieder der Rechten und des Centrums nach Brandenburg übergesiedelt. Nur 154 Deputirte ergab der Namens-Aufruf, also bei weitem nicht die beschlußfähige Anzahl (202); die Versammlung mußte daher bis auf den folgenden Tag vertagt werden.

Gegen die in Berlin zurückgebliebenen Deputirten begann die Regierung jetzt mit energischer Strenge zu verfahren. Am 27. November erschien eine Proclamation des Generals Wrangel, in welcher dieser bekannt machte, daß fernerhin die Zusammenkünfte der Fractionen nicht mehr gestattet werden könnten, und den Wirthen und Saal-Inhabern streng verboten sei, ihre Lokale zu Sitzungs-Lokalen herzugeben.

Mit dieser Proclamation machte General Wrangel auch in der That gleich Ernst. Schon am Morgen des 27. November ließ er die in Mylius Hotel versammelte Linke durch Militair-Gewalt auseinander sprengen. Ueber den Hergang bei diesem neuen Attentat auf die National-Versammlung

geben wir das im Lokale von Jaroschewitz von den Deputirten selbst aufgenommene Protokoll:

Verhandelt, Berlin, den 27. November halb 1 Uhr, im Lokale bei Jaroschewitz.

In der Morgen-Sitzung der in dem Hotel Mylius sich versammelnden Fraction Abgeordneter der National-Versammlung und in Anwesenheit von etwa achtzig Mitgliedern derselben, wurde durch den Wirth, Herrn Mylius, die Nachricht gebracht, daß die Straße militairisch besetzt sei, und daß die Soldaten so eben die Kupferhüte auf die Gewehre setzten, daß ferner ein Major das Verlangen stelle, und zwar „im Namen des Gesetzes", in den Saal geführt zu werden.

Es wurde hierauf von vielen Seiten bemerkt, daß man nicht nöthig habe, hierauf eine besondere Antwort zu ertheilen.

Nach einiger Zeit drang ein Major, dem eine Anzahl Soldaten, Gewehr am Fuß, folgten, dem Anschein nach einige dreißig Mann, geführt von mehreren Lieutenants, in das Zimmer, und der Major richtete die Aufforderung an die Versammlung, im Namen des Gesetzes das Lokal sofort zu verlassen.

Der Abgeordnete Jacoby nahm das Wort und fragte den Major: Was wollen Sie?

Major: Ich komme im Namen des Gesetzes.

Jacoby: Im Namen welches Gesetzes?

Major: Im Namen des höchsten Gesetzes!

Jacoby: Von welchem Gesetze sprechen Sie?

Major: Ich spreche im Namen des constitutionellen Gesetzes.

Jacoby: Ich kenne kein Gesetz, welches uns verbietet, uns am Tage in einem Gasthofe einzufinden.

Elsner: Selbst die Proclamation des Herrn Wrangel enthält nichts von einem derartigen Verbote. Wir sind kein Clubb.

Major: Das geht mich nichts an, ich handle im Auftrage meiner Behörde.

Jacoby: Wie ist Ihr Name?

Major: Ich bin der Major Graf Blumenthal.

Jacoby: Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben?

Major (nach einer Pause): Meine vorgesetzte Behörde.

Verschiedene Stimmen: Nennen Sie die Behörde!

Major (nach einer Pause): Meine Herren! Setzen Sie mich nicht in Verlegenheit.

Jacoby: Nun, so erkläre ich Ihnen, Sie handeln nicht im Namen des Gesetzes, sondern im Namen der Gewalt, und es ist traurig, daß die Soldaten zu solchen Gewaltthaten gemißbraucht werden.

Major: Meine Herren, ich handle meinem Auftrage gemäß.

Jacoby: Ich wiederhole Ihnen, daß Sie lediglich kraft der Gewalt handeln. Sie sind verantwortlich für dieselbe und Alle, welche Ihnen den Auftrag gegeben; Sie werden seiner Zeit zur Rechenschaft gezogen werden.

Major: Ich bitte mir nun alle die Papiere aus, die hier liegen.

Verschiedene: Das ist unser Eigenthum, und Niemand kann Ihnen das Recht geben, unser Eigenthum anzugreifen.

Major: Diese Papiere werden Ihnen zurückgegeben werden.

Anwandter: Unter allen Umständen könnten Sie diese Papiere nur nach Aufnahme eines Verzeichnisses nehmen, thun Sie es nicht, so rauben Sie.

Borchardt: Mindestens müssen Sie diese Papiere versiegeln.

Major: Meine Herren! es kann ja Einer von Ihnen mit auf die Commandantur gehen, da kann das Alles geschehen.

Jacoby: Auf diese Weise können uns Papiere weggenommen oder verbrecherische Papiere untergeschoben werden.

Der Major griff hierauf nach einem Pack Druckpapier, und ersuchte einen der ihm zunächst stehenden Abgeordneten, einen entfernten, auf dem Tische liegenden Stoß Druckpapier ihm zuzustellen. Dies wurde verweigert. Nur die Gewalt, wurde entgegnet, walte hier. Nehmen Sie die Papiere selbst und constatiren Sie dadurch den Raub.

Der Major ergriff darauf auch diese Papiere.

Rüdiger (— ein Greis — zu den Soldaten gewendet, weinend): Freunde, ich habe auch Söhne unter Euch und Ihr wollt hier die Väter des Landes mit Gewalt vertreiben? Stecht oder schießt mich nieder!

Einige: Laßt sie die Gewalt anwenden, wir weichen nicht.

Simon: Meine Herren, die Gewalt ist consummirt.

Viele (zugleich): Gehen wir auseinander, die Gewalt ist consummirt. Es entfernten sich hierauf die Anwesenden und fanden vor dem Hause und in dessen Nähe einige Compagnieen aufgestellt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

H. Simon. M. Elsner. Berends. Dr. Jacoby. D'Ester. Anwandter. Borchardt. Reuter. Schultz (Wanzleben). Keiffenheim. Thiede.

Ein ähnliches Attentat wurde auf eine Fractionssitzung am 30. November begangen, und man ging sogar soweit, in die Privatwohnung des Abgeordneten Hildenhagen einzubrechen, in welcher sich das Büreau der National-Versammlung befand, und die sämmtlichen Papiere mit Beschlag zu belegen, darunter auch eine Proclamation, welche von der National-Versammlung am 27. November erlassen worden war, und welche allen Mitgliedern zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte.

Diese Proclamation, das letzte officielle Aktenstück der in Berlin zurückgebliebenen National-Versammlung, lautet folgendermaßen:

Mitbürger!

Als durch die Revolution der Märztage der lange geknechtete Volkswille zur Geltung gekommen war, da habt Ihr die Preußische National-Versammlung hierher entsendet mit dem Auftrage, in gesetzlicher Ordnung den Neubau der Verfassung zu gründen. Es war Euch nicht zu thun um ein leeres Constitutions-Schema, neben welchem die alte Willkür, die alle Pulse des Volkslebens hemmenden alten Werkzeuge der Adels-, Beamten- und Militair-Herrschaft in voller Thätigkeit hätten bleiben können. Ihr verlangtet eine neue Begründung, nicht nur in dem eigentlich politischen System, sondern auch im Gemeinde-, Verwaltungs-, Gerichts- und Militair-Wesen. In diesem Sinne hat die National-Versammlung ihre Aufgabe erfaßt und sich mit Ernst und Ausdauer ihrer Lösung gewidmet, mehr gehemmt als gefördert durch die drei rasch auf einander folgenden Ministerien. In die Nothwendigkeit versetzt, an die Stelle des von der öffent-

lichen Meinung gerichteten Verfassungs-Entwurfs des Ministeriums Camphausen denjenigen der Verfassungs-Commission zu setzen, hatten wir den letzteren durch Bearbeitung in den Abtheilungen und Central-Abtheilungen zur ununterbrochenen Berathung in den Plenar-Versammlungen gereift. Auch die Gemeinde-Ordnung, die bis jetzt noch nicht einmal von dem Ministerium vorgelegte Kreis- und Bezirks-Ordnung wären in kurzer Zeit zur Verhandlung in der Versammlung vorgearbeitet gewesen. Ebenso verhielt es sich mit dem Grundsteuer-Gesetze, dessen Zweck dahin ging, der Ungleichheit in der Besteuerung der einzelnen Provinzen, der Belastung des kleineren Gutsbesitzers vor dem größeren, ein Ende zu machen; wir haben diese Gesetzes-Vorlage noch in den letzten Tagen des Drangsals zur Berathung im Plenum beendigt. Ein Gesetz über die Abschaffung der Lasten des bäuerlichen Grundbesitzes beschäftigte jetzt eben die Versammlung. Der heilige Ernst ihres Berufs hatte sich mehr und mehr in derselben entwickelt. Der Beschluß vom 7. September über den Stein'schen Antrag zeigte zugleich ihre Entschlossenheit, die eigene Würde zu wahren und an die Reform des ganz außerhalb des Gesetzes der Neuzeit stehenden Offizier-Wesens endlich die Hand zu legen. Klar mußte es allen Privilegirten, allen Büreaukraten, allen Herrendienern, allen Anhängern des alten Militair- und Polizei-Staates werden, daß es mit dieser Versammlung nicht möglich sei, neben dem Scheinbilde des Constitutionalismus die alte Willkür-Herrschaft fortzusetzen, das Volk wieder um die Früchte der Revolution zu bringen. Daher verdächtigten sie auf jede Weise die National-Versammlung, beschuldigten sie der Unthätigkeit, erhoben das Geschrei nach der bloßen, hohlen Constitutions-Form,

beuteten die politische Unreife, die Furcht des Bürgers vor dem Proletarier, diese in Deutschland ganz unbegründete Furcht, aus, benutzten einzelne Gesetz-Ueberschreitungen, um vermöge der widergesetzlichen Erfindung des Belagerungs-Zustandes im tiefsten Frieden ein Werkzeug vorzubereiten zur Unterdrückung der blutig errungenen Freiheiten, der Presse, des Vereinigungs-Rechts. Zur Täuschung der Provinzen deutete man die in Zeiten der Aufregung unvermeidlichen, vereinzelten Excesse dahin, die Versammlung sei terrorisirt. Dichter und dichter, mit steigender Verschwendung der Staatsgelder, wurde zugleich das Netz militairischer Umstrickung um die friedliche Hauptstadt gezogen. Als nun die Versammlung auch in der Berathung der Grundrechte den entschiedenen Willen zeigte, die Früchte der Revolution zur Geltung zu bringen, als sie die Hand an die Feudalrechte legte, Adel, Titel und Orden aufhob, als sie sich des unterdrückten Wiens annahm, da schien es der Reaction die höchste Zeit zu sein, durch Beseitigung dieser Versammlung dem Volke die Hoffnungen zu nichte zu machen, deren Erfüllung nach wenigen Monaten bevorstand. Da trat die Soldaten-Gewalt unverhüllt auf in dem Ministerium Brandenburg.

Die eigenmächtige Verlegung und Vertagung der Versammlung, das wiederholte gewaltsame Auseinandersprengen derselben durch die Bajonette, die Dictatur Wrangels, der Belagerungs-Zustand Berlins im Frieden und ohne Aufruhr, die Auflösung und Entwaffnung der Bürgerwehr, die Vernichtung der Preßfreiheit und des Vereinigungs-Rechts, die

Verletzung des Gesetzes zum Schutz der persönlichen Freiheit, das sind die Thaten dieser Gewalthaber. — Wir, Eure Vertreter, haben dem Despotismus den Widerstand geleistet, der in unserer Macht lag. Schritt vor Schritt folgten wir den Maßregeln dieses Ministeriums und erklärten sie für ungesetzlich. Als letzte Waffe des leidenden Widerstandes sprach die National-Versammlung diesem des Hochverraths angeklagten Ministerium die Befugniß ab, Steuern zu erheben und über Staats-Gelder zu verfügen. — Dabei haben wir wiederholt die Hand zur Ausgleichung des Conflictes geboten und nichts weiter verlangt, als die Aenderung des Ministeriums und die ungestörte Fortsetzung unserer Berathungen in Berlin. — Alles jedoch ohne Erfolg.

Jetzt, wo die regelmäßige Zusammenkunft der Volks-Vertreter hier durch ungesetzliche Gewalt verhindert wird, vereinigt die Regierung die Abgeordneten, welche ihren Auftrag verkennen, zu einer, jedes gesetzlichen Ansehens entbehrenden, Versammlung in Brandenburg. Sie bedenkt nicht, daß Alles, was die Minderheit vornehmen mag, von vornherein null und nichtig ist, daß auch die etwaige Vermehrung der jetzt so geringen Zahl der dort Versammelten an der Gesetzlichkeit nicht das Mindeste ändern könnte, daß die einzige Grundlage derselben die Bajonette bleiben werden. Sollte, wie behauptet wird, die Gewalt im schlimmsten Falle dem Lande eine Verfassung octroyiren (aufdrängen) wollen, so würde eine solche Verfassung nicht die geringste Gültigkeit haben. Denn es ist die Errungenschaft des März, daß nur mit den gewählten Vertretern des Volks die Verfassung festgestellt werden darf. Nur wir, die hier in Berlin constituirte National-

Versammlung, sind jetzt diese Vertreter. Jede Auflösung dieser Versammlung ist ungesetzlich und daher rechtlich wirkungslos. Feierlich protestirt die National-Versammlung gegen alle Akte der Regierung, welche durch die außerordentlichen Militair-Anstalten wöchentlich Millionen des Staats-Vermögens vergeudet, lediglich zur Knechtung der Nation. Feierlich erklärt dieselbe, daß die Regierung, ganz abgesehen von der bereits beschlossenen Steuer-Verweigerung, vom 1. Januar 1849 ab über keinen Pfennig verfügen darf, da wir das Budget noch nicht bewilligt haben. — Harret, Ihr Mitbürger, indessen muthig aus, scheidet die Selbstsucht aus Eurer Mitte, stählt Eure moralische Kraft, welcher das gesetzlose Beginnen Eurer Unterdrücker endlich unterliegen muß.

41.

Wir kehren zurück zur National-Versammlung in Brandenburg, um deren trauriges und unrühmliches Ende, den Schluß der preußischen Contre-Revolution, zu erzählen.

In der zweiten Sitzung am 29. November waren wieder nur 151 Mitglieder anwesend, die Versammlung also bei weitem nicht beschlußfähig. Der Alters-Präsident von Brünneck sah sich daher veranlaßt, die Versammlung bis zum 30. November, Vormittags 11 Uhr, zu vertagen; als Tagesordnung setzte er einen Antrag von Simons, die Einberufung der Stellvertreter für die fehlenden Abgeordneten, fest.

Wichtiger, als diese völlig unbedeutende Sitzung, war das, was hinter den Coulissen vorging. Das Ministerium

Brandenburg, welches wohl einsah, daß mit einer nicht beschlußfähigen Anzahl von Deputirten nicht durchzukommen sei, hatte nur den Minister von Manteuffel in die Sitzung geschickt; dieser aber trug eine neue Vertagungs-Ordre bis zum 11. Dezember in der Tasche, um während dieser Zwischenzeit die geeigneten Maßregeln gegen die renitenten Mitglieder der National-Versammlung zu treffen.

Selbst die Mitglieder der Rechten, die treuen Diener des Ministeriums, waren von dieser Maßregel nicht unterrichtet, nur den servilsten Stützen der Reaction war ein Blick in die Karten des Ministeriums Brandenburg gestattet worden.

Während des Namensaufrufs sprach sich die neue Vertagungs-Ordre in der Versammlung umher und erregte in derselben, selbst auf der Rechten, eine tiefe Sensation; die Mißstimmung war eine so allgemeine, die Herren der Rechten sprachen sich so entschieden dafür aus, daß man die Maßregeln, welche zu treffen seien, um die Versammlung vollständig zu machen, dieser selbst überlassen müsse, daß auch das Ministerium von seinem ursprünglichen Plane abging. Es that dies um so mehr, da von mehreren Abgeordneten die bestimmte Hoffnung ausgesprochen wurde, die Versammlung werde schon morgen vielleicht, gewiß aber in den nächsten Tagen, vollzählig sein, wenn auch etwa 38 bis 40 Mitglieder der entschiedenen Linken nicht mit nach Brandenburg kämen. Das aber war in den Augen der Rechten, welche dann die Majorität zu bekommen hoffte, natürlich kein Unglück.

Auch die dritte Sitzung in Brandenburg war noch nicht vollzählig, der Namensaufruf ergab nur 182 Mitglieder als anwesend.

Es waren allerdings mehrere Abgeordnete des Centrums,

unter ihnen Bornemann, Duncker, Parrisius, wieder in die Versammlnng eingetreten; aber ihre Anzahl hatte nicht genügt, die Versammlung beschlußfähig zu machen.

Bornemann sprach sich, zur Motivirung seines Wiedereintritts in die Versammlung, in sehr gemäßigter Weise aus; ebenso auch Dunker, obgleich dieser eine von ihm und seinen politischen Freunden unterzeichnete Erklärung vorlas, daß sie bisher nicht nach Brandenburg gekommen wären, um dem Ministerium ein neues Mißtrauens-Votum zu geben, jetzt aber, da das Ministerium trotzdem nicht zurücktrete, kämen, um an der Beschleunigung des Verfassungswerkes zu arbeiten.

Desto energischer sprach sich der Abgeordnete Parrisius aus, er erklärte: „Ich bin hierher gekommen, um hier weiter zu kämpfen gegen ein volks- und freiheitsfeindliches Ministerium!"

Diese Aeußerung erregte in der Versammlung einen furchtbaren Sturm. Dieselben Männer, welche früher selbst gegen die Ernennung des Ministeriums Brandenburg protestirt hatten, fanden sich jetzt durch diese Aeußerung verletzt und beantragten den Ordnungsruf gegen Herrn Parrisius, der auch vom Präsidenten vollzogen wurde.

Außer diesen Erklärungen bot die Versammlung nichts von Interesse dar, sie wurde um 12½ Uhr geschlossen, da sie doch keine Beschlüsse vornehmen konnte.

Desto wichtiger und interessanter war die letzte Sitzung der National-Versammlung am 1. Dezember. Sie bot ein Bild des wildesten Parteikampfes dar, in welchem besonders die Rechte zeigte, wie wenig sie eine Versöhnung wolle, wie sicher sie sich im Besitze der Herrschaft fühle.

Die Sitzung wurde um 11½ Uhr durch den Alters-Präsidenten eröffnet; das Ministerium war nicht anwesend.

Der Namensaufruf wurde vorgenommen; während desselben traten im langen Zuge eine große Anzahl, gegen 70, der bisher in Berlin zurückgebliebenen Abgeordneten ein und ließen sich schweigend auf den hinteren Bänken nieder, während Aller Blicke auf sie gerichtet waren.

Der Namensaufruf war beendet, aber noch nicht die Zählung; da bat der Abgeordnete Schneider um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung; es wurde ihm vom Alters-Präsidenten verweigert, weil die Versammlung noch nicht als vollzählig constituirt sei.

Darüber entspann sich nun eine lebhafte Debatte, da der Abgeordnete Schneider nach §. 39 der Geschäfts-Ordnung, welcher besagt, daß zu einer persönlichen Bemerkung die Zulassung zum Wort sofort verlangt werden könne, das Wort verlangte.

Wie bei dieser Debatte die Rechte verfuhr, mögen die Worte des Abgeordneten Pelzer beweisen, der den Paragraphen der Geschäfts-Ordnung zugab, dann aber fortfuhr:

„Es steht aber mit keiner Sylbe darin, daß die Versammlung es immer mit anhören müsse, wenn nach der Ansicht des Abgeordneten Dane Jemand zur persönlichen Bemerkung das Wort verlangt.

(Lärm und Gelächter.)

Lachen Sie nur immerhin! was in Berlin geschehen ist, wollen wir hier nun und nimmermehr dulden."

So verfuhren in diesem Augenblicke, wo es darauf ankam, eine Einigkeit in die halb zersprengte Versammlung zu bringen, die Mitglieder der Rechten; der Präsident hatte

jedoch noch einiges Rechtsgefühl, und so gab er denn dem Abgeordneten Schneider das Wort zu der folgenden hochwichtigen Erklärung.

Abgeordneter Schneider: Meine Herren! Ich habe im Namen mehrerer meiner politischen Freunde und in meinem eigenen Namen Ihnen folgende Erklärung vorzutragen:

„Wir Unterzeichnete erklären, daß wir, festhaltend an dem Beschlusse der National-Versammlung vom 9. November, fortdauernd der Krone die Befugniß bestreiten, die National-Versammlung wider ihren Willen zu verlegen, zu vertagen oder aufzulösen. Nachdem die Fortsetzung der Berathungen der National-Versammlung in Berlin durch Militair-Gewalt verhindert worden, und nachdem die Absicht erklärt ist, die hiesige Minorität der Versammlung durch Einberufung der Stellvertreter, wenn auch auf ungesetzlichem Wege, vollzählig zu machen, erscheinen wir in Brandenburg, alle anderen Rücksichten dem Wohle des Landes opfernd, nun auch hier die Rechte desselben zu wahren.

Brandenburg, den 1. Dezember 1848."

Diese Erklärung war unterzeichnet von 76 Abgeordneten aus allen in Berlin zurückgebliebenen Fractionen; sie enthielt unter anderen die Namen: v. Unruh, Phillips, Plönnies, Bauer (Krotoschin), Grebel, Wachsmuth, v. Kirchmann, Krackrügge, Bucher. —

Nach Verlesung dieser Erklärung fuhr Herr Schneider fort: „Ich habe hierbei zu bemerken, daß ich im Auftrage der Präsidenten von Unruh, Phillips und Plönnies . . .

(Unruhe.)

welche die Erklärung mit unterzeichnet haben, Ihnen mitzu-

theilen habe, daß dieselben haben nicht erscheinen können, weil sie mit der Einberufung der Mitglieder der National-Versammlung nach Brandenburg noch beschäftigt sind.

(Einzelnes Lachen.)

Wir, die wir hier erschienen sind, sind bereits einberufen worden und sind diesem Rufe gefolgt."

Da noch eine große Menge von Abgeordneten fehlte, welche in der folgenden Sitzung erwartet wurde, trug Parrissius, nachdem, als durch den Namensaufruf ermittelt, 260 Mitglieder als anwesend proclamirt worden waren, auf Vertagung der Sitzung an, während der Präsident erst die Constituirung der Versammlung durch Erwählung des Büreaus vorgenommen haben wollte. Das Letztere war gewiß eine schreiende Ungerechtigkeit, da bei einer Wahl die Majorität sicher auf Seite der äußersten Rechten sein mußte, während diese doch in der Versammlung bei weitem keine Majorität hatte. Dessenungeachtet wurde bei der namentlichen Abstimmung mit 145 gegen 113 Stimmen die Constituirung des Büreaus beschlossen.

Da blieb denn freilich der Linken nichts Anderes übrig, als abermals dadurch, daß sie den Saal verließ, die Versammlung unbeschlußfähig zu machen; der Abgeordnete Schneider proclamirte dies von der Tribüne und verließ darauf mit dem größten Theil der Abgeordneten, welche ihn begleitet hatten, den Saal.

Es wurde dessenungeachtet die Präsidenten-Wahl durch Namensaufruf vorgenommen; bei derselben ergab sich, daß nur 172 Mitglieder anwesend waren, also die Wahl wegen Nichtbeschlußfähigkeit der Versammlung als ungültig betrachtet werden mußte.

Naturgemäßer Weise hätte jetzt die Sitzung vertagt werden müssen, da die Versammlung in keiner Weise das Recht hatte, Beschlüsse zu fassen; dies geschah aber nicht, Herr Simons brachte einen Antrag ein, daß das Staats-Ministerium ersucht werden möchte, die Stellvertreter der nicht erschienenen Abgeordneten einzuberufen. Herr Simons that dies, Herr Simons, der spätere preußische Justiz-Minister, beantragte eine Rechtsverletzung durch die Minorität! —

Trotz mehrfachen Protestes gegen diesen rechtswidrigen Antrag wurde dennoch namentlich abgestimmt, und derselbe mit 73 gegen 1 Stimme angenommen, während 82 Anwesende sich der Abstimmung enthielten, weil sie nicht an einer Rechtswidrigkeit Theil nehmen wollten. Der noch nicht fünfte Theil der Versammlung beschloß dadurch die Ausschließung von ⅘ derselben.

Nach diesem Beschluß trug der Abgeordnete Baumstark auf Vertagung der Sitzung bis zum 7. Dezember an. Der frühere Antrag des Abgeordneten Schneider auf Vertagung war abgelehnt worden, jetzt nahm die Versammlung den Antrag von Baumstark an, weil die Majorität, die äußerste Rechte, dem Ministerium Zeit lassen wollte, seine Pläne in den Zwischentagen zu verwirklichen.

Um 3½ Uhr wurde die letzte Sitzung der National-Versammlung geschlossen.

Das Schicksal der National-Versammlung war jetzt entschieden! Allerdings blieben die Abgeordneten der Rechten noch in Brandenburg und auch eine Anzahl der in Berlin Zurückgebliebenen fand sich, durch ihren Präsidenten berufen, dort ein, um im Dome Sitzung zu halten; aber sie fanden

denselben durch Constabler besetzt und mußten unverrichteter Sache umkehren.

Am 5. Dezember Abends endlich wurde der durch das Ministerium Brandenburg begonnenen Contre-Revolution der letzte Stempel aufgedrückt. Es erschien im Staats-Anzeiger das Auflösungs-Dekret der National-Versammlung und zu gleicher Zeit eine octroyirte Verfassung.

Das Ministerium Brandenburg motivirte die Auflösung der Kammer in folgender Weise:

Ew. Königliche Majestät haben durch die Botschaft vom 8. vor. Mts., aus den darin angeführten Gründen, den Sitz der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung von Berlin nach Brandenburg verlegt und die Versammlung aufgefordert, zur Fortsetzung ihrer sofort abzubrechenden Berathungen am 27. vor. Mts. in Brandenburg wieder zusammen zu treten. Durch diese Anordnung, welche lediglich den Zweck hatte, die Freiheit der Berathungen der Volks-Vertreter vor den anarchischen Bewegungen in der Hauptstadt und ihren terroristischen Einflüssen sicher zu stellen, glaubten Ew. Königliche Majestät nicht nur ein unzweifelhaftes Recht der Krone, sondern auch eine durch die Rücksicht auf das Wohl des Landes dringend gebotene Pflicht auszuüben. Leider! ist Ew. Königliche Majestät wohlmeinende Absicht dabei von einem großen Theile der Versammlung verkannt worden. Uneingedenk ihrer wahren Aufgabe und ihrer Pflichten gegen die Krone und das Land, hat die Mehrzahl der Abgeordneten ihre Berathungen, der von Ew. Königlichen Majestät angeordneten Vertagung derselben ungeachtet, eigenmächtig in Berlin fortgesetzt und sich angemaaßt, als eine souveraine Gewalt über Rechte der Krone zu entscheiden. Sie hat ferner

die von Ew. Königlichen Majestät auf Grund einer klaren, gesetzlichen Bestimmung ausgesprochene Auflösung der Berliner Bürgerwehr für eine ungesetzliche Maßregel erklärt und dadurch die gedachte Bürgerwehr zum Widerstande gegen die Ausführung jener Anordnung aufgereizt. Sie hat endlich sich nicht gescheut, durch die an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der gesetzlichen Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staats-Verband dem Umsturz preiszugeben. Durch diese eben so rechtswidrigen wie verderblichen Beschlüsse hatte die in Berlin forttagende Mehrzahl der Mitglieder der Versammlung offen mit der Krone gebrochen und Ew. Königlichen Majestät gegenüber einen Standpunkt eingenommen, bei dessen Festhaltung die Möglichkeit einer befriedigenden Vereinbarung des Verfassungswerkes nicht abzusehen war. Hiernach wären Ew. Königliche Majestät schon damals, unmittelbar nach dem Steuerverweigerungs-Beschluß, unzweifelhaft berechtigt gewesen, die Versammlung aufzulösen. Gleichwohl gaben Ew. Königliche Majestät die Hoffnung noch nicht auf, daß die seitdem laut gewordene Stimme des Landes und die durch eine leidenschaftliche Auffassung vorübergehend zurückgedrängte Vaterlandsliebe viele jener Abgeordneten von dem betretenen Abwege zurückführen, daß unter deren Hinzutritt die Versammlung nach Ablauf der Vertagungsfrist in beschlußfähiger Zahl sich neu konstituiren, daß sie dann die Ungesetzlichkeit und Ungültigkeit der während der Vertagungsfrist von einem Theile ihrer Mitglieder gefaßten Beschlüsse in einer unzweideutigen Weise anerkennen, und daß es so der Krone werde möglich gemacht werden, die abgebrochenen Vereinbarungs-Verhandlungen wieder aufzunehmen und bald zu einem gedeih-

lichen Ziele zu führen. Wäre dies gelungen, so würde es auch möglich geworden sein, noch einige zur Verbesserung der Lage der bäuerlichen Besitzer und zur Erfüllung anderer dringenden Wünsche des Landes schon vorbereiteten Gesetze, im Verein mit der Versammlung, bald zu Stande zu bringen. Ew. Majestät Hoffnungen sind indessen leider! durch die Ereignisse der letzten Woche getäuscht worden. Nachdem die ihrer Pflicht gegen Ew. Königliche Majestät und das Vaterland getreuen Abgeordneten vier Tage hinter einander, vom 27. bis zum 30. vor. Mts., zu Brandenburg in nicht beschlußfähiger Zahl versammelt gewesen waren, wurde die Versammlung endlich am 1. d. M. durch den Hinzutritt eines großen Theils derjenigen Abgeordneten beschlußfähig, welche sich bis dahin der durch die Botschaft vom 8. v. M. angeordneten Verlegung der Versammlung widersetzt hatten. Anstatt aber diesen Widerstand aufzugeben, erklärte der Wortführer der hinzugetretenen Mitglieder, daß dieselben, um die beabsichtigte Einberufung ihrer Stellvertreter abzuwenden und nicht in Befolgung der Anordnungen Ew. Majestät, sondern lediglich deshalb erschienen seien, weil das während der Vertagungsfrist von den in Berlin zurückgebliebenen Mitgliedern gewählte Präsidium die Versammlung nach Brandenburg berufen habe. Zugleich wurde von diesem Theile der Versammlung ein auf Vertagung bis zum 4. d. M. gestellter Antrag in der von ihrem Wortführer ausgesprochenen Absicht unterstützt, um für diejenigen Ausgebliebenen, denen die Berufung des Präsidiums noch nicht zugegangen sei, Zeit zu gewinnen. Als hierauf der Vertagungs-Antrag verworfen war, verließen jene neu hinzugetretenen Abgeordneten beinahe sämmtlich die Versammlung, welche dadurch wieder beschlußunfähig und

außer Stand gesetzt wurde, sich neu zu konstituiren. Dieser Vorgang, welcher auf den pflichtgetreuen Theil der Versammlung, wie auf jeden dabei anwesenden Freund des Vaterlandes, einen tief verletzenden Eindruck machte, giebt den deutlichen Beweis, daß von derjenigen Fraction der Abgeordneten, die nach dem 9. v. M. in Berlin fortgetagt hat, ein großer, noch immer die Mehrzahl der ganzen Versammlung bildender Theil in offener Auflehnung gegen die von Ew. Königlichen Majestät in der Botschaft vom 8. v. M. getroffenen Anordnungen, mithin auf einem Standpunkte verharrt, welcher, nach unserer pflichtmäßigen Ueberzeugung, die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Krone ausschließt. Bei der numerischen Stärke dieser Partei würde es jederzeit von ihrem Belieben abhängen, die Versammlung — wie es am 1. d. M. geschehen ist — beschlußunfähig zu machen, ohne daß gegen ein solches Beginnen die früher beabsichtigte Einberufung der Stellvertreter, die ohnehin während der Anwesenheit der Abgeordneten gesetzlich nicht zu begründen wäre, genügenden Schutz gewähren könnte. Die zur Vereinbarung der Verfassung berufene Versammlung befindet sich hiernach in einem Zustande so tiefer innerer Zerrüttung, daß mit ihr die Verfassungs-Berathung ohne Verletzung der Würde der Krone nach unserer Ansicht nicht länger fortgesetzt werden kann. Wir beklagen dies um so schmerzlicher, je zuversichtlicher wir von der Fortführung der Vereinbarungs-Verhandlungen mit denjenigen Abgeordneten, welche der von Ew. Majestät ergangenen Berufung nach Brandenburg, zum Theil selbst unter Aufopferung früher verfochtener Ansichten, schuldige Folge geleistet hatten, ein für das Vaterland gedeihliches Resultat erwarten durften. Gleichwohl glauben wir eine noch-

malige Wiederholung des in der vorigen Woche fünfmal mißlungenen Versuchs einer neuen Konstituirung der Versammlung pflichtmäßig widerrathen zu müssen, weil sich mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen läßt, daß dabei die tiefe Zerrissenheit der Versammlung und ihre unverkennbare innerliche Auflösung in ähnlicher Weise, wie am 1. d. M., zur Trauer aller wahren Vaterlandsfreunde hervortreten würde. Ew. Königl. Majestät können wir demnach nur die sofortige Auflösung der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen Versammlung anrathen, und erlauben uns, den Entwurf der diesfälligen Verordnung zu Ew. Königl. Majestät Allerhöchster Vollziehung ehrfurchtsvoll beizufügen. Gewiß ist diese Vereitelung des vor länger als sechs Monaten begonnenen Versuchs der Vereinbarung einer Verfassung zwischen der Krone und den Vertretern des Volks ein sehr beklagenswerthes Ereigniß. Wahrhaft verderblich aber würde es sein, wenn, um dieser Vereitelung willen, die Sehnsucht des Landes nach einer Verfassung, von welcher es Wiederherstellung eines festen Rechtszustandes und des in allen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gestörten Vertrauens mit Recht erwarten darf, noch längere Zeit unbefriedigt bleiben sollte. Ew. Königl. Majestät können wir daher nur pflichtmäßig rathen, Ihrem Volke eine Verfassung, die zur Begründung, Befestigung und Erhaltung wahrer Freiheit geeignet ist, unverzüglich unter dem Vorbehalt zu gewähren, daß dieselbe von den zunächst, und zwar sofort, zu berufenden Kammern einer Revision zu unterwerfen sei. Wir haben eine solche Verfassung unter strenger Festhaltung der von Ew. Königl. Majestät im März d. J. ertheilten Verheißungen entworfen, und dabei nicht nur die Vorarbeiten der zur Vereinbarung der Verfassung berufenen

Versammlung, sondern auch die bisherigen Beschlüsse der deutschen National-Versammlung, deren fernere Beschlüsse auch bei der vorzubehaltenden Revision zu beachten sein werden, sorgfältig berücksichtigt. Indem wir diesen Entwurf, nebst dem Entwurf eines Wahl-Gesetzes, hierbei unterthänigst vorlegen, stellen wir Ew. Königl. Majestät die Vollziehung derselben ehrfurchtsvoll anheim. Schließlich behalten wir uns vor, bei Ew. Königl. Majestät den provisorischen Erlaß verschiedener, zur Befriedigung dringender Bedürfnisse des Landes erforderlichen Verordnungen in den nächsten Tagen unterthänigst zu beantragen.

Berlin, den 5. Dezember 1848.

Das Staats-Ministerium.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Strotha. von Manteuffel. von Rintelen. von der Heydt.

An des Königs Majestät.

Die octroyirte Verfassung vom 5. Dezember lautet folgendermaßen:

Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc.,

thun kund und fügen zu wissen: daß Wir in Folge der eingetretenen außerordentlichen Verhältnisse, welche die beabsichtigte Vereinbarung der Verfassung unmöglich gemacht, und entsprechend den dringenden Forderungen des öffentlichen Wohls, in möglichster Berücksichtigung der von den gewählten Vertretern des Volkes ausgegangenen umfassenden Vorarbeiten, die nachfolgende Verfassungs-Urkunde zu erlassen beschlossen

haben, vorbehaltlich der am Schlusse angeordneten Revision derselben im ordentlichen Wege der Gesetzgebung. Wir verkünden demnach die Verfassung für den preußischen Staat, wie folgt:

Titel I. Vom Staats-Gebiete. Art. 1. Alle Landestheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staats-Gebiet. Art. 2. Die Gränzen dieses Staats-Gebiets können nur durch ein Gesetz verändert werden.

Titel II. Von den Rechten der Preußen. Art. 3. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaften eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden. Art. 4. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standes-Vorrechte finden nicht statt. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. Art. 5. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Verhaftung zulässig ist, sind durch das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 24. September laufenden Jahres bestimmt. Art. 6. Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haussuchungen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. Die Beschlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Haussuchung, nur auf Grund eines richterlichen Befehles vorgenommen werden. Art. 7. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahme-Gerichte und außerordentliche Kommissionen, so weit sie nicht durch diese Verfassungs-Urkunde für zulässig erklärt werden, sind unstatthaft. Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder ver-

hängt werden. Art. 8. Das Eigenthum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige, in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzustellende, Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden. Art. 9. Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögens-Einziehung finden nicht statt. Art. 10. Die Freiheit der Auswanderung ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Art. 11. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religions-Gesellschaften (Art. 28 u. 29) und der gemeinsamen öffentlichen Religions-Uebung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse und der Theilnahme an irgend einer Religions-Gesellschaft. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Art. 12. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religions-Gesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Zwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. Art. 13. Der Verkehr der Religions-Gesellschaften, mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung ihrer Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Art. 14. Ueber das Kirchen-Patronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufzuheben, wird ein besonderes Gesetz ergehen. Art. 15. Das, dem Staate zustehende Vorschlags-, Wahl- oder Bestätigungs-Recht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist aufgehoben. Art. 16. Die bürgerliche Gültigkeit der

Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Civilstands-Beamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civil-Aktes stattfinden. Art. 17. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Art. 18. Der preußischen Jugend wird durch genügende öffentliche Anstalten das Recht auf allgemeine Volksbildung gewährleistet. Aeltern und Vormünder sind verpflichtet, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen den zur allgemeinen Volksbildung erforderlichen Unterricht ertheilen zu lassen, und müssen sich in dieser Beziehung den Bestimmungen unterwerfen, welche das Unterrichts-Gesetz aufstellen wird. Art. 19. Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staats-Behörden nachgewiesen hat. Art. 20. Die öffentlichen Volksschulen, so wie alle übrigen Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten stehen unter der Aufsicht eigener, vom Staate ernannter Behörden. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Art. 21. Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule und die Wahl der Lehrer, welche ihre sittliche und technische Befähigung den betreffenden Staats-Behörden gegenüber zuvor nachgewiesen haben müssen, stehen der Gemeinde zu. Den religiösen Unterricht in der Volksschule besorgen und überwachen die betreffenden Religions-Gesellschaften. Art. 22. Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Recht-Titeln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich er-

theilt. Art. 23. Ein besonderes Gesetz regelt das gesammte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt. Art. 24. Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Gedanken frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise, namentlich weder durch Censur, noch durch Concessionen und Sicherheitsbestellungen, weder durch Staats-Auflagen, noch durch Beschränkungen der Druckereien und des Buchhandels, noch endlich durch Postverbote und ungleichmäßigen Postsatz, oder durch andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Art. 25. Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. Vor der erfolgten Revision des Strafrechts wird darüber ein besonderes vorläufiges Gesetz ergehen. Bis zu dessen Erscheinen bleibt es bei den jetzt geltenden allgemeinen Strafgesetzen. Art. 26. Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und im Bereiche der richterlichen Gewalt des Staates, so dürfen Verleger, Drucker und Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch andere Thatsachen begründet wird, nicht verfolgt werden. Auf der Druckschrift muß der Verleger und der Drucker genannt sein. Art. 27. Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche in allen Beziehungen der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes ist von Versammlungen unter freiem Himmel 24 Stunden vorher der Orts-Polizei-Behörde Anzeige zu

machen, welche die Versammlung zu verbieten hat, wenn sie dieselbe für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährlich erachtet. Art. 28. Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Art. 29. Die Bedingungen, unter welchen Corporations-Rechte ertheilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz. Art. 30. Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesammtnamen sind nur Behörden und Corporationen gestattet. Art. 31. Das Briefgeheimniß ist unverletzlich. Die bei strafgerichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzgebung festzustellen. Das Gesetz bezeichnet die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimnisses der der Post anvertrauten Briefe verantwortlich sind. Art. 32. Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz. Auf das Heer finden die in den §§. 5, 6, 27, 28 enthaltenen Bestimmungen insoweit Anwendung, als die militairischen Disziplinar-Vorschriften nicht entgegenstehen. Art. 33. Die bewaffnete Macht besteht: aus dem stehenden Heere, der Landwehr, der Bürgerwehr. Besondere Gesetze regeln die Art und Weise der Einstellung und die Dienstzeit. Art. 34. Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civil-Behörden und in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen verwendet werden. Art. 35. Die Einrichtung der Bürgerwehr ist durch ein besonderes Gesetz geregelt. Art. 36. Das Heer steht im Kriege und im Dienste unter der Militair-Kriminal-Gerichtsbarkeit und unter dem Militair-Straf-Gesetzbuch; außer dem Kriege und dem Dienste unter Bei-

behaltung der Militair-Kriminal-Gerichtsbarkeit unter den allgemeinen Strafgesetzen. Die Bestimmungen über die militairische Disciplin im Kriege und Frieden, so wie die näheren Festsetzungen über den Militair-Gerichtsstand, bleiben Gegenstand besonderer Gesetze. Art. 37. Das stehende Heer darf nicht berathschlagen. Eben so wenig darf es die Landwehr, wenn sie zusammenberufen ist. Auch wenn sie nicht zusammenberufen ist, sind Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Berathung militairischer Befehle und Anordnungen nicht gestattet. Art. 38. Die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Fideikommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Fideikommisse sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigenthum umgestaltet werden. Art. 39. Vorstehende Bestimmungen (Art. 38) finden auf die Thronlehen, das Königliche Haus- und Prinzliche Fideikommiß, so wie auf die außerhalb des Staates belegenen Lehen und die ehemals reichsunmittelbaren Besitzungen und Fideikommisse, insofern letztere durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechts-Verhältnisse derselben sollen durch besondere Gesetze geordnet werden. Art. 40. Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablösbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet. Aufgehoben ohne Entschädigung sind: a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, so wie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien, wogegen die Lasten und Leistungen wegfallen, welche den bisher Berechtigten oblagen. Bis zur Emanirung der neuen Gemeinde-Ordnung

bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizei-Verwaltung; b) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrlichkeit, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbe-Verfassung, herstammenden Verpflichtungen. Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstückes ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester, ablösbarer Zins vorbehalten werden.

Titel III. Vom Könige. Art. 41. Die Person des Königs ist unverletzlich. Art. 42. Seine Minister sind verantwortlich. — Alle Regierungs-Akte des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Art. 43. Dem Könige allein steht die vollziehende Gewalt zu. Er ernennt und entläßt die Minister. Er befiehlt die Verkündigung der Gesetze und erläßt unverzüglich die zu deren Ausführung nöthigen Verordnungen. Art. 44. Der König führt den Oberbefehl über das Heer. Art. 45. Er besetzt alle Stellen in demselben, so wie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, insofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet. Art. 46. Der König hat das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Handels-Verträge, so wie andere Verträge, durch welche dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern. Art. 47. Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Zu Gunsten eines wegen seiner Amtshandlungen verurtheilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgeübt werden, von welcher die Anklage ausgegangen

ist. Er kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen. Art. 48. Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu. Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes. Art. 49. Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Fall innerhalb eines Zeitraums von 40 Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden. Art. 50. Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von 30 Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden. Art. 51. Die Krone ist, den Königlichen Hausgesetzen gemäß, erblich in dem Mannsstamme des Königlichen Hauses nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge. Art. 52. Der König wird mit Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig. Er leistet in Gegenwart der vereinigten Kammern das eidliche Gelöbniß, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Art. 53. Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein. Art. 54. Im Fall der Minderjährigkeit des Königs vereinigen sich beide Kammern zu Einer Versammlung, um die Regentschaft und die Vormundschaft anzuordnen, insofern nicht schon durch ein besonderes Gesetz für Beides Vorsorge getroffen ist. Art. 55. Ist der König in der Unmöglichkeit, zu regieren, so beruft der Nächste zur Krone oder Derjenige, der nach den Hausgesetzen an dessen

Stelle tritt, beide Kammern, um in Gemäßheit des Art. 54 zu handeln. Art. 56. Die Regentschaft kann nur einer Person übertragen werden. Der Regent schwört bei Antretung der Regentschaft einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren. Art. 57. Dem Kron-Fideikommiß-Fonds verbleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 auf die Einkünfte der Domainen und Forsten angewiesene Rente.

Titel IV. Von den Ministern. Art. 58. Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staats-Beamten, haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen. Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind. Art. 59. Die Minister können durch Beschluß einer Kammer wegen des Verbrechens der Verfassungs-Verletzung, der Bestechung und des Verrathes angeklagt werden. Ueber solche Anklage entscheidet der oberste Gerichtshof der Monarchie in vereinigten Senaten. So lange noch zwei oberste Gerichtshöfe bestehen, treten dieselben zu obigem Zwecke zusammen. Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und das Strafmaaß werden einem besonderen Gesetze vorbehalten.

Titel V. Von den Kammern. Art. 60. Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt. Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetze erforderlich. Art. 61. Dem Könige, so wie jeder Kammer, steht das

Recht zu, Gesetze vorzuschlagen. Vorschläge, welche durch eine der Kammern oder durch den König verworfen worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden. Art. 62. Die erste Kammer besteht aus 180 Mitgliedern. Art. 63. Die Mitglieder der ersten Kammer werden durch die Provinzial-Bezirks- und Kreisvertreter erwählt (Art. 104.) Die Provinzial-Bezirks- und Kreisvertreter bilden, nach näherer Bestimmung des Wahl-Gesetzes, die Wahlkörper, und wählen die nach der Bevölkerung auf die Wahl-Bezirke fallende Zahl der Abgeordneten *). Art. 64. Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgesetzt Art. 65. Wählbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits fünf Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat. Art. 66. Die zweite Kammer besteht aus 350 Mitgliedern. Die Wahl-Bezirke werden nach Maßgabe der Bevölkerung festgestellt. Art. 67. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler, insofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung

---

*) Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt zu erwägen, ob ein Theil der Mitglieder der ersten Kammer vom Könige zu ernennen, und ob den Ober-Bürgermeistern der großen Städte, so wie den Vertretern der Universitäten und Akademieen der Künste und Wissenschaften, der Sitz in der Kammer einzuräumen sein möchte.

erhält *). Art. 68. Die Urwähler einer jeden Gemeinde wählen auf jede Vollzahl von 250 Seelen ihrer Bevölkerung einen Wahlmann. Art. 69. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner erwählt. Die Wahl-Bezirke sollen so organisirt werden, daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden. Art. 70. Die Legislatur-Periode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt. Art. 71. Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das 30. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits ein Jahr lang dem preußischen Staats-Verbande angehört hat. Art. 72. Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislatur-Periode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder wieder wählbar. Art. 73. Das Nähere über die Ausführung der Wahlen zu beiden Kammern bestimmt das Wahl-Ausführungs-Gesetz. Art. 74. Stellvertreter für die Mitglieder der beiden Kammern werden nicht gewählt. Art. 75. Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Monat November jeden Jahres und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einberufen. Art. 76. Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern. Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen. Wird eine

---

*) Bei der Revision der Verfassungs-Urkunde bleibt es zu erwägen, ob nicht ein anderer Wahlmodus, namentlich der der Eintheilung nach bestimmten Klassen für Stadt und Land, wobei sämmtliche bisherigen Urwähler mitwählen, vorzuziehen sein möchte.

Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt. Art. 77. Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsgang durch eine Geschäfts-Ordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vice-Präsidenten und Schriftführer. Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer. Durch die Annahme eines besoldeten Staats-Amtes oder einer Beförderung im Staatsdienste verliert jedes Mitglied einer Kammer Sitz und Stimme in derselben und kann seine Stelle nur durch eine neue Wahl wieder erlangen. Niemand kann Mitglied beider Kammern sein. Art. 78. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich. Jede Kammer tritt auf den Antrag ihres Präsidenten oder von 10 Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über diesen Antrag zu beschließen ist. Art. 79. Keine der beiden Kammern kann einen Beschluß fassen, wenn nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist. Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen. Art. 80. Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten. Niemand darf den Kammern oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen. Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von denselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen. Art. 81. Eine jede Kammer hat die Befugniß, Behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen. Art. 82. Die Mitglieder beider Kammern sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie stimmen nach ihrer freien Ueberzeugung und sind an Aufträge und Instructionen nicht gebunden.

Art. 83. Sie können weder für ihre Abstimmnngen in der Kammer, noch für ihre darin ausgesprochenen Meinungen zur Rechenschaft gezogen werden. Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder binnen der nächsten 24 Stunden nach derselben ergriffen wird. Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig. Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammern und eine jede Untersuchungs- oder Civilhaft wird für die Dauer der Sitzung aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt. Art. 84. Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten, noch Diäten. Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes. Ein Verzicht hierauf ist unstatthaft.

Titel VI. Von der richterlichen Gewalt. Art. 85. Die richterliche Gewalt wird im Namen des Königs durch unabhängige, keiner anderen Autorität als der des Gesetzes unterworfene Gerichte ausgeübt. Die Urtheile werden im Namen des Königs ausgefertigt und vollstreckt. Art. 86. Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt. Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen und bestimmt haben, ihres Amtes entsetzt, zeitweise enthoben oder unfreiwillig an eine andere Stelle versetzt und nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, pensionirt werden. Auf die Versetzungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nöthig werden, findet diese Bestimmung keine Anwen-

dung. Art. 87. Den Richtern dürfen andere besoldete Staats-ämter nicht übertragen werden. Ausnahmen sind nur auf Grund eines Gesetzes zulässig. Art. 88. Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt. Art. 89. Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift der Gesetze befähigt hat. Art. 90. Gerichte für besondere Klassen von Angelegenheiten, insbesondere Handels- und Gewerbe-Gerichte, sollen im Wege der Gesetzgebung an den Orten errichtet werden, wo das Bedürfniß solche erfordert. Die Organisation und Zuständigkeit der Handels-, Gewerbe- und Militär-Gerichte, das Verfahren bei denselben, die Ernennung ihrer Mitglieder, die besonderen Verhältnisse der Letzteren und die Dauer ihres Amtes werden durch das Gesetz festgestellt. Art. 91. Die noch bestehenden beiden obersten Gerichtshöfe sollen zu einem einzigen vereinigt werden. Art. 92. Die Verhandlungen von dem erkennenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Oeffentlichkeit kann jedoch durch ein öffentlich zu verkündendes Urtheil ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung und den guten Sitten Gefahr droht. Auch in Civilsachen kann die Oeffentlichkeit durch Gesetze beschränkt werden. Art. 93. Bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei Preßvergehen erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene. Die Bildung des Geschworenen-Gerichts wird durch ein Gesetz geregelt. Art. 94. Die Kompetenz der Gerichte und Verwaltungs-Behörden wird durch das Gesetz bestimmt. Ueber Kompetenz-Konflikte zwischen den Verwaltungs- und Gerichts-Behörden entscheidet ein durch das Gesetz bezeichneter Gerichtshof. Art. 95. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Be-

hörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militär-Beamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen gerichtlich zu belangen.

Titel VII. Von den Staatsbeamten. Art. 96. Die besonderen Rechtsverhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staats-Anwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt. Art. 97. Auf die Ansprüche der vor Verkündigung der Verfassungs-Urkunde etatsmäßig angestellten Staatsbeamten soll im Staatsdiener-Gesetz besondere Rucksicht genommen werden.

Titel VIII. Von der Finanz-Verwaltung. Art. 98. Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. Art. 99. Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angeordnet sind, erhoben werden. Art. 100. In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuer-Gesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung abgeschafft. Art. 101. Gebühren können Staats- oder Kommunal-Beamte nur auf Grund des Gesetzes erheben. Art. 102. Die Aufnahme von Anleihen für die Staats-Kasse findet nur auf Grund eines Gesetzes statt. Dasselbe gilt von der Uebernahme von Garantieen zu Lasten des Staats. Art. 103. Zu Etats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich.

Die Rechnungen über den Staatshaushalt werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt jeden Jahres, einschließlich einer Uebersicht der Staatsschulden wird von der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staats-Regierung den Kammern vorgelegt. Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer bestimmen.

Titel IX. Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Verbänden. Art. 104. Das Gebiet des preußischen Staates zerfällt in Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden, deren Vertretung und Verwaltung durch besondere Gesetze unter Festhaltung folgender Grundsätze näher bestimmt wird. 1) Ueber die inneren und besonderen Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden beschließen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgeführt werden. Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Vertretung der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staats-Regierung unterworfen sind. 2) Die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise werden von der Staats-Regierung ernannt, die der Gemeinden von den Gemeinde-Mitgliedern gewählt. Die Organisation der Exekutivgewalt des Staates wird hierdurch nicht berührt. 3) Den Gemeinden insbesondere steht die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten zu, mit Einschluß der Ortspolizei. Den Zeitpunkt und die Bedingungen des Ueberganges der Polizei-Verwaltung an die Gemeinden wird das Gesetz bestimmen. Die po-

lizeilichen Funktionen können in Städten von mehr als 30,000 Einwohnern auf Staatsorgane übertragen werden. 4) Die Berathungen der Provinzial-, Bezirks-, Kreis- und Gemeinde-Vertretungen sind in der Regel öffentlich. Die Ausnahmen bestimmt das Gesetz. Ueber die Einnahmen und Ausgaben muß jährlich wenigstens ein Bericht veröffentlicht werden.

Allgemeine Bestimmungen. Art. 105. Gesetze und Verordnungen sind nur verbindlich, wenn sie zuvor in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Wenn die Kammern nicht versammelt sind, können in dringenden Fällen, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staats-Ministeriums, Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden, dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen. Art. 106 Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit genügt. Art. 107. Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten haben dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören. Art. 108. Die bestehenden Steuern und Abgaben werden forterhoben und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelner Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden. Art. 109. Alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit. Art. 110. Für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs können die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 u. 28 der Verfassungsurkunde zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. Die näheren Bestimmungen

darüber bleiben einem besonderen Gesetze vorbehalten. Bis dahin bewendet es bei den in dieser Beziehung bestehenden Vorschriften.

Uebergangs-Bestimmungen. Art. 111. Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen des gegenwärtigen Verfassungs-Gesetzes nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen. Art. 112. Die gegenwärtige Verfassung soll sofort nach dem ersten Zusammentritt der Kammern einer Revision auf dem Wege der Gesetzgebung (Art. 60. und 106.) unterworfen werden. Das im Artikel 52. erwähnte eidliche Gelöbniß des Königs, so wie die vorgeschriebene Vereidung der beiden Kammern und aller Staats-Beamten, erfolgen sogleich nach vollendeter Revision (Art. 107). Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Potsdam, den 5. December 1848.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel.

v. Strotha. Rintelen. von der Heydt.

So war denn der große Schritt gethan, die Contre-Revolution war beendet, die Vertreter des Volks auseinander, die Verfassung octroyirt! —

In Berlin und im ganzen Lande herrschte über diese

Gewaltschritte der Krone eine gewaltige Aufregung; aber diese Aufregung konnte sich nicht mehr Luft machen, das Volk mußte das zweifelhafte Geschenk der octroyirten Verfassung annehmen, nachdem es einmal den günstigen Zeitpunkt zum Widerstand gegen die Gewalt versäumt hatte.

Außerdem erschien auch die Verfassung einer großen Zahl von freisinnig denkenden Bürgern, welche aber noch immer Vertrauen zu der Ehrlichkeit und dem guten Willen der Regierung hatte, als eine bildungsfähige, welche sogar noch einer Revision zu einer vortrefflichen Verfassung geeignet war. Der Mittelstand war großentheils mit der Verfassung zufrieden, sie übertraf weit seine Erwartungen.

Freilich der §. 105 erschien, besonders bei dem Ministerium Brandenburg, gefährlich; aber man hoffte, dasselbe werde mit Mäßigung die Früchte seines Sieges genießen; daran daß dieser Paragraph dereinst zur Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts gemißbraucht werden könne, dachte man nicht. Erst das Jahr 1849 sollte dem Bürger zeigen, auf welche Weise die Regierung sein gläubiges Vertrauen und ihre Ehrlichkeit zu belohnen wußte.

So haben wir denn die Geschichte Preußens im Jahre 1848 beendet, indem wir die von Berlin schrieben, denn durch die Revolution vom 18. März wurde Berlin in der That zum wahren Mittelpunkt Preußens, zur wahren Hauptstadt, in welcher allein die Geschicke des Landes entschieden werden konnten.

Die Ereignisse in den Provinzen, besonders im November, sind allerdings von nicht geringem Interesse; wir müssen uns aber einer Schilderung derselben enthalten, weil sie von

keinem direkten Einfluß auf die Geschichte Deutschlands sind, und weil unser ohnehin umfangreiches Werk durch ihre Erzählung zu sehr ausgedehnt werden würde.

Ehe wir übergehen zu den eben so wichtigen, als höchst interessanten Ereignissen in Oesterreich, werfen wir noch einen kurzen Rückblick auf die Geschichte unseres Vaterlandes im Jahre 1848.

In dem kurzen Zeitraum von noch nicht neun Monaten, vom 18. März bis zum 5. Dezember, hat Preußen die Geschichte einer glorreichen Revolution und einer das Volk erniedrigenden Contre-Revolution durchgemacht.

Vom Absolutismus machte das Volk einen plötzlichen Sprung in die demokratisch-constitutionelle Monarchie, und von dieser ging es wieder, langsam, Schritt vor Schritt, zurück, dem Absolutismus zu; schon jetzt *) ist der Zeitpunkt, an welchem Preußen nach dem Ziele kommen wird, dem es zustrebt, nicht mehr fern!

Wie aber war diese vollständige Reaction möglich? Will etwa das preußische Volk und seine große Majorität den Absolutismus, ist es dem Wesen des Zeitgeistes verschlossen geblieben? Erkennt es die geschichtliche Nothwendigkeit der demokratischen Reformation nicht an? —

Durch seine überwiegenden demokratischen Wahlen hat das preußische Volk diese Fragen verneint, es hat gezeigt, daß es, wenn es auch allerdings der Mehrzahl nach noch an der constitutionellen Monarchie festhält, doch den demokratischen Fortschritt will, daß nur die preußische Regierung es ist, welche sich diesem Fortschritt entgegenstellt, dem Volkswillen zuwider!

---

*) Geschrieben am 16. Juni 1849.

Eine Minorität ist in Preußen zur Herrschaft gelangt, weil das Volk im gläubigen Vertrauen zu der Redlichkeit seiner Regierung sich nach und nach von derselben umgarnen und endlich unterdrücken ließ; aber noch bietet die Geschichte kein Beispiel, daß eine Minorität jemals eine dauernde Herrschaft geübt habe, und so bleibt auch uns der Trost, daß, wenn auch im gegenwärtigen Augenblick der wahre Wille des Volkes durch die Macht der Bajonette unterdrückt ist, er sich früher oder später gewaltig Bahn brechen, daß das preußische Volk das erniedrigende Joch, welches es jetzt zähneknirschend trägt, mit energischer Kraft von sich abschütteln wird.

Die Idee der Demokratie ist eingedrungen in das Volk und hat tiefe Wurzeln im Herzen desselben geschlagen! — Möge sie immerhin für den Augenblick unterdrückt werden, sie wird dennoch ihrer Zeit zum Siege kommen, denn

Ideen lassen sich nicht morden durch Bajonette! —

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Streckfuß, Adolf,

Die Staats-Umwälzungen der Jahre 1847 und 1848

Bd.: 2

Berlin 1849

Bamberg, Staatsbibliothek -- MvO.Rev.o.80(2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11753340-3